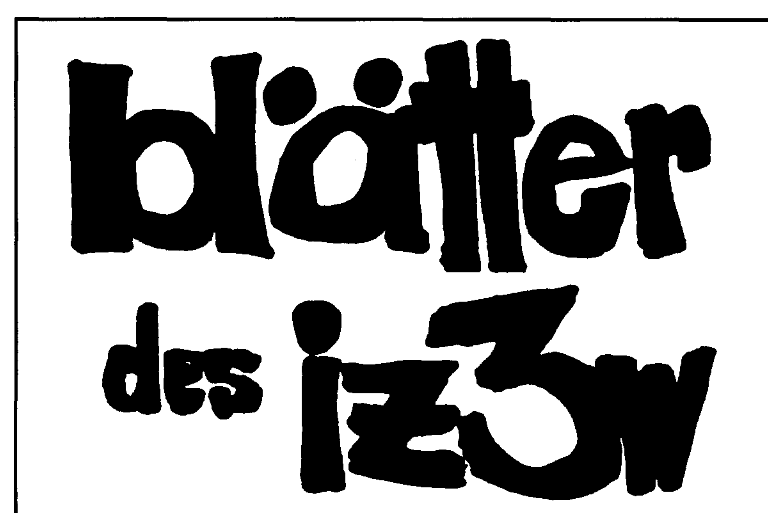
Nr. 200 Aug./Sept. '94 DM 7,50 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Internationalismus in den 90ern

außerdem: **Mythos "Aids in Afrika"**
Wahlen in Brasilien
Die BMZ-Story

Die 200ste !

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Anke Schwarzer, Ann Stafford, Jörg Später, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (0641) 43071

Redaktionsschluß für Nr. 201:
16.9.1994

Anzeigenschluß für Nr. 201:
(Druckfertige Vorlagen) 30.9.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Themenschwerpunkt 201:
Internationalismus in den 90ern II

Folgende Beiträge sind in Planung: Die Mittelamerika-Solidarität stand Anfang der 80er Jahre im Zentrum der Internationalismusarbeit. Heute sind die FMLN und die FSLN von Spaltungen bedroht und hierzulande gibt es keine Bewegung mehr. Was machen die übrig gebliebenen AktivistInnen? In Kurdistan und Kuba spielen sich Tragödien unterschiedlichster Art ab. Was heißt heute Solidarität mit Kuba oder Kurdistan? Nach sustainable development beschäftigen wir uns mit der Brauchbarkeit des zweiten Trend-Begriffs „Zivilgesellschaft". Ganz oben in der politischen Nord-Süd Arbeit steht der Lobby-Ansatz, der auf den Prüfstand gehört. Was kann sich mensch unter den Bedingungen der Transnationalisierung unter gewerkschaftlicher Internationalismusarbeit vorstellen? Ein Insider aus der Software-Branche verhilft uns zu Antworten.
Und vieles mehr ... Hoffentlich auch von Euch!

Inhaltsverzeichnis:

„Zerschlagt die ADW"

Gedanken zur 200. Ausgabe der „blätter"

„Zerschlagt die ADW" skandierten Mitglieder des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) am 18. November 1968 in der Freiburger Stadthalle. Ziel der wütenden Proteste war nicht etwa eine muffige Professorenversammlung, sondern eine mit 4.000 Menschen völlig überfüllte Podiumsveranstaltung der gerade gegründeten ADW (Aktion Dritte Welt), die zwei Jahre später die „blätter des iz3w" herausbringen sollte.

Auf dem Podium saß neben Ernst Bloch der damalige Chef des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) Erhard Eppler. Und dieser vertrat eine staatliche Entwicklungspolitik, die damals auch von der ADW unterstützt wurde. Für den SDS Grund genug, gegen die ADW vorzugehen. Denn so lautete die eigentliche SDS-Parole: „Zerschlagt die Entwicklungshilfe!"

Das ist inzwischen fast 25 Jahre her und in 200 Ausgaben spiegeln die „blätter" nun die Höhen und Tiefen von Internationalismus, von Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung wider. Aus der Taufe gehoben wurden die „blätter" 1970 zu einer Zeit, als das Konzept von Gegenöffentlichkeit noch Hoffnung verhieß und die Idee von Revolution und Freiheitskampf - hier wie dort - noch begeistern konnte. Aus vielen und auch guten Gründen ist das heute nicht mehr so. Zum 200sten kann an dieser Stelle ein Blick zurück auf die Geschichte der „blätter" und der Solidaritätsbewegung geworfen werden - ein Rückblick, der notwendig ist, um über das Hier und Jetzt von Zeitschrift und Bewegung nachzudenken.

Die Zeitspanne, die dabei zu betrachten ist, läßt sich für die „blätter" an drei Eckpunkten festhalten: Ende der 60er und noch Anfang der 70er Jahre sah die ADW den Staat als Träger einer auf mehr Gerechtigkeit bedachten Entwicklungspolitik. 1980 tauchten die „blätter" als „linksextremistische Publikation" im Verfassungsschutzbericht auf; und in dieser Nr.200 stehen im Jahr 1994 „grüne" Reformvorschläge für ein neues BMZ neben Überlegungen zu einem neuen radikal-kritischen Anti-Imperialismus.

Hin und weg: Ein Blick zurück

Nicht lange nach dem Eklat in der Freiburger Stadthalle schwenkte die ADW um: Die christlich-humanitär motivierte Lobbystrategie, die Forderungen nach mehr staatlicher Entwicklungshilfe und der Glaube an eine mögliche andere Entwicklungspolitik in einem reformierten BMZ wurden aufgegeben. Zunehmend übernahm die ADW die Positionen des inzwischen aufgelösten SDS, der die Entwicklungshilfe eben schon früher als ein Instrument imperialistischer Außenpolitik begriffen hatte. Beigetragen zu diesem Lernprozeß der AktivistInnen in der ADW hatten die „realpolitischen" Erfahrungen: Die Unterstützung des NATO-Staats BRD für den Krieg der portugiesischen Kolonialherren in Angola und Mosambik öffnete ihnen die Augen. Deutlich wurde der Einfluß der Kapital- und Rohstoffinteressen der bundesdeutschen Industrie (insbesondere von Export- und Rüstungsindustrie); und es war offenkundig, daß diese Interessen auch durch die Unterstützung eines Krieges gegen Befreiungsbewegungen wahrgenommen wurden.

Was andernorts bereits Jahre zuvor in der Vietnam- und Algerien- Bewegung diskutiert worden war, führte nun in der ADW dazu, daß man sich dem annäherte, was Rudi Dutschke als „revolutionäre Globalstrategie" bezeichnet hatte. Auch für die ADW hieß das nunmehr Widerstand gegen Kapitalismus und Imperialismus in der BRD einerseits und andererseits die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen weltweit. Dieser „internationalisierte Kampf gegen die 'nationalen' Verhältnisse" (Dutschke) drückte sich aus in der alten SDS-Parole: „Schafft zwei, drei, viele Vietnam!"

1980, zwölf Jahre nach ihrer Gründung, beschrieb die Aktion Dritte Welt ihren politischen Standort so: „In dem Maße, wie der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur in den Industrieländern und dem Elend, der Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt in das Bewußtsein unserer Gruppe rückte, wandelte sich auch unsere Haltung zum Gesellschaftssystem der BRD. Wir verstanden uns in zunehmendem Maße als Teil der Linken in der BRD, zu deren Verbreiterung beizutragen eines der Ziele wurde, die unsere langfristige Bildungsarbeit begründen."

Zu dieser Zeit begab es sich aber auch, daß die Bewegung die ersten Selbstzweifel zu quälen begannen: Wie halten wir es mit den Befreiungsbewegungen, ihrem Nationalismus, ihrer Befreiung in den Nationalstaat, ihrem Ethnozentrismus oder ihren kleinbürgerlichen Führern? Wie stehen wir zur Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt? Wie halten wir es mit der Gewalt im Befreiungskampf? Was bedeuten die Konjunkturphasen der Solidaritätsbewegung? Diese Fragen stellte 1982 bereits die Nr.100 der „blätter" - auch damals mit dem Jubiläumsschwerpunktthema Internationalismus. Später kamen die Geschlechterfrage und das Phänomen der Bemühung um Weltmarktintegration der sich gerade „Befreit"-habenden hinzu.

Mitte der 80er Jahre war vielen bereits bewußt geworden, wie der metropolitane Internationalismus die „Kämpfe der Völker" - von Vietnam bis Guatemala - in einen Topf geworfen und vereinnahmt hatte. Vielen wurde bewußt, wie eigene zu Hause an Widerständen und Widersprüchen der Praxis gescheiterte Wünsche und Phantasien nun frustriert in diesen oder jenen „Kampf" hineinprojiziert worden waren; wie der revolutionäre Kampf und die Verwirklichung der reinen Lehre von denjenigen erwartet wurde, von denen man - nach jahrelangem Studium - auf jeden Fall zu wissen glaubte, was das Beste für sie wäre; um sich dann allzubald enttäuscht oder zornig ab- und einem anderen aktuellen Befreiungskampf zuzuwenden - Stellvertreterkriege auch dies. Schon vor zehn Jahren schloß sich an diese Erkenntnisse die Forderung an,

Aufmerksamkeit und Energie wieder auf die Entwicklungen auch vor der eigenen Haustür zu richten.

Der heimleuchtende Pfad ist der Weg aus dem Jammertal

Bis heute hat sich an diesem Stand der Dinge nicht allzuviel geändert. Im Gegenteil: Die Bewegung ist keine mehr - ein allen einleuchtender Pfad ist nicht in Sicht. Der Auflösungsprozeß hat durch Zerfall des Ostblocks, die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua und den Golfkrieg nicht nur Ausdruck, sondern auch eine zusätzliche Beschleunigung erfahren. Offenbar gibt es derzeit aber auch gar keine gemeinsamen grundlegenden Positionen mehr, keine Weltanschauung, geschweige denn Perspektiven, die eine „Linke danach" konstituieren könnten. Differenzierung und Zersplitterung, Konkurrenz, Abgrenzungsbedürfnisse und Isolation der einzelnen Gruppen und Bewegungen haben so stark überhand genommen, daß der Wald vor lauter Bäumchen nicht mehr zu erkennen ist.

Auch diese Entwicklung haben die „blätter" nicht nur begleitet und kommentiert, sondern auch selbst vollzogen. Das macht sich in der Gemengelage von Perspektiven und Überzeugungen bemerkbar, die derzeit in der Redaktion der „blätter" aufeinandertreffen. Diese Gemengelage schlägt sich in den Beiträgen nieder, die wir in die Hefte aufnehmen. Hefte, die heute die skizzierten Etappen von 1968 bis in die Mitte der 80er Jahre zu vereinen scheinen: vom Lobbyismus über Anti-Imperialismus bis zur Ideologiekritik.

Müssen wir uns also Beliebigkeit vorwerfen? Ja und Nein! Ja, weil das Nebeneinander von sich möglicherweise ausschließenden Standpunkten tatsächlich eine gewisse Orientierungslosigkeit in der ADW anzeigt. Es gibt sie derzeit nicht, die „Handschrift" einer Redaktion, die sich mit klaren Positionen zu Wort meldet; diese müssen erst errungen werden. Es gibt sie nicht mehr, die klaren Bekenntnisse zu den Befreiungsbewegungen und die einheitliche und umfassende theoretische Basis, wie es die Dependenztheorie einmal gewesen ist; diese Zeiten sind vorbei.

Nein, eben keine Beliebigkeit, weil es in einem Moment, in dem die Selbstkritik der 80er Jahre zum Allgemeingut geworden ist, zunächst einmal möglich sein muß, Positionen und Strategien nebeneinander zu stellen (ohne dabei wahllos zu sein). Erst die Auseinandersetzung um diese Positionen und Strategien kann Gemeinsamkeiten aufzeigen, zeigen, ob es den Wald gibt; nur die Auseinandersetzung kann auf der anderen Seite die Punkte aufzeigen, wo es gilt, deutliche Grenzen zu ziehen.

Ein Beispiel: Lobbyarbeit ist momentan voll im Trend. Wir, die Redaktion, müssen uns darüber klar werden, ob bzw. an welchen Punkten wir diese Vorgehensweise politisch sinnvoll finden und wo bei uns die Grenzen liegen. Gehen wir mal davon aus, daß eine Kritik am Leben im Kapitalismus von vielen weitgehend geteilt würde ... Wie stark müssen wir uns trotzdem von der Praxis der Lobbyarbeit abgrenzen - einer Lobbyarbeit, die suggeriert, eine grundlegende (?) Veränderung des Systems aus seinen eigenen Institutionen heraus bewirken zu wollen, dabei aber in vielen Fällen wohl lediglich zur Modernisierung des Kapitalismus beiträgt? Auf der der Lobbyarbeit diametral gegenüberliegenden Seite muß über die Ideologiekritik auch zu einer politischen Praxis gefunden werden. Zugegeben, das sind alte Hüte - aber mit der Spanne zwischen Lobbyarbeit und Ideologiekritik ist in etwa das Spektrum der Positionen und Strategien benannt, die Bestandteil der für eine Standortbestimmung gerade jetzt unverzichtbaren Auseinandersetzung sein müssen.

Eines hat sich immerhin schon als weitgehende gemeinsame Grundvoraussetzung gezeigt, wobei sich auch hier gewissermaßen die Geschichte der 60er und 70er Jahre wiederholt: Veränderungen und bessere Menschen können nicht jenseits der Meere gesucht werden. Der Pfad zu grundlegenden Änderungen beginnt vor dem eigenen Heim. Die in den „blättern" aufgegriffenen Debatten um Strukturanpassung im Norden, um Nationalismus, Rassismus und Migration - eben um das Leben im Kapitalismus und die Alternativen - stehen für diesen Pfad. Hier müssen Zeichen gesetzt werden. In diesen Diskussionen müssen sich Unterschiede, aber auch gemeinsame Ziele und Wege herauskristallisieren. Hier kann sich die „Linke danach", mit allen ihren Widersprüchlichkeiten, an die wir uns gewöhnen müssen, herausbilden. Bis dahin ist es noch ein Weg - aber diesen überhaupt einmal in den Blick zu nehmen, kann schon ein Schritt sein aus dem Tal, in dem derzeit meist nur gejammert wird über die linke Perspektivlosigkeit.

Mit dem gegenwärtigen Stand des Internationalismus und der Debatte um das „What's left?" angesichts der allgemeinen Parallelverschiebung nach rechts beschäftigt sich der Themenblock dieser Nr. 200 der „blätter"; da das nicht so übersichtlich ist wie anscheinend vor 20 Jahren, wird sich auch noch die 201. Ausgabe mit diesem Thema beschäftigen. Und dann sehen wir mal, ob die ADW in ca. 12 Jahren vom Zeitgeist zerschlagen ist oder ob auch die Nr. 300 der „blätter" im Jahre 2006 wieder die Frage stellen wird: „Quo vadis Internationalismus?"

Die Redaktion

„Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?"

Über die rassistische Konstruktion von Sexualität und Krankheit

Das Konstrukt "Aids in Afrika" ist Teil jener herrschenden, vor allem männlichen weißen Sichtweise, der die unterprivilegierten Menschen Afrikas als Projektionsfläche für rassistische, sexualisierte Vorstellungen dienen. In der Vergangenheit durchgeführte Programme diverser bevölkerungspolitischer Organisationen, die jetzt auch mit Planung und Durchführung von Aids-Programmen beauftragt sind, lassen Schlimmstes befürchten: Schwarze Menschen könnten der Erfolgslogik bestimmter Aids- /Impfstoff-Experimente geopfert werden, indem ihre Infektion geradezu eingeplant wird.

Der Kinderreim "Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann... ?" ist mir noch gut aus meiner Kindheit bekannt. Der "schwarze Kontinent" und seine BewohnerInnen verfolgen die Weißen seit dem Entstehen des Rassismus auf vielfältige Weise. Das schlägt sich auch in "weißen" Vorstellungen von "schwarzer Sexualität" und Krankheit nieder.

Schwarze wurden von Weißen historisch mit der Übertragung von Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten, in Verbindung gebracht. Der koloniale - und darin auch der medizinische Diskurs über Afrika war von einer männlichen sexualisierten Sichtweise von Eroberung, Durchdringung und Unterwerfung geprägt, der zugleich das kolonialisierte Afrika als weiblichen Körper identifizierte, der sowohl Vergnügen als auch Gefahr bedeutete. Das gefährliche "andere" der eigenen männlichen Sexualität wurde auf die "fremde", d.h. auf die "afrikanische Sexualität" projiziert.[1] Denn:

"In letzter Konsequenz soll der Mann das reine, nicht-sexuelle Wesen sein bzw. werden. Die Sexualität wird unterdrückt, abgespalten und nach außen projiziert - auf Minderheiten, auf die Fremden."[2]

Die Darstellung von "Aids in Afrika" in den 80er und 90er Jahren steht in dieser Tradition, und eine kritische Analyse muß sich u.a. auch mit den dabei wirkenden rassistischen Zuschreibungen auseinandersetzen. Der folgende Beitrag wurde von einem weißen, heterosexuellen Mann geschrieben - eine notwendige Vorbemerkung.

In der linken Rassismusdiskussion bleiben die Zusammenhänge zwischen Rassismus und Sexualität häufig ausgeklammert oder unterbelichtet. Dabei waren sie von Anfang an wesentlicher Bestandteil des Rassismus und wirken - u.a. bei der Beschreibung von "Aids in Afrika" - bis heute fort. Der Historiker George L. Mosse bemerkt dazu:

"Seit den Anfängen des europäischen Rassismus hatten Beschreibungen von Schwarzen immer auch deren angebliche Unfähigkeit, die sexuellen Triebe zu beherrschen, hervorgehoben (...). Das Stereotyp der sogenannten minderwertigen Rasse, die von Wollust beherrscht werde, war ein Hauptstück des Rassismus, als Teil der Verkehrung hergebrachter Werte, wie sie für den "Außenseiter" charakteristisch war, der die Gesellschaft bedrohte und zugleich durch seine Existenz ihre Verhaltensregeln bestätigte."[3]

Die "afrikanische Sexualität"

Hierzulande ist jene rassistische, sexualisierte Haltung weit verbreitet, die das "allgemein verbreitete promiskuitive Verhalten"[4] in afrikanischen Ländern als Tatsache voraussetzt. Die Analogie zur Stigmatisierung von Schwulen im Zusammenhang mit Aids und deren angeblicher Promiskuität ist augenfällig. Uralte Ängste und Sehnsüchte des weißen Mannes werden aufgegriffen, und kaum jemand macht sich die Mühe, solche Bilder auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Und geschieht dies doch - denn neuerdings wollen Scharen von AnthropologInnen/SoziologInnen das Sexualverhalten der Menschen in Afrika erforschen - muß oft von liebgewordenen Erwartungen enttäuscht Abschied genommen werden. So stellten Wissenschaftlerinnen bei einer Untersuchung von Bagandafrauen in Kampala fest: "Sowohl die Fälle (HIV-positiv, d.V.) als auch die Kontrollen (HIV-negativ, d.V.) gaben an, daß sie im letzten Jahr durchschnittlich nur einen Sexpartner hatten".[5]

Cindy Patton, die u.a. für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die US-amerikanischen Centers for Disease Control (CDC) in "Aids-Projekten" arbeitete, schreibt zu Studien aus der Mitte der 80er Jahre: "Im allgemeinen war das Sexualleben von AfrikanerInnen enttäuschend gewöhnlich, und dies zerschlug sowohl die Hoffnungen auf wissenschaftliche Erklärungen epidemiologischer Unterschiede als auch die Phantasien westlicher Rassisten von exotischer sexueller Andersartigkeit."[6]

Ein bestimmtes Verhalten, das hierzulande in bezug auf Aids als "Risikoverhalten" gilt, wird unterschiedslos auf die BewohnerInnen eines ganzen Kontinents übertragen und mit der Hautfarbe identifiziert. Wurde in der hiesigen Diskussion einst der diskriminierende Begriff Risikogruppe durch Risikoverhalten ersetzt, so ist man beim Diskurs über Aids in Afrika wieder bei der "Risikogruppe" angelangt und meint damit die sexuell aktive Bevölkerung des gesamten Kontinents.

Diese Identifizierung von "Aids in Afrika" mit der Hautfarbe wirkt sich auch hierzulande aus: An der Würzburger Uniklinik durfte 1993 eine Frau aus Äthiopien kein Blut spenden, weil ein Professor Dieter Wiebecke, Leiter der Abteilung Transfusionsmedizin, meint: "Wenn sich die Völker mischen, werden auch die Risiken vermischt". Die Klinik schließt "wegen des hohen Durchseuchungsgrades" alle nach 1977 aus afrikanischen Ländern eingewanderten Menschen vom Blutspenden aus und Wiebecke erklärt: "Genausoviel Probleme würden mir Asiaten machen", während er es bei "Neuseeländern, die von Europäern abstammen" nicht so eng sehen würde.[7]

Die Frau hatte alle sechs Monate einen HIV-Test machen lassen. Das Testresultat interessierte offensichtlich nicht, denn die



Ängste und Sehnsüchte des weißen Mannes werden aufgegriffen - Ankündigung um 1919

Hautfarbe war das Kriterium. StudentInnen aus bestimmten Trikontländern, die mit Stipendien der BRD-Regierung hier studieren wollen, müssen einen HIV-Test machen. Bei einem positiven Resultat kann ihnen das Stipendium verweigert werden.[8]

Es ist kein Zufall, daß bei den diversen "Aids aus Afrika"- Legenden immer wieder die angebliche Übertragung des Virus vom Affen auf den Menschen eine wesentliche Rolle spielte: sei es, daß Menschen in Afrika sich Affenblut als Stimulanz injiziert hätten, sei es Geschlechtsverkehr von Menschen mit Affen. Der Phantasie waren keine Grenzen gesetzt. Hierbei wird immer wieder Magisches und Animalisches beschworen, etwa, wenn von einer "afrikanische(n) Aidstragödie" die Rede ist, "weil es auf eine Gesellschaft verweist, in der Sexualität eine magische Rolle spielt".[9]

Diese verallgemeinernde Sichtweise, in der Afrika als einziges Bordell vorkommt, wird beispielhaft in den Berichten des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL deutlich, der z.B. von der "afrikanischen Sexbesessenheit" oder von "der Kondomabneigung des durchschnittlichen Macho-Afrikaners" spricht.[10] Erhard Brunn schreibt über die SPIEGEL-Berichterstattung:

"Das Titelblatt ließ keinen Zweifel über den Inhalt: Ganz Afrika eine einzige schummrige Disco, ganz Afrika ein schmusiges Tanzpaar. Nach leicht verändertem "Sex and Crime"-Muster wurde hier Liebe und Tod in Afrika in einer Weise über 14 Seiten ausgebreitet, die Informationen, Emotionen und unterschwelliges Moralisieren auf unschlagbare Weise verwob."[11]

Historisch wurde bereits in bezug auf die Syphillis Schwarzen von weißen Medizinern "attestiert", daß sie ihr Sexualverhalten nicht ändern könnten. Damals noch biologistisch rassistisch argumentierend, meinten die Wissenschaftler, "das kleinere Gehirn des Negers hatte es versäumt, ein Zentrum zur Hemmung des Sexualverhaltens zu entwickeln."[12]

Die "afrikanische Krankheit"

Als Anfang der 80er Jahre zunächst in den USA ein neues Syndrom beobachtet wurde, beeilten sich diverse MedizinerInnen, den Ursprung dieses Syndroms, das man Aids nannte, außerhalb der USA zu suchen. Als erstes "Ursprungsland" von Aids wurde 1982/83 Haiti ausfindig gemacht. Haitianische MigrantInnen waren in der Folgezeit Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Im April 1985 mußten die "Centers for Disease Control" (CDC) diese nicht mehr haltbare "Ursprungslegende" fallen lassen. Nun wurde verstärkt "Afrika" als Herkunftsregion des Virus ausgemacht. Die Medien griffen das Thema begierig auf und in der Folgezeit fielen "WissenschaftlerInnen" und JournalistInnen in den verschiedensten afrikanischen Ländern südlich der Sahara ein, testeten Blut von Menschen und gruben jahrzehntealte Seren aus den Tiefkühltruhen aus, um etwas zu beweisen, von dem sie schon vor Antritt ihrer Reise überzeugt waren: daß das Virus aus Afrika kommt. In der Regel wurde ein weit abgelegenes afrikanisches Dorf konstruiert, wo das HIV-Virus angeblich schon lange existiert hatte und dann im Zuge der Wanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte verbreitet wurde. Einen aufschlußreichen Kommentar zu dieser Legende "afrikanisches Dorf" enthielt die britische Zeitung "The Guardian":

"Eine Newsweek-Titelgeschichte behauptete, ein Rakaidorf [in Uganda, d.V.] hätte sieben Discos und 'Sex Orgien'. In Wirklichkeit gab es dort 20 Lehmhütten, eine Handvoll Fischerboote und keine Elektrizität."[13]

Wesentlich für die Bewertung der frühen Untersuchungen in afrikanischen Ländern ist die Tatsache, daß die damals erhaltenen Ergebnisse aus HIV-Tests im Blut der BewohnerInnen nicht stimmen. Der damals verwendete und in Industriestaaten entwickelte ELISA-Test ergab sehr viele falsch-positive Resultate, da er nicht nur mit Antikörpern gegen HIV, sondern u.a. auch mit Antikörpern gegen den Malariaerreger reagiert. Nur selten wurden weitere Tests zur Bestätigung eines positiven Ergebnisses aus einem ELISA-Test gemacht. Zahlen von 60 bis 70 Prozent HIV-Positiven in einigen afrikanischen Gegenden geisterten durch die Welt. Kurze Zeit später wurden diese falsch-positiven Ergebnisse als solche erkannt: In einer 1986 veröffentlichten Untersuchung von 6015 Blutproben von AfrikanerInnen ohne Aidssymptome aus den Jahren 1976-1984 wurde festgestellt, daß knapp 10 Prozent der untersuchten Personen mit dem ELISA-Test HIV-positiv waren, während es mit empfindlicheren Methoden 0,07% waren. Die Autoren schlußfolgern: "Diese Frequenz [0,07%, d.V.] war niedriger als diejenige, die in westdeutschen Blutspenden im November 1984 gefunden wurde."[14]

Über derlei Untersuchungen wurde in den Medien jedoch kaum berichtet. Zu attraktiv war die Vorstellung, daß Aids aus "Afrika" kam, daß man(n) nun "den Schuldigen" gefunden hatte, und die Vorstellungen über den "schwarzen Kontinent" im allgemeinen und die "afrikanische Sexualität" im besonderen taten das ihrige, die Legende am Leben zu erhalten.

Wozu sind Zahlenspiele gut?

Seit dem Ausbruch von Aids tauchen immer wieder Zahlenspiele auf, deren Grundlagen häufig weder genannt noch nachvollziehbar sind.

Margaret Cerullo und Evelynn Hammonds schrieben bereits 1988 zu Schätzungen zum Vorkommen des Virus in Afrika: "Die gewöhnlich zitierten Zahlen sind 1,5 bis 5 Millionen. Es gelang uns nicht, die statistischen Gründe für diese breit streuenden Schätzungen ausfindig zu machen."[15]

In nahezu allen in der BRD veröffentlichten Berichten werden die Zahlen der WHO wiedergegeben. Auffällig ist hierbei, daß bei "Aids in Afrika" im Gegensatz zu den Zah-

len für die BRD oder die USA fast ausnahmslos auf Schätzungen der WHO zurückgegriffen wird und die aktuellen Zahlen der an die WHO gemeldeten Aidsfälle nicht genannt werden.

Seit 1979 bis zum 31. Dezember 1993 waren der WHO die folgenden kumulativen Fallzahlen (d.h. alle registrierten Aids-"Fälle" einschließlich die der Verstorbenen) gemeldet; angegeben sind auch die geschätzten kumulativen Zahlen HIV-infizierter Menschen (Ende 1993):[16]

	Berichtete Aidsfälle	Geschätzte HIV-Positive
USA, Kanada:	**347.890**	**1.000.000**
Afrika:	**301.861**	**9.000.000**
Europa:	**103.402**	**500.000**

Während die WHO für Nordamerika und Europa also davon ausgeht, daß die Anzahl kumulativ HIV-Positiver etwa drei- bis fünfmal über der Zahl kumulativ berichteter Aidsfälle liegt, schätzt sie in Afrika diesen Faktor auf etwa 30. Begründet wird dies damit, daß die Anzahl der berichteten Aidsfälle in Afrika als zu niedrig anzusehen sei, da nicht alle Fälle diagnostiziert und berichtet würden sowie eine verzögerte Berichterstattung erfolge. Für die Schätzungen HIV-Positiver wird von dem Auftreten von HIV-Infektionen in bestimmten Bevölkerungsgruppen auf das Auftreten in der Gesamtbevölkerung hochgerechnet.[17]

Eine Überschätzung wird von der WHO offensichtlich nicht in Betracht gezogen. Gründe für mögliche Überschätzungen sind jedoch zum einen in den hohen falsch-positiven Ergebnissen Mitte der 80er Jahre zu sehen. Zum anderen sind für klinische Aidsdiagnosen in afrikanischen Ländern die in Industriestaaten entwickelten Kriterien verwendet worden. Diese beinhalten als Kriterien für die Einstufung als "Aids-krank" in afrikanischen Ländern weit verbreitete klinische Symptome, wie beispielsweise Gewichtsverlust und chronischen Durchfall.[18]

Solche (Über)schätzungen werden dann in der Presse noch weiter ausgebaut: "Am Ende dieses Jahrzehnts werden mindestens 40 Millionen Menschen infiziert sein, möglicherweise aber bis zu 100 Millionen."[19]

Als handele es sich nicht um Menschen, denen eine tödliche Virusinfektion vorausgesagt wird, jonglieren JournalistInnen mit Zahlen, ohne deren Grundlage zu überprüfen. Der Artikel erwähnt nicht, daß die WHO von 30-40 Millionen HIV-Infizierten spricht, und daß es sich hierbei um die Angabe kumulativer Gesamt-HIV- Infizierter handelt, d.h. daß die Angabe auch diejenigen einschließt, die bereits gestorben sind. Die Anzahl lebender HIV-Infizierter wird für das Jahr 2000 von der WHO auf 20 Millionen geschätzt. Von 100 Millionen ist bei der WHO nicht die Rede.[20] 60-70 Millionen Menschen mehr oder weniger machen hier offenbar keinen Unterschied.

Das Durcheinander solcher Zahlenspiele machen zwei andere Beiträge deutlich: In der 'Zeit' vom 1.1.93 schreibt H. Feldmeier, daß "...allein in Ruanda 20.000 bis 25.000 Frauen im gebärfähigen Alter infiziert sind..." In der 'Neuen Züricher Zeitung' heißt es vier Monate später vom selben Autor: "Auf das gesamte Land (Ruanda) hochgerechnet bedeutet dies, daß es derzeit zwischen 90.000 und 130.000 HIV-infizierte Frauen im gebärfähigen Alter gibt."

Die hier wiedergegebenen Schätzungen zu weiteren Entwicklungen basieren auf Schätzungen, denen eine große Anzahl von Annahmen zugrunde liegen. Diese Annahmen sind z.T. durch die Vorstellungen des weißen Mannes beeinflußt. Beispielsweise geht ein Rechenmodell der Weltbank für ein "hypothetisches afrikanisches Land" von 50 sexuellen Partnerinnen pro "Hochrisiko-Mann" und von 120 sexuellen Partnern pro "Hochrisiko-Frau" aus. Die Benutzung von Kondomen wird mit 2% veranschlagt.[21] Wegen der im SPIEGEL berichteten "afrikanischen Sexbesessenheit" und "der Kondomabneigung des durchschnittlichen Macho-Afrikaners"?

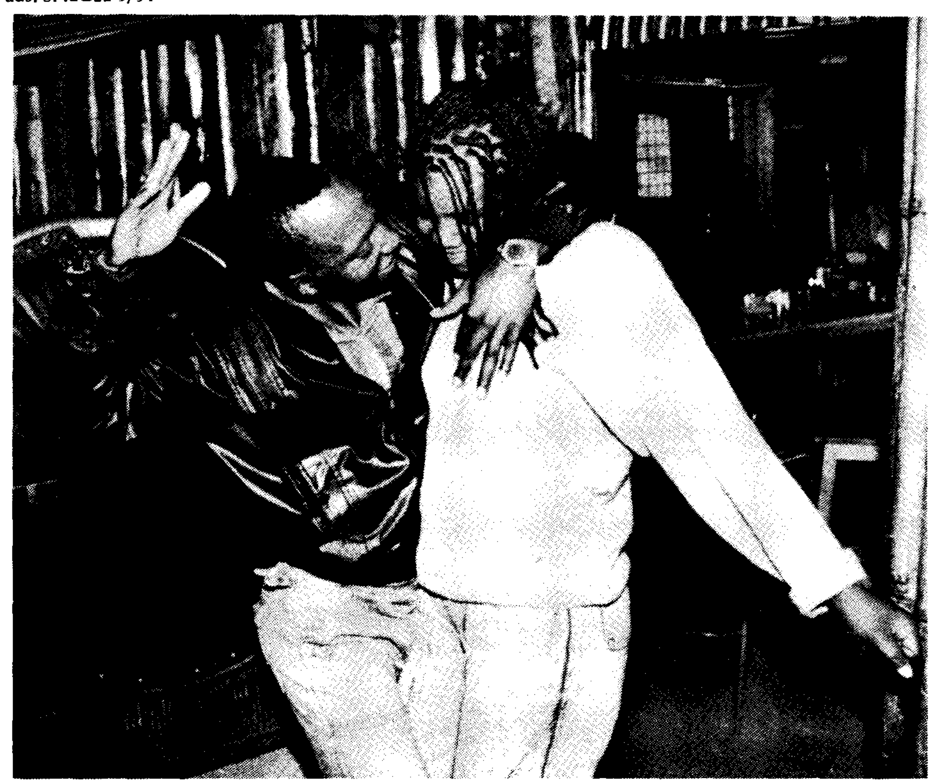
Diese Zahlenspiele haben jedoch eine bestimmte Funktion: Sie stehen im Zusammenhang der "Aids in Afrika"-Legende, derzufolge Aids in Afrika entsprang, dort eine ganz andere Krankheit ist, deren Ausbreitung nicht verringert werden kann, weil die Schwarzen angeblich nicht in der Lage sind, ihre sexuellen Triebe zu kontrollieren und eine Ausbreitung nicht verhindern können und wollen. Diese Legende rechtfertigt den Einsatz der "modernen" Wissenschaft und bevölkerungspolitische Maßnahmen.

Impfstoffentwicklung und Bevölkerungspolitik

Seit das HI-Virus entdeckt wurde, sind WissenschaftlerInnen damit beschäftigt, einen Impfstoff zu finden. Dabei sind therapeutische und präventive Impfstoffe zu unterscheiden: Während erstere zur Behandlung HIV-positiver Menschen entwickelt werden, dienen präventive Impfstoffe dazu, eine Infektion (bzw. nach erfolgter Infektion den Krankheitsausbruch) zu verhindern. In Phase I- und Phase II-Tests wird "Sicherheit" und Immunogenität eines Impfstoffes untersucht. Phase III-Tests hingegen sollen die Effizienz eines Impfstoffes testen und erfordern die Impfung von sehr vielen Menschen, die als "Hochrisiko"-Personen klassifiziert werden. Phase I- und Phase II-Tests wurden bereits und werden z.Zt. in verschiedenen Ländern durchgeführt, während Phase III-Tests für präventive Impfstoffe noch nicht unternommen wurden.

Die Phase III-Testung eines präventiven Impfstoffes heißt letztlich, daß Menschen, die noch nicht infiziert sind, geimpft werden und danach eine Infektion erfolgen muß, damit beobachtet werden kann, ob der Impfstoff nach erfolgter Infektion den Ausbruch der Krankheit verhindert. Das bedeutet, daß

„Die Seuche galoppiert ungebremst durch den schwarzen Kontinent; Prostituierte, Kunde in Kenia" - Bild und Text aus: SPIEGEL 9/91



die Infektion in einem solchen Test explizit nicht verhindert werden darf - beispielsweise durch Kondome.

Anthony Fauci, Direktor des US-amerikanischen "National Institute of Allergy and Infectious Diseases" (NIAID), gab bereits Ende der 80er Jahre bekannt, daß die Vereinigten Staaten Massenexperimente an Menschen in Afrika zur Testung von Aids-Impfstoffen planen.[22]

Die WHO schlägt vor, daß Phase III-Tests sowohl in Trikont- Ländern als auch in Industrieländern an Personengruppen durchgeführt werden sollen, mit denen ein hohes Auftreten von HIV-Infektionen in Verbindung gebracht wird. In den USA sollen solche Studien durch die National Institutes of Health (NIH) und CDC (Centers for Disease Control), die übrigens am nachfolgend beschriebenen Tuskegee-Experiment führend beteiligt waren, in Trikontländern durch NIAID organisiert und mit der WHO koordiniert werden. Als Trikontländer wurden von der WHO Brasilien, Thailand, Ruanda und Uganda ausgewählt.

Im Rahmen des Tuskegee-Experiments wurde in den USA 399 schwarzen Männern 40 Jahre lang - von 1932 bis 1972 - bewußt die Behandlung von Syphilis verweigert, damit zunächst Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, und später die CDC (s.o.) die Entwicklung der Krankheit verfolgen konnten. Von Beginn an war expliziter Inhalt des Experimentes, die Behandlung zu verweigern, ferner wurde den Versuchspersonen der Inhalt des Experimentes nicht erklärt. Schon 1932 verstanden es dabei die Verantwortlichen, lokale Institutionen und RepräsentantInnen der schwarzen Bevölkerung in das Experiment miteinzubeziehen. Auch in weiteren Punkten wies die damalige Vorgehensweise eine erstaunliche Ähnlichkeit zu heutigen Aids-Bildungs- und Risikoreduzierungsprogrammen auf.

Als Anreize wurde den "Teilnehmern" beim Tuskegee-Experiment eine Mahlzeit, medizinische Behandlung kleinerer Beschwerden sowie die Übernahme der Bestattungskosten (!) geboten. Bei den "Teilnehmern" handelte es sich durchweg um arme Männer, für die diese Anreize attraktiv waren. "Angemessene, aber nicht zwingende Anreize" sind auch für die Rekrutierung von TeilnehmerInnen in Phase III-Tests vorgesehen. Nur: Wenn Menschen wenig haben, können "Anreiz" und Zwang zusammenfallen.[23]

Die Kondomverteiler

Wie oben beschrieben, muß bei der Phase III-Testung eines präventiven Impfstoffes eine Infektion erfolgen. Den Test"teilnehmerInnen" dürfen somit keine (oder nicht genügend) Kondome zur Verfügung stehen. Oder aber man(n) muß davon ausgehen, daß sie diese nicht benutzen. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf diejenigen, die die Kondomvergabe kontrollieren.

Der größte Kondomverteiler in den sogenannten Entwicklungsländern war und ist die US-amerikanische "Agency for International Development" (USAID). Bereits 1964 erhielt die USAID erstmals Kongreßgelder für bevölkerungspolitische Maßnahmen.[24] Zwischen 1987 und 1990 verteilte USAID in Afrika knapp 372 Millionen Kondome in "Aids-Programmen" und zur "Familienplanung", wobei die Zahl sich von 1987 (34 Millionen) bis 1990 (175 Millionen) verfünffacht hat. Die insgesamt zwischen 1987 und 1990 in Afrika verteilten Kondome wurden von folgenden Organisationen finanziert: USAID: 75%, WHO: 12,5%, United Nations Fund for Population Activities (UNFPA): 9% und International Planned Parenthood Federation (IPPF): 3%.[25] USAID ist der größte Einzelgeldgeber für das "Global Programme on AIDS" der WHO und zahlt 25% dessen Haushalts.[26]

Die Kondomverteilung in Afrika wird also maßgeblich von bevölkerungspolitischen Organisationen kontrolliert und der USAID kommt hierbei eine überragende Rolle zu. Zu nennen ist auch die Familiy Health International (FHI). Sie hat enge Kontakte zur Pharmaindustrie und betreibt ein sogenanntes AIDSTECH-Projekt in 14 afrikanischen Ländern.[27] Im Rahmen dieses Projektes, das maßgeblich von USAID finanziert wird, werden Verhaltens- und epidemiologische Studien durchgeführt sowie Programme zur Verhinderung der sexuellen HIV-Übertragung und durch Blutprodukte entwickelt.

Auch die FHI ist in der Bevölkerungspolitik "aktiv". Sie führte zusammen mit dem Population Council (USA) und dem Bangladesh Fertility Research Programme (BFRP) "Feldversuche" für Norplant (ein Implantat, das fünf Jahre lang schwangerschaftsverhütend wirken sollte) in Bangladesch durch, wobei die Frauen nicht über die Hintergründe informiert waren.[28] Norplant wurde aufgrund seiner langanhaltenden Wirkung als besonders geeignet für die wenig gebildete Bevölkerung angesehen, und die soll offensichtlich dezimiert werden. Aspekte von Sicherheit spielen in ihrem Fall keine Rolle.

Ein ähnlich frauenfeindliches und rassistisches Vorgehen derselben Organisationen kann nun im Bereich der Aidsbekämpfung vermutet werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen und die Reduzierung der HIV-Übertragung nahe beieinander liegen. So könnte der an sich zu Aids-Prävention und Familienplanung sinnvolle Einsatz von Kondomen auch als bevölkerungspolitisches Instrument in dem Sinne erfolgen, daß Kondomvergabe und Aids-Aufklärungsprogramme auf bestimmte (produktive) Bevölkerungsgruppen beschränkt werden und daß die im kapitalistischen Verwertungsinteresse "Unproduktiven" als Versuchsobjekte für Aids-Impfstoffe herhalten müssen.

„In dieser Kultur bestimmt die Art und Weise, wie wir über Krankheit denken, wer lebt und wer stirbt"
(Bild: Poster des WFD)



Aids-Experimente an Menschen

Bereits durchgeführte Experimente aus dem Bereich der "Aids-Forschung" nähren solche Befürchtungen. Diese Experimente gehen explizit davon aus, daß Aids-Aufklärungsprogramme keinen Erfolg haben und "Afrikaner keine Kondome benutzen". Der vom SPIEGEL als "kanadische(r) Facharzt für Infektionskrankheiten"[29] vorgestellte Francis Plummer und KollegInnen stellten auf der "Fünften Internationalen Aids Konferenz" im Juni 1989 u.a. von FHI unterstützte "Forschungen" aus Kenia vor, die 1992 in einer Fachzeitschrift veröffentlicht wurden. Untersucht werden sollte, ob die Substanz Nonoxynol-9 die Übertragung von HIV verhindere. Dazu wurden zahlreichen sero-

negativen "Prostituierten"[30] Verhütungsschwämme mit der Substanz gegeben und einer Kontrollgruppe "Vagina-Placebos". Die Frauen wurden nach 10 Monaten auf Infektion mit HIV untersucht. Das Ergebnis: die Frauen, die Nonoxynol-9 bekommen hatten, zeigten häufiger Genitalgeschwüre und eine darauf zurückzuführende erhöhte Infektionsrate mit HIV. 45% der Frauen waren nach diesem Experiment HIV-positiv gegenüber 36% in der Kontrollgruppe. Nach zwei Jahren Beobachtung waren 56% HIV-positiv gegenüber 41% in der Kontrollgruppe.[31]

Die WissenschaftlerInnen geben an, daß die Frauen eindringlich zur Benutzung von Kondomen aufgefordert und selbige zur Verfügung gestellt wurden. Diese Aufforderung kann nicht sehr eindringlich gewesen sein, denn vor dem Experiment benutzten 54% der Sexpartner Kondome, danach waren es 58%.

Das heißt im Klartext: dieses Experiment mußte davon ausgehen, daß die Frauen bzw. ihre Partner nicht immer Kondome, die bekanntermaßen die Übertragung reduzieren können, benutzen, weil die "Aids-Forscher" sonst die Wirkung dieser Substanz auf die HIV-Infektionsrate nicht hätten untersuchen können. Analog sind Impfstoffversuche - wie oben dargelegt - darauf angewiesen, daß die untersuchte Bevölkerung von Aids-Aufklärungsprogrammen nicht erreicht wird und/oder Kondome nicht immer benutzt oder - nicht benutzen kann, beispielsweise weil sie in den Kondomvergabeprogrammen nicht berücksichtigt wird.

Brooke Grundfest Schoepf faßt den Zusammenhang zwischen Impfstofftests und Risikoreduzierung treffend zusammen: "Impfstoffversuche werden große Scharen von Versuchspersonen mit relativ hohem Infektionsrisiko erfordern, um zu bestimmen, ob es statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Geimpften und den Kontrollen gibt. Idealerweise sollten die Versuchspersonen nicht gerade dabei sein, ihre Risiken effektiv zu verringern. Gegenden in Afrika mit einem hohen Auftreten (von HIV/Aids, d.V.) scheinen beide Bedingungen zu erfüllen, insbesondere wenn effektive Risikoreduzierungsunterstützung nicht breit durchgeführt wird. Mehrere KollegInnen haben behauptet, daß der Mangel an Interesse an community-gestützten Interventionen teilweise durch die Notwendigkeit motiviert sein könnte, 'natürlich vorkommende Hochrisiko-Populationen' zu erhalten."[32]

krank ... gesund ...

Die Befürchtung, daß 'natürlich vorkommende Hochrisiko-Populationen' absichtlich auf hohem Risikoniveau erhalten werden, indem Aids-Aufklärungsprogramme und die Kondomvergabe bestimmte (unproduktive) Bevölkerungsgruppen nicht erreichen, oder daß hinsichtlich von Aidsprogrammen ähnlich wissenschaftsgläubig und menschenverachtend verfahren wird wie in der Erprobung von Methoden der Schwangerschaftsverhinderung, läßt sich nicht belegen. Jedoch lassen eben die Erfahrungen mit Organisationen der internationalen Bevölkerungspolitik, die jetzt Aidsprogramme und Kondomvergabe maßgeblich planen und kontrollieren, eine solche Befürchtung überaus plausibel erscheinen. Zudem liegt das befürchtete Vorgehen in der Konsequenz des angesprochenen Rassismus, Sexismus und der kapitalistischen Verwertungslogik. Diese Logik bestimmt auch, wie die eingangs skizzierten Konzepte von Sexualität und Gesundheit bzw. Krankheit zur Norm gemacht werden. So weist die US-amerikanische Wissenschaftlerin Evelynn Hammonds, die sich insbesondere mit der Geschichte der Naturwissenschaften auseinandersetzt, auf die Zusammenhänge von Rassismus, Sexismus/Sexualität und Krankheit hin:

"In dieser Kultur bestimmt die Art und Weise, wie wir über Krankheit denken, wer lebt und wer stirbt. Die Geschichte schwarzer Menschen in diesem Land (den USA, d.Verf.) ist von Vorfällen durchsiebt, die zeigen, wie Konzepte von Krankheit, Gesundheit, Verhalten und Sexualität sowie race in die Definition von Normalität und Abweichung verflochten wurden. Die Macht, Krankheit und Normalität zu definieren, macht AIDS zum politischen Thema."[33]

Jan Oltmanns

Dieser Text ist in etwas umfangreicherer Version und mit noch größerem kommentierenden Anmerkungsapparat, als wir ihn hier für erforderlich gehalten haben, bei uns zu bestellen.

Anmerkungen und Literatur

1) Vgl. Megan Vaughan, Curing their Ills. Colonial Power and African Disease, Cambridge 1991.
2) Jürgmeier, Das Fremde sind wir selbst. Materialien zum alltäglichen Rassismus, in: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 13, 1987, S.51-58.
3) George L. Mosse, Nationalismus und Sexualität, München, Wien 1985.
4) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.6.1993, zit. nach: Uwe Jungfer (Hrg.), Zum Beispiel: Aids, Göttingen 1993.
5) Janet W. McGrath et al., Anthropology and Aids: The cultural context of sexual risk behaviour among urban Baganda women in Kampala, Uganda, in: Social Science and Medicine, Vol.36, 1993, S.429-439.
6) Cindy Patton, Inventing Aids, New York, London 1990.
7) Zit. nach: Dorothee Winden, Keine Blutspenden von Nicht- Europäern, in: Die Tageszeitung, 24.12.1993.
8) The Panos Institute, Panos World Aids Datafile, Supplement to No.27, May 1993.
9) Die Tageszeitung, 1.12.1992, zit. nach: Jungfer, 1993. Zu den "Aids aus Afrika"-Legenden siehe: Richard C. Chirimuuta/Rosalind J. Chirimuuta, Aids, Africa and Racism, 2.Aufl., Burton-on-Trent 1989. Es sei hier darauf hingewiesen, daß den AutorInnen z.T. vorgeworfen wird, sie würden "Aids in Afrika" verharmlosen.
10) Der Spiegel, Nr.25, 1991 und Der Spiegel, Nr.9, 1991.
11) vgl. Erhard Brunn, Aids - Ein Blick in die deutsche Presse, in: EPK, Nr.3, 1992, S.11-12.
12) Darstellung medizinischer Veröffentlichungen aus der Zeit um die Jahrhundertwende in: James H. Jones, Bad Blood: The Tuskegee Syphillis Experiment, New and Expanded Edition, New York 1993.
13) Zit. nach: Paula A. Treichler, AIDS and HIV Infection in the Thirld World: A First World Chronicle, in: Elizabeth Fee und Daniel M. Fox (Hg.), AIDS. The Making of a Chronic Disease, Berkeley, Los Angeles, Oxford 1992.
14) Wendler, Schneider, Gras, Fleming, Hunsmann, Schmitz, Seroepidemiology of human immunodeficiency virus in Africa, in: British Medical Journal, Vol.293, 1986, S.782-785.
15) Margaret Cerullo/Evelynn Hammonds, Aids and Africa: the western imagination and the dark continent, in: Radical America, Vol.21, 1988, S.17-23.
16) Die folgenden Zahlen stammen aus: World Health Organization - Global Programme on AIDS (WHO-GPA), The Current Global Situation of the HIV/AIDS Pandemic, Jan. 1994.
17) WHO-GPA, The HIV/AIDS Pandemic: 1993 Overview, WHO 1993.
18) Vgl. Chirimuuta/Chirimuuta, 1989; Patton, 1990.
19) FAZ, 30.11.1992, zit. nach: Jungfer, 1993.
20) WHO-GPA, 1993.
21) Mann, Tarantola, Netter (Eds.), Aids in the World, Cambridge, London 1992.
22) New York Times, 19.2.1988, S.A11.
23) S. zu Impfstoff-Tests: Barton F. Haynes, Scientific and Social Issues of Human Immunodeficiency Virus Vaccine Development, in: Science, Vol.260, 1993, S.1279-1286; zum Tuskegee-Experiment: Stephen B. Thomas/Sandra Crouse Quinn, The Tuskegee Syphilis Study, 1932 to 1972: Implications for HIV Education and AIDS Risk Education Programs in the Black Community, in: American Journal of Public Health, Vol.81, 1991, S.1498-1505; sowie Jones 1993.
24) Vgl. Materialien gegen Bevölkerungspolitik, AID, IPPF, UNO... Die Bevölkerungspolitik-Mafia, in: E. coli-bri, Nr.2, 1987, S.47-51; Sumati Nair, Imperialismus und die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit, ebd. Nr.8, 1992, S.13-49.
25) Mann et al., 1992; Lamptey/Goodridge, Condom issues in AIDS prevention in Africa, in: Piot, Kapita, Were, (Eds.), Aids in Africa, in: Aids, Vol.5, 1991, Suppl.1, S.183-191.
26) Margaret Phillips, International Support for Aids Prevention and Control, in: Mann et al., 1992, S.801-811.
27) Nair 1992; vgl. Lamptey/Goodridge, 1991; Lamptey/Weir, Targeted AIDS Intervention Programs in Africa, in: Sepulveda, Fineberg, Mann, AIDS. Prevention Through Education: A World View, Oxford 1992 (Lamptey, Goodridge und Weir sind MitarbeiterInnen des AIDSTECH-Programmes von FHI).
28) Beispielsweise wurde den Frauen nicht gesagt, daß sich Norplant immer noch in der Versuchsphase befindet, daß sie die Versuchspersonen sind, daß die Tierversuche noch nicht abgeschlossen sind, und daß Norplant in den USA nicht von der FDA (Food and Drug Administration) genehmigt ist; vgl. zu Norplant: UBINIG, Norplant: 'The Five Year Needle'. An Investigation of the Norplant Trial in Bangladesh from the User's Perspective, o.J. (UBINIG ist eine Gesundheitsforschungs- gruppe von Frauen in Dhaka, Bangladesh).
29) Der Spiegel, Nr.9, 1991.
30) Im Zusammenhang mit "Aids in Afrika" werden von weißen Wissenschaftlern sehr viele Frauen als "Prostituierte" definiert; beispielsweise wurden bei Untersuchungen in Zaire darunter auch unabhängige, ledige, sexuell aktive Frauen gefaßt; vgl.: Cerullo/Hammonds, 1988.
31) Kreiss, Ngugi, Holmes u.a., Efficacy of Nonoxynol 9 Contraceptive Sponge Use in Preventing Heterosexual Acquisition of HIV in Nairobi Prostitutes, in: JAMA, Vol.268, 1992, S.477- 482. In dem Kongreßbericht von 1989 ist von 46% gegenüber 28% in der Kontrolle die Rede; berichtet in: Patton, 1990.
32) Brooke G. Schoepf, Ethical, methodological and political issues of Aids research in Central Africa, in: Social Science and Medicine, Vol.33, 1991, S.749-763.
33) Evelynn Hammonds, Race, Sex, Aids: The Construction of 'Other', in: Radical America, Vol.20, S.28-36. Der Begriff 'race' bleibt unübersetzt, weil er mit dem Begriff 'Rasse' nicht angemessen zu übersetzen ist.

Bevölkerungspolitik und Rassismus in Brasilien

Interview mit Angela da Silva (Brasilien)

In der vorletzten Ausgabe der 'blätter' mit dem Schwerpunkt Bevölkerungspolitik (Nr. 198) ist ein Interview mit Simone Diniz, einer weißen brasilianischen Feministin, abgedruckt. Hierzu befragt, kommt Angela da Silva, Mitglied im Movimento Negro Unificado aus Brasilien, zu völlig anderen Einschätzungen, vor allem was den rassistischen Gehalt bei staatlichen Bevölkerungspolitikprogrammen und die Ursachen der verbreiteten Sterilisationen von Frauen angeht.

In Brasilien ist - wie fast überall in Lateinamerika - die Ideologie der „rassischen Demokratie" (s. Kasten) dominant. Deine Gruppe, das Movimento Negro Unificado, tritt gegen diesen Mythos an. Wie äußert sich der Rassismus in der brasilianischen Gesellschaft?

Brasilien war 1888 eines der letzten Länder, das die Sklaverei über die Schwarzen und authochtonen Völker abgeschafft hat. Die Sklaverei wurde allerdings nur formell abgeschafft, denn es gab keinerlei Politik, um die Eingliederung der Schwarzen in die Gesellschaft zu fördern. Es wurde eine rassistische Ideologie ausgebildet, die diese Marginalisierung der Schwarzen rechtfertigen sollte. Das fängt schon bei den Kindern an: Mädchen spielen mit Puppen und das böse Mädchen, das den anderen die Puppe wegnimmt, ist immer schwarz. Der böse Junge, der den anderen das Spielzeug wegnimmt, ist immer schwarz. Das häßliche Entlein ist immer schwarz. Dann gibt es noch ein weiteres Rollenklischee, das der schwarzen Mutter, die die Kinder hütet und sich niemals beklagt. Das beruht darauf, daß die schwarzen Frauen in der Sklavenzeit als Ammen für die weißen Kinder fungierten. Es werden also den Schwarzen zwei Rollen zugewiesen, einmal die der Passivität; zum anderen wird behauptet, daß die Schwarzen genetisch zur Kriminalität prädestiniert seien.

Diese Rollen werden dann im Alltag, in der sogenannten Zivilgesellschaft, reproduziert. Zu Beginn des Jahrhunderts wurde eine Art Apartheid installiert, die die Orte der Weißen von denen der Schwarzen trennt. Zum Beispiel wird den Schwarzen nicht erlaubt, bestimmte Clubs zu betreten oder bestimmte Schulen zu besuchen.

Die brasilianische Gesellschaft ist 'rassisch demokratisch' bis hin zur Architektur. In den Gebäuden gibt es zwei Typen von Aufzügen: Der eine heißt „ascensor social", der andere „servicios". In letzterem werden Lasten, Hunde und die Schwarzen transportiert. Wenn ein Schwarzer in ein Gebäude kommt, weist ihm die Concierge „seinen" Aufzug zu. Auf dem Arbeitsmarkt verdienen schwarze Frauen 20 Prozent weniger als weiße Frauen, 40 Prozent der Analphabetinnen sind Indigenas, 55 Prozent sind Schwarze.

Wie ist Euer Verhältnis zu den feministischen Gruppen, insbesondere zu denen, die sich für eine Selbstbestimmung im Bereich der Gesundheit und der Reproduktion einsetzen? Gibt es gemeinsame Positionen in bezug auf den Sexismus in der brasilianischen Gesellschaft?

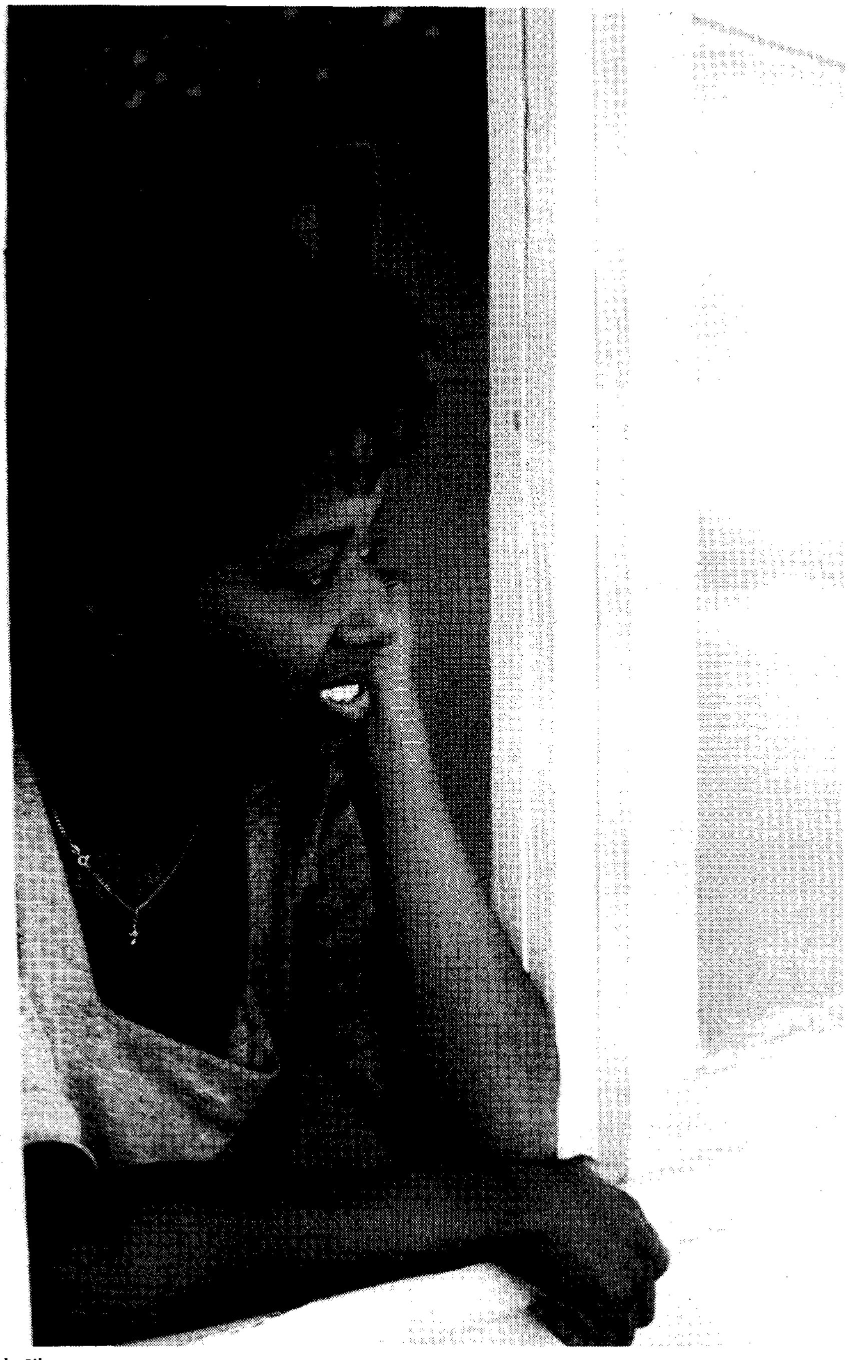
Die feministische Bewegung in Brasilien entstand in den 70er Jahren und war eine bürgerliche Bewegung, sie hat sich nicht mit Rassenfragen oder Klassenfragen auseinandergesetzt. Für uns schwarze Frauen war es sehr schwierig, mit den feministischen Gruppen zusammenzuarbeiten, insbesondere deswegen, weil wir unterschiedlichen sozialen Klassen angehören und wir unterschiedliche Ziele verfolgten. Wir setzen uns in erster Linie für die Hausangestellten ein, die mehrheitlich schwarz sind, und es war nun so, daß viele dieser Hausangestellten in Haushalten weißer Feministinnen arbeiteten. Die feministische Bewegung hat sich nie um die Rechte der Hausangestellten gekümmert und nicht um die Probleme des Rassismus. Da standen wir also ziemlich allein, als wir diese Fragen aufgeworfen haben. Aber auch innerhalb der schwarzen Bewegung war es für die Männer schwierig zu begreifen, daß die schwarzen Frauen einer dreifachen Diskriminierung ausgesetzt sind: erstens weil sie arm sind, zweitens weil sie schwarz sind und drittens weil sie Frauen sind.

Brasilien ist bekannt für die hohe Zahl sterilisierter Frauen. Dabei heißt es immer wieder - auch in Veröffentlichungen linker Feministinnen - daß diese freiwillig vollzogen würden.

Letztes Jahr hatten wir einen Kongreß, auf dem wir feststellten, daß es zwei Arten von Sterilisierung gibt. Ich spreche hier von Brasilien, aber die gleiche Erfahrung wurde auch an anderen Orten gemacht. Die schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung sind ein Faktor, der sehr häufig zur unfreiwilligen Sterilisation beiträgt. Zum Beispiel ist das Myom[1] eine verbreitete Krankheit unter schwarzen Frauen und es wird im allgemeinen durch die Entfernung des Uterus, also die Sterilisation bekämpft. Besonders verbreitet sind auch Erkrankungen im Wochenbett, und darüber gibt es wenig Untersuchungen, weil man sich für diese Frage nicht vorrangig interessiert. Ein Ausdruck der schlechten Lebensbedingungen auf dem Land ist die Verseuchung durch Pestizide. Die Frauen kommen zum Teil aus dem Krankenhaus und wissen nicht, was mit ihnen gemacht wurde. Zwei Jahre später wundern sie sich, daß sie keine Kinder mehr bekommen können.

Die andere Art der Sterilisierung beruht auf Freiwilligkeit: Die Frauen haben drei, vier Kinder und wollen keine weiteren. Die brasilianische Regierung und auch die UNO nennt die Zahl von acht Millionen sterilisierten Frauen, das bedeutet acht Millionen, die im Rahmen der dafür geschaffenen Programme sterilisiert worden sind. In diese Zahl gehen aber die unfreiwilligen Sterilisierungen nicht ein, denen vor allem die armen Frauen ausgesetzt sind, und arm bedeutet hier vorwiegend schwarz.

Es hat sich vor kurzem eine Art „Gericht" konstituiert, das sich aus Leuten der PT und des Movimento zusammensetzt, das die Verbrechen der Sterilisation aufdecken soll und aufdecken will, wie hoch der reale Anteil der sterilisierten Personen ist. Nach



Angela da Silva

Schätzungen der Gruppe „Frauen gegen Sterilisation" sind in Brasilien 20 Millionen Personen sterilisiert.

In einem Interview behauptet Simone Diniz, eine weiße Frau aus der brasilianischen Gesundheitsbewegung, daß die Bevölkerungspolitik in Brasilien keinen rassistischen Kriterien unterliegt. Wie siehst Du das?

Als in den 70er Jahren die Bevölkerungspolitik in Brasilien einsetzte, wurden zunächst Verhütungsmittel in den Gegenden verteilt, wo vorwiegend schwarze Frauen wohnen, und diese Verhütungsmittel wurden oft an Analphabetinnen verteilt und die wußten oft nicht, wie diese Mittel anzuwenden waren und nahmen z.B. alle Anti-Babypillen auf einmal. Wir haben dieses Programm damals angegriffen, erstens weil es in Gebieten mit vorwiegend schwarzer Bevölkerung durchgeführt wurde und zweitens weil es zur Sterilität führen konnte. Zur gleichen Zeit führte die Regierung eine sehr heftige Propagandakampagne für Familienplanung durch. Auf den Plakaten tauchten vorwiegend Schwarze auf, z.B. gab es ein Plakat, auf dem ein schwarzes Kind mit einer Waffe zu sehen war, und auf dem behauptet wurde, daß durch Familienplanung die Häufigkeit von Verbrechen reduziert werden könne. Auf einem anderen Plakat war eine schwangere schwarze Frau zu sehen, mit der Unterschrift: Auch mit vollem Bauch kann man sterben.

In den 70er Jahren wurde nicht über die Verteilung der Ressourcen im Land diskutiert, sondern behauptet, die Armut sei eine Folge der Reproduktion der armen, d.h. vor allem der schwarzen Frauen. Dieser Diskurs wurde mit wissenschaftlichen Argumenten gestützt und unter der armen Bevölkerung verbreitet, auch von sogenannten NGOs, die als gemeinnützig auftraten, und deren Arbeit darin bestand, den Frauen einzureden, daß es schlecht sei, viele Kinder zu haben. Die hohe Kinderzahl wurde für die

miserablen Wohnverhältnisse und alle anderen schlechten Lebensverhältnisse der Frauen verantwortlich gemacht. Und es war oft so, daß wenn eine Frau ihr zweites Kind bekam, die Ärzte im Krankenhaus ihr schon zur Sterilisation geraten und ihr zugeredet haben: „Willst du denn, daß noch mehr arme Kinder im Land geboren werden?" Die Frauen haben heute den offiziellen Diskurs verinnerlicht und fühlen sich für das Bevölkerungswachstum und für die Armut des Landes verantwortlich.

Wird diese Ideologie, weniger Kinder gleich mehr Wohlstand, für schwarze und weiße Frauen gleichermaßen vertreten oder gibt es eine explizit rassistische Ideologie?

Die **brasilianische Schwarzenbewegung** umfaßt über 600 lose miteinander verbundene Organisationen. Gegen den Versuch vieler 'brauner' BrasilianerInnen, sich der weißen Gesellschaft anzupassen, betonen sie die Notwendigkeit, die eigene 'schwarze' Geschichte und Identität wiederzuentdecken und von den 'weißen' Verzerrungen zu befreien. Im Mittelpunkt ihres Kampfes steht der Mythos der **„Rassischen Demokratie"**, der in Brasilien, aber auch in anderen lateinamerikanischen Ländern öffentlich gepflegt wird. Dieser beruht darauf, daß im Gegensatz zu den USA, wo eine klare Kategorisierung zwischen „Schwarz" und „Weiß" vorherrscht, in Lateinamerika viele Menschen nicht in dieses Schema passen. So leben in Brasilien über 40 Prozent „Mulatten", Menschen, die von Weißen und den 3,5 Millionen Sklaven abstammen, die einst in den brasilianischen Zucker- oder Kaffeeplantagen ausgebeutet wurden.

Nach der offiziellen Ideologie der „Rassischen Demokratie" fördert das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Hautfarbe gute „Rassenbeziehungen". Die Realität steht dazu jedoch im krassen Widerspruch. Auch in Brasilien bestimmt die Hautfarbe Berufschancen und die Stellung in der Gesellschaft. So finden sich Schwarze als Tagelöhner oder Hausangestellte meist am untersten Ende der Berufsskala.

Das 1978 gegründete **Movimento Negro Unificado (MNU)** ist die größte und älteste Gruppe innerhalb der brasilianischen Schwarzenbewegung. Den Rassismus verortet das MNU - im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen, die sich mehr im kulturellen Bereich engagieren - vor allem in den ökonomischen und politischen Strukturen der brasilianischen Gesellschaft. Gekämpft wird z. B. für eine Agrarreform, den Abbau rassistischer Stereotype oder gegen die Diskriminierung von Schwarzen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Ideologie ist zwar gleich, aber die schwarzen Frauen sind in anderer Weise betroffen, weil diese Sterilisationsprogramme vorwiegend in Gebieten mit schwarzer Bevölkerung durchgeführt werden. Die schwarze Bevölkerung ist im Nordosten von Brasilien konzentriert. Es ist eine Negation des Rassismus, wenn gesagt wird, die Programme haben sich gegen den Nordosten gerichtet. Sie haben sich dorthin gerichtet, weil dort die Mehrheit schwarz ist. Weil die Gegend als Afrika von Brasilien bekannt ist.

Im Fall der weißen Frauen ist die Sterilisation freiwillig, d.h., Frauen, die über dreißig Jahre sind und schon drei Kinder haben, kommen von sich aus und verlangen eine Sterilisation. Bei den schwarzen Frauen ist die Sterilisation oft im Alter von 15 bis 21 Jahren durchgeführt worden, bei weißen Frauen kommt das nicht vor. Und alle empfängnisverhütenden Mittel mit Langzeitwirkung, z.B. Norplant, sind in der Dritten Welt ausprobiert worden, in Brasilien an schwarzen Frauen. Das erklärt auch, warum die Bevölkerungspolitikprogramme rassistisch sind, obwohl das wissenschaftlich nicht begründet wurde. Die Geburtenrate der schwarzen Frauen liegt inzwischen bei 3,3 Kindern, die der weißen bei 4,3. Aber die Politiker haben auf die schwarzen Frauen „gesetzt".

Die Regierung behauptet zwar nicht ausdrücklich, daß schwarze Frauen am Bevölkerungswachstum schuld sind, aber sie erweitert den Diskurs, der für weiße und bürgerliche Frauen eine gewisse Gültigkeit hat, daß wenn sie weniger Kinder haben, ihr Wohlstand wächst. In jüngster Zeit drückt sich die Diskriminierung auch noch darin aus, daß es in bürgerlichen Vierteln Kliniken gibt, wo neue Reproduktionstechnologien angewandt werden, damit die weißen Frauen Kinder bekommen können, während in den Slums der Schwarzen weiterhin die Sterilisation praktiziert wird.

Simone Diniz vertritt die Meinung, daß die Kinder in der brasilianischen Gesellschaft gerade für die armen Frauen eine Belastung sind und sie sich deshalb sterilisieren lassen. In Brasilien sei es anders als in Indien, wo viele Kinder als Altersversorgung betrachtet werden.

Das kann man so nicht sagen. Die Sterilisation hat für viele Frauen zu einer Verschlechterung der Lebensqualität geführt, z.B. auf dem Land, wo viele Kinder zur Subsistenz beitragen. In armen Familien sind zusätzliche Kinder keine zusätzliche Belastung, sondern sie tragen zum Familieneinkommen bei. Insbesondere ist das die einzige Form, wie ein bäuerlicher Kleinbetrieb überleben kann, die Kinder sind sozusagen der Ersatz für den Traktor. Auch in der Stadt tragen die Kinder zum Familieneinkommen bei, weil sie sehr stark in die Schattenwirtschaft integriert sind, z.B. als Blumenverkäufer. Es gibt sozusagen einen speziellen Wirtschaftssektor für Kinder und der verringert kurzfristig die negativen Folgen der Armut.

Und wenn es außerdem keine Umverteilung des Reichtums gibt, werden auch weniger Kinder nicht dazu führen, daß es den Frauen wirtschaftlich besser geht. Für bürgerliche Frauen, die eine Ausbildung haben, mag diese Gleichung - weniger Kinder, mehr Wohlstand - zutreffen, weil sie über die Mittel verfügen, sich ins Wirtschaftsleben einzugliedern. Aber in dieser Frage gibt es eine Spaltung zwischen der bürgerlichen Frauenbewegung und der Bewegung von armen Frauen, z.B. von Hausangestellten.

Es gibt viele Frauen, insbesondere Heranwachsende, die gerne ihre Fortpflanzung kontrollieren wollen und das Angebot, das es da gab, war immer die Sterilisation, es wurden keine Verhütungsmittel angeboten. Daß die Frauen zu den Gesundheitszentren kommen und sagen, daß sie keine Kinder wollen, beruht meiner Meinung nach mehr auf dem durch die staatliche Ideologie der Bevölkerungskontrolle produzierten Zwang als freier Entscheidung. Die dann an diesen Frauen durchgeführten Sterilisationen führen nicht zur erhofften Verbesserung ihrer Lebensbedingungen; das wäre nur gewährleistet durch Zugang zur Alphabetisierung und zu Arbeitsplätzen. Ich leugne nicht, daß die Frauen Interesse an Empfängnisverhütung haben, aber jedes Programm, das ihnen angeboten wird, müßte getragen sein vom Respekt vor ihren Wünschen und das ist bei den heutigen Programmen nicht der Fall.

Im September findet in Kairo die Weltbevölkerungskonferenz statt. An ihr werden einige NGOs und feministische Gruppen teilnehmen, die hoffen, ihre Positionen dort stärken zu können. Was ist diesbezüglich Deine Meinung?

Wir werden nicht an dieser Konferenz teilnehmen. Die internationalen Institutionen haben ihren Diskurs verändert. Es wird versucht, Bevölkerungspolitik mit dem Problem der Migration zu verknüpfen. Nicht mehr nur die Körper der Frauen sollen kontrolliert werden, ihre Reproduktionsfähigkeit, sondern vor allem soll verhindert werden, daß sie sich hier in den Metropolen reproduzieren. Dazu wird die internationale Kooperation vorangetrieben. Es wird behauptet, die Migration müsse gestoppt werden, weil die Länder des Südens ihre qualifizierten ArbeiterInnen verlieren. Das Ziel ist, daß die Länder des Südens ihre Bevölkerung und die Migrationsprozesse kontrollieren. Um Kredite von der Weltbank oder anderen internationalen Institutionen zu bekommen, müssen sie die Migration bremsen. Letztlich wird trotz veränderter Diskurse dasselbe - die Auslöschung der Armen - herauskommen. Wovon nicht die Rede sein wird in Kairo sind Schuldenerlaß, Agrarreformen oder Alphabetisierungskampagnen.

Das Interview führte Christine Parsdorfer

Anmerkungen

1) Das Myom ist eine gutartige Geschwulst des Muskelgewebes.

'Plano Real' als Wahljoker

Wirtschaftspolitik und Kandidatenkür in Brasilien

Anfang Oktober finden in Brasilien Megawahlen statt. Insgesamt 35.000 PolitikerInnen kandidieren für die etwa 1.700 Mandate in den Landesparlamenten, als Bundesabgeordnete, für den Senat oder die Gouverneursposten. Im Zentrum des Interesses der rund 100 Millionen Wahlberechtigten in Brasilien steht jedoch die Präsidentschaftswahl. Hier repräsentiert der Kandidat der Opposition, Luis Ignácio da Silva, eine linke Reformpolitik, die weit über Brasilien hinaus Diskussionsstoff liefert.

Die BrasilianerInnen waren 1985 mit einer schweren Erblast in die politische Freiheit geschickt worden. Der wirtschaftliche und soziale Druck auf die junge Demokratie war von Anfang an enorm und bestand vor allem in einer gigantischen Auslandsverschuldung, einer wirtschaftlichen Stagnation bei gleichzeitiger Inflation und einer in den Wachstumsjahren des brasilianischen Wirtschaftswunders noch verschärften sozialen Ungleichheit. Die Hoffnungen auf eine schnelle Besserung dieser wirtschaftlichen und sozialen Probleme hat sich in der ersten Dekade seit der Rückkehr der Zivilisten an die Macht nicht erfüllt. Im Gegenteil sind die verschiedenen wirtschaftlichen Reformanläufe praktisch alle schiefgelaufen. Zunächst die heterodoxen Reformanläufe unter Präsident Sarney und dann der orthodoxe Reformkurs unter Collor haben die wirtschaftlichen Probleme eher verschärft als gemindert.

Beiden orthodoxen und heterodoxen Sanierungskonzepten war gemeinsam, daß sie jeweils einseitig auf ein Konzept - entweder Budgetkürzung oder Inflationsgedächtnis - setzten und daß sie Wirtschaftspolitik als eine Art von deus ex machina betrieben. Die Regierung überraschte die Bevölkerung und die Wirtschaftsagenten dabei in unregelmäßigen Abständen über Nacht mit neuen Maßnahmepaketen (Preiseinfrierungen, Regelungen zur Lohnanpassung, Beschlagnahmung von Bankguthaben, etc), die die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns vollkommen veränderten. Die "Schocktherapien" führten allerdings dahin, daß das bloße Gerücht um eine neue Initiative der Regierung zur Inflationsbekämpfung regelmäßig schon eine Preiserhöhung auslöste.

Tatsächlich wurden die Inflationsraten von monatlich 30 bis 50 Prozent zu einer schweren Belastung für Wirtschaft und Bevölkerung in Brasilien. Vor allem die ärmeren Schichten, die keine Möglichkeit haben, wie die Mittelklasse ihr Geld auf dem Kapitalmarkt anzulegen und damit den Wertverlust auszugleichen, sahen sich einem ständigen Schwund des Bargeldwertes ausgesetzt. Nur der Banksektor und eine kleine Gruppe finanzkräftiger Spekulanten konnte zum Teil beträchtliche Gewinne aus den hohen Realzinsen ziehen, die der Staat auf dem Kapitalmarkt garantierte, um seine Binnenschuld zu finanzieren.



Kandidat Fernando Henrique Cardoso

Die Überwindung der Inflation und des Stils technokratischer Maßnahmenpakete wurden zu den beiden Hauptherausforderungen der Wirtschaftspolitik in Brasilien in den letzten Jahren. Dieses Ziel erreicht zu haben könnte zum bleibenden Verdienst der Regierung des derzeitigen Präsidenten Itamar Franco werden. Nachdem seit 1985 insgesamt elf Finanzminister mit jeweils eigenen heterodoxen oder orthodoxen Rezepten die Inflation in den Griff zu bekommen suchten, und die BrasilianerInnen sechs verschiedene Währungseinheiten[1] durchlaufen haben, scheint es ausgerechnet dem Soziologen Fernando Henrique Cardoso als Finanzminister gelungen zu sein, die Inflation einzudämmen.[2]

Der Stabilisierungsplan "Plano Real"

Das Rezept des von Cardoso eingebrachten Stabilisierungsplans Plano Real bestand in einer Kombination der bisherigen Ansätze. In der ersten Phase setzte Cardoso alles daran, die Bundesfinanzen zu konsolidieren. Dazu gehörten zum einen Bemühungen, die noch bestehenden Löcher zu stopfen. So wurde die Zahlung der internen Schulden der Munizipien und Bundesstaaten an den Bund geregelt, die insgesamt etwa 58 Mrd. US-$ umfassen. Da die Rückzahlungen immer wieder ausblieben, stellten sie ebenso einen Unsicherheitsfaktor im Bundesbudget dar, wie die noch bestehenden Staatsbetriebe. Deren wirtschaftliche Autonomie wurde deshalb durch ein präsidentielles Dekret erheblich eingeschränkt. Bei Neuinvestitionen, der Ausschreibung von Schuldtiteln oder größeren finanziellen Transaktionen bedarf es nun der Zustimmung durch den Finanzminister. Außerdem wurden die Bundesausgaben empfindlich gekürzt. Dadurch blieben nicht nur notwendige Investitionen aus, sondern es kam auch zu einer Verschärfung der Situation gerade im sozialen Bereich. Durch die Mittelkürzungen steht die öffentliche Gesundheitsversorgung kurz vor dem Kollaps.

Auf der Einnahmenseite wurde eine zeitlich begrenzte neue Steuer von 0,25% auf alle Finanztransaktionen (IPMF) eingeführt, für die Dauer von zwei Jahren die Bundessteuern um 5% erhöht und die vorgesehenen Zahlungen an Bundesstaaten und Munizipien um 15% gekürzt.

Nachdem diese monetaristische Phase abgeschlossen war, trat der Plan Anfang

1994 in seine zweite Phase, die dem heterodoxen Konzept folgte. Die Wirtschaft sollte schrittweise von einer inflationären Währung auf eine stabile Referenz umgestellt werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Schockpaketen, die das Inflationsgedächtnis auf einen Schlag durch die Einführung einer neuen Währung zu tilgen suchten, wurde nun im März eine zweite, parallele Rechnungseinheit (URV) eingeführt, die an einem festen Warenkorb täglich in ihrem Wert neu festgelegt wurde. De facto entsprach die URV mehr oder weniger immer dem Wert des US-Dollars. Die Wirtschaft hatte nun sechs Monate Zeit, sich auf diese neue Referenz umzustellen, um Vertrauen in die Stabilität der neuen Währung zu gewinnen. Die neue Einheit existierte in dieser Phase nicht als Bargeld, sondern als Verrechnungseinheit für den Abschluß von Verträgen etc..

Nachdem dies geschehen war, wurde in der letzten und dritten Phase im August 1994 die alte, inflationäre Währung ganz abgeschafft und die bisher nur auf dem Papier existierende URV als einzige neue Währung, der Real, eingeführt. Die ersten Zeichen deuten darauf hin, daß tatsächlich erstmals ohne dirigistische Maßnahmen großen Stils, wie Preis- oder Lohnkontrollen, der Geldwertverfall merklich eingedämmt wurde. Nach einem kurzen Anstieg fingen die Preise im August erstmals an, leicht zu fallen. Verschiedene Ökonomen verweisen aber darauf, daß angesichts der anstehenden Lohnverhandlungen im Herbst die Inflationsgefahr keineswegs gedämmt ist.

Neben dem Plano Real gehörten aber auch eine Reihe unspektakulärer Maßnahmen zur Regierungszeit Itamar Francos:

■ Neben einer Erhöhung der Einnahmen sollte durch die Verfolgung der notorischen Steuerhinterziehung durch Spitzenverdiener und große Unternehmen ein politisches Zeichen für mehr Steuergerechtigkeit geschaffen werden. Durch Drohungen wurden speziell die "obersten Zehntausend" der brasilianischen Gesellschaft zu einer Revision ihrer Steuererklärung und zu "freiwilligen" Nachzahlungen bewegt. In manchen Fällen wurde der Steuermoral durch zeitweilige Verhaftungen nachgeholfen. Außerdem machten die Steuerbehörden eine routinemäßige Kontrolle bei den Bestverdienern in Brasilien.[3] Ein weiteres Zeichen in Richtung Steuergerechtigkeit war die Erhöhung der Progression von bisher 25 auf 35 Prozent für Spitzenverdiener. Insgesamt wurden durch diese Maßnahmen die Steuereinnahmen um durchschnittlich 30% erhöht.[4]

■ Durch eine Reihe neuer Gesetze wurden die Voraussetzungen geschaffen für eine wirksamere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Die Zeitungen berichteten nach dem Sturz Collors praktisch täglich über Fälle von gefälschten Ausschreibungen oder unter der Hand vergebenen öffentlichen Aufträgen. Die Praxis der Vergabe von Aufträgen weit über dem Marktpreis und die Rücküberweisung eines Teils der dabei erwirtschafteten Gewinne an die Politiker oder Bürokraten ist eines der Hauptstandbeine der Korruption in Brasilien. Die Staatsanwaltschaft hat zahlreiche Prozesse gegen Politiker und Unternehmer im Zusammenhang mit bekannt gewordenen Korruptionsaffären eröffnet. Außerdem wurden die Bestimmungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge strenger gefaßt und ein neues Antimonopolgesetz verabschiedet.

■ Das von der Regierung Collor 1990 initiierte Privatisierungsprogramm wurde mit leichten Modifikationen fortgeführt. Bis im Januar 1994 wurden insgesamt 25 Staatsunternehmen mit einem Gesamtwert von 6,5 Mrd. US-$ privatisiert. Außerdem werden von den Käufern Schulden in der Höhe von 3 Mrd. US-$ übernommen. Dies brachte jedoch kaum neues Geld in die Staatskassen, sondern diente fast ausschließlich zur Tilgung der Binnenverschuldung des Staates. Die Privatisierung des Stahlsektors und der Petrochemie ist damit weitgehend abgeschlossen. Über die Einbeziehung weiterer Bereiche in das Privatisierungsprogramm wird bereits diskutiert.

■ Das ebenfalls von Collor initiierte Umschuldungsabkommen mit den internationalen Kreditgebern wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Umschuldung nach dem Brady-Plan hängt jetzt nur noch von einem Stand-by-Abkommen mit dem IWF ab, um die notwendigen Sicherheiten für die Privatbanken zur Verfügung zu stellen.

Bei den letztgenannten Maßnahmen handelte es sich um die Fortführung von Programmen, die bereits die Regierung Collor initiiert hatte. Die Wirtschaftsliberalisierung und Öffnung gegenüber dem Weltmarkt wurde also in entscheidenden Punkten auch unter Itamar Franco weitergeführt.

Der Erfolg des Stabilisierungsplans ist für die Wahlen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Gegner der Regierung werfen dieser vor, daß der Plano Real in seiner Chronologie auf die Wahlen abgestimmt wurde, um dem Kandidaten Cardoso zum Wahlsieg zu verhelfen. Ein negatives Vorbild liefert in diesem Fall der Plano Cruzado von 1986, der der damaligen Regierungspartei PMDB ebenfalls zu einem überwältigenden Wahlsieg verhalf und dem kurz nach den Wahlen massive Steuererhöhungen folgten.

Wahlkampf und politisches Marketing

Die freie Wahl der Repräsentanten durch das Volk ist inzwischen auch in Brasilien wieder zu einer demokratischen Routine geworden. Der Kongreß, der bereits 1982 unter relativ freien Bedingungen neu gewählt worden war, wird nun bereits in der vierten Legislaturperiode durch Volkswahlen neu besetzt. Dasselbe gilt für die Gouverneure der einzelnen Bundesstaaten, die in der brasilianischen Politik eine wichtige Rolle spielen. Auch sie wurden 1982 bereits frei gewählt, als noch ein Militär an der Staatsspitze stand. Nur beim Präsidentenamt bestimmen bisher eine Reihe von Ausnahmen das Bild, denn seit der Rückkehr der Zivilisten hat bisher noch kein direkt gewählter Präsident seine Amtszeit vollenden können.

Bei den Wahlen am 3. Oktober - die eventuell erforderliche Stichwahl für das Präsidentschaftsamt und die Gouverneursposten findet am 15. November statt - handelt es sich also trotz der imposanten Zahl der zu besetzenden Ämter um einen Teil der wiedererrungenen demokratischen Normalität auch in Brasilien. Die Wahlen werden deshalb mit großer Professionalität betrieben. Dabei gibt es verschiedene Schienen des Zugangs zu den erforderlichen Wählerstimmen. Das Wahlsystem setzt die entscheidenden Rahmenbedingungen für den Wahlkampf. Die Abgeordneten werden über offene Listen auf Landesebene gewählt. Das führt dazu, daß sie in einem Gebiet, das bei den meisten Bundesstaaten etwa die Fläche Deutschlands umfaßt, um Wählerstimmen werben müssen. Im Wahlkampf ist daher ein erheblicher Mitteleinsatz erforderlich (Reiseaufwand etc.). Der zweite negative Effekt besteht darin, daß auch die Kandidaten ein und derselben Partei im selben Bundesland gegeneinander als Konkurrenten antreten. Und schließlich wird der Wähler mit einer Unzahl von Kandidaten konfrontiert. Im Durchschnitt muß er sich in einem Bundesstaat zwischen etwa 1.300 verschiedenen Kandidaten für 5 Ämter entscheiden.[5]

Längst reduziert sich der Zugang zu den Wählerstimmen auch in Brasilien nicht mehr auf den simplen Stimmenkauf oder leere Versprechungen für den Fall der eigenen Wahl. Es gibt einige andere wichtige Faktoren, die die Chance auf ein Abgeordnetenmandat erhöhen:

■ Zum einen kann die Affinität zu einer oder mehreren sozialen Gruppen Wählerstimmen sichern. Da die Parteien kein festes soziales Profil haben, präsentieren sich die einzelnen Abgeordneten als Repräsentanten und potentielle Lobbyisten bestimmter sozialer Gruppen. Dazu gehören einzelne Berufsgruppen, die über Gewerkschaften oder Verbände angesprochen werden, aber auch ethnische Gruppen, wie die Japaner oder Schwarzen, und Religionsgemeinschaften. Gerade die evangelikalen Gruppen, vor allem Pfingstkirchler, geben ihren Gläubigen genaue Wahlanweisungen nach dem Prinzip "Christen wählen Christen".

■ Zum zweiten fördert der privilegierte Zugang zu den Medien, wie Radio oder

Fernsehen, das Wahlergebnis. Die elektronischen Medien haben eine zentrale Bedeutung in der Informationsaufbereitung und damit auch in der Politik in Brasilien. Wer als Reporter oder Fernsehunterhalter in den Medien präsent war, hat eine gute Chance, als Abgeordneter einer beliebigen Partei gewählt zu werden.[6] Es gibt dabei eine Art Stufenleiter der politischen Ämter, die von einem Stadtrats- oder Landtagsmandat über einen Bürgermeisterposten oder ein Abgeordnetenmandat bis zu einem Gouverneursamt oder Senatorposten gehen. Ist man selbst nicht in den Medien präsent, so kann auch die Zustimmung oder Unterstützung von Schauspielern oder Künstlern, die über einen großen Bekanntheitsgrad verfügen, eine wertvolle Hilfe sein.



Kandidat Luis Ignacio 'Lula' da Silva

■ Schließlich muß ein Kandidat auch finanzielle Mittel mobilisieren, obgleich diese allein kaum eine Wahl garantieren werden. Sie sind notwendig zur Deckung der Kosten für die zu Wahlkampfzeiten überall präsenten großflächigen Beschriftungen von Mauern, das Drucken von Flugblättern, das zwar verbotene, aber doch noch praktizierte Verteilen von Wahlgeschenken, die Organisation von Konzerten und Festen usw.. An dieser Stelle setzt das Sponsoring durch private Kreise ein. Vor allem die Unternehmen, die in irgendeiner Weise Zulieferer des Staates sind - und das sind in Brasilien sehr viele - greifen hier meist tief in die Tasche. In vielen Fällen unterstützen sie rivalisierende Kandidaten, um sich bei jedem Wahlausgang zukünftige Aufträge zu sichern. Die Wahlkampffinanzierung stand im Mittelpunkt der Korruptionsskandale der letzten Zeit. Durch eine neue Regelung, die nun finanzielle Spenden bis zu einer gewissen Grenze zuläßt, wurde die Wahlkampffinanzierung etwas transparenter gestaltet.

■ Wichtig ist letztlich auch die Zugehörigkeit zu einer Partei und ihre Mobilisierung im Wahlkampf. Den Parteien werden entsprechend ihrer Repräsentation im Abgeordnetenhaus kostenlose Wahlwerbezeiten im Fernsehen zugeschrieben. Zwei Monate vor der Wahl werden täglich zur besten Sendezeit am Frühabend alle Fernsehstationen zur gleichzeitigen Ausstrahlung eines einstündigen Wahlwerbeprogramms verpflichtet, in dem die Parteien ihre Programme und verschiedenen Kandidaten vorstellen können. Auch wer sich hier parteiintern an die Spitze schieben kann, hat Wettbewerbsvorteile.

Die Politprofis in Brasilien setzen diese verschiedenen Mittel alle in ihrer jeweils eigenen Mischung ein. Der Kandidat für das Gouverneursamt in Rio de Janeiro, Marcello Alencar, trägt seine Wahlwerbespots von 30 Sekunden in den letzten zwei Monaten vor der Wahl täglich per Telefoncomputer in 14.000 Haushalte. Lula setzt vor allem auf die Arbeit der Parteiaktivisten, die Überzeugungsarbeit an der Basis leisten sollen.

Die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten

Die Wahlen zum Präsidentenamt und zur Besetzung der Gouverneursposten folgen weitgehend anderen Regeln als die Wahlen zu den Legislativen auf Bund- und Länderebene. Während bei den Abgeordnetenwahlen inzwischen ein professionelles Marketing verschiedene Formen des Zugangs zu den Wählerstimmen geschaffen hat und erdrutschartige Veränderungen weitgehend verhindert, folgt gerade die Präsidentenwahl eigenen Gesetzen. Hier üben neben dem politischen Profil das persönliche Charisma der Kandidaten und die momentane politische Lage einen wesentlich stärkeren Einfluß aus. Außenseiter, die die Unzufriedenheit mit der bestehenden Lage kanalisieren können, haben oftmals eine größere Chance, als die Kandidaten der großen Parteien. Dies zeigte die letzte Wahl 1989, als die Vertreter von PMDB, PFL und PSDB allesamt keine 5% erreichten und umgekehrt die kleinen politischen Parteien die aussichtsreichsten Kandidaten stellten. Eine reelle Chance, die Wahl zu gewinnen, hatten lediglich Leonel Brizola, Lula und Collor, die allesamt in Opposition zur Regierung Sarney standen. Auch bei der anstehenden Präsidentschaftswahl haben die Kandidaten der kleinen Parteien die Nase vorn. Obgleich insgesamt neun Präsidentschaftsbewerber angetreten sind, haben lediglich vier eine reelle Chance, ein Wahlergebnis über 10% zu erreichen.

Der Kandidat der PT, Lula (Luis Ignácio da Silva), hat bei der letzten Präsidentschaftswahl 1989 seine langsame Aufholjagd gegen den in der Wählergunst weit vorn liegenden Collor knapp verloren. Daraus suchte Lula eine Lehre zu ziehen und bereitete seinen Wahlkampf langfristig vor. Er durchzog in einer Art Vorwahlkampagne weite Teile des Landes, um sich vor allem in abgelegenen Regionen bekannt zu machen. Bei den Umfragen lag er deshalb wie beabsichtigt lange Zeit weit vorn vor allen anderen Kandidaten, und bisweilen sah es sogar so aus, als könnte er die Wahl im ersten Wahlgang gewinnen.

Lula tritt auch bei diesem Wahlkampf wieder als Streiter für mehr soziale Gerechtigkeit an. Mit seiner Kritik an den krassen sozialen Gegensätzen und der Vision von einer sozialen Ordnung, in der die Menschen in Würde leben können, vermag er in öffentlichen Debatten eine große Faszination auszuüben. Er macht sich damit zum Repräsentanten des sozialen Gewissens. Lula tritt für eine Wiederaufnahme der staatlichen Investitionen in soziale Bereiche ein. Sein Wirtschaftsprogramm umfaßt vor allem eine Förderung der kleinen und mittelständischen Betriebe. Das Privatisierungsprogramm, die Auslandsschulden und das Auslandskapital werden vom Kandidaten der PT immer wieder bevorzugt angegriffen, aber diese Entscheidungen sind kaum rückgängig zu machen und gehören deshalb mehr zur politischen Rhetorik als zu einem künftigen Regierungsprogramm.

Der einzige Kandidat, der noch vor der heißen Wahlphase von zwei Monaten zu Lula aufschließen konnte, war Fernando Henrique Cardoso. Seine Popularität ist vor allem auf die ersten Erfolge der neuen Wirtschaftssanierungspolitik zurückzuführen. Cardoso ist als ehemaliger Wirtschaftsminister der aktuellen Regierung der einzige Kandidat, der mit der Fortsetzung der eingeleiteten Wirtschaftssanierungspolitik wirbt.

Die Serie von Korruptionsaffären um den Präsidenten Collor, das Abgeordnetenhaus und die Lotteriemafia in Rio de Janeiro einerseits und das Wirtschaftsreformpaket des Plano Real andererseits üben auf die Wahlen einen entscheidenden Einfluß aus. Die Bedeutung des Plano Real ist wohl gar nicht hoch genug einzuschätzen. Wenn er tatsächlich die Inflation auf die Nullgrenze



Die Inflationsrate als wahlentscheidender Faktor

drücken sollte, so dürfte das der entscheidende Bonus für Cardoso sein und ihm ins Präsidentenamt verhelfen. Schlägt er fehl, dann dürfte das Lula den ausschlaggebenden Stimmengewinn verschaffen. Die Gegner Cardosos werfen der Regierung deshalb vor, daß die zeitliche Abfolge der verschiedenen Etappen des Planes auf den Wahltermin angelegt waren. So dürfte die Inflationsrate im Wahlmonat letztlich den entscheidenden Ausschlag im Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Kandidaten geben.

Zum anderen steht als direkte Folge der Korruptionsskandale die Ehrlichkeit an oberster Stelle im Anforderungsprofil an den neuen Präsidenten und die anderen Repräsentanten. Eine saubere Weste ist derzeit in der brasilianischen Politik mindestens ebenso wichtig wie das politische Programm. Weil Zweifel an der Integrität der Stellvertreter der beiden führenden Kandidaten Lula und Cardoso aufkamen, mußten beide kurz vor der heißen Wahlphase ausgewechselt werden.

Mögliche Szenarien für einen künftigen Präsidenten Lula oder Cardoso

Cardosos Regierungsprogramm besteht erklärtermaßen vor allem in einer Fortschreibung der jetzigen Sanierungspolitik, um dann in einer zweiten Etappe die notwendigen sozialen Reformen im Bereich der Erziehung und Bildung anzugehen. Der Kandidat hat jedoch Schwierigkeiten, diese Sorge um die sozialen Aspekte glaubwürdig zu vermitteln, weil gerade unter dem von ihm propagierten Austeritätskurs die sozialen Bereiche besonders gelitten haben. Es scheint weit wahrscheinlicher, daß die beiden erklärten Ziele der institutionellen Reform (beispielsweise Verfassungsreform, Reformen der Justiz, des Steuersystems, der föderalen Aufgabenteilung und der Rentenversicherung) bei gleichzeitiger Garantie der wirtschaftlichen Stabilität eine mögliche Regierung Cardoso voll in Anspruch nehmen würden. Sollte umgekehrt tatsächlich eine Kurswende hin zu sozialen Prioritäten erfolgen, so ist fraglich, ob das mit den bestehenden Koalitionspartnern durchzuführen ist.

Im Wahlkampf ist Lula vor allem darauf bedacht, sich nicht als politischer Extremist, sondern als verhandlungsbereiter Kandidat darzustellen. Sollte er Präsident werden, so wird dies auch eine seiner größten Herausforderungen werden, denn bei einer Fortschreibung der jetzigen Mehrheitsverhältnisse wird er gegen etwa 90% des Kongresses regieren müssen. Eine weitere Unbekannte stellt die Reaktion der eigenen politischen Klientel auf einen eventuellen Wahlsieg dar. Es ist nicht auszuschließen, daß beispielsweise die zahlreichen Organisationen sozialer Randgruppen, wie die Landlosen oder städtischen Marginalisierten, die mit der Partei Lulas sympathisieren, auf Lula als Staatschef starken Druck ausüben würden, um eine unmittelbare Besserung der Lage zu erreichen.

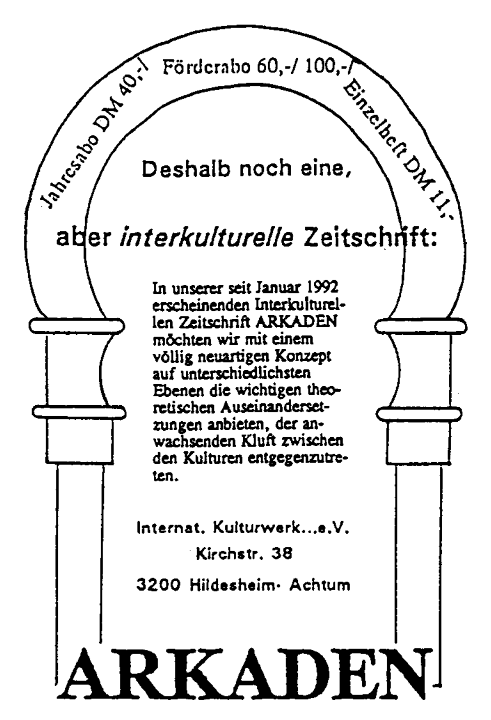
Ebenso wichtig wie Änderung der politischen Prioritäten ist der PT immer wieder die Einbeziehung der Betroffenen in den Entscheidungsprozeß selbst. Ansätze zu einer Einführung direktdemokratischer Elemente wird es unter einer Präsidentschaft des Kandidaten der ArbeiterInnenpartei in der einen oder anderen Form geben. Gerade wenn die Regierung im Kongreß nicht die erforderlichen Mehrheiten für ihre Initiativen erhält, ist die Versuchung groß, die Abgeordneten durch außerparlamentarische Unterstützung unter Druck zu setzen.

Bruno Speck

IDESP (Instituto de Estudos Económicos, Sociais e Políticos), São Paulo

Anmerkungen:

1. Bis 1985 war die Währung der Cruzeiro, ab Februar 1986 der Cruzado, ab Januar 1989 der Cruzado Novo, seit März 1990 der Novo Cruzeiro, im August 1993 wurde der Cruzeiro Real eingeführt und im August 1994 schließlich der jetzt gültige Real.
2. Cardoso wurde im Mai 1993 nominiert und war bis März 1994 im Amt. Da er für die Präsidentschaft kandidierte, mußte er, wie in der brasilianischen Wahlordnung vorgeschrieben, ein halbes Jahr vor der Wahl alle Exekutivpositionen aufgeben. Sein Nachfolger Rubens Ricúpero führt die begonnene Stabilisierungspolitik fort.
3. Vgl. Veja vom 2.12.1992, S. 85.
4. Aus Folha de São Paulo, 23.7.1994, 1:7.
5. Gewählt werden der Präsident, der Gouverneur, ein oder zwei Senatoren (je nach Größe des Bundesstaates), ein Bundes- und ein Landesabgeordneter. Insgesamt haben sich für alle Ämter 35.000 Kandidaten zur Wahl aufgestellt (Quelle: Estado de São Paulo vom 24.7.1994, A 24). Da die einzelnen Kandidaten auf Landesebene gewählt werden und Brasilien insgesamt 27 Bundesstaaten hat, ergibt sich die angegebene durchschnittliche Kandidatenzahl.
6. Die PDT-Abgeordnete Cidinha Campos, die die höchste Stimmenzahl eines Abgeordneten aus Rio de Janeiro erreichte, war früher Fernsehreporterin, ebenso wie der ebenfalls meistgewählte Landtagsabgeordnete Afanásio Jazadji von São Paulo oder der Stadtrat Nello Rodolfo, ebenfalls aus São Paulo (Folha de São Paulo, 3.7.1994, 1-8).





Kalkulierter Massenmord

Gegen den Mythos vom Stammeskrieg

Noch eindeutiger als Hildegard Schürings in ihrem Rwandabeitrag vom Juni („blätter" Nr.198) bezieht der Autor des folgenden Artikels Position gegen die populäre These, Rwanda werde von einem 'Stammeskonflikt' zwischen Hutu und Tutsi zerrieben. Ökonomische und politische Faktoren im Land selbst sowie die Politik des benachbarten Zaire und des fernen und doch immer präsenten Frankreich sind für Neugebauer die entscheidenden Ursachen für den Konflikt in dem kleinen afrikanischen Staat.

Vor fast vier Jahren begann in Rwanda ein Krieg, von dem im Westen erst nach den schrecklichen Massakern im Frühjahr diesen Jahres Notiz genommen wurde. Es war im Oktober 1990, als die FPR (Front Patriotique Rwandais) ihre erste militärische Offensive gegen die rwandische Regierung des Juvénal Habyarimana startete. Damals marschierten mehrere tausend Exilrwander in ihr Heimatland ein, mit dem Ziel, eine Veränderung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Der Einmarsch erfolgte aus Uganda in den Norden Rwandas. Auf der anderen Seite wurden die rwandischen Regierungssoldaten von ca. 1.500 Soldaten zairischer Spezialeinheiten unterstützt. Auch Frankreich und Belgien waren schon damals mit von der Partie. Sie stellten jeweils 300 und 600 Soldaten zur Verfügung (Le Figaro 10.10.1990). Offiziell sollten die belgischen und französischen Truppen die in Rwanda lebenden 1600 Belgier und 700 Franzosen schützen. Faktisch entlastete die Präsenz vor allem der belgischen Truppen die rwandischen Streitkräfte, indem sie in der Hauptstadt Kigali für „Ruhe" sorgten. Die dadurch frei gewordenen militärischen Kapazitäten der rwandischen Streitkräfte wurden dann gegen vermeintliche Rebellen eingesetzt. Dabei wurden Flüchtlinge, die effektiv nichts mit dem Einmarsch zu tun hatten, getötet.

Schon das damalige Vorgehen der Armee kam einem Massaker gleich. Es hatte allerdings noch nicht das Ausmaß eines Genozids. Im Zuge der Kämpfe im Norden des Landes wurden innerhalb der Armee sowie in anderen Bereichen Sympathisanten der Opposition - Hutus wie Tutsis - ausfindig gemacht und umgebracht. Auch der damalige Konflikt wurde von der Regierung, den Medien und von ausländischen Beobachtern als 'Stammeskonflikt' bezeichnet.

In der FPR sind zwar zum großen Teil Tutsis organisiert, doch der hohe Anteil der Hutumitglieder verdeutlicht schon den nicht-tribalen Charakter der Organisation und damit des Aufstandes. Das politische Büro der FPR bestand vor der Machtergreifung aus 15 Tutsis und 11 Hutus, wobei der Sprecher der Opposition ein Hutu war.

Seit dem Konflikt 1990 rissen militärische Vorfälle und Pogrome nicht mehr ab. Im August letzten Jahres erfolgte nach abermaligen Massakern gegen Tutsi eine Offensive der FPR in Ruhengeri und Byumba, vor der Hunderttausende nach Kigali flüchteten.

Der Genozid fiel nicht vom Himmel

Der gegenwärtige Genozid war nicht zufällig und in seinen Dimensionen nicht unbeabsichtigt. Die Massaker waren geplant und strategisch vorbereitet. Schon seit Dezember des Vorjahres mobilisierten vor allem die Präsidentengarde und das Militär im ganzen Land lokale Einheiten, die Listen von Tutsis und jenen Hutus, die sich der Opposition oder Menschenrechtsgruppen zuordnen ließen, anfertigten. Gleichzeitig wurden sie seit Monaten mit Macheten und Granaten ausgestattet. Der auslösende Zeitpunkt, die Ermordung des Präsidenten am 6. April, ist dabei eher zufällig. Die Kalkulation der Regierungsgarde und des Militärs, daß Frankreich erneut der Regierung zu Hilfe kommen würde, erwies sich als falsch. Frankreich zögerte und ermöglichte da-

durch den zahlenmäßig unterlegenen FPR-Kämpfern drei Monate später den Einzug nach Kigali. Der wurde nicht nur durch die bessere Strategie möglich, sondern auch, weil große Teile des Regierungsmilitärs mit der Abschlachtung der Zivilbevölkerung beschäftigt waren.

Zusätzlich zur monatelangen Vorbereitung des Massakers wurde eine Propagandakampagne seitens des Regierungssenders gestartet. Es wurde vor den Tutsis gewarnt, die - so sinngemäß - getötet gehören, da sie ansonsten die Hutus und damit die Regierung und deren Institutionen vernichten würden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, daß der Genozid mit derartiger Konsequenz durchgeführt wurde.

Die einzige Friedenshoffnung, der schnelle Sieg der FPR, erfüllte sich. Am 18. August erklärte die FPR den Krieg für beendet. Einen Monat zuvor, am 19. Juli, übernahm sie die Regierungsgeschäfte. Den nicht-tribalen Charakter der FPR- Politik verdeutlicht die Zusammensetzung der Regierungsspitze, drei von vier Regierungssitzen sind von Hutus besetzt. Die FPR hat insgesamt acht Ministerposten. Außerdem stellt sie mit Pasteur Bizimungu den Präsidenten und mit Paul Kagame den Vizepräsidenten, der zugleich Verteidigungsminsiter ist. Die MDR (Mouvement Démocratique Républiquaine) stellt neben dem Ministerpräsidenten Faustin Twagiramungu den Außen- und Justizminister. Weitere Ministerposten werden von der Parti Liberal (3), der Parti Social Démocrate (2) und den Christ- Demokraten (2) gestellt. Der jetzige Premierminister Faustin Twagiramungu sollte schon vor einem Jahr gemäß dem Friedensvertrag von Arusha sein Amt antreten, wurde jedoch durch die damalige Regierung an der Aufnahme seines Amtes gehindert.

Die koloniale Wahnvorstellung des „Stammes"

Die gestürzte Regierung Rwandas betrieb eine rassistische Politik. Dazu konnte sie auf ein Konstrukt aus der Kolonialzeit zurückgreifen, auf das Konzept des Tribalismus.

Seine Funktion war mit der Form und den Zielsetzungen des Kolonialismus verbunden. Der Terminus kam im 19. Jahrhundert auf und wurde anstelle der bis dahin verwendeten Begriffe wie Nation oder Königreich verwendet. Die als tribal gekennzeichneten Gesellschaften wurden in der Stufenleiter der gesellschaftlichen Zivilisation ganz unten eingereiht, impliziert doch der Begriff Stamm Primitivität, die auf allen Ebenen angesiedelt ist. Der primitive, analphabetische, instinktgeleitete, aggressive, promiskuitive Afrikaner war geboren. Die afrikanischen Gemeinschaften wurden 'Stämmen' zugeordnet, hierarchisiert und gegeneinander ausgespielt. Eine Elite wurde geschaffen und ihre Mitglieder zu Kollaborateuren gemacht. Konnte doch in einem scheinbar ethnisch zerklüfteten Staat die rassistische Karte leicht ausgespielt werden, um politische Gegner zu funktionalisieren bzw. auszuschalten.

Die Differenz zwischen 'Tutsis' und 'Hutus' ist entlang von Klassenlinien geschaffen worden, auf der Grundlage der alten Feudalbeziehungen zwischen den Tutsis und Hutus. Die Tutsis galten als die Aristokraten aus dem Norden und die Hutus als die Masse aus dem Süden.

In der vorkolonialen Periode hatten die Hutus die Möglichkeit, wenn sie ausreichend Vieh und Grundstücke ansammeln konnten, zum Tutsi zu werden. Umgekehrt wurden die verarmten Tutsis bzw. jene, die den höfischen Vorstellungen nicht entsprachen, zu Hutus. Als Tutsis wurden somit all jene bezeichnet, die der politischen, militärischen oder sozialen Herrschaftsschicht angehörten. Die herrschende Schicht beruhte nur im Kern auf bestimmten Abstammungen. Das feudale System war, wie bereits erwähnt, durchlässig, der soziale Status konnte gewechselt werden. Nichtsdestotrotz gab es zwei (von ca. 20) Abstammungsverbände, die den größten Teil der Machthabenden stellten.

Während der Kolonialzeit stieg der Anteil der Tutsis von drei auf 15 Prozent. Die Kolonialisten übernahmen die Trennung und fixierten sie als eine ethnische Kluft. So konnten sie sie für ihre Politik 'Teilen und Herrschen' funktionalisieren. Die um die Jahrhundertwende vor allem von der deutschen Ethnologie vertretene hamitische Theorie diente ihnen als wissenschaftliche Begründung. Die Theorie besagt, daß die afrikanischen Viehzüchtergesellschaften rassisch hochwertiger sind als die Bauern. Die Viehzüchter werden als Semitohamiten bezeichnet, die in eine 'rassische' Verwandtschaft mit den Indoeuropäern gestellt wurden.

Die Umdeutung von sozialen in ethnische Kategorien war somit keine Folge eines innergesellschaftlichen Wertewandels in Rwanda, sondern wurde von äußeren Einflüssen bestimmt. Bis heute wird bei politischen Machtkämpfen, bei sozialen Verteilungsproblemen oder zur Mobilisierung von Gefolgschaften die ethnische Karte gespielt. Gerade Habyarimana verstand es sehr gut, das ethnische Bewußtsein in der Bevölkerung für sich zu nutzen.

Innenpolitische Mobilisierung in Richtung auf das Massaker

Der von Habyarimana groß angekündigte Demokratisierungsprozeß, die Verfassungsänderung von 1991 und die Einführung des Mehrparteiensystems, blieben Makulatur. Habyarimana gelang es jedoch, seine totalitäre Ideologie und seine rechtsgerichtete Regierung mit einem demokratischen Feigenblatt zu bedecken. Dementsprechend feierte die internationale Gemeinschaft einen weiteren Schritt in Richtung Demokratisierung in Afrika und baute die Entwicklungshilfe über die 80er Jahre kontinuierlich aus.

Habyarimana instrumentalisierte mehr und mehr die rassistische Gewalt für seine Politik und förderte die Gründung von faschistischen Parteien (z.B. Coalition pour la Défense de la République, CDR). Die für die Massaker hauptverantwortliche Jugendorganisation 'Interahamwe' wurde von der CDR und der MRND (Einheitspartei von Präsident Habyarimana) geschult und setzte sich aus jungen Arbeitslosen und Unterprivilegierten zusammen, die für rechtsextreme Inhalte empfänglich waren. Die jungen Menschen wurden mit Hilfe einer selektiven Geschichte über die Unterdrückung der Hutus durch die Tutsis mobilisiert.

Es gab jedoch auch Kreise in der Regierung, die für einen Ausgleich mit der FPR votierten und den Friedensprozeß vorantreiben wollten. Sie gehörten jedoch zu den ersten Opfern der Massaker, wie die Ministerpräsidentin Agathe Uwiligiyimana.

Die Front Patriotique Rwandais

Die Unterstützung der FPR durch die Bevölkerung läßt sich nur schwer schätzen. Die Flucht von rund drei Millionen Rwandern aus den Gebieten, die die FPR einnahm, kann nicht ausschließlich als Indiz für ein starkes Mißtrauen gegen die FPR gewertet werden. Der Flucht steht nämlich die Tatsache entgegen, daß schon nach kurzer Zeit viele geflüchtete Rwander in Gebiete zurückkehrten, die unter Kontrolle der FPR waren. Die Bewegungen in diese Gebiete waren so stark, daß das Internationale Komitee des Roten Kreuzes nicht mehr mit dem Ansturm fertig wurde (z.B. 20.000 in die Region von Gitarama). Bis Mitte August wurden bis zu 300.000 Rückkehrende aus Goma geschätzt.

Die FPR (Front Patriotique Rwandais) ging im Dezember 1987 aus der 'Rwandese Alliance for National Unity' hervor. Diese gründeten 1979 Rwander, die vor über 20 Jahren in den Südwesten Ugandas geflüchtet waren bzw. deren Nachkommen. Viele der für die FPR rekrutierten Soldaten kämpften schon im Widerstand gegen Idi Amin in Uganda und verhalfen Yuvenal Museveni im Kampf gegen das Regime von Milton Obote an die Macht. Umgekehrt sind in der Armee der FPR ugandische Soldaten. Die Unterstützung Ugandas war jedenfalls für das Gelingen der Operation der FPR von entscheidender Bedeutung. Von hier aus hat die Besetzung des Nordens 1990 und die jetzige Eroberung des gesamten Landes ihren Ausgang genommen. Die FPR-Truppen benutzten außerdem Militärlastwagen der ugandischen Streitkräfte. Der Personalstand der FPR-Truppen schwankt zwischen

5.000 und 15.000 Soldaten, dürfte aber seit dem Sieg um einiges zunehmen.

Die wichtigsten politischen Forderungen der FPR während des Krieges waren nationale Versöhnung, Demokratisierung, Auflösung des nationalistisch-rassistischen Systems, Gleichbehandlung der Rwander unabhängig von ihrer Herkunft, Abschaffung der Identifikationsmerkmale in Pässen und Ausweisen, der Neuaufbau des Landes sowie die Entschädigung der Opfer und Versorgung der Waisen. Die FPR-Regierung kündigte gleich nach der Machtübernahme voreilig Wahlen innerhalb von zwei Monaten an. Da jedoch in der aktuellen Situation an deren Durchführung nicht zu denken ist, spricht man in Regierungskreisen nun davon, in zwei bis maximal fünf Jahren Wahlen abzuhalten. Diese Verschiebung der Wahlen sollte nicht vorschnell als Zeichen für eine Diktatur gedeutet werden. Die FPR steht derzeit vor der Aufgabe, die Normalität im Lande wiederherzustellen.

Es wäre zuviel des Wohlwollens, davon auszugehen, daß die FPR über der ethnischen Frage steht. Innerhalb der FPR gab und gibt es Gruppierungen, die die Wiederherstellung der Tutsi-Herrschaft anvisieren. Es handelt sich zwar um eine Minderheit, nichtsdestotrotz muß sie beachtet werden. Der größte Teil der FPR verfolgt jedoch eine Politik der 'nationalen Einheit', wie sie im Arusha-Friedensvertrag von 1993 festgelegt wurde.

Frankreichs Intervention in Rwanda

Frankreichs Intervention in Rwanda war nicht ökonomisch motiviert, die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen gaben für die Aktion keinen Ausschlag. Im Vordergrund stand auch nicht der Schutz der französischen Zivilbevölkerung. Die war zu dem Zeitpunkt schon längst evakuiert.

Die französische Intervention erfolgte aus außenpolitischen Erwägungen. Frankreich hat nach der Krise in der CFA-Franc Währungszone (siehe „blätter" Nr. 194) Einfluß in Afrika verloren. Ebenso verlor Paris durch Sturz, Abwahl oder Tod etliche verbündete Staatschefs in Afrika. Mit dem Anspruch, in Afrika den Großmachtstatus zu erhalten, ging Frankreich in die neue Offensive.

Frankreichs Interventionspolitik in Afrika ist eine Verlängerung der Geschichte. Für bestimmte politische und wirtschaftliche Kreise ist die Kolonialzeit noch immer nicht abgeschlossen. Dementsprechend förderten Teile der französischen Regierung die Unterstützung totalitärer Ideologien wie jener in Rwanda.

Als der Völkermord in Rwanda seinen Höhepunkt erreichte, besuchte der rwandische Außenminister Bicamunpaka Frankreich. In seinem Schlepptau befand sich ein führender Politiker der offen rassistischen CDR. Die Gespräche dürften kaum der Maßregelung der rwandischen Regierung gedient haben. Immerhin hat Frankreich die Einsätze von Todesschwadronen und den offenen Rassismus der Regierung in den vergangenen Jahren geduldet. In der Zeit ließen die Todesschwadrone mehrere tausend Oppositionelle verschwinden. Die für die politische Opposition verantwortliche Einheit der Todesschwadrone ist sogar von französischen Spezialeinheiten vor Ort ausgebildet worden. Paris hat somit nicht nur der ideologischen und militärischen Entwicklung zum Völkermord zugesehen, sondern im Bedarfsfall mitgeholfen.

Frankreichs Zögern, in den Konflikt direkt einzugreifen, war einerseits auf Unstimmigkeiten innerhalb der französischen Regierung zurückzuführen. Vor allem die Auseinandersetzung Präsident versus Premierminister in Fragen der Afrikakompetenz flammte wieder auf. Schlußendlich setzte sich in dieser Frage der pragmatische Stil von Premierminister Baladur durch. Andererseits setzte Frankreich auf Abwarten, weil anzunehmen war, daß die gut ausgebildeten und der FPR zahlenmäßig überlegenen Regierungssoldaten gemeinsam mit zairischen Truppen die FPR besiegen würden. Auf keinen Fall jedoch favorisierte Frankreich die Lösung, die schließlich Wahrheit wurde: den Sieg der FPR, deren politisches Bündnis mit



800.000 Rwander haben sich in die französische 'Sicherheitszone' begeben

Uganda bedeuten kann, daß Rwanda Frankreich den Rücken kehrt.

Dementsprechend schnell reagierte Frankreich, als sich abzeichnete, daß sich die alte Regierung nicht halten konnte. Man versuchte zu retten, was noch zu retten war. Gerade so von der UNO abgesegnet, drangen am 22.Juni französische Soldaten von Zaire aus (Goma und Bukavu) nach Rwanda ein und errichteten am Kiwu-See, in Kibuye, Cyangugu, Gikongoro und Gashita, trotz scharfer internationaler Kritik, eine sogenannte Sicherheitszone. Die 'Operation Türkis' wurde von 2.500 Soldaten umgesetzt, und schließlich flüchteten rund 800.000 Menschen in dieses Areal.

Die FPR stand der französischen Intervention und der Errichtung der 'Sicherheitszone' sehr skeptisch gegenüber. Aus gutem Grund: Die sogenannte Sicherheitszone entwickelte sich zu einem feindlichen Gebiet, da sich viele für die Massaker verantwortlichen Teile der Milizen in oder über dieses Gebiet zurückzogen und Frankreich keine Anstalten machte, diese an die neue Regierung auszuliefern. Außerdem blieb der für die Propaganda maßgebliche Sender unbehelligt und konnte noch lange während der französischen Anwesenheit von der 'Sicherheitszone' aus seine Hetztiraden senden.

Außerdem war für die FPR klar, daß Frankreich und Belgien von den Vorbereitungen auf das Massaker wußten und nichts gegen den strategisch geplanten Völkermord unternahmen. Genauso bekannt ist, daß Frankreich noch nach Beginn der Massaker Waffenlieferungen zuließ, obgleich von den Vereinten Nationen bereits ein Waffenembargo verhängt war. So wurden z.B. im Mai, während die Medien schon von hunderttausenden von Toten sprachen, über Goma (Zaire) französische Waffen an die Milizen geschickt.

Die Flüchtlinge als strategische Option?

Trotz der verheerenden Situation in Goma verhinderten zairische Behörden Anfang August einige Tage lang die Rückkehr von Flüchtlingen nach Rwanda. Sie spielten damit direkt dem gestürzten Hutu-Regime in die Hände, dessen Armee sich in Zaire neu formiert. Die vordergründigste Erklärung dieser Grenzschließung ist jene, die von den Vereinten Nationen in Umlauf gebracht wurde. Demnach soll die Schließung der Grenzen nach Rwanda auf eine persönliche Entscheidung des Präsidenten Zaires, Mobutu, zurückzuführen sein, der sich über die Anerkennung der FPR seitens der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten „geärgert" haben soll.

Am Rande sei erwähnt, daß Zaire an der Not der Flüchtlinge kräftig verdient. Einerseits werden für jede Landung von Transportflugzeugen mit Hilfsgütern auf den Flughäfen zwischen 2.000 und 3.000 Mark verlangt. Andererseits hat Präsident Mobutu wieder Prestige gewonnen und vor allem von Belgien Zusagen über diverse Hilfeleistungen erhalten.

Etwa ein Viertel der nach Zaire geflüchteten etwa 20.000 Hutu- Milizen konnten sich schon neu formieren und Gegenangriffe ankündigen. Vergleichbare Drohungen kommen von den nach Zaire geflüchteten Ministern der gestürzten Regierung. Für letztere hat die französische 'Sicherheitszone' im Südwesten Rwandas als Rekrutierungs- und Rückzugszone eine wichtige Bedeutung.

Da es auch in der Vergangenheit eine enge Zusammenarbeit zwischen Mobutu, Habyarimana und Frankreich gegeben hat, drängt sich der Verdacht auf, daß unter dem Deckmantel einer humanitären Aktion in Wirklichkeit der Widerstand gegen die neue Regierung Rwandas aufgebaut wurde. Daß die französische Intervention zweifelsohne auch viele Menschen rettete, steht auf einem anderen Blatt.

Die Rolle der gestürzten Regierung innerhalb dieser 'Arbeitsteilung' bestand darin, durch Propaganda des Senders Radio-Télévision Libre des Mille Collines und in diversen Zeitungen die Flüchtlingswelle auszulösen.

Die riesige Diaspora sollte die FPR von Anfang an vor unlösbare Probleme stellen. Nicht nur, daß die Flüchtlingsmassen als ideales Rekrutierungsfeld für die Ex-Milizen dienen, es stellt sich auch das Problem der zukünftigen Versorgung des Landes. Die Felder sind erntebereit und die neue Aussaat muß im September erfolgen, sonst droht eine Hungerkatastrophe.

Ob unter derartigen Bedingungen eine demokratische Entwicklung stattfinden kann, soll hier dahingestellt bleiben. Der neue Ministerpräsident Rwandas, Faustin Twagiramungu, und seine Regierung haben neben der rassenpolitischen Erbschaft noch zusätzlich das Problem, daß der Radiosender der Regierung, über den die Flüchtlinge aufgefordert werden, nach Rwanda zurückzukehren, nicht über ausreichende Sendeleistung bis nach Zaire verfügt.

Die Flüchtlingsrückführung

Im Prinzip stehen derzeit zwei Möglichkeiten für die Handhabung des Flüchtlingsproblems zur Disposition. Zum einen kann versucht werden, eine langsame Rückwanderung nach Rwanda zu fördern. Dies erfordert neben einem Abbau der Angst vor der Revanche der Tutsis die Schaffung von Infrastruktur für die Rücksiedelung. Schließlich muß für die ausreichende Versorgung der Rückkehrenden und der Zurückgebliebenen gesorgt werden, was angesichts des Ernteausfalls unmöglich erscheint. Die rwandische Regierung muß sich daher um internationale Hilfslieferungen kümmern.

Die zweite Variante besteht in einer längerfristigeren Einrichtung und Unterhaltung der Flüchtlingslager. Dazu muß innerhalb der Flüchtlingslager Infrastruktur und eine informelle Verwaltungsstruktur aufgebaut werden. Von einer solchen Grundlage aus kann eine langsame Rückführung und Integration der Flüchtlinge organisiert werden. Grundvoraussetzung für diese Variante ist die Anerkennung der Auslandsrwander als Teil des politischen Lebens in Rwanda selbst, d.h. sie müssen an möglichen Wahlen teilnehmen dürfen. Eine Einbürgerung der Exilrwander in den Aufnahmeländern ist abzulehnen. Beispiele für permanente Flüchtlingslager als längerfristige Übergangslösung gibt es in der afrikanischen Geschichte genug.

Die Täter finden und verurteilen?

Nicht nur Rwander sind für die Massaker verantwortlich zu machen. Mitwisser und Mithelfer sind zum einen die Politiker der Geberländer der Entwicklungshilfe. In höherem Grade schuldig sind Frankreich und Belgien, die Rwanda militärisch aufgerüstet haben, sowie die Regierung von Zaire, die das Regime in Rwanda mit Truppen unterstützte. Mobutus 'Spezial Devision' (DSP) trainierte Habyarimanas Präsidentengarde, und die Waffenlieferungen an die rwandischen Killerbanden wurden über Mobutus Sicherheitsberater Ngbanda bzw. dem Chef seiner 'Zivil-Garde,' General Baramoto, abgewickelt.

Die Mörder und Mitwisser in Rwanda sollten vor ein Tribunal gestellt werden, in erster Linie die verantwortlichen Mitglieder der Organisation der extremistischen Hutus (insbesondere Milizen und Parteijugend), Teile der Regierungsarmee und anderer militärischer Organisationen. Des weiteren rwandische Verwaltungsautoritäten, die teilweise selbst das Zusammentreiben der Tutsibevölkerung organisierten und außerdem viele tausend Mitläufer.

Alle Täter vor Gericht zu stellen, erscheint jedoch illusionär. Die Regierung Rwandas geht von etwa 20.000-30.000 derartiger Gerichtsverfahren aus. Letztendlich wird man wohl nur einige Führer und Mitläufer anklagen und verurteilen können. Viele werden unbehelligt bleiben und vielleicht erst nach und nach ausfindig gemacht werden können. Nichts ist jedenfalls davon zu halten, die Rechtssprechung einem internationalen Gremium zu überlassen (z.B. der UNO). Deren Objektivität ist nur scheinbar gegeben. Rwanda muß mit seiner eigenen Geschichte selber fertig werden, dazu gehört auch die autonome Aufarbeitung der Ereignisse und die Interpretation im Zusammenhang mit den örtlichen Notwendigkeiten.

Michael Neugebauer

Vorwort

Im Januar 1968 notierte Peter Weiß in einem Nachruf für den ermordeten Che Guevara: „Solange wir dieser scheinheiligen Aufteilung der Welt kein Ende machen, solange wir an dem, was wir haben, festhalten, als verstünde sich das von selbst, und es denen dort draußen verweigern, solange sind wir mitschuldig an jedem Mord, der in der Ferne begangen wird an denen, die den Kampf gegen das Unrecht führen." So einfach oder, wie sich später herausstellte, so schwierig war Internationalismus damals.

Heute, 1994, ist die Einsamkeit der Internationalismusbewegung offensichtlich. Berlin 1989, Managua 1990 und Bagdad 1991 symbolisieren den Niedergang der Neuen Linken. Der in den letzten Jahrzehnten angehäufte Berg von Wissen über Süd-Nord- Beziehungen vergilbt in diversen Archiven. Die Schere zwischen potentiellem Wissen und den politischen Realitäten ist gewaltig.

Während sich linker Internationalismus aus der Öffentlichkeit verabschiedet, nimmt die Katastrophenberichterstattung an Intensität zu.

In allradgetriebenen Geländefahrzeugen mit getönten Scheiben und modernsten Kommunikationsmitteln an Bord gleiten die MedienvertreterInnen in Goma am Elend vorbei. Alternativ dazu werden uns Bedrohungsszenarien wie das Anschwellen einer fundamental islamistischen Bewegung, die das Abendland bedrohe, eingehämmert. Den übrig gebliebenen Solidaritätsbewegten gelingt es nicht mehr, gesellschaftliche Machtverhältnisse durch den Nebel der Bilderflut und Desinformation transparent zu machen. Genau hier, so Karl Rössel in seinem einleitenden Beitrag, gilt es den Hebel anzusetzen und mit dem Aufdecken von Zusammenhängen den öffentlichen Raum zumindest partiell zurückzuerobern.



Die Wiedererlangung dieser Fähigkeit ist sicherlich notwendig. Nichts Neues unter der Sonne also? Nein, die Restlinke nicht nur in diesem Lande muß sich an die eigene Nase greifen, denn ihre derzeitige Krise ist auch hausgemacht. In diesem Sinne greifen einige AutorInnen des vorliegenden Themenschwerpunktes Fragen auf, an denen heute keiner mehr vorbeikommt.

Wie halten wir's zum Beispiel mit „sustainable development"? Der spätestens seit der UN-Umwelt-Konferenz unumstrittene shooting-star auf dem internationalen Konferenzparkett hat sicherlich versöhnlerischen Charakter, weil in ihm soziale Konflikte zugeschüttet werden und sich plötzlich alle im selben Boot der „Einen Welt" wiederfinden, wie Ulrich Brand ausführt. Ob ihn das für emanzipatorische Perspektiven untauglich macht, bleibt allerdings auch für unseren Autoren noch ungeklärt. Auf jeden Fall ist die internationalistische Linke gezwungen, ihre Sichtweise von Ökologie und Entwicklung zu schärfen.

Damit bereits begonnen hat der neue Arbeitsschwerpunkt „Politisierung der Subsistenz" im BUKO. Ulla Peters gibt aus feministischer Sicht einen Überblick über den Stand der Diskussion.

Dem herrschenden Entwicklungsparadigma verweigert sich auch der von Gerhard Hanloser vorgestellte „Neue Antiimperialismus", der seit den siebziger Jahren diskutiert wird und dessen Beachtung zumindest die fatale Fixierung auf nationalrevolutionäre Befreiungsbewegungen hätte verhindern können. In Ablehnung des traditionellen, fortschrittsgläubigen Marxismus-Leninismus richtet er den Blick auf pauperisierte Unterschichten und deren Kampfformen. Der Ansatz landete aber selbst in politischen Sackgassen und Projektionen.

Um Projektionen geht es auch in dem Beitrag von Günther Jacob. Heute sind es nicht mehr Polit-Ikonen wie Che Guevara, sondern Pop-Ikonen, die ihrer Subjektivität beraubt für objektive politische Wunschträume bzw. heute weiße HörerInnenwünsche eingespannt werden.

Abschließend sorgt Frank Sträter noch einmal für Verunsicherung. Die in den 90ern sichtbar werdende Transnationalisierung des Kapitals, die die politökonomische Formation der Metropolen nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend auflöst, hat den von der Solidaritätsbewegung ausgemachten Nord-Süd-Gegensatz aufgeweicht. Am spannenden Fallbeispiel Los Angeles zeigt sich, daß die „Dritte Welt" heute nicht mehr nur auf der südlichen Halbkugel anzutreffen ist, sondern periphere Produktionsformen sich auch in den Metropolen etablieren, was eine stärkere binnengesellschaftliche Orientierung der Soli-Szene gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Oppositionsgruppen erforderlich macht.

Einige Beiträge haben in diesem Heft keinen Platz mehr gefunden. Auseinandersetzungen mit der Kuba-, Mittelamerika- und Kurdistan-Solidarität sowie mit gewerkschaftlichem Internationalismus werden daher in der nächsten Ausgabe nachgeholt. Ebenfalls wollen wir weitere Ansätze, mit denen hier Nord-Süd Politik betrieben wird, vorstellen und ihre Stärken und Schwächen für die zukünftige Arbeit und politische Identitätsfindung herausschälen. Ganz oben steht dabei der äußerst populäre Lobby-Ansatz, der jenseits von Entlarvungsritualen und kritiklosem Übernehmen auf den Prüfstand gehört.

Die LeserInnen sind hiermit herzlichst aufgefordert, sich einzubringen.

Die Redaktion

Zwei Millionen Daumenabdrücke gegen den Imperialismus?

Zum Stand der Internationalismusarbeit

„Der real existierende Kapitalismus ist wirklich die Barbarei, und sein neuer neoliberaler Aufputz ist nichts weiter als die Barbarei ohne Grenzen", so der ägyptische Entwicklungstheoretiker Samir Amin. Für Karl Rössel, Autor des Buches „Hoch die internationale Solidarität", gibt es daher genug Gründe für InternationalistInnen, weiterhin an der Suche nach Alternativen zur herrschenden Weltordnung festzuhalten. Zudem gilt es in der aktuellen Situation, aus der Geschichte zu lernen und die Hoch- und Tiefphasen der Solidaritätskonjunkturen Revue passieren zu lassen.

Die Internationalismus-Bewegung steht 1994 - so die verbliebenen Dritte-Welt-Läden, Solidaritätsgruppen und Internationalismus-Initiativen überhaupt noch eine „Bewegung" darstellen - vor völlig anderen Ausgangsbedingungen als noch vor sechs Jahren, etwa anläßlich der Anti IWF/Weltbank Kampagne. Auf das kurze „Hoch" der internationalen Solidarität in den achtziger Jahren folgte das lange Tief der neunziger, die geprägt zu sein scheinen von Resignationen und Verunsicherungen, von Auflösungserscheinungen der „Bewegung" und Perspektivlosigkeit in Theorie und Praxis der Internationalismusarbeit.

Das zeigt beispielhaft die aktuelle Auseinandersetzung mit der Politik von IWF und Weltbank Mitte 1994. Unter dem Motto: „Auf nach Madrid: 50 Jahre IWF und Weltbank sind genug" rufen auch heute wieder einige Initiativen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) zu Protesten gegen die Jahrestagung in Madrid auf. Ein „alternatives Festkomitee", ins Leben gerufen von spanischen Gruppen, plant dort einen „Gegenkongreß" unter dem Titel „Other voices of the planet" und eine „Großdemonstration". Das heißt: alles scheint zu laufen wie gehabt. Beim letzten BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) im Mai 1994 in Karlsruhe erklärte ein Vertreter des ASTA-Internationalismus-Referats Hannover, er ginge davon aus, daß „allein 5000 Menschen aus der Bundesrepublik" zur Anti-IWF-Demonstration im September nach Madrid fahren würden. Sein Optimismus in Ehren - aber der Mann war offensichtlich neu in der Internationalismusszene. Sonst wäre ihm aufgefallen, daß aktionsorientierter Internationalismus keine Konjunktur mehr hat.

Die Aktivitäten von Basisinitiativen sind in den letzten Jahren stetig zurückgegangen, ihre Vernetzung funktioniert kaum noch und viele Gruppen existieren nur deshalb weiter, weil sie hauptamtliches Personal zur Verwaltung der Solidaritätsarbeit angestellt haben. Die Internationalismusszene hat sich weiter spezialisiert und ist professioneller geworden, was durchaus auch positive Möglichkeiten eröffnet. Sie hat jedoch zugleich an gesellschaftlichem Impetus verloren. An die Stelle von Initiativen, die vor Ort über „Dritte Welt"-Themen informieren und für internationalistische Aktionen mobilisieren, treten immer häufiger hauptamtlich verwaltete Solidaritäts-Zentren, Nicht-Regierungs- und Lobby-Organisationen auf, die eher mit dem Druck von Presseerklärungen als dem Druck der Straße agieren.

Zwischen Hoffnungslosigkeit und nationaler Besinnung

Dabei besteht kein Zweifel: Nie waren mehr qualifizierte Informationen über das Elend der „Dritten" Welt und seine Ursachen verfügbar als heute. Es gibt kaum ein Land der Erde, zu dem sich nicht ausführliche und qualifizierte Literatur sowie irgendwelche Initiativgruppen wie auch ReferentInnen finden ließen, egal ob es nun um wirtschaftliche oder politische, soziale oder ökologische Probleme der „Dritten" Welt geht. Aber der Internationalismus-Bewegung gelingt es immer seltener, mit ihren Informationen und Analysen den herrschenden Diskurs zu beeinflussen oder gar zu bestimmen. Oft hat es den Eindruck, als ließe sich nicht einmal mehr in den eigenen Reihen die Hoffnung aufrechterhalten, daß sich das bis ins letzte schmerzhafte Detail bekannte Elend der „Dritten Welt" überwinden läßt. Manchen erscheinen gesellschaftliche Alternativen inzwischen so utopisch und die Gegenseite in allen Belangen so übermächtig, daß sie nur noch das kurzfristig Machbare sehen und darüber das langfristig Wünschenswerte vergessen. Andere sind längst dem Zynismus verfallen.

Bekanntester Prototyp ist Hans Magnus Enzensberger, Internationalist der ersten (Nachkriegs-)Stunde Ende der fünfziger Jahre. 1991 rechtfertigte er mit der Gleichsetzung von Saddam Hussein und Hitler im SPIEGEL die Massenbombardements der US-Luftwaffe auf die irakische Bevölkerung. 1993 setzte er - wiederum im Magazin für deutschnationale Studienräte - mit einem Rundumschlag gegen die Internationalismusbewegung nach. Er schrieb, von der Guerilla in der „Dritten" Welt sei nichts anderes übriggeblieben als „der bewaffnete Mob" und: „Das wirre Alphabet, mit dem sie sich schmücken, FNLA oder FLNS, MPLA oder FMLN, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie kein Ziel, kein Projekt, keine Idee zusammenhält, sondern eine Strategie, die diesen Namen kaum verdient, denn sie heißt: Raub, Mord und Plünderung." Sein Fazit lautet, sich von internationalistischer Politik zu verabschieden und sich „zuallererst um seine Kinder, seine Nachbarn, seine unmittelbare Umgebung" zu kümmern (SPIEGEL 25/1993). Enzensberger propagiert die Beschränkung jeglichen gesellschaftlichen Engagements auf die nationale, wenn nicht lokale Ebene, und profiliert sich nicht nur mit diesen Inhalten, sondern auch mit seiner Diktion als Theoretiker eines neuen, intellektuell begründeten Rassismus.

Die Kritik an dieser selbstgefälligen und eurozentristischen Haltung kann er in seinen eigenen früheren Werken nachlesen. So zum Beispiel in der Rede, die er 1961 in Frankfurt zur Eröffnung einer Ausstellung über den Algerienkrieg und die Foltermethoden der französischen Armee hielt. Damals

mahnte er sein deutsches Publikum: „Wenn Sie unsere Kultur besichtigen wollen, gehen Sie nicht zu einem Kulturkongreß, gehen sie zu keiner Dichterlesung, gehen Sie in diese Ausstellung... Was dort ausgestellt ist, das sind nicht die anderen, das sind wir selber. Die Leute in den Konzentrationslagern, die Verhungerten, die Gefolterten, das sind wir - und wir sind die Henkersknechte, die Bombenwerfer und die Kapos... Wir sind überflutet von Informationen, wir haben Maschinen und Kanäle vollgestopft mit Programmen und Nachrichten, aber unsere Informationswelt ist so beschaffen, daß das Wichtigste keinen Platz darin hat. Der Satz läßt sich umkehren: was keinen Platz hat, wovon niemand etwas wissen will, das ist das Wichtigste." Dieses „Wichtigste" ist der Verweis auf die Verantwortung der „Ersten" Welt für die Verhältnisse der „Dritten" Welt - bis heute die zentrale Aufgabe der Internationalismusbewegung.

Der Mief der 50er und der Aufbruch der 68er

Manchmal hilft ein Blick in die Geschichte, aktuelle Rückschläge besser zu ertragen. Zweifellos ist die Lage der Internationalismus-"Bewegung" heute ernst. Aber ist sie schon hoffnungslos? Immerhin verfügt sie über eine ungleich breitere Basis und ungleich bessere Infrastruktur als in den meisten Etappen der Nachkriegsgeschichte. Es sollte schließlich 15 lange Jahre dauern, bis es während des Algerienkriegs, Ende der fünfziger Jahre erstmals seit 1945 wieder zu nennenswerten internationalistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik kam. Selbst weltgeschichtlich bedeutsame Daten wie die chinesische Revolution von 1949 oder auch der mythenträchtige Einmarsch Che Guevaras und Fidel Castros 1959 in Havanna waren zuvor, in der miefigen, von alten Nazis mitregierten und vom Kalten Krieg geprägten Adenauer-Ära nahezu unbeachtet geblieben. Jedes internationalistische Bewußtsein war so nachhaltig verschüttet, daß die wenigen, die - wie Enzensberger - damals öffentlich auf die Greuel des Algerienkrieges hinwiesen und die algerische Befreiungsbewegung FLN unterstützen, „auf den Straßen angespuckt" wurden.

Auch von der Anti-Vietnam-Bewegung der „68er" haben sich vor allem falsche Eindrücke erhalten. Zählte man heute alle kirchlichen Solidaritätsgruppen, Projektunterstützer, Eine-Welt-Vereine und die lokalen Gruppen von NROs zur Internationalismusszene, so käme man wahrscheinlich auf eine größere Zahl von Dritte-Welt-Initiativen, als der SDS (der Sozialistische Deutsche Studentenbund) in seiner Hochzeit 1968 Mitglieder hatte. Tatsächlich gab es in der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg zunächst keine einzige „Dritte"-Welt-Gruppe und nicht eine einzige „Dritte"-Welt-Zeitung.

Internationalismusarbeit war damals integraler Bestandteil der außerparlamentarischen Opposition und wurde vom SDS und den IntitiatorInnen der Ostermarschbewegung organisiert, von den selben AktivistInnen also, die auch gegen die Notstandsgesetze, die Springer-Presse, die NATO, die Waffenexporte deutscher Konzerne, die reaktionären Verhältnisse an den Universitäten usw. mobilisierten. Die Internationalismusarbeit war integraler Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem „Establishment" und dem „kapitalistischen System" insgesamt. Genau das machte allerdings zugleich die hohe Wirksamkeit der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg aus, die zur Veränderung der Gesellschaft insgesamt beigetragen und Freiräume für spätere politische Bewegungen eröffnet hat (auch wenn sie die Deutschen keineswegs langfristig zu „zivilisieren" vermochten, wie uns Antje Vollmer später Glauben machen wollte).

Unstrittig, wenn auch nicht im Detail, war in der Studenten-Bewegung der späten sechziger Jahre, die die außerparlamentarische Opposition gegen den Vietnam-Krieg organisierte, das Ziel des politischen Handelns. Sie propagierte eine sozialistische Gesellschaftsalternative zur kapitalistischen Herrschaft, wobei die meisten deren deformierte stalinistische Version ablehnten. Rudi Dutschke beispielsweise, selbst aus der DDR stammend, gehörte zu den schärfsten Kritikern des „realexistierenden Sozialismus" und die Studentenbewegung protestierte nicht nur gegen den US-Krieg in Indochina, sondern auch gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen in der Tschechoslowakei und versuchte Kontakte zur Opposition in Osteuropa aufzubauen. Es gab für sie allerdings nie Zweifel daran, daß auch das kapitalistische System keinerlei (Über-)Lebensoptionen für die Menschen in der „Dritten" Welt bot. Für den Aufbau einer „anderen Welt" sollte es eine andere Form des Sozialismus geben, basisdemokratisch kontrolliert und rätedemokratisch verwaltet.

Die Formulierung dieses Ziels wurde zunächst keineswegs abhängig gemacht von den realen Machtverhältnissen in der Gesellschaft. Als Aufrufe wie zum Vietnam-Kongreß in der TU in Berlin 1968, die nicht weniger als „die Weltrevolution" propagierten, verfaßt wurden, stand die vergleichsweise kleine außerparlamentarische Opposition einem Gegner gegenüber, der - selbst im Vergleich zu heute - eigentlich als übermächtig und unüberwindbar hätte erscheinen müssen. An der Regierung war eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD (alle für den Krieg in Vietnam), geführt von einem Bundeskanzler Kiesinger, der ehemals NSDAP-Mitglied gewesen war. Eine gesellschaftliche Koalition von rechtsaußen bis sozialdemokratisch organisierte Demonstrationen gegen den SDS. Alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Berlin bekamen dafür dienstfrei. Der kleinbürgerliche deutsche Mob jagte Studenten, die lange Haare hatten, durch die Stadt und lynchte fast einen kleinen, neugierigen Angestellten, nur weil dieser eine schwache Ähnlichkeit mit Dutschke hatte. Wenig später fand einer der tausenden, von der BILD-Zeitung aufgehetzten potentiellen Täter, das richtige Opfer: bei dem Attentat auf Dutschke im April 1968.

Die ideologische Grundhaltung, daß es radikale Alternativen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem geben muß und geben



„Internationalismusarbeit war integraler Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem Establishment"

wird, prägte - wenn auch später differenzierter vorgetragen - bis in die achtziger Jahre die Internationalismus-Arbeit. Sie war auch bestimmend für die Auswahl der Objekte der bundesdeutschen Solidarität. Aus diesem Grund interessierten sich InternationalistInnen hierzulande stets vor allem für Befreiungsprozesse, die ihrer eigenen Utopie zu entsprechen schienen: in Asien für Vietnam sowie später auch für Kambodscha und China, in Afrika für Angola und Mozambique, in Südamerika für Chile und schließlich in Mittelamerika für El Salvador und Nicaragua. Selbst wenn es spätestens seit den siebziger Jahren auch Solidaritätsgruppen zu vielen anderen Ländern gab, so konzentrierten sich doch die meisten AktivistInnen auf die genannten Beispiele oder sie suchten sich zumindest auch anderswo Partnerorganisationen wie Oppositionsparteien, Basisgemeinden, Gewerkschaften und Frauenorganisationen, deren Programme auf eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn nicht explizit auf den Aufbau einer Gegengesellschaft ausgerichtet waren.

Kontinuitäten in den 80er Jahren

Letztlich waren es die gleichen Überlegungen, die noch Mitte der achtziger Jahre zu der weithin akzeptierten Einsicht führten, daß sich Internationalismusarbeit, wenn sie die bestehende (Welt-)Wirtschaftsordnung wirklich in Frage stellen wollte, weniger auf einzelne Länder und Projekte konzentrieren sollte, sondern vielmehr auf die Beseitigung der strukturellen Ursachen der bestehenden Abhängigkeiten und Ausbeutung, sprich: auf die Verantwortlichen im eigenen Land. Dieser Analyse lag die Annahme zugrunde, durch Widerstand in den Metropolen kurzfristig Freiräume zur Durchsetzung alternativer Gesellschaftsentwürfe in der „Dritten" Welt schaffen und langfristig auch das System hier verändern zu können. Auch wenn diese Haltung manchen das beruhigende Gefühl vermittelte, „die da unten werden schon für uns die Revolution machen" und entsprechende Folgen bei der Konsequenz der eigenen politischen Aktivitäten hatte, bot sie doch auch vielen aktiven InternationalistInnen weiterhin eine ausreichend sinnstiftende Begründung für ihre eigene Arbeit.

Die propagandistische Aufarbeitung des Scheiterns der stalinistischen Form des Staatssozialismus nach 1989 durch die westlichen Medien begründete eine neue Hegemonie der herrschenden Ideologie, wonach die kapitalistische Marktwirtschaft und die Mehrparteien-Demokratie bürgerlich-parlamentarischer Prägung die letzte und höchste Stufe gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet. Mit dem Golfkrieg gegen den Irak wurde schließlich 1991, nur zwei Jahre später, drastisch demonstriert, was denen droht, die nach dem vorläufigen Ende der Systemkonfrontation die uneingeschränkte Dominanz der kapitalistischen Industrienationen über den Rest der Welt stören könnten.

Die 90er: Von der Revolution zur Reform

Seit den historischen Zäsuren von 1989 und 1991 bröckeln gemeinsame ideologische Grundlagen. Sicher lassen sich heute keine einfachen Utopien mit dem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit mehr formulieren. Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen müssen oft in jedem einzelnen Fall, für jedes einzelne Land neu und anders entworfen werden. Das bedeutet aber nicht, daß es keine mehr gäbe, und daß es nicht insbesondere auch in der „Dritten Welt" nach wie vor Menschen und Organisationen gibt, die sie umzusetzen versuchen.

Hierzulande scheinen sich jedoch inzwischen viele damit abgefunden zu haben, daß sich allenfalls noch Nachbesserungen und kleinere Reformen am bestehenden kapitalistischen (Welt-)System einklagen und durchsetzen lassen. In den letzten Jahren hat sich der Grad der Mobilisierungsfähigkeit an der Basis umgekehrt proportional zur Zahl der hauptamtlichen SolidaritätsarbeiterInnen entwickelt. Diese Erfahrung mußten auch viele der nach 1989 rasch gegründeten Dritte-Welt-Läden und Initiativen in Ostdeutschland machen. Wurden sie zunächst mit ABM-Stellen verwöhnt und von BMZ-Minister Warnke höchstpersönlich bei seinen Besuchen vor Ort „für ihr Engagement" gelobt, standen viele nach dem Auslaufen der ersten ABM-Maßnahmen und Sachmittel-Zuschüsse vor großen Schwierigkeiten, weil die Arbeit weitgehend von den hauptamtlichen MitarbeiterInnen abhängig geworden war.

Die Bereitschaft von Internationalismus-Gruppen, gegen die bestehenden Verhältnisse und die Institutionen, die sie organisieren, also IWF, Weltbank oder auch die Europäische Union (EU), Widerstand zu leisten, ist jedenfalls zurückgegangen. Das zeigt die schleppende Vorbereitung der geplanten Aktionen gegen das Gipfeltreffen der Europäischen Union im Dezember 1994 in Essen. Dabei wäre dies - nach den Europawahlen - eine der seltenen Gelegenheiten, das Thema EU endlich einmal breiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Aber obwohl es zwei mehrtägige Kongresse des BUKO (1991 in Köln und 1992 in Stuttgart) zum Thema EG-Europa gegeben hat und obwohl von Internationalismusgruppen innerhalb wie außerhalb des BUKO-Spektrums immer wieder analysiert worden ist, daß Kritik und Widerstand an den bestehenden Strukturen hierzulande ansetzen müssen, hat dies offensichtlich kaum noch praktische Konsequenzen.

Letztlich täuscht deshalb auch der aktuelle Aufruf des „alternativen Festkomitees" zu den IWF/Weltbank-Gegenveranstaltungen in Madrid über den realen Stand der Internationalismusarbeit hinweg. Gelang es mit der Anti-IWF-Kampagne 1988 noch durch außerparlamentarischen Druck, durch Bewegung auf der Straße, für kurze Zeit die Verschuldung der „Dritten" Welt zu einem Thema zu machen, das auch über die Internationalismusszene hinaus öffentlich diskutiert werden mußte (etwa in der Presse, in Parteien, im Parlament), so kommen sechs Jahre später kaum noch Bündnisse zustande, die dieses oder ähnliche Themen aufgreifen und auf breiter Basis wirkungsvolle Aktionen dazu vorbereiten könnten. Inzwischen fehlen wohl auch die Leute, die an solchen Aktionen teilnehmen würden.

Anti-IWF-Kampagnen 1988 und 1994

Nach einem Aktionsseminar im Juni zur Vorbereitung der Anti-IWF-Aktivitäten im September 1994 schrieb Paul Sandner, der als Vertreter des BUKO-Koordinationsausschusses daran teilnahm und der schon 1988 für den BUKO zu den Initiatoren und Mitträgern der Anti-IWF-Kampagne in Berlin gehört hatte, er habe feststellen müssen, „daß seit den Gegenaktivitäten zu IWF/Weltbank 1988 einiges an ihm vorübergelaufen" sei. Zwar habe er schon vorher bemerkt, daß „die Form der Lobbyarbeit in der Drittweltszene allgemein zugenommen" habe, aber erst bei diesem Seminar sei ihm klar geworden, „daß dies mittlerweile fast das Einzige ist, was an Aktivitäten zu IWF und Weltbank übriggeblieben" sei. Die LobbyistInnen versuchten nur noch, „Projektbeschlüsse der Weltbank positiv zu korrigieren", indem sie „auf deren Repräsentanten und Entscheidungsträger argumentativ einwirkten." So sollen zum Beispiel „zwei Millionen Daumenabdrücke gesammelt werden" und jeder Daumenabdruck soll für einen Menschen stehen, der wegen eines Weltbank-Staudamm-Projektes vertrieben wurde.

Bislang fehlt jeglicher Beleg dafür, daß Versuche, die Herrschenden in relevanten Punkten zu einer anderen Politik zu überreden, erfolgreich sein können. Trotzdem gehen beispielsweise Internationalismusgruppen von der Westsahara- über die Kuba- bis zur Kurdistan-Solidarität nicht selten mit fortschrittlich klingenden Resolutionen des Europaparlamentes hausieren, die sie durch mühsame Einflußnahme auf sympathisierende ParlamentarierInnen durchzusetzen vermochten. Sie übersehen dabei jedoch, daß die Europäische Union als Institution weiterhin eine genau gegenläufige Politik betreibt, etwa mit ihren Milliarden-Krediten und Waffenlieferungen für Marokko und die Türkei sowie Boykottmaßnahmen gegenüber Kuba. Und sie übersehen

dabei auch, daß sie mit dem Bezug auf das Europaparlament letztlich einer Institution zur Legitimation verhelfen, die nicht mehr ist als das einflußlose demokratisch-parlamentarische Deckmäntelchen der neuen Großmacht EU.

In eine ähnliche Richtung zielt die Einladung des Vereins „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)" an Weltbankmanager und BMZ-Vertreter zu dem „Internationalen Symposium: IWF und Weltbank im 21. Jahrhundert - Reformbedarf und Perspektiven der Bretton Woods Institutionen" im Juni 1994 nach Wuppertal. Die Frankfurter Rundschau kommentierte das so: „Der 50. Geburtstag von Weltbank und IWF ruft die Kritiker dieser Finanzinstitutionen auf den Plan. Seit der Zeit der Demonstrationen in Berlin 1988 hat sich deren Arbeitsweise jedoch geändert: Statt spektakulärer Aktionen versucht ein internationales Netz von Gruppen und Experten im direkten Kontakt mit Bank-Vertretern oder über nationale Regierungen Einfluß zu nehmen." Es ist der Versuch, „Einfluß zu nehmen" auf Institutionen, deren ureigenste Funktion darin besteht, die bestehenden Ausbeutungsstrukturen zu organisieren und zu stabilisieren. Würden sich deren Repräsentanten durch gutes Zureden zu einem „richtigen" Vorgehen in der „Dritten" Welt bewegen lassen, müßten sie in letzter Konsequenz zur Auflösung der Institutionen beitragen, von denen sie bestens bezahlt werden. Daran glauben selbst die Lobby-Apologeten nicht.

Dieses System hält für die große Mehrheit der Menschen keinerlei positive Zukunftsoptionen bereit. Eleuterio Fernández Huidobro, Mitbegründer der Tupamaros in Urugay, formuliert dies so: „Wir sind nicht mit einer Krise des Kapitalismus konfrontiert, sondern mit einer kaltblütigen Entscheidung: für die Existenz zweier Welten, die immer mehr voneinander getrennt werden und immer weniger voneinander abhängig sind. Besser gesagt: die Existenz einer einzigen Welt und das völlige Aufgeben der anderen... Diese kaltblütige Entscheidung liegt an einer unvermeidlichen Tatsache: Das postmoderne kapitalistische Modell (oder wie man es immer nennen will) ist für eine Minderheit, per Definition." (zit. nach PIZZA (Hrsg.) Odranoel, Hamburg 1992, S. 229 f.)

Von der Befreiungsbewegung zur Wahlpartei

Und doch stoßen Debatten um Alternativen zur bestehenden Welt(wirtschafts)ordnung auf immer weniger Interesse. Das zeigt sich am Niedergang bewegungsübergreifender Bündnisse (Beispiel: der BUKO, der in diesem Jahr nur noch von 200 Leuten besucht war im Vergleich zu 700 vor zehn Jahren) wie am Zeitungssterben innerhalb der Dritte-Welt-Szene (Beispiel: „Dritte Welt" und „Entwicklungspolitische Korrespondenz", die im letzten Jahr ihr Erscheinen einstellen mußten).

Zum Rückgang der Internationalismusbewegung hierzulande hat allerdings auch beigetragen, daß sich aufgrund der veränderten Weltordnung auch die Befreiungsbewegungen und Oppositionsgruppen in der „Dritten" Welt anders verhielten als von InternationalistInnen hierzulande erwartet wurde. Zwar hatte sich in den achtziger Jahren bei vielen InternationalistInnen die Einsicht durchgesetzt, daß mit der Unterstützung von Befreiungsprozessen in der „Dritten" Welt keine romantischen Revolutionsvorstellungen, keine Projektionen eigener Veränderungswünsche verbunden werden sollten, und daß auch mit Befreiungsbewegungen kritisch-solidarisch umgegangen werden müsse. Und die Mittelamerika-Solidarität suchte damals auch als erste die offene Auseinandersetzung mit ihren AnsprechpartnerInnen über „Fehlentwicklungen" im revolutionären Befreiungskampf, etwa nach Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Miskito-Indianern in Nicaragua und bewaffnet ausgetragenen internen Machtkämpfen innerhalb der FMLN El Salvadors.

Trotzdem war die Überraschung groß, als die Sandinisten 1990 die Wahlen in Nicaragua verloren und sich schließlich auch noch die FMLN in El Salvador auf Friedensverhandlungen einließ, an deren Ende ebenfalls eine deutliche Wahlschlappe lag. Der linksradikale Teil der Internationalismus-Bewegung zeigte sich besonders irritiert, als sich auch noch die „Tupamaros", ehemals ideologische Vorbilder der hiesigen Stadtguerilla, als Wahlpartei neu konstituierten. Als Folge der neuen Weltordnung und des Versuchs, darauf in Theorie und Praxis zu reagieren, ist heute auch die philippinische Befreiungsbewegung, vor wenigen Jahren noch die nach Einschätzung des US-amerikanischen Geheimdienstes „am schnellsten wachsende bewaffnete Guerilla Asiens", heillos zerstritten. Die Überlebenschancen von Castros Sozialismus in Kuba erscheinen mittlerweile ebenso fraglich, wie die Durchsetzungskraft des kurdischen Befreiungskampfes.

In der einpolaren Weltordnung der Nach-Golfkriegsära, das zeigt sich allerorten, sind die Handlungsmöglichkeiten und -alternativen von Oppositionsbewegungen in der „Dritten" Welt offensichtlich weiter geschrumpft. Auch das vom ANC entworfene Programm der ersten, frei gewählten Regierung Südafrikas zeigt, wie eng die Spielräume für alternative Gesellschaftsentwürfe heute geworden sind: es befriedigt offensichtlich eher das Personal der Friedrich-Ebert-Stifung als manche langjährigen MitarbeiterInnen der Solidaritätsbewegung. Ähnlich „inkonsequent" erscheinen vielen InternationalistInnen, die jahrelang mit der Intifada sympathisiert haben, die Ergebnisse der Friedensverhandlungen zwischen der PLO und Israel.



„statt spektakulärer Aktionen... ein internationales Netz von Gruppen und Experten"

All dies trägt nicht gerade dazu bei, InternationalistInnen hierzulande zu motivieren. Revolutionäre Erfolgserlebnisse wie etwa die portugiesische oder die sandinistische Revolution, die früher zumindest noch ab und zu euphorische Stimmungen in der Internationalismusbewegung auszulösen vermochten, gibt es heute offensichtlich nicht mehr. Wie gelähmt die Internationalismusszene von der scheinbaren Unverrückbarkeit der bestehenden Machtverhältnisse ist, zeigt sich deutlich an der vergleichsweise verhaltenen Reaktion auf den Aufstand der Zapatistas in Mexiko, obwohl diese mit Subcomandante Marcos über eine der charismatischsten Figuren in der Geschichte der

Befreiungsbewegungen Südamerikas verfügen.

Abkehr vom 'Schwarz-Weiß-Denken'

Um nicht falsch verstanden zu werden: es geht nicht darum, in Revolutionsromantik zu verfallen und sich immer wieder neu auf das jeweils aktuellste „revolutionäre Ereignis" in der Welt zu stürzen. Von Konjunkturanfälligkeiten dieser Art war die Internationalismusbewegung von Anfang an zu Genüge befallen. Trotzdem kann es für die eigene, oft so zäh und wenig erfolgversprechend erscheinende Arbeit motivierend wirken, zur Kenntnis zu nehmen, wie viele Menschen in der „Dritten" Welt unter ungleich schwierigeren Bedingungen längst noch nicht resigniert haben und immer wieder nach neuen Mitteln und Wegen suchen, sich zur Wehr zu setzen.

Stattdessen läßt sich die Internationalismusbewegung heute eher von den vielen Konflikten lähmen, die sie nicht mehr einfach theoretisch einzuordnen weiß, und für die sie entsprechend keine wirkungsvollen Reaktionsmechanismen mehr zu entwickeln vermag. Zu diesen Konflikten gehören z.B. die US-Invasion in Somalia, die französische Invasion in Ruanda, der Krieg im ehemaligen Jugoslawien sowie der wachsende Nationalismus und in seiner Folge die zunehmende politische Zersplitterung und Verelendung in Osteuropa.

Das Zentralamerikakomitee Tübingen hat dieses Dilemma in seinem lesenswerten Rückblick zum 15jährigen Bestehen der Gruppe im November 1993 („Die Linke zwischen Antirassismus und internationaler Solidarität") so beschrieben: „Nach der Grenadainvasion hätte wohl jeder von uns in einigen Stunden ein ganz passables Flugblatt schreiben können, für ein gutes Flugblatt zu Somalia müßten wir wohl einige Tage in Klausur gehen, zu Jugoslawien vielleicht 'ne ganze Woche. Das läßt sich nicht nur mit Verunsicherungen erklären. Die Einmischung der BRD im ehemaligen Jugoslawien und die UNO-Intervention (mit BRD-Beteiligung) in Somalia ruft bei uns, wenn wir ehrlich sind, statt anti-imperialistischer Empörung nur noch ein halbherziges Unbehagen hervor. Zu lange hatten wir uns daran gewöhnt, die Welt allzuleicht in Gut und Böse, in Schwein und Nicht-Schwein zu unterteilen. Heute fehlt uns offensichtlich das Handwerkszeug für eine differenzierte Wahrnehmung und Vermittlung von Prozessen, zu denen wir nicht schweigen wollen" (zit. nach Informationsbüro Nicaragua, Rundbrief 6/93). Letztlich hätten InternationalistInnen, so das ZAK-Tübingen weiter, mit dieser Haltung „selbst dazu beigetragen, daß der BRD-Linken der internationalistische Blick verloren ging." Die Schlußfolgerung kann nur sein, sich „das Handwerkszeug für eine differenzierte Wahrnehmung" wieder zu erarbeiten und „den internationalistischen Blick" wieder in die aktuellen politischen Diskurse einzubringen und zur Grundlage einer Neuformierung außerparlamentarischer Opposition zu machen.

Dabei sollte sich die Internationalismus-Bewegung nicht unter den Zugzwang setzen lassen, schnelle Antworten auf all die Fragen geben zu müssen, die die „neue Weltordnung" im Jahr drei nach dem Golfkrieg aufgeworfen hat. Oft sind es ja gerade die Protagonisten dieser Ordnung, die von ihren KritikerInnen Lösungsvorschläge für Probleme verlangen, für die sie letztlich verantwortlich sind. So war es schlichtweg absurd, als unlängst ausgerechnet christdemokratische PolitikerInnen von InternationalistInnen verlangten, sich auch für die Einhaltung der Menschenrechte in China zu engagieren, während ihre Parteispitze gerade mit den Veranwortlichen für das Tiananmen-Massaker Milliardengeschäfte abschloß.

Ebenso absurd ist es, sich von den großdeutsch gewendeten ehemaligen AktivistInnen der Friedensbewegung dazu drängen zu lassen, Kriegseinsätze - möglichst mit deutscher Beteiligung - in Bosnien, Somalia oder wo auch immer zu legitimieren. InternationalistInnen sollten sich allen Versuchen der Einvernahme widersetzen, wenn sie nicht wollen, daß die herrschende Ideologie letztlich als alleingültige übrigbleibt.

Für einen langen Atem

Es macht auch weiterhin Sinn, sich in der Internationalismusarbeit auf bestimmte Themenfelder zu konzentrieren und exemplarisch an ausgewählten Ländern und/oder Befreiungsprozessen auf die Funktionsweise der herrschenden Weltordnung hinzuweisen und den Widerstand, der sich dagegen entwickelt, zu unterstützen. Es ist unsinnig, sich zu allem und jedem äußern zu wollen und sich die Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung von kurzatmigen Konjunkturen in der Medienberichterstattung aufzwingen zu lassen. Wer von den JournalistInnen und PolitikerInnen, die noch vor Jahresfrist schnelle Lösungsvorschläge für Somalia verlangten, interessiert sich heute noch dafür, was in diesem Land passiert, nachdem Spranger die letzten „Entwicklungshelfer" aus Belet Huen zurückgezogen hat? Und wer von ihnen wird sich - wenn sich erst einmal alle auch an die Bilder des Sterbens in Ruanda gewöhnt haben - morgen noch dafür interessieren?

Die Internationalismusszene sollte versuchen, Entwicklungen wie die genannten in Afrika in größeren Zusammenhängen zu analysieren und langfristig zu verfolgen. Ihre Aufgabe ist nicht, für kurzfristige Spendenaufkommen zu sorgen, sondern sie bleibt auch weiter, entlang grundsätzlicher Fragestellungen zu arbeiten. Zum Beispiel, auf die Folgen der jüngsten GATT-Verhandlungen hinzuweisen, wonach ganz Afrika in Zukunft nur noch ein Anteil am Welthandel von einem Prozent zugebilligt wird, was nicht nur das Elend in Somalia und Ruanda, sondern auf dem gesamten Kontinent langfristig festschreiben wird. Beim Thema Ruanda wäre es, um ein weiteres aktuelles Beispiel zu nennen, Aufgabe der Internationalismusszene, auf „das Wichtigste, wovon niemand etwas wissen will, hinzuweisen". Etwa auf die Tatsache, daß die französische Regierung von ihren Militärstützpunkten in Afrika aus die Diktatur Ruandas (und nicht nur die) mit installiert hatte und daß es somit nicht mehr ist als dreistester Zynismus, wenn sie sich heute medienwirksam als „humanitärer Retter" zur Beseitigung der Folgen aufspielt. Politische Oppositionelle und TheoretikerInnen aus der Region wissen um diese Hintergründe.

So eindimensional die „neue Weltordnung" von hier aus auch manchmal erscheinen mag, so vielfältig sind doch weiterhin die theoretischen Ansätze zu ihrer Kritik und Überwindung, die in der „Dritten" Welt entwickelt werden. Es lohnt sich deshalb auch weiterhin, den Dialog mit BefreiungstheoretikerInnen aus anderen Kontinenten auszubauen und den Versuch zu machen, ihnen hierzulande ein Forum für ihre Alternativvorschläge zu bieten: ob es nun um die Forderung nach Enteigung der Großgrundbesitzer und einer radikalen Landreform auf den Philippinen oder den Ausbau von Kooperativen in Westafrika, die Entmilitarisierung in Guatemala oder die Verhinderung eines ökologisch desaströsen Staudammprojektes in Indien geht.

Daß InternationalistInnen heute dringender gefordert sind denn je, verdeutlicht vor allem die Tatsache, daß die „Dritte" Welt auch in der „Ersten" Welt präsent ist. Die Opfer der neuen Weltordnung leben längst nebenan. Und es gilt, dafür zu kämpfen (das Wort ist bewußt gewählt), daß sie vor den Angriffen einer rassistischen Politik wie vor faschistischen Horden geschützt werden und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können, mit freier Wahl von Wohnung und Arbeitsplatz, mit allen sozialen und politischen Rechten.

Eine Reihe von Gruppen haben die Anti-Rassismusarbeit in den letzten Jahren zum festen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht. Aber weit mehr Soli-Gruppen könnten ihre Erfahrungen in die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsinitativen einbringen, zum Beispiel indem sie die ökonomischen, politischen und ökologischen Ursachen der weltweiten Fluchtbewegungen thematisieren. Zu den aktuellsten praktischen Aufgaben von InternationalistInnen gehört heute, Flüchtlinge, denen die Abschiebung in ihre heimischen Folterregime droht, zu schützen, das heißt: im Zweifelsfall auch zu verstecken, scheißegal ob dies legal oder illegal ist.

Karl Rössel
(Rheinisches JournalistInnenbüro)



Jenseits des Schrebergartens

Zur Politisierung der Subsistenz

Still geworden ist es um den Internationalismus, der aus feministischer Sicht für eine radikale Gesellschaftsveränderung eintritt. Doch in der Wiederbelebung der Subsistenzdebatte sieht Ulla Peters neue Handlungsperspektiven sowie die Möglichkeit, die eurozentristischen Beschränktheiten der hiesigen Frauenbewegung zu überwinden. Subsistenz heißt dabei nicht die Rückkehr zu kleinbäuerlichen Lebensweisen, sondern die vielfältigen Dimensionen von Herrschaft und Ausbeutung zu thematisieren und dabei die eigene Involviertheit in die herrschenden Verhältnisse nicht zu vernachlässigen.

Doppelt schwer lastet die Krise der sozialen Bewegungen auf denjenigen, die die eigene Emanzipation und gesellschaftliche Veränderungen in den kapitalistischen Zentren mit dem Anspruch auf die Beendigung von weltweiter Ausbeutung zusammendenken. Diese Diagnose trifft auch auf einen feministischen Internationalismus zu, der aus der Perspektive der Kritik patriarchaler Geschlechterbeziehungen danach fragt, welche strukturelle Bedeutung der sexistischen Ausbeutung in bezug auf die Herrschaftsverhältnisse im Weltkapitalismus zukommt.

Ein Problem für einen feministischen Internationalismus stellt dabei der Fakt dar, daß Frauen weltweit sowohl ähnlichen wie auch sehr unterschiedlichen Bedrohungen, Zumutungen und Angriffen auf ihre materielle, körperliche und psychische Existenz ausgesetzt sind. Dies gilt insbesondere für alle Formen sexueller Gewalt, dem grundlegenden Akt der Disziplinierung von Mädchen und Frauen, der ihre umfassende Verfügbarkeit sicherstellen und garantieren soll. Auf der anderen Seite profitieren natürlich auch Frauen von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer Menschen. Nicht wenige von ihnen stehen auf der Seite der Mächtigen, sind privilegiert und leben in materiellem Wohlstand, dessen Basis Raub und Zerstörung in anderen Teilen der Welt ist.

Die Kritik an den Privilegien einer „weißen patriarchalen Dominanzkultur" - zu der auch Frauen gehören, durch die sie profitieren, die sie mittragen, zu der sie schweigen, die sie mit durchsetzen - läßt sich durch eine Vielzahl feministischer Publikationen der letzten 20 Jahre verfolgen. Exemplarisch steht hierfür die Arbeit von Martha Mamozai „Schwarze Frau, weiße Herrin" über Frauenleben in deutschen Kolonien. „Schriften, die sich gegen Kolonialismus und Imperialismus richten, haben bislang den Eindruck erweckt, als handle es sich dabei um ein geschlechtsneutrales Problem. Ist das wirklich der Fall oder fiel auch in diesem Bereich die Frauengeschichte der Schere im Kopf der vorwiegend männlichen Theoretiker zum Opfer? ... Gibt es Hinweise auf eine aktive Teilnahme von Frauen am Kolonialismus?" fragt Martha Mamozai im Einleitungskapitel ihrer Arbeit.

Die zweite bedeutende Kritik wurde im Rahmen der Diskussion um weibliche Identitätskonzepte und Persönlichkeitsstrukturen formuliert. Sie kann unter dem Motiv der „Mittäterschaft" zusammengefaßt werden, das auf der Einsicht basiert, daß diese Verhältnisse Frauen nicht äußerlich bleiben, sondern ihre Wahrnehmungen, das Fühlen, das Denken und die Identität formen. Persönlichkeitsstrukturen und Identitätskonzepte von Frauen bilden sich nicht nur kulturell unterschiedlich, sondern auch in Abhängigkeit von ihrem jeweiligen Status in der weltweiten Ausbeutungsstruktur (Thürmer-Rohr 1983,1990). Hier verbinden sich eurozentristische und damit rassistische mit sexistischen Zurichtungen von Frauen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß vor allem die massive Kritik schwarzer und nichteuropäischer Feministinnen an der weißen, eurozentristischen Orientierung der Frauenbewegung in Europa und insbesondere in den deutschsprachigen Ländern, lange gültige Überzeugungen ins Wanken gebracht und Verwirrung ausgelöst hat (Joseph 1993, Essed 1994). Joseph kritisiert, daß „das Thema Rassismus (...) bis heute nicht in den populären Mainstream-Theorien des weissen Feminismus integriert" ist, obgleich alle Weißen und damit auch Feministinnen „Nutznießer des Rassismus" sind (Joseph 1993b).

Als weit verbreitete Haltung finden wir stattdessen einen Paternalismus, der sich ebenso oft in kritikloser und scheinbar uneigennütziger „Hilfsbereitschaft" ausdrückt, wie in gleichermaßen übertriebener Hilflosigkeit gegenüber Kritik an eurozentristischem Verhalten. Kennzeichnend hierfür steht beispielsweise die Auseinandersetzung um den „Schleierzwang" und die Beschneidung und Verstümmelung von Frauen und Mädchen. Auch die folgenlos bleibende Anklage des eigenen privilegierten Status und damit verbundene Schuldgefühle haben sich als wenig nützlich und konstruktiv für eine internationalistische Arbeit erwiesen.

Internationalismus sollte in Zukunft weder die eigenen Emanzipationshoffnungen noch die eigenen Schuldgefühle auf

Frauen aus der „Dritten Welt" projizieren. „Stellt Hilfe ein, stoppt Entwicklung" fordert Gustavo Esteva als Konsequenz der bisherigen Entwicklungspolitik. Seine Forderungen beziehen sich in weiten Teilen auch auf die „Entwicklungsabsichten" der Internationalismusbewegung. Diese muß sich der Frage stellen, ob „jegliche Form der Hilfeleistung einen unakzeptablen Eingriff in das Leben anderer" darstellt, „der beendet werden muß? Sollten jene Menschen in den Industrieländern, die an mehr Gerechtigkeit interessiert sind, nicht besser ihre Bemühungen auf die Veränderung ihrer eigenen Gesellschaften konzentrieren, anstatt zu versuchen, die Gesellschaften anderer zu verändern?"(Esteva 1994) Ebenso wie an der Frauenbewegung wird die Kritik an einem fehlgeleiteten Internationalismus besonders eindringlich von den „Opfern der Hilfe" vorgebracht. „Die pathologische Form, in der die europäische Kultur sich heute befindet, ist mit ein Produkt des inneren Kolonialisierungsprozesses. Unter solchen Bedingungen ist keine Emanzipation möglich." (Leumi 1994)

Jeder Ansatz, der für sich internationalistische und emanzipatorische Gehalte reklamiert, muß deshalb sein eigenes Verhältnis zu Ausgrenzungen oder auch politischem Separatismus klären. Feministischer Internationalismus kann nie darauf gründen, „Hautfarbe und Geschlecht mit Politik gleichzusetzen" (Joseph 1993b). Diese Einsicht kann eine wichtige Verbindung zwischen Bewegungen sein, wenn darüber nicht die Bedeutung dieser Zuschreibungen geleugnet wird.

Die Stärken der Subsistenzdebatte

Eine Antwort auf die bisher an einen feministischen Internationalismus gestellten Fragen wurde im Kontext der feministischen Subsistenzdebatte versucht, die sich seit Ende der siebziger Jahre in der Bundesrepublik entwickelt hat (Bennholdt-Thomsen 1983). Sie formuliert die Notwendigkeit von Veränderungen in den kapitalistischen Zentren sowie Ansatzpunkte dafür, z.B. über eine Kritik am Konsumismus. Subsistenz wurde dabei zu einem zentralen Begriff sowohl einer Kritik am patriarchalen Geschlechterverhältnis wie auch der Ausbeutung in warenproduzierenden kapitalistischen Gesellschaften.

Den Ausgangspunkt der Debatte bildete eine fundamentale Kritik am Begriff von Produktivität, der die entwicklungspolitische Diskussionen der 70er und 80er Jahre strukturierte. Die feministische Kritik verweist darauf, daß nicht allein der Ausbeutung von (Lohn-)Arbeit zentrale Bedeutung für die Analyse kapitalistischer Vergesellschaftung zukommt. Vielmehr ist die Produktion von Waren in ihrem Verhältnis zur Gesamtheit gesellschaftlicher Subsistenz und Subsistenzarbeit wesentlich für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise (Bennholdt-Thomsen u. a. 1983). Zur Produktion von Waren und gleichbedeutend damit zur Etablierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ist die Ausbeutung und Zerstörung von Subsistenz die conditio sine qua non. Auch im entwickelten Kapitalismus, so die These, wird diese Produktionsweise nie in der Lage sein, die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz zu schaffen, sondern strukturell auf „ursprüngliche Akkumulation", auf Raub, Gewalt und „Sklaverei" angewiesen bleiben.

Es ging nie allein und nicht in erster Linie um die Ausbeutung der Subsistenzarbeit von Frauen, sondern darum, den Zusammenhang zwischen weltweit strukturell ähnlichen und von Lohnarbeit unterschiedenen Formen gesellschaftlicher Arbeit herzustellen. Die strukturelle Ähnlichkeit äußerlich verschiedener Arbeitsformen wurde an deren spezifischer Art der Unterwerfung und Abhängigkeit von der kapitalistischen Warenwirtschaft deutlich (Bennholdt-Thomsen 1980). Sie erbringen alle lebensnotwendigen Leistungen, die nicht profitabel und unbezahlbar sind: Hausarbeit, Pflege und Erziehung, Produktion von Lebensmitteln, Gestaltung von Lebensumwelten, Beziehungsarbeit und viele mehr.

Der entscheidende Beitrag der Subsistenzdebatte und ihre Bedeutung für einen feministischen Internationalismus liegt deshalb nach wie vor darin, Sexismus und Rassismus nicht bloß zu addieren, sondern deren strukturelle Verknüpfung deutlich zu machen. Beide Ausbeutungsformen basieren auf einer Struktur der Ausgrenzung, die Menschen zur ausbeutbaren, nicht entlohnungswürdigen „Ressource" degradiert. Alles was Ressource, Natur ist, ist nicht produktiv, nutzlos. Produktiv sind diejenigen, die die Ressource benutzen.

Mit dem Begriff der Ressource, der implizit schon das Verfügungsinteresse an dieser Ressource enthält, läßt sich die Verbindung zu ökologischen Zerstörungen herstellen. Der Kapitalismus vernutzt jene „Naturqualitäten", die er selbst nicht zu produzieren imstande ist. Natur selbst wird als außerhalb von Gesellschaft definiert und fällt deshalb nicht unter den „Gesellschaftsvertrag", nicht unter die „zivilgesellschaftlichen Stillhalteabkommen", die Vereinbarungen der weißen, westlichen, männlichen Eliten. Gewalt ist nicht „wegzivilisiert" und „staatsmonopolisiert", sondern, um einen Lieblingsbegriff dieser Eliten zu gebrauchen, externalisiert. Die Gewalt wird dort hinverlagert, wo sie sowieso schon rein definitorisch nach den Vereinbarungen und Zuschreibungen dieser Eliten hingehört. Sie richtet sich gegen diejenigen bzw. wird von denjenigen angewendet, die „nicht gesellschaftsfähig", nicht zivilisiert sind. Die Demokratien und Demokraten haben ein „natürliches" Recht, sich und ihre Erfolge weltweit zu schützen.

Die ökonomische und soziale Funktion dieser „zivilgesellschaftlichen" Arrangements, deren Kultur und Durchsetzungsstrategien herausgearbeitet zu haben, ist analytischer Kern der Subsistenzdebatte. Feministischer Internationalismus kann hinter diese Erkenntnisse nicht mehr zurück, ohne seine Existenzberechtigung zu verlieren. Das heißt, an die Einsichten anzuknüpfen, daß:

- Subsistenz den Bereich gesellschaftlicher Arbeit bezeichnet, der lebenserhaltend und produktiv ist, die Menschen ernährt und zu deren Entfaltung beiträgt,
- Unterentwicklung durch die Zerstörung von Subsistenz produziert wird; Subsistenz „verwahrlost", weil die für sie notwendige Energie abgezogen wird,
- ohne Subsistenz keine kapitalistische Warenproduktion, aber ohne Warenpro-



Prädestiniert zur Subsistenzarbeit?



Auf dem Weg des Widerstandes gegen Zerstörung und Ausbeutung

duktion Subsistenz möglich ist,

- die Abwertung und Ausgrenzung von Subsistenz als gesellschaftlicher Arbeit auf dem Weg der Entwertung der Menschen, die Subsistenzarbeit verrichten (immerhn 90% aller Arbeit weltweit), durchgesetzt wird,

- die Entwertung der Menschen über die Abwertung natürlicher und biologischer Eigenschaften und Unterschiede, über Geschlecht, Hautfarbe, besondere körperliche, anatomische Besonderheiten geschieht; damit sind alle, als Menschen mit bestimmter Hautfarbe und Geschlecht, weltweit in den Ausbeutungszusammenhang gezwungen; keine und keiner ist „draußen". Die konstruierte, immer über Gewalt geschaffene, soziale Ungleichheit wird mit einem für alle sichtbaren Merkmal verknüpft.

Der Begriff der Subsistenz dient hier sowohl der Kritik an herrschenden Verhältnissen, wie als Perspektive politischer Veränderung. Diese Ineinssetzung von Analyse und praktischer Orientierung war einer breiten Rezeption dieser Theorietradition wohl von heute aus gesehen am abträglichsten. Analytisch ist diese Zweidimensionalität des Begriffs Subsistenz notwendig, weil Emanzipation und Widerständigkeit gegen Herrschaft nur dort ansetzen können, wo gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet und ausgebeutet wird. Wir können nicht gegen Ausbeutung kämpfen, ohne dort anzusetzen, wo Ausbeutung passiert. Dabei sind Subsistenz und Emanzipation allerdings ebensowenig gleichzusetzen, wie die Personen, die Subsistenzarbeit verrichten, qua definitionem privilegierte Subjekte einer feministischen, internationalistischen sozialen Bewegung sind.

Von der Analysekategorie zur Utopie

Zentrale Kritik wird jedoch daran geübt, daß Subsistenz von einer Analysekategorie zu einer Utopie erhoben wird. „Die Gleichsetzung von Frauenarbeit mit Subsistenzproduktion wurde als Reduktion begriffen, die gesellschaftlich 'verordnete' Arbeitsteilungen zementiert und nicht verändert. Immer mehr Stimmen wurden laut, die bürgerliche Rechte wie 'Freiheit' und 'Gleichheit' nicht auf den Müllhaufen der Geschichte werfen möchten."(Hasenjürgen 1993) Diese Argumente werden seit Jahren wiederholt, sie gehen aber an den zentralen Intentionen der in der Subsistenzdebatte formulierten Analyse vorbei: der Kritik an eben diesen bürgerlichen „Vereinbarungen" über Freiheit und Gleichheit, die wie oben gezeigt insbesondere Vereinbarungen darüber sind, wer davon ausgeschlossen werden soll und wer in den inneren Kreis gehört. Mit diesem Wissen im Hintergrund sind aber trotzdem Kämpfe von Menschen um gleiche Rechte nicht einfach als unsinnig abzutun, sondern im Kontext ihrer jeweiligen Situation zu beurteilen.

Zutreffender ist die geäußerte Skepsis gegenüber der engen Verknüpfung von Subsistenz und Frauen bzw. weiblicher Existenz, weiblicher „Produktivkraft" und ebenso die Verbindung von Subsistenz und Landbearbeitung, Lebensmittelerzeugung und der Produktion von Produkten für den direkten Verbrauch. Eine weltweit faktische und empirisch nachweisbare stärkere Einbindung von Frauen in die Subsistenzarbeit kann nicht gleichgesetzt werden mit einem analytisch näheren Verhältnis von weiblicher Existenz und Subsistenz. Gleichwohl bedeutet die Verrichtung von Subsistenzarbeit den Zugang zu Wissen und Fertigkeiten, die das eigene Überleben zu sichern vermögen.

Doch weder ein respektvolles Naturverhältnis, ebensowenig wie nicht - ausbeuterische Geschlechterbeziehungen, reziproke Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Kulturen und ein von Achtung geprägtes Verhältnis zur Subsistenzarbeit (wozu in der Tat in weiten Teilen der Welt Land- und Hausarbeit gehören) stellt sich darüber her, daß entweder

- alle versuchen, alles zu tun, was sie bisher nicht getan haben. Eine Aufhebung von Arbeitsteilung macht wenig Sinn und ist ana-

lytisch keineswegs eine notwendige Bedingung für Veränderung; allerdings kann es sein, daß es unabdingbar ist, bestimmte, ausschließlich sexistische und rassistische Zuweisungen von Arbeit aufzuheben.

- oder darüber, daß jede und jeder bemüht ist, sich möglichst den diskriminierten oder privilegierten Eigenschaften der anderen Menschen anzunähren und sich diese anzueigen.

Wertschätzung von Subsistenzarbeit heißt weder Kritiklosigkeit gegenüber denjenigen, die diese Arbeit machen, noch gegenüber den Bedingungen, unter denen sie geschieht. Es heißt zu zeigen, wie diese Bedingungen, zum Beispiel die Verrichtung von Hausarbeit in Kleinfamilienstrukturen in der Abgeschlossenheit von Einfamilienhäusern und Etagenwohnungen, beste Voraussetzung zur Reproduktion von Herrschaft sind. Die Kritik sollte jedoch nicht länger - wie dies bisher in der Regel der Fall war - die Arbeit selbst als unwichtig klassifizieren und damit die Entwertung der ProduzentInnen reproduzieren.

Die Achtung vor der Produktivität von SubsistenzarbeiterInnen, Subsistenzarbeit und vor der Produktivität von Natur muß sich auf dem Weg des Widerstandes gegen deren Zerstörung und Ausbeutung herstellen; das heißt politisch und nicht über Imitation. Es kann sein, daß sich dieser Widerstand darin ausdrückt, daß Menschen Land fordern, das sie selber bebauen. Wichtig ist der Kontext, in dem dies steht: die Ausbeutungsdimension und die „lebensgefährlichen" Aspekte herrschender ökonomischer und politischer Verhältnisse. Diesen Kontext zu reflektieren, zu thematisieren und einzubinden in soziale Bewegung, heißt Politisierung von Subsistenz. Frauen sind in dieser Hinsicht in keiner Weise besonders privilegiert.

Politisierung der Subsistenz bedeutet darüberhinaus, die eigenen Zurichtungen und die Realitäten der anderen wahrzunehmen, zu achten und gleichzeitig nicht in Schuld und Scham zu verstummen und handlungsunfähig zu werden. Es gilt, sich mit der Geschichte der anderen vertraut zu machen und zu sehen, wie sich Unterdrückung jeweils zeigt und wie sie sich unterscheidet (Joseph 1993). Der Zerstörungsdimension herrschaftlich strukturierter Gesellschaften ist nicht nur im Außenverhältnis von Gesellschaften zueinander, sondern auch in den Subjektstrukturen der jeweiligen Gesellschaftsmitglieder nachzuspüren.



Das Anklagen des eigenen privilegierten Status bleibt meist folgenlos

Welche Perspektive liegt in einer Politisierung der Subsistenz?

Feministischer Internationalismus als Projekt und Orientierung von Bewegung muß sich den folgenden Fragen stellen; natürlich wieder Fragen und keine Lösungen, aber die Subsistenzorientierung ist keine Lösung, sondern muß prozeßhaft angeeignet werden. Wir müssen konkreter und genauer werden in unseren Beschreibungen dessen, was uns trennt und verbindet; Feministische Frauen aus allen Teilen der Welt müssen dies aus der je eigenen Perspektive und Geschichte leisten und sich nicht „auf der Basis von Identitätspolitik vereinen" (Essed 1994). Das gilt natürlich in gleichem Maße für Männer, wie auch für das Verhältnis und politische Bündnis zwischen Männern und Frauen in sozialen Bewegungen. Wir müssen genauer werden in der Beantwortung der Frage, mit wem, wieso und unter welchen Bedingungen es sinnvoll ist, solidarisch zu sein.

Es gilt an der Frage zu arbeiten, wie Ausbeutung hier zu vermindern ist, nicht als Projekt, das die privilegierten Lebensbedingungen in den Metropolen verbessern will, sondern als ausbeutungsreduzierende Politik, die allein die Basis internationaler wie zwischengeschlechtlicher Solidarität sein kann. Es geht darum, hier Strukturen zu schaffen, die uns selbst unabhängiger von Ausbeutung machen und deshalb gleichzeitig fähiger, gegen Ausbeutung vorzugehen. Das kann der Kern eines internationalistischen Projekts sein.

Ulla Peters

Literaturliste:

Bennholdt-Thomsen, V., Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, Frankfurt 1980

Bennholdt-Thomsen, V./Mies, M./Werlhof, C., Frauen, die letzte Kolonie, Frankfurt 1983

Essed, Ph., Wahrnehmungen und Erfahrungen von Geschlecht und Rassismus in Europa, in: Kraft, M., Ashraf-Khan, R. S., Schwarze Frauen der Welt, Europa und Migration, Berlin 1994, S.23; Mamozai, Martha, Schwarze Frau, weiße Herrin, 1982.

Esteva, G., Stellt Hilfe ein, Stoppt Entwicklung!, in: Forum 179, 1994

Hasenjürgen, B., Von der Subsistenzdebatte zur „Geschlechterforschung" - Frauen und Arbeit im Diskurs der westdeutschen Frauenforschung, in: Hasenjürgen, B./Preuss, S. (Hg.), Frauenarbeit, Frauenpolitik, Internationale Diskussionen, Münster 1993.

Joseph, G.I., Weiße steigen auf, Schwarze überleben, in: Joseph, G. I., (Hg.), Schwarzer Feminismus, Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen, Berlin 1993

Joseph, G.I., Jenseits des „eurozentristischen" Männerdenkens, taz, 23.7.1993b

Leumi, B., Afrika ist noch nicht entdeckt, Zumutungen an die Solidaritätsbewegung, in Forum 179, 1994

Thürmer-Rohr, Ch., Aus der Täuschung in die Ent-täuschung, Zur Mittäterschaft von Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 8, Köln 1983

Thürmer-Rohr, Ch., Befreiung im Singular, Zur Kritik am weiblichen Egozentrismus, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 28, Köln 1990,

Von 'Riots' und 'Modernisierern'

Eine kritische Würdigung des Neuen Anti-Imperialismus

Wenn der Begriff Antiimperialismus fällt, schauen die meisten Linken oder Ex-Linken heute verschämt zu Boden. Dem wollen die MitarbeiterInnen der „Materialien für einen neuen Antiimperialismus" ihren neuen internationalistischen Ansatz entgegensetzen. Dennoch fragt sich, ob hier nur alter Wein in neue Schläuche gefüllt wurde.

Aus der Ablehnung des traditionellen Marxismus-Leninismus und dessen Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen versuchten undogmatische Linke seit Anfang der 70er Jahre, Ansätze für einen neuen Begriff von Befreiung und Solidarität zu erarbeiten. In den Zeitschriftenprojekten „Autonomie", „Autonomie Neue Folge" und „Materialien für einen neuen Antiimperialismus" wurden dazu neue Theorieansätze entwickelt.

Der Antimodernismus

In der Zeitschrift „Autonomie" wurde schon sehr früh eine Kritik der orthodoxen Marx-Rezeption vorgenommen[1]: Der marxistisch-leninistische Fortschrittsglaube, der im Postulat von der „Entwicklung der Produktivkräfte" enthalten ist, folge einer monokausalen Argumentation, derzufolge alles vom Eigentum an den Produktionsmitteln abhänge. Die wertschöpfenden Zugriffsstrategien auf menschliche Arbeit mittels Technologie, tayloristischer Arbeitsorganisation und die planende Rolle des Staates würden von der orthodoxen Marx-Rezeption nicht als Mittel der Aufrechterhaltung von Ausbeutungsstrukturen erkannt, sondern systematisch als notwendige Mittel angesehen, um den Kapitalismus zu überwinden[2]. Den „Autonomie"- MacherInnen war es demgegenüber ein zentrales Anliegen, die Diskussion „gegen den Fortschritt" voranzutreiben und den Modernismus des orthodox-marxistischen Fortschrittsbegriffs einer Kritik zu unterziehen.

Allzuhäufig, so der Vorwurf, würde im marxistisch-leninistischen Gewand in einigen Ländern der „Dritten Welt" eine nachholende Entwicklung forciert, die den traditionellen Versorgungsstrukturen der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft entgegenstehe.

Bestärkt in ihrer Ablehnung eines fortschrittsgläubigen Marxismus und ihrer positiven Einschätzung traditioneller Elemente der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft wurde die Autonomie-Rezeption durch die Rezeption des 1963 erschienenen Werkes „The Making of the English Working Class" von Eduard Palmer Thompson. Der englische Sozialhistoriker analysierte den Entstehungsprozeß der englischen Arbeiterklasse gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Anhand der in Zerstörung begriffenen bäuerlichen Subsistenzwirtschaft untersuchte Thompson die Entstehungs- und Wirkungsweise von Protest und kollektivem, klassenbezogenem Handeln. Der Protest entstand in der Auseinandersetzung zwischen dem Traditionalismus der Subsistenzzusammenhänge und dem Versuch, die Bäuerinnen und Bauern sowie die Handwerker für die Warenproduktion freizusetzen. Durch die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft werde die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln vom Markt abhängig und damit auch dessen Preisschwankungen ausgesetzt.

Im Übergang von der Feudalgesellschaft zum Kapitalismus wurde das traditionelle Markt- und Versorgungssystem hinweggefegt. Die drastische Erhöhung des Brotpreises führte zu den von Thompson in dem Buch „Die moralische Ökonomie der englischen Unterschichten im 18.Jahrhundert" beschriebenen Lebensmittelrevolten: „Diese Proteste bewegten sich im Rahmen eines volkstümlichen Konsensus darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube legitim und was illegitim sei. Dieser Konsensus beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens. Zusammengenommen bildeten sie das, was man die 'moralische Ökonomie' der Armen nennen könnte."

Von der „moralischen Ökonomie" zum Riot

Diese 'moralische Ökonomie' entdeckten die Autonomie-AutorInnen in den „IWF-Riots" der drei Kontinente wieder, die auf Grund der rigiden Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds gegen Schuldnerländer der „Dritten Welt" ausbrachen. Mit großer analytischer Genauigkeit wurden die Parallelen zwischen den englischen Brotrevolten des 18. Jahrhunderts und den trikontinentalen Food-Riots herausgearbeitet. In beiden Fällen handele es sich um eine Konfrontation zwischen dem vorkapitalistischen, subsistenzbäuerlichen Traditionalismus und der vorpreschenden Industrialisierung bzw. Kapitalisierung[3]. Der Traditionalismus der trikontinentalen Unterklassen, ihr Arbeit-Zeit-Verhältnis, die Orientierung am direkten Konsum der produzierten Güter sowie die Orientierung an der Ernährung und dem Erhalt der Familienmitglieder kollidiere mit den kapitalistischen Modernisierungsvorstellungen.

Diese Modernisierungsvorstellungen sollen, so die „Autonomie", gegen das Beharren trikontinentaler Unterklassen durchgesetzt werden. Nachdem über die „Grüne Revolution" die agrarische Subsistenz zerstört wurde, um die Landwirtschaft im Sinne US- amerikanischer Agrarmultis zu modernisieren und um eine Freisetzung von Arbeitskräften zu bewirken, drohten jedoch Unruhen der verarmten Massen. Dagegen entwickelte sich in den USA das Konzept der 'Triage', ein Konzept des gezielten Verhungern-Lassens einer für die Wertschöpfung überflüssigen Bevölkerung, 'überflüssiger Esser'. Die „Autonomie" zitierte beispielsweise Vorschläge aus dem US-amerikanischen 'Limits-to-Growth'-Team des Massachussets-Institute-of-Technology, „Hilfe nur noch an die Länder zu geben, die die größte Chance zum Überleben aufwei-

sen, und die anderen dem Verhungern zu überlassen" (nach Autonomie NF Nr.10, S.14). Die Autonomie-AutorInnen sprechen hier von einer gezielten 'Vernichtungspolitik'.[4]

In den Akteuren der gegen die IWF-Auflagen gerichteten Brotrevolten sah die Autonomie-Redaktion die Subjekte der 'sozialen Revolution'. In den ab 1988 weitergeführten 'Materialien für einen neuen Antiimperialismus' folgte so in der zweiten Ausgabe eine detaillierte Beschreibung der Plünderungen und Riots in Brasilien. „Riots sind nur eine Kampfform unter vielen. Dennoch verdienen sie besondere Aufmerksamkeit. Seit den großen Plünderungen 1983 in Brasilien können wir feststellen, daß sie zum festen Bestandteil eines Klassenkampfes geworden sind, der sich auch in seinen Aktionsarten vereinheitlicht hat (...)."

Spontaner Aufstand der Massen contra nationale Befreiung

Auf einem im April 88 in Bremen veranstalteten Internationalismuskongreß wurde von VertreterInnen des „Neuen Antiimperialismus" erneut unterstrichen, daß die revolutionären Subjekte in den Riots und Plünderungen, in den Slums, den Favelas - den Armenvierteln der brasilianischen Städte - und den karibischen Barrios zu finden seien. Den neuen „Antiimps" erschien im Kontext der IWF-Auflagen, „die auf Reduzierung der Volkseinkommen und Erhöhung der Preise abzielen (...), der konkrete Widerstand gegen IWF-Maßnahmen und Bevölkerungspolitik als eine zentrale und heutzutage besonders wichtige Form des antiimperialistischen Kampfes..." - wichtiger als der Kampf nationaler Befreiungsbewegungen.

Detlef Hartmann, ehemaliger „Autonomie"-Redakteur und Mitarbeiter bei den „Materialien für einen neuen Antiimperialismus" betont, daß „... der Nationalstaat notwendig immer eine Etappe des Fortschritts der Ausbeutungsorganisation und patriarchaler Unterdrückungsorganisation..." gewesen sei und dies auch noch ist. Detlef Hartmann wirft vielen Befreiungsbewegungen vor, sie hätten den 'Marxismus' als Legitimationsideologie benutzt, um technokratisch-bürokratische Formen der Mehrwertauspressung zu installieren. Sie feierten „diesen Unterwerfungsfortschritt als Fortschritt der Vergesellschaftung der Produktivkräfte, die genauer Unterwerfungskräfte genannt werden sollten".

Er räumt allerdings ein, daß „in Zeiten des Rückzugs" auch Solidarität mit den Eliten nationaler Befreiung angebracht sein kann, doch es gehe darum, „genauer hinzusehen": „Der Fortschritt in der Vergesellschaftung produktiver Gewalt und Unterwerfung ist etwas anderes als der Prozeß sozialer Befreiung und ihre Inhalte." So gelte es auch, zwischen den bolschewistischen Intentionen einer nachholenden Entwicklung in Rußland und den Kämpfen der Frauen, LandarbeiterInnen und BäuerInnen in der russischen Revolution zu unterscheiden.

Auf der Suche nach Kräften, die sich Verwertungsstrategien gleich welcher Couleur verweigerten, entdeckten die neuen Antiimperialisten die iranische Revolution und hofften hier auf eine wirkliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. In der ersten Ausgabe der „Autonomie Neue Folge" vom Mai 1979 heißt es: „Wenn uns nicht alles täuscht, überragt ihre (die Revolution; G.H.) Bedeutung den Roten Oktober 1917 bei weitem." Die AutorInnen sahen in der iranischen Revolution einen „Massenaufstand gegen den positivistisch-neokolonialistischen Fortschrittsmythos". 1980 reiste ein Teil der Redaktion - unter ihnen der Arzt und Historiker Karl-Heinz Roth - in den Iran, um sich über die Situation zu informieren und der Bewegung der Volksmudjahedin praktische Hilfe (unter anderem ärztliche Betreuung in der BRD) anzubieten. Nachdem aber die Mullahs des Chomeini-Regime mit ihrer reaktionären Auslegung des Islam im Iran blutig die Oberhand über die Volksmudjahedin gewonnen hatten[5], verzichtete die Autonomie-Redaktion zunächst auf weitere Analysen und Publikationen zum Iran.

Seit den 80er Jahren beschäftigten sich die AutorInnen auch mit der Migration aus den drei Kontinenten. Bei der Migrationsbewegung handele es sich zum einen um vertriebene 'relative Überbevölkerung', um geflohene Menschen, die in den Elendsvierteln der Großstädte und Hungerzonen vom Tode bedroht sind. „Als Vorboten der Ansprüche des Trikonts", die Partizipation am geraubten Reichtum des Westens forderten, wurden Flüchtlinge und MigrantInnen - von Seiten der Autonomie-Redaktion - "begrüßt"[6]. In England „entdeckten" die Sozialrevolutionäre die Organisation von MigrantInnen in 'Communities'. Dort würden „soziale Organisationsformen mit Uto-



„Eine Mordmaschine läßt sich nicht reformieren" - Mobilisierungsplakat autonomer Gruppen zur IWF/Weltban Tagung '88

pischem" verbunden. Der Begriff 'Community' stehe „für eine Selbstverortung von Individuen".[7]

Dieser Suche nach Ansätzen einer sozialrevolutionären Organisierung 'from the bottom up' steht allerdings ein oft wenig differenzierter Blick auf die „Herren der kapitalistischen Akkumulation" (D. Hartmann) gegenüber:

Bretton Woods: Völkermord gegen soziale Revolution ?

Rechtzeitig zum Treffen der IWF/Weltbank-Banker 1988 in Berlin erschien in der Autonomie NF Nr.14 ein Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel „Völkermord gegen soziale Revolution - Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung" von Detlef Hartmann. Der Text wurde intensiv und viel diskutiert. Die USA hätten, so Hartmann, nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus die nationalsozialistische „Neue Ordnung" des Großwirtschaftsraums Europa als Vorlage für die neue Wirtschaftsordnung von Bretton Woods übernommen. „Ihr Terrain sollte (allerdings) die ganze Welt sein." Aus den süd-ost-europäischen wie den trikontinentalen Subsistenzzusammenhängen habe sich ein sozialrevolutionäres Potential entwickelt, auf das „das Kapital in seiner Gegenstrategie, ob nationalsozialistisch, keynesianistisch oder New Deal" mit der „totale(n) Liquidierung der gesellschaftlichen Bedingungen des Klassenwiderstandes (...) bis hin zur physischen Vernichtung" geantwortet habe. (S.238)

Detlef Hartmann stellte in diesem Aufsatz eine Identität zwischen der nationalsozialistischen Rationalisierung des europäischen Großwirtschaftsraumes - mittels der Zerstörung der süd-ost-europäischen Subsistenz und der Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen - und der durch US-amerikanische Multis betriebenen Auflösung der selbstversorgenden Landwirtschaft in Lateinamerika fest. Auch die stalinistische Rationalisierung, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, wird als ein weiterer „Krieg gegen die Klasse" interpretiert.

Proklamieren Teile der neuen Rechten Modernisierungs"leistungen" des Nationalsozialismus und bewerten diese positiv, so folgt auch Hartmann einem modernisierungstheoretischen Paradigma - nur begreift er etwa die von ihm beschriebenen Rationalisierungen von Wirtschaftsräumen als Beispiele mörderischer Modernisierung. Detlef Hartmann hält dem Fortschrittsglauben der Moderne die Zerstörung als Teil von Modernisierung entgegen. In den renitenten, sich der 'Moderne' widersetzenden Subjekten sieht er die potentiellen TrägerInnen einer egalitären Sozialrevolution.

Die undifferenzierte Gleichsetzung von NS-faschistischer Vernichtungspolitik mit dem US-imperialistischen Zugriff auf Mittel- und Südamerika ist vielfach kritisiert worden. Auch der ehemalige Redakteur der „Autonomie" Karl-Heinz Roth spricht mittlerweile von einer „weit über ihre neurechte Wiederbelebung hinaus zugespitzte Totalitarismustheorie Detlef Hartmanns, der Nazismus, Realsozialismus und New Deal inzwischen vollkommen gleichsetzt"[8]. Karl-Heinz Roth verweist dagegen auf die Rolle der aus dem Finanzministerium Morgenthaus kommenden „New Dealer", denen er „ein ernsthaftes Bedürfnis nach einer weniger diskriminierenden Nachkriegs-Weltwirtschaft" in ihrer Mitarbeit an der Bretton Woods'schen Nachkriegsordnung attestiert. Doch arbeitete auch er die Aneignung der Wirtschaftstechniken der Nazis durch die USA heraus und betonte, daß die strukturell gleichen Währungs-, Handels- und Entwicklungstechniken „den Westalliierten von einem Regime aufgezwungen wurde, das in seiner Kopplung von Massenvernichtung und Effizienz alles bisher Dagewesene weit übertraf."[9]

Was die Gleichsetzung des US-amerikanischen Systems von Bretton Woods und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik angeht, ist Detlef Hartmann seinen Kritikern eine Antwort schuldig geblieben. Hinsichtlich des Vergleichs der nationalsozialistischen Politik von Entwicklung und Vernichtung mit dem stalinistischen Terror hat er sich jedoch gegen deren Parallelisierung ausgesprochen. Der stalinistische Terror sei ohnehin bald zurückgenommen worden und trage vor allem eher traditionelle Züge. „Aber beide galten demselben Objekt oder besser Gegner, aus dem sich die russischen SoldatInnen rekrutierten (gemeint sind die BäuerInnen und Land-ArbeiterInnen; G.H.), denen wir dankbar sind"[10].

Neuer Internationalismus

Zusammengefaßt fällt auf, daß auch dieser internationalistische Ansatz nicht ohne die Projektion von Revolution und Befreiung auszukommen vermag. Von der antimodernen Revolution im Iran, über die trikontinentale, städtische Armutsbevölkerung bis zu den Flüchtlingen heute müssen wohl immer wieder neue und ferne Bezugspunkte für die hiesige sozialrevolutionäre Intelligenz gesucht werden.

Hinzu gesellen sich die oft verschwörungstheoretisch anmutenden Analysen, die ein Szenario von übermächtig-planenden Kapitalstrategen an die Wand malen. So versuchen die Materialien-AutorInnen in ihrem letzten Band „Die Ethnisierung des Sozialen - Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges", den Krieg in Jugoslawien auf seinen produktiven Sinn zu entschlüsseln. Ihre These lautet, daß es sich bei den Vertreibungen und 'ethnischen Säuberungen' um bevölkerungsökonomische Rationalisierungen handele. Der Krieg ermögliche es, alte, der Wertschöpfung nicht mehr dienliche Strukturen zu zertrümmern, um Platz für eine neue Verwertungsordnung zu schaffen. Damit läßt sich allerdings die Durchsetzung der nationalistischen Ideologie, die zu Ethnisierung und Krieg führte, nicht erklären.

Allerdings trägt der „neue Antiimperialismus" dazu bei, Abschied zu nehmen von der Fixierung auf nationale marxistisch-leninistische Befreiungsbewegungen und der fast schon rührenden Projektion von Befreiung auf die wenigen übriggebliebenen sozialistischen Länder wie zum Beispiel Cuba, ohne die innergesellschaftlichen Differenzen wahrnehmen zu wollen.

Schließlich hilft eine Beschäftigung mit diesem internationalistischen Ansatz, den Blick weg vom mexicanischen Maskenmann Marcos auf die Landnahme und Kämpfe der vielen unbekannten landlosen Bäuerinnen und Bauern in Chiapas zu richten.

Auch verwundert so mancher Werdegang ehemaliger Dependenz-Theoretiker und Abkopplungsapologeten, die nun auf Weltmarktintegration setzen, nicht mehr, wenn erkannt wurde, daß in entwicklungstheoretischen Diskussionen die verbindende Klammer einiger der Diskutanten immer die Modernisierung und das Entwicklungsparadigma war.

Gerhard Hanloser

Anmerkungen:

1) In der BRD wurden ab Anfang der 70er die revolutionär-„operaistischen" Ansätze in Theorie und Praxis rezipiert, die in den frühen sechziger Jahren in Italien entwickelt worden sind. Vgl. Mario Tronti. Arbeiter und Kapital, Frankfurt/M.1974; zum Operaismus: Frombeloff (Hrsg.) - ...und es begann die Zeit der Autonomie, Hamburg 1993

2) Angelika Ebbinghaus - Taylor in Rußland,Autonomie Nr.1,10/75; vgl. auch: Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.4: Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells, oder: Angelika Ebbinghaus - Ein Essay über die 'Lost Causes' in Rußland 1861- 1930, in:1999 ,3/94

3) Autonomie NF Nr.10: Antiimperialismus in den 80ern

4) Der mehr als problematische Vergleich mit dem NS-Faschismus wird offen betrieben: "Gegenüber dem, was nach den Konzepten der Multis in den drei Kontinenten ansteht, erscheint der Nazismus in diesem Land wie ein bescheidenes Vorspiel." (Autonomie NF Nr. 10,S.55)

5) Vgl. Bernhard Hammer - Klassenkämpfe im Iran, blätter des iz3w Nr. 195

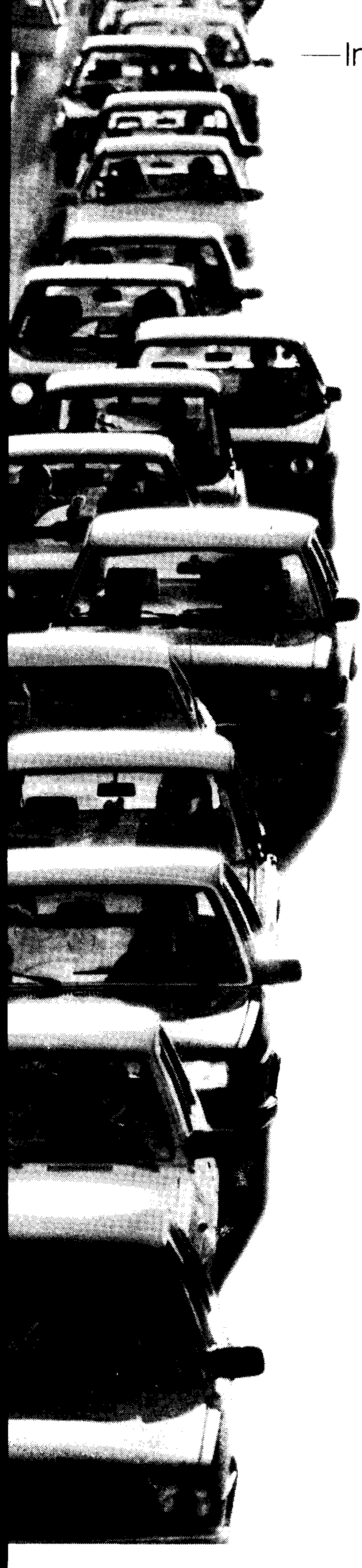
6) Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.5 zu Rassismus, S.17

7) Materialien... Nr.3 zu England: Krise, Rassismus, Widerstand, S.11

8) Karl-Heinz Roth - Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektive der Linken: Schwächen und Stärken eines überfälligen Diskussionsvorschlags, noch unveröffentlicht

9) Karl-Heinz Roth - Vernichtung und Entwicklung: Die nazistische „Neuordnung" und Bretton Woods (Arbeitspapier für das Bonner Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3.5.1985) in: Mitteilungen, Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Heft 4, Juni 85

10) ak 362/12.1.94 „Revolutionäre Gegenmacht und die Probleme der metropolitanen Linken", S.29/30



Weichspüler auf dei

Lohnt der Kampf um den Begri

Es gibt wenige Begriffe, denen im herrschenden Diskurs wie auch in Teilen der entwicklungspolitischen community eine ähnliche Hochkonjunktur beschieden ist wie dem des sustainable development, zu deutsch nachhaltige Entwicklung. Daß es sich dabei seitens der politischen Klasse eher um eine P.R.-trächtige Phrase als um ein neues Paradigma handelt, wurde zuletzt auf dem G7-Gipfel in Neapel deutlich, der sich wie eh und je der Förderung von Wachstum und Industrialisierung verschrieben hatte. Dies entbindet die Internationalismusbewegung jedoch nicht davon, sich auf eine Auseinandersetzung mit dem Konzept nachhaltiger Entwicklung einzulassen. Eine Auseinandersetzung, die auf das traditionell unterbelichtete Ökologiebewußtsein der Linken trifft.

Den Begriff führte 1980 die International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources ein. Weltweit bekannt wurde er 1987 mit dem Bericht der World Commission for Environment and Development, nach der Vorsitzenden auch Brundtland-Kommission genannt. Mit der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) avancierte er 1992 zur rhetorischen Leitfigur.

Was hat es genau mit diesem Begriff auf sich? Seine Konjunktur ist nur im entwicklungs- und umweltpolitischen Kontext der letzten Jahrzehnte zu verstehen. Deshalb ein kurzer Blick zurück: Der US-amerikanische Präsident Truman sprach in einer Rede im Januar 1949 erstmals von 'unterentwickelten Gebieten'. In den 50er Jahren wurde ein attraktives Bild vermittelt: Die neuerdings so bezeichneten unterentwickelten Länder sollten sich auf die "pax americana", die der Zweite Weltkrieg und die Entkolonialisierung nach 1945 erst so richtig festklopften, einlassen und dem Vorbild USA in politischer und ökonomischer Hinsicht folgen. Daß es sich dabei um ein wesentliches Instrument des Kalten Krieges handelte, ging bei so viel Entwicklungseuphorie fast unter. Zudem propagierte das weltpolitische Pendant Sowjetunion die Aufnahme in die Internationale Sozialistische Arbeitsteilung, um "Entwicklung" zu erreichen (was übrigens damals wie heute im Westen wie auf Erden Industrialisierung bedeutete).

Doch schon nach kurzer Zeit gab es in den "unterentwickelten Staaten" Zweifel, ob unter den Bedingungen des Weltmarkts nachholende Entwicklung möglich wäre. Neue Entwicklungskonzepte entstanden: "Autozentriertheit", "Importsubstitution" und "Dependenz" waren zentrale Begriffe, die eine Verschiebung der realen Machtverhältnisse anzeigten. Frantz Fanon wurde zum Sprachrohr der "Verdammten dieser Erde". Aber das "periphere Selbstbewußtsein", das sich u.a. in der Stärke der Blockfreienbewegung und neuerlichen Industrialisierungsanstrengungen nach der ersten Ölpreiskrise spiegelte, währte nicht lange. Spätestens mit dem Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre waren die Hoffnungen auf eine weltweite Modernisierung dahin. Die "verschuldete Industrialisierung" scheiterte offensichtlich in den meisten Ländern.

Sitzen alle im selben Boot?

Zur entwicklungspolitischen Ratlosigkeit der 80er Jahre kam die von Teilen der neuen sozialen Bewegungen geförderte Einsicht, daß die natürlichen Lebensgrundlagen nicht unbegrenzt verfügbar sind. Elmar Altvater spricht in diesem Zusammenhang von einer "Weltverschmutzungsordnung". Reiche und mächtige Länder haben danach die Möglichkeit, über globale Externalisierung (Energieimporte, Müllexporte u.a.) bessere Konsummöglichkeiten bei geringerem Verschmutzungsgrad der Natur zu erreichen. Nur so ist die immense Attraktivität des Begriffs sustainable development zu verstehen.



Argumentation gegen Lügenbolde, Märchenonkel und andere Schönredner im Wahlkampf

Simsalabim. Wie es gerade paßt. Als in den 80er Jahren Rüstungsexporte unpopulär waren, verschleierten alle, die an der Rüstung verdienten, das wahre Ausmaß der Exporte. Waffen wurden auf dem Papier plötzlich zu harmlosen Gebrauchsgütern umdefiniert und mit den Zahlen wurde jongliert, bis einem schwindlig werden konnte. So gab es zum Beispiel offiziell 30.000 Rüstungsarbeitsplätze und die Rüstungsproduktion überhaupt sei nur klitzeklein und eigentlich gar nicht vorhanden. Das sagte die Rüstungsindustrie und die Politik plapperte das gerne nach.

Heute in den Zeiten der Krise ist alles anders. Plötzlich gibt es Rüstungsarbeitsplätze in Hülle und Fülle, mehr als wir jemals [illegible] hatten. 100.000 [illegible]

skandalösen Exportpraxis kaum noch das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden, sollen jetzt endgültig fallen. Im Wahljahr gehen die Befürworter von Rüstungsexporten in die Offensive. Im Gepäck: Eine Vielzahl von Argumenten, die für den freien Export sprechen. Ganz obenauf die Mär von der notleidenden Branche und - als Speerspitze - das Arbeitsplatzargument.

Andere Argumente sind zynisch. Rüstungsexporte erhalten den Frieden, sagt die Rüstungsindustrie. Mit mehr Waffen könnten kleinere Länder sich schützen. Und am liebsten möchten die, die an Rüstung verdienen, endlich den Begriff "Spannungsgebiet" für sich nutzen. "Warum", so lautet dabei die [illegible] Frage, "sollen wir Waffen liefern an

das Zehnfache, ist dabei noch gar nicht [illegible] führender Exporteur von sogenannten "dual-use"-Produkten. Das sind Waren, die sowohl militärisch als auch zivil nutzbar sind. Exportschlager sind Produktionsanlagen für die Waffenproduktion, Spezial-LKW's und militärische Kommunikationssysteme.
Übrigens: Die Bundesregierung weigert sich bis heute, alle Rüstungsexporte öffentlich darzulegen. Schlechte Bedingungen für eine genaue Statistik.

Simsalabim

Simsalabim

„Es ist doch alles zivil, was wir exportieren."

Mogelpackungen haben auch beim Rüstungsexport Konjunktur: Neben Waffenverkäufen wird der überwiegende Teil deutscher Rüstungsgüter - jährlich für 20 bis 30 Mrd. DM - als zivile Ausfuhr genehmigt.
Simsalabim! Da wird eine Anlage zur Giftgasherstellung zur Pestizidfabrik und unbemannte Unterwasserminensuchfahrzeuge dienen bloß dem Auffinden defekter Pipelines. Daß es sich um ein ziviles Gut handelt, wird stillschweigend von der Genehmigungsbehörde angenommen.

Simsalabim

land militärisch wieder weltweit auftritt? Rüstungsproduktion und -export ergänzen sich dabei trefflich mit militärischer Zusammenarbeit - zuletzt gesehen in Neustadt an der Ostsee: indonesische Militärs werden von deutschen Offizieren auf deutschen Kriegsschiffen ausgebildet, die an Indonesien verkauft wurden.

Übrigens: Wenn es überhaupt Streitkräfte geben muß, wäre es dann nicht wirtschaftlicher, die nötige Rüstung zu importieren? Und ohne eigene Rüstungsindustrie gäbe es auch keine Probleme mehr mit dem Export.

Simsalabim

„Mit Atombomben haben wir nichts zu tun. Wir exportieren nur zivile

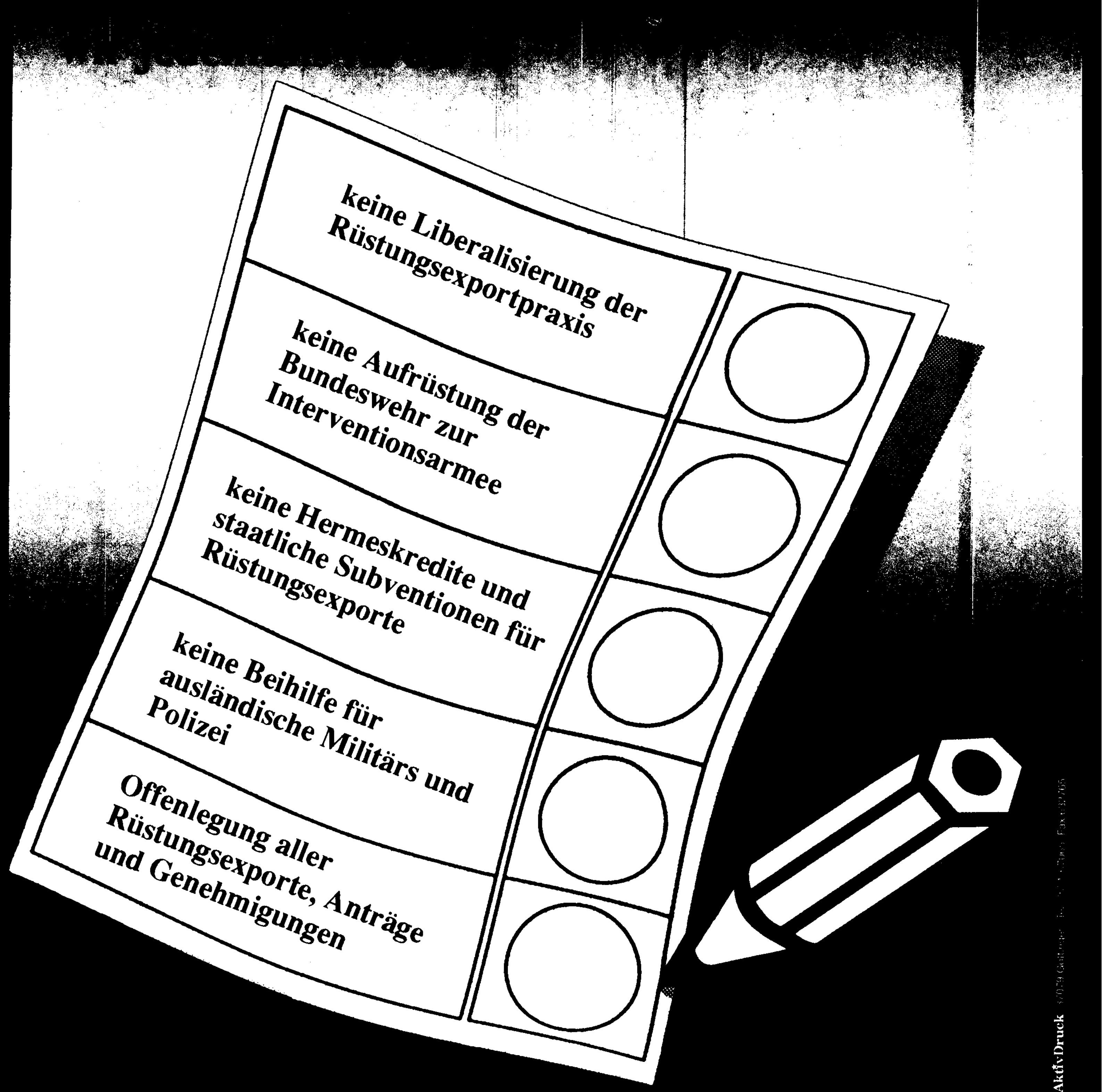


„Wir haben damit nichts zu tun. Über Rüstung wird nicht auf Länderebene entschieden sondern in Bonn."

Das stimmt nur zum Teil. Tatsächlich entscheiden Bundesbehörden über Rüstungsexporte. Trotzdem aber bemühen sich Bundesländer aktiv um Rüstungsaufträge für ihre Industrie. Beispiel Niedersachsen: Schröders landesväterlicher Einsatz für den Kriegsschiffexport nach Taiwan. Die Sicherung von deutschen Arbeitsplätzen an Rüstungsproduktion zu koppeln, ist die neue Spezialität dieses Landesherrn.

Übrigens: Schröders Vorstoß für die Taiwanexporte war auch mit anderen norddeutschen Bundesländern abgesprochen.




keine Liberalisierung der Rüstungsexportpraxis
keine Aufrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee
keine Hermeskredite und staatliche Subventionen für Rüstungsexporte
keine Beihilfe für ausländische Militärs und Polizei
Offenlegung aller Rüstungsexporte, Anträge und Genehmigungen

AktivDruck

'ormarsch

stainable development?

Im Brundtlandt-Bericht steht dazu folgendes: "Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können... Im Grunde ist dauerhafte Entwicklung ein Prozeß der Veränderung, in dem die Ausbeutung von Rohstoffressourcen, die Art der Investitionen, die Ausrichtung der technologischen Entwicklung und die institutionellen Veränderungen miteinander harmonieren und sowohl die gegenwärtigen als auch die zukünftigen Möglichkeiten verbessern, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen." Darauf konnte und kann sich jeder positiv beziehen, die Weltbank und die Regierungen unterschiedlichster Länder, Greenpeace und der BUND oder soziale Bewegungen verschiedenster Couleur.

Vielfach wurde kritisiert, daß der Begriff sustainable development nicht stärker operationalisiert, "mit Leben gefüllt" wurde. Genau darin aber liegt seine Funktion. Der versöhnlerische Begriff der nachhaltigen Entwicklung überdeckt Interessengegensätze, reale Machtverhältnisse national und global und somit wird das Konzept zur unterschiedlosen Angelegenheit "der Menschheit" aufgebauscht. Wer sich an den Eiertanz in Rio erinnert, ob US-Präsident Bush nun die Konvention zu Artenvielfalt unterschreibt oder nicht, der weiß noch, daß das Geschäft der internationalen Diplomaten die Verwässerung von schönklingenden Erklärungen ist. Es steht zu befürchten, daß die im März 1995 in Berlin stattfindende Rio-Nachfolgekonferenz zur CO2-Reduktion nach dem gleichen Muster laufen wird.

Der Frankfurter Sozialwissenschaftler Egon Becker sagte auf einer Tagung anläßlich des 20-jährigen Bestehens des Club of Rome: "In Rio de Janeiro wurde deutlich, daß die thematische und taktische Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung nicht unbedingt eine neue Entwicklungskonzeption hervorbringt, daß dadurch vielmehr eine neue Ebene im Nord-Süd-Verteilungskonflikt entsteht: Die zunächst getrennten Bereiche internationaler Umweltpolitik einerseits und Entwicklungspolitik andererseits wurden dort diskursiv verknüpft und zur politischen Macht symbolisch in Verbindung gesetzt."

Konzernstrategien

Vor, während und nach der Rio-Konferenz wurde überwiegend versucht, den Begriff der nachhaltigen Entwicklung als Leerformel beizubehalten bzw. ihn noch weiter zu verwässern; es gab aber auch Tendenzen, ihn schärfer zu fassen. Im folgenden einige Beispiele:

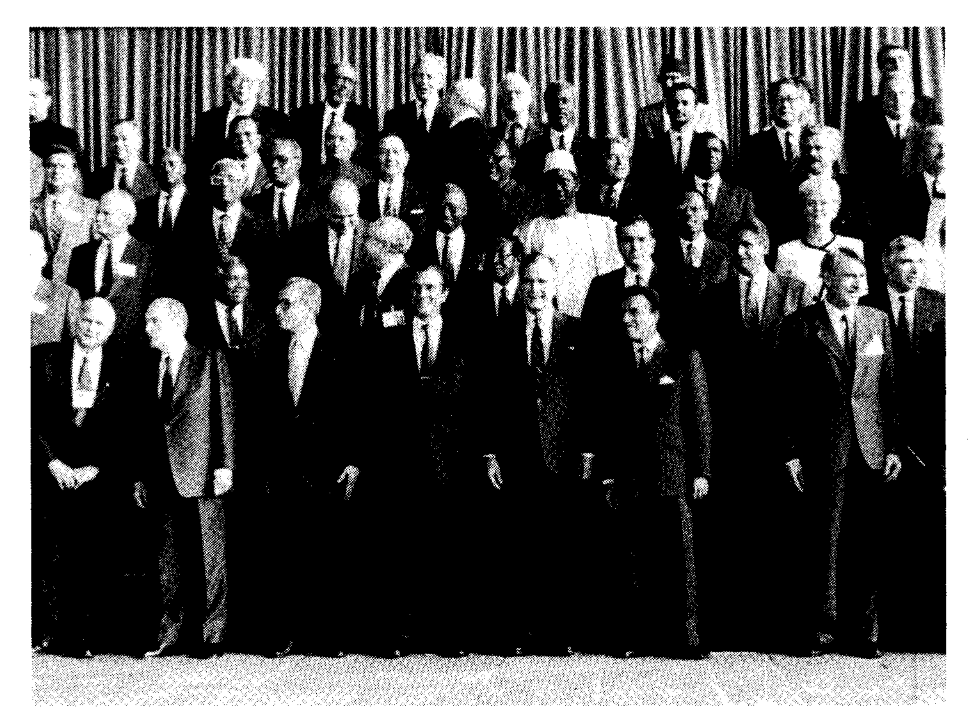
Das gebannte Starren auf die Diskussionen der Politiker und ihrer Spiegelstrich-Technokraten untergrub nicht nur in Rio die Diskussion um den Einfluß anderer Akteure, in erster Linie der Transnationalen Konzerne. UN-Schätzungen zufolge verursachen TNK etwa die Hälfte aller Emissionen, die für den sogenannten Treibhauseffekt verantwortlich sind, und kontrollieren darüberhinaus über 50 Prozent der Erdölförderungen. Von den Einflüssen der TNK auf Entwicklungs- und Verschuldungsprozesse ganz zu schweigen. Dennoch steht dieser Zusammenhang nicht auf der politischen Tagesordnung. Die um die Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen so besorgten Politiker abstrahieren von den realen globalen und nationalen Machtverhältnissen und suggerieren, daß bei entsprechendem Willen alles möglich wäre.

Daß die TNK bei Konferenzen wie in Rio gar nicht so abwesend sind, zeigt sich am Business Council for Sustainable Development (BCSD), in dem jede Menge internationaler Konzernchefs vertreten sind. Der BCSD erreichte beispielsweise bei der letzten Vorbereitungskonferenz für das Haupttreffen in Rio, daß alle möglichen Hinweise auf die Beschränkungen internationaler Konzernaktivitäten gestrichen wurden. Die Argumentation des BCSD ist simpel: Um eine allen gedeihliche Entwicklung weltweit zu erreichen, sei die Selbstregulierung der TNK notwendig. Mittels Freihandel, offenen Märkten und "technologischer Kooperation" sei zudem noch das ökologische Desaster vermeidbar. Greenpeace nennt den Versuch, Profitorientierung und wirtschaftliche Ethik mittels einer riesigen weltweiten P.R.-Kampagne zusammenzubringen, treffend "Greenwash".

"Ökologischer Marshallplan"

Ein zweites Verwendungsbeispiel: Vor einigen Monaten präsentierten Politiker von CDU/FDP/SPD/GRÜNEN einen "Ökologischen Marshall-Plan". Es handelt sich dabei um eine Initiative von einigen Prominenten wie dem konservativen Publizisten Franz Alt, dem CDU-Mitglied Lutz Wicke, Saarlands Umweltminister Jo Leinen und Joschka Fischer. Es geht zwar nicht explizit um nachhaltige Entwicklung, doch klingt diese unterschwellig an, zumal die Rio-Nachfolgekonferenz zum Thema Klima im kommenden Jahr zentraler Bezugspunkt ist: So soll eine Million deutscher ErdretterInnen bis März 1995 den "Ökologischen Marshallplan" unterschreiben. Bei der Problembeschreibung geht es um die "globalen Umweltgefahren", zu denen u.a. die "Bevölkerungsexplosion" gezählt wird. Diese soll durch einen "Ökologischen Marshallplan Bevölkerungsstabilisierung", selbstredend nur für "Dritte-Welt-Staaten", bekämpft werden. Verantwortlich für die heutige Situation ist offenbar unterschiedlos "die Menschheit"; energisch handeln müssen "alle umweltengagierten Menschen, Organisationen, Unternehmen und Regierungen". Einerseits sollen die Industrieländer ihre "ökologischen Hausaufgaben" machen, um eine "Öko-Soziale Marktwirtschaft" zu entwickeln, andererseits soll vor allem mit dem Geld der reichen Länder die Welt gerettet werden. Daß damit nördliche Dominanz festgeschrieben wird und die gesellschaftlichen Strukturen, die zu der heutigen Lage führten, wenig ins Blickfeld geraten, bleibt bei so vielen guten Vorsätzen für eine "große gemeinsame Anstrengung vieler Völker" außen vor.

Drittens und im Vergleich zu den ersten beiden Beispielen positiv zu bewerten ist der



„Das Geschäft der internationalen Diplomaten ist die Verwässerung von Erklärungen"; Fototermin der Rio-Prominenz

Versuch der niederländischen Umweltgruppe Miliedefensie. Ausgehend von einer maximal möglichen Nutzung der "Umwelt" entwickelt sie in der Studie "Sustainable Netherlands" das Konzept des "Umweltraumes". Dieser wird folgendermaßen definiert: "Der Umweltraum ist der Raum, den die Erde (die Natur) dem Menschen (und anderen Lebewesen) zur Nutzung gibt... Die Menge an Energie, nicht erneuerbaren Rohstoffen, Wasser, Holz und landwirtschaftlichen Flächen, die wir dauerhaft nutzen können, bezeichnen wir als Umweltraum." Dazu kommt die Umwelt als Aufnahmemedium für Abfall und Emissionen. Die Zeitdiagnose lautet so einfach wie klar: "Im Augenblick nimmt der Umweltraum durch die Schädigung von Natur und Umwelt ab."

Indem Miliedefensie den Umweltraum hinsichtlich Ackerland, Trinkwasser und anderer Indikatoren für jeden Menschen berechnet, wird das Konzept anschaulich. Für die Niederlande heißt das: "Der Umweltraum ist der gesamte "Welt-Umweltraum" geteilt durch die Zahl der Weltbürger und multipliziert mit der Zahl dieses Landes. "Wesentliches Postulat ist, daß bis zum Jahr 2010 weltweit und pro Land (je nach Bevölkerungsanzahl) der Ressourcen- und Energieverbrauch gleich verteilt sein soll, es also vor allem im Norden zu tiefgreifenden Veränderungen kommen muß. Und: Der Umweltraum verdeutlicht, daß jenseits eines ökologischen Katastrophismus ein lebenswertes Leben auf dieser Erde für alle Menschen in ökologischer Hinsicht durchaus denkbar wäre.

Funktionierende Recycling-Systeme (d.h. auch weniger globaler Handel mit Rohstoffen) und eine drastische Reduzierung des Transports sollen für eine regionalere Ausrichtung der Wirtschaft sorgen. Eine andere Aussage der Studie ist zudem, daß vom "materiellen Wachstumsglauben" Abschied genommen werden muß. Da allerdings der "Aktionsplan" nicht sehr umfassend analysiert, welche gesellschaftlichen Strukturen zur heutigen Situation geführt haben, verbleibt er im gegebenen institutionellen Rahmen.

Ein weiteres Ergebnis der Studie: Die Produktionsstruktur der Niederlande muß zur Realisierung des Plans nicht drastisch geändert werden (geschweige denn die Produktionsverhältnisse) - es reichen starke Einschränkungen der Produktion. Wie das unter dem gegebenen Wachstumszwang kapitalistischer Gesellschaften erreicht werden soll, wird nicht thematisiert. Es ist lediglich wichtig, daß "jedermann mitdenkt, staatliche Stellen, Politik, Wirtschaft, der einzelne Verbraucher und gesellschaftliche Organisationen." So kritisiert Miliedefensie zwar die staatliche Umweltpolitik, nicht aber den Rahmen, in dem sie stattfindet.

Nachhaltigkeit in Worten, Industrialisierung in Taten

Wie oben bereits angedeutet, bedeutet bis heute "Entwicklung" vor allem Industrialisierung. Elmar Altvater (vgl. Debatte zu Weltmarktintegration in den blättern des iz3w im vergangenen Jahr) begreift Industrialisierung in der heutigen Welt als "positionelles Gut". Fordistische Industrialisierung und die damit verbundene Machtstellung am Weltmarkt bringen für ein Land nur solange Vorteile, wie andere gerade nicht industrialisiert sind. Ein zentraler Widerspruch besteht darin, daß einerseits die Industrialisierungsbestrebungen von peripheren Ländern zum Schreckensgespenst des metropolitanen Wohlstands gemacht werden. Auf der anderen Seite treiben die Verfaßtheit des kapitalistischen Weltmarkts, die Politik der Transnationalen Konzerne und die internationalen Finanzorganisationen in Teilen der Peripherie die Industrialisierung voran. Der kürzliche Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in der BRD zeigte deutlich, um was es wirklich geht. Das Gerede von sustainable development erweist sich schnell als Geschwätz, wenn es ans Eingemachte geht - und das sind heute Investitionen und internationale Kaufkraft.

Die Verwertung des Werts bleibt zentrales Merkmal kapitalistischer Gesellschaften. Ob dieser Zwang zur Akkumulation für mehr oder für weniger Menschen positive materielle Auswirkungen hat, und wieviel Natur in Wert gesetzt wird, um sie zu verkaufen, das sind Fragen politischer Auseinandersetzungen. Diese und andere Widersprüche müssen theoretisch erfaßt und in politischen Auseinandersetzungen praktisch ausgetragen werden, denn sie sind historisch entstanden und damit veränderbar. Das gilt auch und insbesondere für den Begriff von Entwicklung. Sonst bleibt eine radikale sozial-ökologische Politik nur frommer Wunsch, bei dessen Umsetzung man schnell frustriert wird.

Sozial-ökologische Revolutionierungen

Neben der kritischen Analyse des Bestehenden geht es also darum, aus internationalistischer Sicht überhaupt wieder einen Begriff von "Entwicklung" zu bekommen. Geeigneter schiene mir ein Begriff wie "sozial-ökologische Revolutionierungen" - bewußt im Plural - im Sinne eines tiefgreifenden Wandels gesellschaftlicher Verhältnisse, der ohne Brüche nicht auskommt. Zentral sind dabei die Postulate von ökonomischer Effizienz, sozialer Verteilungsgerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und ein nicht-patriarchales Geschlechterverhältnis, die es zudem global und unter demokratischen Bedingungen zu verwirklichen gilt. Dabei handelt es sich natürlich um einen normativen Begriff, an dessen Verwirklichung selbst in Form einer Annäherung unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu denken ist. Aber er bietet Kriterien, um an ihm die Realität zu messen.

Auch die Auseinandersetzung um den Begriff des sustainable development ist als politische zu begreifen. Zugegebenermaßen bin ich mir unsicher, ob man den Begriff über eine ideologiekritische Behandlung hinaus vorzeitig als Farce ad acta legen oder doch eher mit ihm "arbeiten" sollte. Die Antwort ist auch kaum am Schreibtisch vorwegzunehmen. Wie läßt sich überhaupt im Sinne einer radikalen sozial-ökologischen Politik mit dem Konzept des sustainable development verfahren? Einerseits zeigt es reale Probleme und ein gewandeltes Bewußtsein an, andererseits droht es aber,

die entwicklungspolitische Ratlosigkeit und heutige Dominanzverhältnisse zu verwischen. Zu fragen wäre unter anderem folgendes: Trägt das Konzept zur Politisierung gesellschaftlicher Verhältnisse bei oder bleibt es ein Merkposten in den Sonntagsreden der Mächtigen? Wird von wissenschaftlicher Seite aus und insbesondere in der entwicklungstheoretischen Diskussion auf den Widerspruch zwischen Ökologie und (kapitalistischer) Ökonomie hingewiesen oder wird angesichts der eigenen Ratlosigkeit und des "Abschieds von der großen Theorie" nur noch normativ gefordert statt kritisch analysiert? Schließlich: Bleibt sustainable development für die Internationalismusbewegung ein rotes Tuch, da es einen "Nebenwiderspruch" (Naturverhältnis) thematisiert und hinter dem Konzept nur eine Form von Ökoimperialismus vermutet wird? Oder kann sie sich produktiv darauf beziehen?

Hauptwiderspruch und Naturverhältnis

Die Internationalismusbewegung hat sich immer und zu Recht am zentralen Widerspruch der heutigen Welt abgearbeitet, nämlich dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Dennoch, und das machte zuerst die feministische Kritik deutlich, reicht diese Perspektive nicht aus. Ein patriarchales Geschlechter- und ein instrumentelles Naturverhältnis sind nicht auf das Kapitalverhältnis reduzierbar, genausowenig wie "ethnische" oder nationalstaatliche Wirklichkeiten. Die Zusammenhänge von "Entwicklung" und "Ökologie" aus einer radikal linken Perspektive zu denken, steht noch am Anfang.

Bisher ist zu Pessimismus Anlaß. Denn die Rio-Konferenz könnte sich langfristig als Meilenstein erweisen - jedoch in einem ganz anderen Sinn als dem proklamierten. Die versteckte Aussage könnte sein: "Entwicklung" im herkömmlichen Sinn ist eben nicht machbar, wirklich neue Konzepte gibt es nicht. Wenn das so ist, dann hat es eine gewisse Logik, am Sonntag von sustainable development zu reden und die Woche über eine Politik zu betreiben, die die Wohlstandszentren der Welt abschottet, den rassistischen Konsens stärkt, militärische Interventionen humanitär absichert und gegen die "Bevölkerungsexplosion" kämpft.

Der Kampf um den Begriff sustainable development ging an die politischen Weichspüler. Wenn er internationalistisch und kapitalismuskritisch hinterfragt wird, könnten darüber Politisierungseffekte entstehen. Es geht nicht nur um die Feststellung, daß ein "glückliches Leben" für alle Menschen unter den herrschenden Verhältnissen unmöglich ist, sondern auch um die Frage, warum dies so ist. Damit könnte der Begriff eine gewisse Sprengkraft erhalten. Unter anderem mit ihm und einem normativen Anspruch könnten sich Kapitalismuskritik und internationalistische Politik auseinandersetzen. Kein "großer Wurf", aber vielleicht ein Ansatzpunkt, um die lähmende Alternativlosigkeit unserer Zeit aufzubrechen.

Ulrich Brand



Ist sustainable development nur eine Form von Ökoimperialismus oder können sich Basisbewegungen darauf beziehen?



Von Pop- und Polit-Ikonen

Der Inter-Nationalismus der Subkulturen

Die Kritik an der Glorifizierung und Idealisierung von revolutionären Bewegungen im Trikont durch die Solibewegung ist schon alt. Dennoch scheint dieses gefährliche Spiel derzeit im subkulturellen Milieu, vor allem im Bereich der „schwarzen" HipHop-Musik, eine Neuauflage zu erhalten. Günther Jacob zeigt, wie subkulturelle Musikfans und KritikerInnen bei der Gratwanderung zwischen kritischer Solidarität und Vermeidung des eurozentristischen Blickes nicht selten in eine bornierte Differenz- und Identitätspolitik abrutschen.

Die Neue Linke knüpfte 1968 an den traditionsreichen antiimperialistischen und antifaschistischen Nationalismus der kommunistischen Arbeiterbewegung an. Dieser Diskurs wirkt bis heute überall dort fort, wo Linke die Rebellionen gegen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen unterstützenswert finden, weil sie darin einen „historischen Fortschritt" am Werk sehen. Für nicht wenige Linke war mit dem so begründeten Inter-Nationalismus schon der ideologische Boden bereitet, der ihnen später eine abgeklärt-nationalistische Kritik am „Mythos des Internationalismus" und dann den Übergang zu einem „linken" Deutschnationalismus leicht machen sollte.

Wenig Problembewußtsein gegenüber dieser dem Inter-Nationalismus wie auch dem kosmopolitanen Humanismus immanenten nationalistischen Logik zeigte auch die linke „Soli-Bewegung" bei ihrer unentwegten Suche nach dem revolutionären Subjekt. Bisher hat sie sich praktisch noch jede Regung der „Völker des Trikont" (dies ist die gleiche homogenisierende Sprechweise wie bei der KP China) oder von marginalisierten „Minderheiten" als nativistische, ethnozentristische oder nationalrevolutionäre übersetzt - ganz unabhängig davon, ob die Objekte ihrer „inter-nationalen Solidarität" sich selbst so verstehen oder nicht - und dabei mit fiktiven Ethnizitäten und daraus abgeleiteten kulturellen Identitäten hantiert. Nach einer gewissen Verunsicherung im Falle Jugoslawiens, wo die übliche Zustimmung zum „Selbstbestimmungsrecht der Völker" angesichts von Krieg und „ethnischen Säuberungen" nicht so recht gelingen will, war die Erleichterung über das Auftauchen der Ejército Zapatista de Liberacion Nacional im südlichen Mexiko umso größer (wofür die Zapatistas nichts können und was nie ein Argument gegen den Aufstand von Subsistenzbauern oder LandarbeiterInnen sein kann). Die Solibewegung hat durch das Kritikverbot gegenüber den Objekten ihrer Solidarität schon immer dafür gesorgt, daß die „Fremden" auch fremd bleiben. Eine derartige Glorifizierung von Menschen, die „irgendwo da draußen" einen „Widerstand" leisten und mit denen man sich um so besser identifizieren kann, desto weniger man über sie weiß, ist nicht nur in der politischen Linken verbreitet: In den popsubkulturellen Szenen finden sich durchaus ganz ähnliche Muster, die ideologiegeschichtlich auf die frühere Verbindung zur politischen Linken rückführbar sind, aktuell jedoch von eigenständigen Interessen erzeugt werden.

In den 60er Jahren war die Neue Linke selbst noch Teil einer popkulturellen Jugendbewegung. Bob Dylan, die Stones, Wilhelm Reich und Adorno galten als Helden von gleichem Rang. Erst als sich in den 70er Jahren die Linke ausdifferenzierte, fielen subkulturelle Lebensstile und politische Orientierung nicht mehr selbstverständlich zusammen. Während bei den einen durch die Konzentration auf die politische Arbeit das kulturelle Interesse nachließ und darüber häufig konservative Züge bekam (Disco als Verderbnis der Jugend, etc.), fand bei denen, die mit ihrer Antibürgerlichkeit nicht wirklich ernst machen wollten, eine rapide Entpolitisierung statt. An die Stelle von widerständigem Denken und von widerständigen Handlungen trat bei ihnen eine Symbolik des Widerstandes, die sich bald in der inflationären Zeichenwelt der Postmoderne verlor. Als schließlich die Einstürzenden Neubauten zu Beginn der 80er Jahre die Frage aufwarfen, ob es El Salvador wirklich gibt oder ob es eine Erfindung der Tagesschau sei („alles ist Information"), gehörten Popsubkulturen und radikale Linke endgültig zwei getrennten Welten an.

Das Spiel der Zeichen

Viele Gemeinsamkeiten lebten trotzdem fort: Große Teile der ins Popgeschehen involvierten Subkulturen „fühlten" weiterhin links, und sie benötigten nicht wenige der linken Essentials der 60er und 70er Jahre zur antikonformistischen und antibürgerlichen Selbstinszenierung. Auf der Suche nach dissident und subversiv klingenden Codes waren immer auch antikapitalistische

und antiimperialistische Gesten („Warencharakter der Kunst", „Weltausbeutungszusammenhang", etc.) gefragt. Für die Subkulturen waren dies keine analytischen Begriffe, sondern Metaphern, die ein „avantgardistisches" Lebensgefühl der „Entfremdung" bezeichnen sollten. So leitete sich dann auch das Interesse an einem „Patchwork der Minderheiten" nicht aus politischen Überlegungen ab, sondern aus dem Bedürfnis, den eigenen Lebensentwurf in den Kontext von Bewegungen zu stellen, die ebenfalls abseits vom Mainstream existierten. Weil man sich selbst als minority verstand, faszinierten alle, die ebenfalls auf ihr Recht auf Besonderheit pochten. Daß dabei der Unterschied zwischen freiwilligen (Punks, S-Bahn-Surfer, etc.), halbfreiwilligen (z.B. Schwule, die sich outen oder „unsichtbar" bleiben können) und unfreiwilligen (Afromerikaner, Puertoricaner, etc.) „Minderheiten" ignoriert wurde, war angesichts dieses „Haben-Wollens" nicht weiter von Bedeutung.

Auf der anderen Seite hatten sich die politisch aktiven Linksradikalen von ihren Pop-Momenten keineswegs so radikal getrennt, wie das üblicherweise vermutet wird. Auch wenn sich Linke in den 70er und 80er Jahren für die neusten Pop-Trends immer weniger interessierten, so ist ihnen die Logik von Popstrategien doch nie vollständig abhanden gekommen.

Seit den Tagen des Aufbruchs, in denen Che, Lenin & Mao als Agit-Pop-Ikonen in den Versammlungsräumen und WGs die Wände zierten, beherrschte auch die Neue Linke das Spiel der Zeichen. Als sie sich damals mit der Black Panther Party solidarisierte, spielte dabei deren umwerfendes Image - schwarze Baskenmützen und Lederjacken - eine wichtige Rolle. Jeder Blick in ältere linke Magazine zeigt, daß den verschiedenen „nationalen Befreiungsbewegungen" immer auch ein „Design" zugeschrieben wurde. Aufständische, die Palästinensertücher trugen oder sich als verwegene Machos präsentierten, konnten mit größerer Anteilnahme rechnen als andere.

Das gilt bis heute: Bei der Begeisterung für die Zapatistas spielt deren spezifische Ästhetik eine hervorragende Rolle. Wahrscheinlich hätte der „Schwarze Faden" nicht gleich zwei Titelbilder an die Zapatistas vergeben, wenn ihr Partisanen-Look nicht derart den gängigen revolutionsromantischen Vorstellungen entsprechen würde. Und hier trifft sich die politische Linke wieder mit der subkulturellen Linken: Black Panthers, Che, Mao, Bob Marley, Public Enemy, Malcolm X, Zapatistas sind gemeinsame Pop-Ikonen. Andy Warhol lag also richtig, als er auf die strukturelle Vergleichbarkeit von Marilyn Monroe und Mao Tsetung hinwies. Die Linke ist in den Autoritätsdiskurs des Starsystems und der Pop-Codes nicht weniger involviert als die Subkulturen.



Politikone der 90er: Subcommandante Marcos

Daß sich der Umgang subkultureller Szenen mit marginalisierten Bewegungen von linker Solidaritätspraxis zwar darin unterscheidet, daß Linke an einer realen Veränderung zum Besseren interessiert sind, wo es den Subkulturellen nur ums Beutemachen geht, muß ausdrücklich betont werden. Daß sich dieser Umgang aber auch in vielerlei Hinsicht gleicht - vor allem im Hang zur Idealisierung aller Handlungen von Marginalisierten als „Widerstand" - soll hier am Beispiel des Verhältnisses von Subkulturen zum HipHop erläutert werden.

HipHop = Protestmusik?

Die „schwarze" Popularmusik, als deren erfolgreichstes Subgenre HipHop zur Zeit gelten kann, ist, obgleich Marktprodukt und



Ice Cube im Film 'Boyz'N The Hood': „konservativ - patriarchale Familienpropaganda"

Universalismus und Kulturrelativismus

Die bürgerliche Gesellschaft ist mit dem Versprechen angetreten, die Interessen der Individuen als allgemein menschliche zu entwickeln. Der freie Markt, so die Vorstellung, würde die Individuen zwingen, sich wechselseitig in der Verschiedenheit ihrer Bedürfnisse anzuerkennen, so daß Freiheit und Gleichheit schließlich allgemein werden würden. Diese Hoffnung auf die Herausbildung rationaler universalistischer Interessen ist auch in der marxistischen Kritik an der bloß formalen Gleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft und in der linken Imperialismuskritik angelegt. Ebenso spielte sie eine zentrale Rolle in der Geschichte der Frauenbewegung (Kampf um Gleichwertigkeit, Annahme eines universalen Patriarchats und der Universalität der Kategorie „Frauen") wie auch in den Forderungen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung nach civil rights. Die „neotribalistische" Politik der Differenz scheint zu diesem Universalismus im radikalen Gegensatz zu stehen. Auch die „Neue Rechte" bekämpft den bürgerlichen Universalismus und sieht die „Identität der europäischen Völker" von diversen „universalistischen Mächten" bedroht, vor allem vom Kommunismus, dem amerikanischen „Kulturimperialismus", dem Liberalismus sowie der jüdischen und der christlichen Religion.

Doch sehen wir erst einmal von der neufaschistischen Formulierung des Differenzbegriffes, deren demagogische Absicht sofort erkennbar ist, ab. Wenn wir nur die Identitätspolitik der „ethnischen Minderheiten", der Frauenbewegungen, der Schwulen etc. betrachten, so wird schnell deutlich, daß diese Politik der Differenz nicht einfach jenseits des universalistischen Versprechens steht. Indem die Differenzpolitik nämlich verschiedene Formen der Diskriminierung kritisiert und alle Verhältnisse ablehnt, in der Menschen wegen irgendeiner vom bürgerlich-patriarchalisch-euroamerikanischen Mainstream abweichenden Besonderheit herabgesetzt werden, fordert sie eine universelle Gleichbehandlung bei Anerkennung der Verschiedenheit. Umgekehrt steckt in dem von Europa ausgehenden expansiven Universalismus natürlich ein imperialer und patriarchalischer Partikularismus, der die Welt nur nach dem eigenen Ebenbild homogenisieren will. Es darf auch nicht übersehen werden, daß „ethnische" Vereinigungen, Communities, etc. modernen Charakters sind. Die Berufung auf bestimmte Besonderheiten („Rasse", Sprache, Religion, überkommenes und neuerfundenes Brauchtum, etc.) setzt die universalistischen Gegebenheiten (kapitalistische Individualisierung, Internationalisierung des Kapitals, Staatsbürgerrolle, Lohnarbeit etc.) immer schon voraus.

Eine ganz andere Sache ist das Problem des bornierten, narzistischen, unbekümmerten, sich selbst und das Verhältnis zu anderen „minorities" „rassifizierenden" Tribalismus. Er ist sich in seiner Opposition zum bürgerlichen Universalismus über seine eigenen Vorraussetzungen nicht mehr klar, und seine Identitätspolitik wird zur Bestätigung jener Ordnung, die die Differenzierung vornimmt. Indem er die Selbstvergewisserung zum letzten Ziel erklärt, die große Gesellschaft als Miniaturausgabe nachbildet und sich in Konkurrenzkämpfe mit anderen „Minderheiten" verstrickt, macht er jenen Kräften die Bahn frei, die im Namen des Universalismus ihre Hegemonie errichten. Auf diesen Tribalismus haben sich seit den 70er Jahren alle gegenkulturellen Konzepte der symbolischen Dissidenz in ihrem Streben nach Unverwechselbarkeit und Differenz positiv bezogen. Seine ihm immanente kulturrelativistische Seite läßt sich erst heute mit dem bloßen Auge erkennen. Man muß sich öffentlich darüber aufklären, daß der subkulturelle Differenzbegriff heute gescheitert ist und daß es falsch ist, diesen Differenzbegriff um ethnopluralistische Momente zu erweitern und sich (via Rap und nun via „schwarze" Theorie) Identitätsbruchstücke als Bausteine der eigenen Lebensentwürfe auszuborgen. Solange dies nicht geschieht, wird man unversehens immer tiefer in eine Gesellschaft hineingeraten, die mit dem „Recht auf Differenz" imperialistische Politik macht.

nicht minder schnell umgewälzt als Rock & Pop, immer noch ein Zwischen-Fall. Sie ist AUCH Zeichen eines sozial konstruierten „afroamerikanischen Lebensgefühls", Überlebens-Mittel einer aus historischen und ideologischen Prozessen herausgewachsenen und heute sozial gespaltenen „black community".

Für die subkulturellen Szenen ist HipHop schon alleine deshalb attraktiv, weil er „aus dem Ghetto kommt" (was heute nur noch mit Einschränkungen gesagt werden kann). Im Ghetto vermuten sie die Quellen einer schillernden Gegen- und Minderheitenkultur, an der sie sich laben möchten. Diese Betrachtung duldet außer einer Interpretation von HipHop als „Protestmusik" kaum eine andere. Nicht nur für den „Spiegel" ist HipHop der authentische „Soundtrack zu den Rassenunruhen". Subkulturen formulieren das selbstverständlich etwas anders, sprechen von HipHop als dem Soundtrack zur „schwarzen Befreiung" oder einfach vom „Widerstand."

Der unübersehbare Konformismus, den es neben der im HipHop formulierten antirassistischen Kritik auch gibt - oft finden sich Widerstand und Konformismus in einem einzigen Song vereint - wird entweder geleugnet oder mit Hinweisen auf die Lage der Betroffenen relativiert.

Daß die Rapper (der Anteil der Rapperinnen liegt bei 5%), die da zur Kasse bitten, ein Negativ-Image einkalkuliert haben, das irgendwie zu der Verhärtung des Konkurrenzkampfes hier paßt, stört zwar immer wieder, macht den subkulturellen Vereinnahmungsversuchen aber keineswegs ein Ende. Daß der drohende Sprechgesang nicht nur die Abkehr vom schönen Schein ankündigt und politische Rebellion postuliert, sondern ebenso häufig von religiösem Sektierertum, Zuhälter-Rhetorik, Hustlerkultur, Trade-Mark-Fetischismus und Körperkult handelt, dafür finden sich immer wieder wohlfeile Rechtfertigungen. Auch Rapper, die sich als die letzten chauvinistischen Idole präsentieren und damit gut in den weltweiten Trend einer Renaissance „männlicher" Werte passen, können den subkulturellen Inter-Nationalismus bzw. Inter-Tribalismus nicht irre machen.

Mögen solche Rap-Gruppen auch nicht die Botschafter einer neuen libertären Sexualität sein, deren privilegierte Zügellosigkeit verbotene kollektive Wünsche auf sich ziehen könnte, mögen sich ihre sexistischen Beschwörungsformeln auch als Komponenten eines männlichen revanchistischen Rollbacks herausstellen, so müssen diese Helden doch, da ja selbst unterdrückt, unbedingt entschuldigt werden.

Noch dort, wo jede antiautoritäre Auflehnung gegen reaktionäre Traditionen und das Philistertum deutlich ausbleibt und einer abstrakten Solidarität mit der „Community" geopfert wird und das Einverstanden-Sein mit jenen Strukturen, die den Rassismus hervorbringen, unübersehbar ist, findet der subkulturelle Solidaritätsblick trostreiche Erklärungen, die die Koexistenz erlauben.

„Minimalforderung Familie"

Auch die Auffassung, wonach man sich ein Urteil nicht erlauben könne, weil man in anderen Verhältnissen lebe (als wären es nicht die selben, nur eben von der Gewinnerseite her betrachtet), tritt gerade bei kritischen Geistern zutage - häufig verpackt in eine allzu taktische Distanzierung vom Eurozentrismus. So schrieb etwa Diedrich Diederichsen in „Konkret" 1/92, daß es „ein Luxus" wäre, die konservativ- patriarchalische Familienpropaganda in dem Ghetto-Film Boyz 'N The Hood „von hier aus mit Begriffen zu kritisieren, die nach 200 Jahren Kleinfamilienterror entstanden sind...". Und weil es „dort doch buchstäblich weder eine

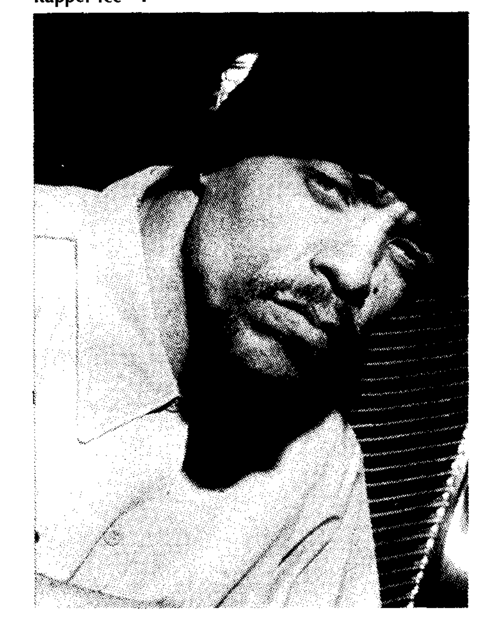
Schule noch eine Familie noch irgendwas ... gibt, das sich um Young Black America kümmert", seien „Familien Minimalforderungen...".

Diese Position ist konform mit einer auch in den USA üblichen männlichen Klage über das angeblich traurige Los der „armen Singlemütter". In den USA wird die Forderung zum einen von Black Nationalists aufgestellt, die in einem reglementierten Heiratsverhalten die Voraussetzung zur Schaffung einer (notwendig imaginären) Gemeinschaft des „schwarzen Volkes" sehen. Zum anderen ist sie der Hit „schwarzer" und „weißer" Konservativer (wozu auch etliche Rapper zählen) und ehemaliger Sozialliberaler („Kinder brauchen Liebe und Disziplin. Der Scheck vom Sozialamt ist kein Ehegatte. Der Staat ist kein Vater", usw.). Den Singlemüttern, so heißt es, fehle der Mann im Haushalt, der sie unterstützt und die Kinder mit starker Hand zu ordentlichen Menschen macht. Intakte Familien würden den Kindern in den Ghettos die Chance bieten, nicht chancenlos aufzuwachsen. Doch in Schweden wird heute die Hälfte der Kinder unehelich geboren, ohne daß sie deshalb zu Hustlern werden. Es muß demnach wohl andere Gründe für die Marginalisierung geben.

Dummerweise geht die „Minimalforderung Familie" an allen Realitäten vorbei. Abgesehen davon, daß hier jede Begründung fehlt, warum sie überhaupt positiv zu bewerten sei und keine Erklärung gegeben wird, warum sie unter den spezifischen Voraussetzungen nicht funktioniert, ist vor allem dies wichtig: Die Forderung kommt nicht von Frauen und das ist kein Zufall. Die „armen schwarzen Singlemütter" haben natürlich ihre guten Gründe dafür, daß sie auf einen Mann in ihrem Haushalt lieber verzichten. Sie haben Freunde, Väter, Brüder, Ex-Lover und Liebhaber, die ihnen auf Nachfrage helfen. Und wenn sie heiraten würden, fielen verschiedene staatliche Leistungen weg. Soweit zu den Fakten.

Aber es geht nicht nur darum, sondern auch um die lässige Umgangsweise mit bestimmten Aussagen männlicher, afroamerikanischer Rapper und Filmemacher. Indem gesagt wird, die hätten ja mangels Erfahrung mit „200 Jahren Kleinfamilienterror" (was sachlich falsch, aber ein beliebtes Vorurteil ist) die Begriffe noch nicht entwickeln können, die WIR schon haben, empfiehlt man ihnen, die Erfahrungen selbst zu sammeln, deren Konsequenz man in Europa natürlich schon kennt: Terror. Die Botschaft lautet: Die müssen da durch, das kann ihnen nicht erspart bleiben, weil niemand Bewußtseinsstufen überspringen und etwas gedanklich vorwegnehmen kann! Es ist dies ein traditionsreiches Essential (alt-) linker Denkart, deren bekannteste Ausformung das taktisch-instrumentelle Umgehen mit „Bündnispartnern" ist, mit denen man sich auf „Minimalforderungen" einigen will, um ihnen die ganze Wahrheit zu ersparen - in der Hoffnung, daß sie später selbst darauf kommen und um sich selbst nicht zu „isolieren". Auf diese Weise läßt sich die unangenehme Realität, daß die meisten Menschen doch etwas anderes wollen als Linke, so drehen, daß diese Menschen zwar prinzipiell auf dem richtigen Weg, aber halt konkret „noch nicht soweit" sind. Diese linke Logik ist also den subkulturellen Szenen völlig vertraut.

Rapper Ice - T

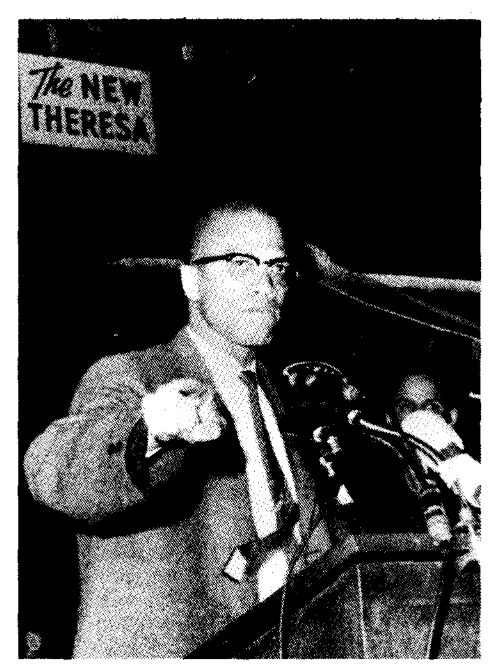


Die Wiederkehr der „Weisen von Zion"

Diederichsen meinte schließlich, eine Kritik an dem Rassismus und Antisemitismus (er nennt es bis heute „latenten" Antisemitismus) des Black Muslim-Führers Louis Farrakhans „hieße, zu vielen die Hoffnung nehmen". Auch diese Position ist ein eurozentristischer Zynismus und zudem eine Herabsetzung von Generationen afroamerikanischer TheoretikerInnen und AktivistInnen, die gegen den Separatismus eines selbstgenügsamen „cultural nationalism" und „reverse racism" ankämpften, weil sie darin eine Gefahr für die black community sahen und sehen. Zu diesen KritikerInnen zählte nicht zuletzt der späte Malcolm X, dessen Ermordung Farrakhan seinerzeit herbeischrieb. Farrakhan ist eine falsche Hoffnung, und das kann doch niemandem, der an einem Erfolg des Kampfes gegen die Praxis der Rassifizierung interessiert ist, gleichgültig sein.

Der Weg Farrakhans führt in massenhafte Resignation , die sich gegenwärtig im verzweifelten Aufschaukeln zu immer absurderen Verschwörungstheorien abzeichnet. Der Konspirationswahn, die Volksausgabe der Kausalitätsphilosophie, führt inzwischen dazu, daß auf den Büchertischen „schwarzer" Nationalisten die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion" verkauft werden.

Die ganze amerikanische Black Community steckt in einer dramatischen Krise. Sie ist sozial gespalten, ohne Aussicht auf die ersehnte „leadership", ohne Strategie und ohne Unterstützung von außen. Doch viele subkulturelle HipHop-Fans stellen sich einfach daneben, genießen, verwalten Berge von Detailinformationen und schweigen sich - lautstark über „für Weiße undurchschaubare schwarze Traditionen" theoretisierend und damit eine „künstlich gesteigerte Sichtbarkeit" (Horkheimer) der „Anderen" betreibend - aus. Genau aus dieser Haltung heraus, und nicht etwa um die Black Community gegen falsche Kritik zu verteidigen, rechtfertigen Subkulturelle noch die absurdesten Statements, die von dort kommen.



Malcolm X

HipHop wurde zum ersten großen Desaster einer selbstgefälligen, in ihren eigenen Ritualen erstarrten und im „Kult der Differenz" befangenen Subkultur. Das Aufkommen eines neuen „Rechtsrocks" stürzte dann den Mythos einer weltumspannenden, irgendwie rebellischen „youthculture" in die endgültige Krise. Die Rede vom grundsätzlich dissidenten Charakter der Popmusik erwies sich endgültig als Illusion.

Linksradikale, die sich mit Popmusik nicht ausreichend beschäftigt haben, sind deshalb aber keineswegs entschuldigt. Sie waren und sind WegbereiterInnen eines Inter-Nationalismus, der alle Handlungen „kämpfender Völker" und „aufmüpfiger Ethnien" als Widerstand idealisiert, ohne sich der konkreten Politik der Objekte ihrer Solidarität - geschweige denn den Zwängen, denen diese ausgesetzt sind - gewahr zu werden. Ihre falsch verstandene „Kritik am Eurozentrismus", mit der Preisgabe aller universalistischen Standards, ist weniger vom Respekt vor „dem Fremden" getragen, als vielmehr von der Suche nach eigenen Identitätsversatzstücken. Und hier trifft sich die Fangemeinde von Comandante Marcos mit derjenigen des neuesten „Rap- Rebellen".

Günther Jacob

Last Exit Los Angeles

Entgrenzung der Dritten Welt als Wegweiser für die Solibewegung

Die Vereinigten Staaten, insbesondere aber Los Angeles, galten bereits in den 1930ern als Kristallisationszentrum der Moderne, als eine Art vorgeschobener Beobachtungsposten, von dem aus sich ein Blick in das Europa von morgen werfen ließ. Sechzig Jahre später sieht es so aus, als böte die Pazifikmetropole einmal mehr die Gelegenheit, einen Blick in die Zukunft zu riskieren. Nutzen sollte ihn vor allem die bundesdeutsche Soli-Szene, denn die soziale Realität in L.A. offenbart bereits heute, welchen theoretischen und praktischen Herausforderungen sie sich zukünftig stellen müssen wird.

Verglichen mit der bundesdeutschen Soli-Szene, hat es die internationalistische Linke in den USA doppelt schwer. Nicht nur, daß ihr der Mythos der Feuerwaffe fehlt, weil man, anders als in den 60ern, als die MP noch das Emblem der Black Liberation Army schmückte, an jeder zweiten Straßenecke Knarren kaufen kann, die hierzulande unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen würden. Es ist auch weniger der Umstand, daß die Repression im Land der unbegrenzten Möglichkeiten um einiges härter ist, sondern vielmehr die ganz simple Tatsache, daß sich die dortigen Solidaritätsbewegten jeden Tag die Frage gefallen lassen müssen, warum sie sich zwar für Indianer am Amazonas, Bergbauern in den Anden oder Kaffeepflückerinnen in Guatemala stark machen, dafür aber noch nie im Leben einen Fuß in den nördlichen Teil von Harlem, in die South Shore Communities von Chicago oder die Wüstungen von South Central Los Angeles gesetzt haben.

Obwohl nicht damit zu rechnen ist, daß in der bundesdeutschen Gesellschaft eine ähnlich drastische Polarisierung wie in den USA eintreten wird, läuft die hiesige Solidaritätsbewegung Gefahr, sich in nicht allzu langer Zeit ähnlichen Fragen ausgesetzt zu sehen. Dies erklärt sich nur vordergründig aus der Tatsache, daß die BRD gegenüber den Entwicklungsökonomien Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion seit dem Fall der Mauer eine ähnliche Position einnimmt wie die südwestlichen Staaten der USA gegenüber Zentral- und Südamerika. Entscheidend für die Zuspitzung der sozialen Verhältnisse in der BRD und die zunehmende 'Drittweltisierung' metropolitaner Regionen in den USA sind die veränderten globalen Realitäten, die sich zwanzig Jahre nach dem Niedergang der weltwirtschaftlichen Nachkriegsordnung erst langsam abzuzeichnen beginnen.

Meine zentrale Kritik an der Solidaritätsbewegung besteht darin, daß sie sich begrifflich, theoretisch und politisch immer noch in den 70er Jahren befindet, weil sie den Veränderungen der letzten zwanzig Jahre nur quantitative, nicht aber qualitative Bedeutung zumißt. Hierin liegen meines Erachtens nicht nur die Gründe für deren unzureichende Erklärungskompetenz (etwa bezüglich der unbestreitbaren Industrialisierungserfolge in den Newly Industrializing Countries in Fernost) und die seit langem herrschende Konzeptionslosigkeit, sondern auch für die politische Defensive, in der sich die Solibewegung derzeit befindet. Soll dieser Zustand überwunden werden, dann muß der Internationalismus der 90er theoretisch anders gedacht und politisch anders praktiziert werden. Gefordert ist daher zuerst eine theoretische Neuorientierung, um dann Handlungsziele formulieren und diese in politische Strategien umsetzen zu können.

Der Süden im Norden

Heute ist häufig vom „Süden im Norden" die Rede, da die Neue Internationale Arbeitsteilung nicht mehr zwischen, sondern zunehmend auch innerhalb von Nationalstaaten verläuft. Selbst starke Staaten sehen sich infolgedessen mit der Tatsache konfrontiert, ökonomische Prozesse nicht mehr - wie noch in den 1970ern üblich - politisch domestizieren zu können. Das hat sich im letzten Herbst gezeigt, als das Europäische Währungssystem dem Druck des Marktes nicht mehr standhielt, und es macht sich innenpolitisch in den Diskussionen um die Zukunft der Flächentarifverträge und den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt bemerkbar. Fakt jedenfalls ist, daß die Internationalisierung des Waren-, Finanz- und Geldkapitals auch die binnenpolitische Handlungsfähigkeit drastisch reduziert hat und Widersprüche, die sich in der Vergangenheit eher im zwischenstaatlichen Verhältnis äußerten - in vulgo: „Uns gehts gut, weil's dem Süden so schlecht geht" - nun auch innerhalb metropolitaner Gesellschaften aufbrechen.

Mit am weitesten ist dieser Prozeß der Globalisierung in Los Angeles fortgeschritten, wo periphere und zentrale Produktionsprozesse nicht nur auf engstem Raum nebeneinander existieren, sondern auch eng verflochten sind. Wie explosiv die soziale und ökonomische Polarisierung ist, die aus ungleichgewichtigen Strukturen der In-Wert-Setzung resultiert, ist nicht zuletzt anhand der Rodney-King-Unruhen im Mai 1992 deutlich geworden, die eine der größten Nachkriegsoperationen der US-Armee zur Folge hatten.

Vom starren Fließband zur 'lean production'

Der Erfolg des Akkumulationsmodells der ersten drei Nachkriegsdekaden gründete zum einen in der fortwährenden Weiterentwicklung der technischen Voraussetzungen der Massenproduktion, zum anderen in den institutionalisierten und verrechtlichten Formen der Kompromißfindung zwischen Kapital und Arbeit. Beides brachte die Nachfrage mit dem Produktivitätszuwachs der Konsumgüterindustrien in Einklang. Wegen der großen Bedeutung seiner technischen und sozio-politischen Voraussetzungen wird dieses Wachstumsmodell in Anlehnung an Henry Ford auch fordistisches Akkumulationsregime' genannt [1].

Der Fordismus der 50er und 60er Jahre ist die Hochzeit der Fließbänder: er zeichnet sich durch die Kombination starrer Automa-

tisierung mit dequalifizierter lebendiger Arbeit aus. Die für fordistische Akkumulationsregime typische Koppelung der Löhne an den Produktivitätszuwachs hatte ihre Ursache in der Binnenorientierung dieses Modells. Entgegen gängiger internationalistischer Interpretation war die Phase fordistischer Industrialisierung ihrem Charakter nach der letzte Akt der Binnenkolonialisierung. So lag die Exportquote der USA bis Anfang der 60er Jahre weit unter 10%. Die Internationalisierungsprozesse jener Jahre spielten sich in erster Linie zwischen den OECD-Staaten ab. Dem Wachstum der Direktinvestitionen der Multis im Süden kam hierbei eine geringere Rolle zu, da es in erster Linie um die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte, die Aneignung und Sicherung verbilligter Rohstoffe und die Abschöpfung von Differentialrenten ging.

Die eigentlichen Motoren des fordistischen Akkumulationsregimes waren vielmehr die Fertigungsindustrien und mit ihnen der Ausbau der intra-industriellen Arbeitsteilung - nicht nur, weil sie den größten Teil der Wertschöpfung auf sich vereinigten, sondern vor allem deshalb, weil das Gros der Lohnabhängigen unter relativ gleichen Bedingungen in die nationalstaatlichen Ökonomien eingebunden war[2].

An die Stelle der starren Automation und der dequalifizierten Arbeit sind heute die flexible, computergestützte Automatisierung und die requalifizierte Arbeit in den Kernbereichen der Fertigungsindustrien getreten. Was aber gestern noch als 'lean production', 'dezentralisierte Produktion' oder Standortsicherungspaket daherkam, bringt schon heute die sozialpolitischen Sicherheiten vergangener Dekaden ins Wanken. Nicht nur das Normalarbeitszeitverhältnis ist in Auflösung begriffen; die Restrukturierung der Produktions-, Arbeits- und Unternehmensorganisation und die damit verbundene Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sind in vollem Gange. Die lean society folgt der lean production auf den Fuß; der Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsbereiche in die Grauzonen entgarantierter Arbeit folgt die soziale Ausgrenzung derjenigen, die sich nicht in das neue Modell einbringen können.

Ein Bustier und die Folgen

Dies gilt für die globale Ebene ebenso wie für einzelne Staaten. Sichtbare Ausdrücke dieses Strukturwandels sind das explosive Wachstum des Dienstleistungssektors sowie die rasche Zunahme entgarantierter, nicht-tariflich geregelter Formen der Lohnarbeit und neue Formen der Selbständigkeit, vor allem im Zuge der Auslagerung bestimmter Produktionsbereiche in die von ihren Auftraggebern völlig abhängige Zulieferbetriebe.

Diese neue Formen räumlicher und funktionaler Differenzierung haben ihren Grund aber nicht nur in der veränderten Zusammensetzung von Kapital und Arbeit, sondern auch in der damit verbundenen Erschließung eines neuen Produktes - der Information. Informationsdienstleistungen, das heißt die Aneignung, Produktion und Verteilung von Informationen spielen heute auf allen Ebenen der Produktion eine entscheidende Rolle. Denn unter den Bedingungen immer flexiblerer Märkte, immer höherer Investitionskosten und zunehmend kürzerer Produktzyklen werden Reaktionsgeschwindigkeit und Informationssicherheit mehr und mehr zu einem strategischen Gut.

Als Madonna zum Beispiel mit Bustier im MTV auftauchte - wer es nicht wissen sollte: ein Bustier ist ein während der 1950er aus der Mode gekommenes BH-Modell - dauerte es nur wenige Tage, bis diese Dinger in ganz Los Angeles zu haben waren. Eine Leistung, die unter den Bedingungen starrer Automatisierung und ihrer räumlichen Organisation, sprich: der Auslagerung der Bekleidungsproduktion in den Fernen Osten, nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Nun ist ein Bustier nicht gerade das erschütterndste Beispiel für die Konsequenzen dieser Neu-Zusammensetzung von Kapital und Arbeit. Führt man sich aber vor Augen, daß auf den globalen Kapitalmärkten, die nur aus einem Netz weniger Finanzdienstleistungszentren bestehen, innerhalb



Ein Liquor-Store, Symbol der Ghettoökonomie

eines Tages der Gegenwert des jährlichen weltweiten Güteraustauschs be-wegt wird, dann kann man sich vorstellen, zu welchen sozio-ökonomischen Verwerfungen dieser Restrukturierungsprozeß führen kann.

L.A. - back into Future

Wer sich gut zwei Jahre nach der Niederschlagung der Aufstände, die im Mai 1992 weite Teile von South Central, Pico Union und Koreatown in no-go areas verwandelten, in Los Angeles umschaut, wird feststellen, daß sich in den vielzitierten 'inner cities' bisher so gut wie nichts getan hat. In den Häuserzeilen entlang Florence, Normandie und Crenshaw Boulevard klaffen immer noch dieselben Lücken wie unmittelbar nach den Riots; die ausgebrannten Ruinen der Fleamarkets, Liquor Stores und Mini-Malls werden hinter den rostig gewordenen Bauzäunen langsam, aber sicher von der Natur zurückerobert; Compton, Huntington Park und Cudahy - allesamt Stadtteile von South Los Angeles - gehören mit einem Jahreseinkommen von ca. 7.000 US$ pro Kopf nach wie vor zu den zwölf ärmsten Vororten der USA. Selbst bei 'Rebuild Los Angeles', einer Non-Profit-Organisation, die unmittelbar nach den Aufständen gegründet wurde, um private Investitionen in die deindustrialisierten Wüstungen von South Central zu lenken, sind die Wiederaufbau-Slogans verstummt. Von den ursprünglich zugesagten Investitionen in Höhe von 6 Mrd. US$ sind gerade einmal 580 Mio. übrig geblieben, und produzierendes Gewerbe sucht man unter den Investoren vergeblich.

Einzig Ex-Polizeichef Daryl Gates, unter dessen Ägide das Los Angeles Police Department zu einem militärisch organisierten Aufstandsbekämpfungsapparat hochgerüstet wurde, hat dank der Riots sein Auskommen gefunden. Der in der farbigen Community L.A.'s wohl meistgehaßte Mann hat ein Computerspiel auf den Markt gebracht, in dem man sich als Einsatzleiter im finalen Kampf gegen den - schwarzen - Mob von South Central bewähren kann. Der Absatz ist rege, und Gates lebt nicht schlecht davon.

Daß die polizeiliche Praxis in South Los Angeles und Pico Union der lateinamerikanischen immer ähnlicher wird, ist freilich ebensowenig ein Zufall wie der Umstand, daß die drastischen Einkommensunterschiede wachsen und das Gesicht der Stadt wesentlich von den labouring poor geprägt wird. Mittlerweile jedenfalls ist die Rede von der Drittweltisierung der städischen Ökonomie in aller Munde.

Diese Drittweltisierung ging einher mit der in den letzten zwanzig Jahren von den städtischen Eliten betriebenen Entwicklung von Los Angeles zur Finanzmetropole am Rand des pazifischen Beckens und Frontstadt an der Grenze zu den pazifischen Märkten. Sie prägt die Lebenswirklichkeit eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung.

Tatsächlich ist Los Angeles - und damit auch der sogenannte 60 miles circle mit seinen 132 weitestgehend eigenständigen Gebietskörperschaften - heute eine der widersprüchlichsten städtischen Regionen überhaupt. Denn im Gegensatz zu den Bedingungen des fordistischen Regimes, unter denen innerhalb des nationalen Funktionsraums mit anderen Städten um die Kommandofunktionen konkurriert wurde, finden sich die Städte heute im Kontext internationaler Konkurrenz wieder. Dies hat aber nicht nur zur Folge, daß sie nun direkt um Industrien und Arbeitskräfte konkurrieren, sondern daß sie auch eine immer weiter fortschreitende partielle Peripherisierung in Kauf nehmen müssen. So produziert man zum Beispiel im Stadtteil Pico-Union in direkter Weltmarktkonkurrenz Billigst-Bekleidung. Immer mehr Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit werden entwertet und - insbesondere in der Einwanderungsökonomie von Los Angeles - durch Deregulierung und Informalisierung 'drittweltisiert'.

Dies gilt für niedrig-qualifizierte Dienstleistungen wie Fensterputzen oder Kinderhüten ebenso, wie für ehemals formale, nun aber deregulierte Arbeitsverhältnisse im gewerblichen Sektor oder die medizinische Versorgung in den state hospitals.

„Mobilisierung des Territoriums"

„Der gesellschaftliche Trend zur Flexibilisierung", so Roger Keil in seinem Buch 'Weltstadt - Stadt der Welt', „ist in diesem Teil der städtischen Realität gleichbedeutend mit der Internationalisierung selbst, eines ist ohne das andere nicht vorstellbar: Die Internationalisierung ist als ein durch kommunale und soziale politische Aktivitäten regulierter Vergesellschaftungs- und Urbanisierungsprozeß zu begreifen."

Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ebenso wie die hohen Immigrationsraten qualifizierter und unqualifizierter Arbeitskraft haben dazu beigetragen, daß das County L.A. heute zu einem der beliebtesten Produktionsstandorte gehört, weil es die Vorteile der 'Ersten' und der 'Dritten' Welt vereint. Das Kapital kann dort jedenfalls auf einen Überfluß an Industrieflächen, eine sehr kooperative Verwaltung und die bereitwilligsten ArbeiterInnen der Welt zurückgreifen. Wobei man sich immer vergegenwärtigen sollte, daß die in internationalistischen Kreisen so weit verbreitete Ethnisierung des Kapitals - nach dem Motto: hier das böse US-Kapital, dort die armen ImmigrantInnen - wohl nirgendwo so weit neben der Wirklichkeit liegt wie in L.A.. Es sei denn, man wäre bereit, die in der Regel aus Mexiko, Korea oder Südostasien stammenden Eigentümer der zahlreichen 'sweatshops' in der Bekleidungsindustrie, der Holzverarbeitung, den Reperatur- und Instandsetzungsbetrieben oder dem Einzelhandel als 'ausgebeutete', weil marginalisierte und beständig von der Vernichtung bedrohte Kapitalfraktion zu bezeichnen. Dann könnte man vielleicht auch über den nicht unwesentlichen Tatbestand hinwegsehen, daß die sogenannte 'Drittweltisierung' der städtischen Ökonomie zu einem großen Teil auf den Kapitalimport aus Ländern des Südens zurückzuführen ist.

Illegale ImmigrantInnen - zur Zeit in der Regel zentralamerikanischer oder chinesischer Herkunft - werden vor allem in den Klitschen der eben genannten Branchen verheizt und nur selten von US-amerikanischem Kapital ausgebeutet. Die Flexibilisierung, Informalisierung und die damit verbundene Entstehung unregulierter urbaner Räume geht also Hand in Hand mit der fortschreitenden Internationalisierung des städtischen Raums, der „organisierten Mobilisierung des Territoriums", wie Lipietz es nennt. „Los Angeles", so Edward Soja, „besteht aus scheinbar paradoxen, funktional aber dennoch aufeinander bezogenen und voneinander abhängigen Gegensätzen. Hier gibt es High-Tech-Landschaften ebenso wie industrielle Wüstungen; boomende Wirtschaftsregionen à la Silicon Valley oder Houston ebenso wie Stadtteile, die genauso gut ein Teil von Detroit oder Cleveland sein könnten. L.A. ist alles zugleich: South Bronx, Sao Paulo, Lower Manhattan, Boston und Singapur. Es scheint, als wolle die Stadt sämtliche Formen der jüngeren Geschichte kapitalistischer Urbanisierung gleichzeitig durchkonjugieren."

Diese 'Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen' ist für kapitalistische Gesellschaften konstitutiv und damit an sich nichts Neues. Aber die extreme Form, die sie in Los Angeles angenommen hat, ist nicht einfach nur eine zugespitztere als in anderen Städten, sondern Ausdruck der Zerstörung und anschließenden Neu-Zusammensetzung des fordistischen Raums.

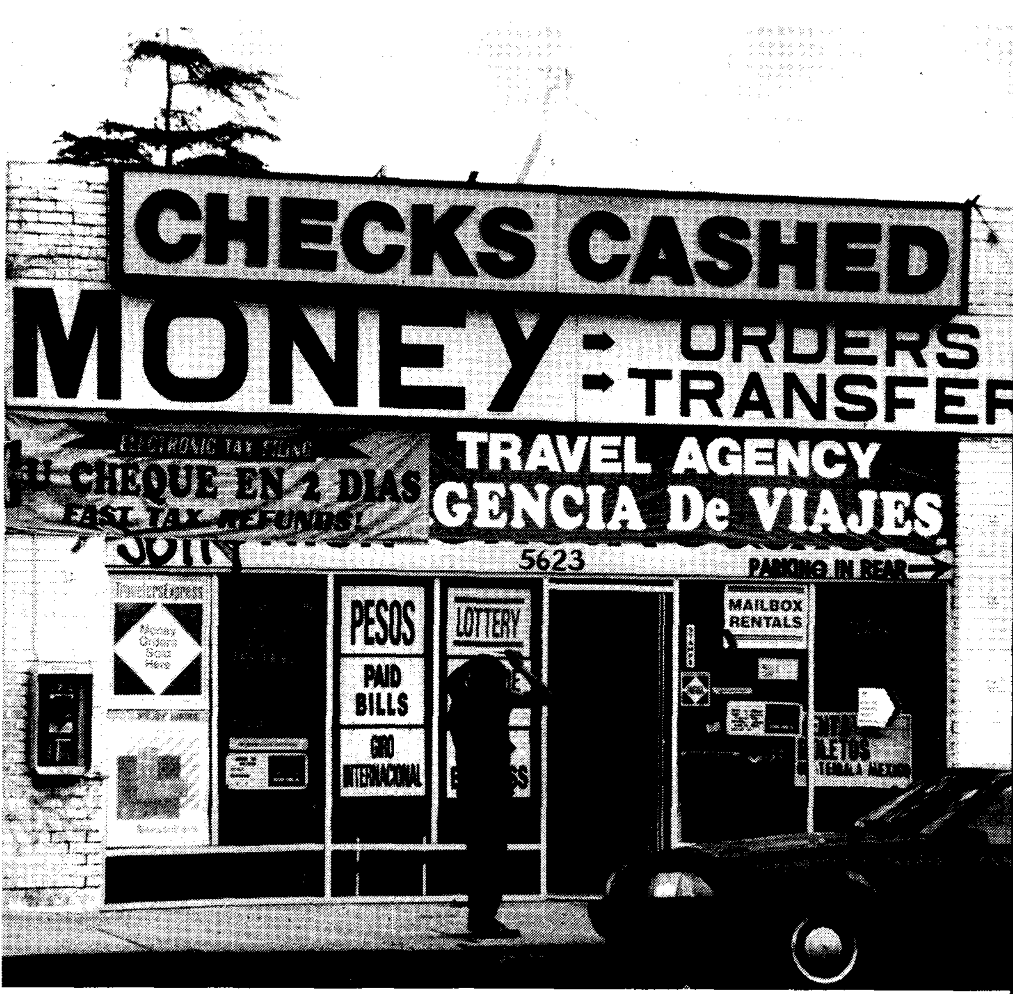
Denn seit die sogenannten F.I.R.E.-Branchen - F.I.R.E. steht für die Boom-Branchen der neuen Dienstleistungsökonomie, Finance, Insurance und Real Estate - die klassischen Fertigungsindustrien abgelöst haben, haben sich nicht nur Produktionsbeziehungen und Arbeitsorganisation, Produkte und Märkte verändert, sondern auch die sozialen und räumlichen Muster der In-Wert-Setzung verschoben. Nicht nur die Standorte haben sich verlagert, sondern auch die Form ihrer Vernetzung. Denn während beispielsweise eine Reifen- und eine Automobilfabrik über arbeitsintensive Transporttechnologien interagieren, kommunizieren die neuen Industrien weitgehend via Kabel, Glasfaser oder Funk, so daß der Raum zwischen Produzent und Konsument, Angebot und Nachfrage zunehmend an Bedeutung verliert. In den 40 Quadratmeilen zwischen Interstate 10,

Compton und Downey, dort also, wo das Gros der Afro-AmerikanerInnen und der - meist illegalen - lateinamerikanischen ImmigrantInnen lebt, existieren jedenfalls nicht einmal mehr Ansätze einer städtischen Infrastruktur.

'Cyb-Urbia'

Die mit den neuen Technologien und Produkten einhergehende 'Informationsordnung' hat nicht nur neue Märkte, sondern noch mehr weiße Flecken auf der Landkarte geschaffen. Wer sich zum Beispiel eine Karte anschaut, die den weltweiten Datenfluß dokumentiert, wird feststellen, daß diese 'Un-Räume' nicht nur in den 'Least Least Developed Countries' zu finden sind. Ein vergrößerter Ausschnitt von L.A. würde zeigen, daß Downtown - ähnlich einer Spinne im Netz - das Zentrum eines Daten- und Informationsnetzes bildet, dessen konzentrische Verbindungslinien fast alle in die Randbereiche des 60 miles Circle hineinreichen. Der Raum dazwischen verliert ebenso wie dessen Bevölkerung zunehmend an Wert und wird irgendwann einmal der Bedeutungslosigkeit anheim fallen. 'Cyb-Urbia' nennt Mike Davis dieses Mosaik aus Entwertung und 'In-Wert-Setzung'. In South Central L.A. jedenfalls gibt es mit Sicherheit mehr Analphabeten als PCs, mehr Liquor-Stores als Unternehmensberatungen und mehr Knarren als Funktelefone oder Faxgeräte.

In dem verödeten Brachland im Süden der Stadt glaubt jedenfalls niemand mehr an den American Dream. Die Afro-AmerikanerInnen schon lange nicht mehr, die Latinos spätestens seit Mai '92 nicht mehr. Wie lange der weiße Mittelstand noch daran glaubt, ist ebenfalls fraglich, denn auch Reagans militärkeynesianische Revolution frißt ihre Kinder: 27% der Arbeitsplätze, die 1993 in den USA vernichtet wurden, gingen allein in Süd-Kalifornien verloren.



Ein Cheque-Cashing Shop. Hier werden gegen hohe Gebühren z.B. Lebensmittelkarten gegen Bares getauscht

Die Organisationsfrage stellen

Die am Beispiel von Los Angeles näher ausgeführte Internationalisierung des lokalen Raums stellt auch die hiesige Solidaritätsbewegung vor Fragen und Probleme, deren Beantwortung bzw. Bewältigung relevanter sein dürfte als die Fortsetzung der Diskussion um Tranfair-Kaffee und Sandino-Dröhnung.

Hilfreich wäre hierbei ein Blick in die organisatorische und politische Praxis einiger Stadtteilinitiativen in L.A., die aufgrund der geschilderten Umstände notgedrungen in einem globalisierten Kontext arbeiten und selbst lokalpolitische Stragien nur internationalistisch formulieren können. Drei Konsequenzen lassen sich aber bereits jetzt ziehen:

1. Die Solidaritätsbewegung muß sich entnationalisieren. Sie muß aufhören, Konflikte entlang nationalstaatlicher Grenzen festmachen zu wollen. Weil Nationalstaaten aus den geschilderten Gründen ihr Integrationspotential abhanden gekommen ist, können sie auch keine progressiven Funktionen im Lenin'schen Sinne mehr haben. Schon allein aus diesem Grund gehört auch der sogenannte Befreiungsnationalismus auf den Prüfstand. Worum es jetzt geht, ist ein Internationalismus ohne Nation.

2. Durch die Transnationalisierung der Kapital- und Klassenzusammensetzung hat sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verschärft, weswegen sich auch die Organisationsbedingungen verschlechtert haben. Multis greifen aufgrund der gestiegenen Kapitalmobilität nun auch in den Industrieländern auf Investitions- und Desinvestitionsstrategien zurück, die bisher den Entwicklungsregionen vorbehalten blieben und von der Soli-Szene immer angeprangert wurden. Die Soli-Szene muß ihre Argumente nun sehr genau prüfen, denn ihre bisherige Forderung nach einer politischen Kontrolle des Kapitals in der Dritten Welt unterscheidet sich substantiell nicht von der nach „Deutschem Kapital für deutsche Arbeitnehmer!".

3. Die Solidaritätbewegung wird sich in Zukunft nicht nur auf Vorgänge in den Ländern des Trikonts beschränken können. Sie wird sich auch binnengesellschaftlich orientieren müssen. Das nicht nur deshalb, weil die Differenzierungsmechanismen transnational wirksam werden, sondern vor allem auch, weil sie sich, wenn sie nicht in völliger Irrelevanz versinken will, mit denjenigen Kräften kurzschließen muß, die sich aus einer anderen Richtung mit den geschilderten Globalisierungsprozessen befassen. Dazu würden etwa linksgewerkschaftliche Kräfte, Jobber- und Arbeitslosen-Initiativen, Stadtteilgruppen, aber auch formellere Kräfte, wie etwa Wohlfahrtsverbände, Kommunen und Parteien gehören.

Frank Sträter

Anmerkungen:

1) Ford hatte nach Einführung des Fließbandes - das neben einer Produktivitätssteigerung die Vergrößerung des Produktionsvolumens sowie die Senkung der Lohn-Stückkosten nach sich zog - die Löhne eines Teils seiner Arbeiter erhöht, um zu gewährleisten, daß seine eigenen Arbeiter später nach den von ihnen hergestellten Gütern nachfragen könnten. Ford war damit einer der ersten, die die volkswirtschaftliche Notwendigkeit stabiler Nachfrage bei steigender Produktivität und wachsenden Kapazitäten auch betriebs- und lohnpolitisch anerkannten.

2) Aus Platzgründen verzichte ich auf die historische Beschreibung des Krisen- und anschließenden Transformationsprozesses.

Der Bürgerkrieg lebt von der Droge

Wie die Milizenführer ihren Machtkampf finanzieren

Im letzten Heft berichteten wir über Koka und Drogenpolitik in Lateinamerika. In Zentral- und Ostasien liegen die Zentren des Opiumanbaus. Hier spielt Afghanistan eine besondere Rolle: Nachdem die afghanischen Feudalherren bis vor kurzem als Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus aufgebaut wurden, finanzieren sie heute ihre militärisch ausgetragenen Machtkämpfe zum großen Teil durch den Drogenhandel.

Vor der Herbstaussaat 1989 verbot der afghanische Mudjahedin-Kommandeur Mullah Nassim Achundzada in seinem Gebiet den Anbau von Mohn. Der damalige US-Botschafter in Pakistan, Robert Oakley, und USAID hatten ihm zwei Millionen US-Dollar angeboten, wenn er dafür sorgen würde, daß anstelle dessen Weizen ausgesät würde.

Achundzada war nicht irgendein Kommandeur. In »seinen« Distrikten Musa Qala und Kadshakey in der Provinz Helmand, wo seit 1946 über drei Jahrzehnte mit US-Geldern und -Knowhow auf fast 150.000 Hektar das größte Bewässerungsprojekt des Landes verwirklicht worden war, befinden sich heute die wohl größten zusammenhängenden Opiumfelder der Welt. Unter dem Schutz von mindestens 5.000 Bewaffneten wurden im Gebiet des Warlords - der nominell zur 'Haraket-e Enqelab-e Islami' (Bewegung der Islamischen Revolution) zählt, aber faktisch unabhängig agiert - zu diesem Zeitpunkt zwischen 120 und 600 Tonnen Opium pro Jahr erzeugt.

Achundzada baute in Rabat-e Ali am Dreiländereck Afghanistan-Pakistan-Iran auch ein eigenes Heroinlabor auf. Etwa 20 Prozent seiner Opiumernte ließ er dort zu Heroin raffinieren. Da zehn Kilogramm Opium (etwa der Ertrag von zwei Dritteln eines Hektars) ein Kilo Morphinbase ergeben, aus der nach einer weiteren Behandlung wiederum ein Kilo Heroin entsteht, wären das zwischen 12 und 60 Tonnen. Ein weiteres Labor soll im Flüchtlingslager Dshardi Dshangal in Pakistanisch-Belutschistan existieren, dem Ausgangspunkt der Landschmuggelroute nach Europa. Von hier aus starten Karawanen von bis zu 70 Jeeps, die mit schweren Maschinengewehren und tragbaren Luftabwehrraketen ausgerüstet sind. Ihre Ladung wird von türkischen bzw. iranischen LKWs übernommen und via Iran, Türkei und Balkan expediert. Nach dem Ende des iranisch-irakischen Krieges 1988 gewann dieser Weg bis zum Ausbruch des Krieges in Jugoslawien wieder an Bedeutung. (Etwa 70 Prozent des Heroins gelangt jedoch auf dem Seeweg über Bombay nach Westeuropa oder Amerika.)

Seit 1988 wollten die regionalen Befehlshaber zweier rivalisierender Mudjahedin-Gruppierungen, der 'Islamischen Partei' Hekmatyars und der 'Islamischen Einheit' Sayyafs, diesen Schmuggelweg unter ihre Kontrolle bringen. Besonders engagieren sich die saudisch finanzierten Truppen Sayyafs, der bereits die südost-afghanische Provinz Paktika beherrscht, ein weiteres Zentrum der Heroinherstellung. Als Ende 1989 der US-Sonderbotschafter bei der damaligen Mudjahedin-Exilregierung in Peschawar, Peter Tomsen, Achundzada beschuldigte, er sei ein „Agent des Nadjibullah-Regimes", weil sein Bruder mit seinem Wissen an einer von der aus Moskau gelenkten Kabuler Regierung anberaumten Stammesversammlung teilgenommen habe, war das sein Todesurteil: Am 25. März 1990 geriet Achundzadas Jeep in einem Vorort Peschawars in einen Hinterhalt, er wurde erschossen. Die Attentäter waren Angehörige eines im Kampf um die Schmuggelrouten unterlegenen Kommandeurs der 'Islamischen Partei'. Seitdem wußten die US-Offiziellen in Pakistan nichts mehr von dem zwei Millionen Dollar Angebot. Rassul Achundzada, Bruder und Nachfolger des Ermordeten, kündigte an, er werde im folgenden Jahr die Opiumproduktion verdoppeln, um den Gewinnausfall zu kompensieren.

Der Anstieg der jährlichen Opiumernte in Afghanistan von 800 Tonnen (1988, Schätzung im International Narcotics Strategy Report) auf 2.000 Tonnen (jeweils 1992 und 1993, Schätzung des UN-Suchtstoffkontrollrats UNFDAC) ist zu nicht unbedeutenden Teilen auf die Kapazitätserweiterung in der "Achundzada-Provinz" Helmand zurückzuführen. Die US-amerikanische Antidrogenbehörde DEA geht davon aus, daß Afghanistan und Pakistan 1993 250 Tonnen Heroin produzierten; das wären 2.500 Tonnen Opium. Damit löste Afghanistan Burma als weltgrößten Opiumpoduzenten ab, und wahrscheinlich überflügelte auch der Goldene Halbmond (das Anbaugebiet von Ostanatolien über Iran bis Afghanistan/Pakistan) das Goldene Dreieck Burma/Thailand/Laos.

Achundzada ist nur das Paradebeispiel des afghanischen Drogenanbaus. Plantagen mit Opiummohn und Cannabis findet man überall entlang der 2.300-Kilometer-Grenze zu Pakistan, von Badachschan im Norden bis Helmand im Süden. Seit 1991/92 sind die Ostprovinzen Nangrahar und Kunar als Hauptanbaugebiete für Opiummohn hinzugekommen. Cannabis wird vorwiegend für den Eigenverbrauch angebaut. Die 1993er UNO-Angabe, derzufolge 15 Prozent aller afghanischen Männer im Alter zwischen 15 und 40 Jahren "süchtig" seien, bezieht sich wohl vor allem auf den Cannabis-Konsum.

Opium hingegen ist vor allem ein Exportprodukt. Dabei ist die für die Achundzadas beschriebene Integration von Anbau, Raffinerie und Vertrieb, die die Gewinnspanne weiter erhöht, eher die Ausnahme. Ansonsten dominiert eine Arbeitsteilung: In Afghanistan wird, unter Kontrolle der Mudjahedin-Kommandeure, der Rohstoff erzeugt. Er wird in etwa 140 im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet liegenden Laboratorien, die von den Exilführern der Mudjahedin-Parteien und örtlichen Stammesführern kon-



In den letzten sechs Jahren stieg in Afghanistan die jährliche Opiumernte von 800 t auf 2.000 t

trolliert werden, fast vollständig zu Heroin weiterverarbeitet. Das Gebiet der pakistanischen North West Frontier Province (NWFP) eignet sich für dieses Geschäft deshalb besonders, weil dort die Zentralregierung Pakistans keinerlei polizeiliche oder juristische Gewalt innehat - nach der Teilung Indiens 1947 mußte Pakistan die entsprechenden Verträge zwischen der ehemaligen britischen Kolonialmacht und den Führern der im Stammesgürtel siedelnden, niemals unterworfenen Paschtunenstämme übernehmen.

Der pakistanische Journalist Ahmad Rashid beschreibt die Symbiose von Waffen- und Drogenhandel in dieser Region: „Nur sieben Meilen außerhalb Peschawars, wo die Beamten der DEA und Pakistans Anti-Narcotics Board ihre Büros haben, kann man Heroin in 50-Kilo-Säcken und Haschisch tonnenweise bekommen. Paschtunische Stammesleute, jetzt Ladenbesitzer, sitzen mit gekreuzten Beinen teeschlürfend und mit Haschisch präparierte Benson & Hedges-Zigaretten rauchend in ihren Auslagen - zwischen Waffen, die von der Kalaschnikow bis zur panzerbrechenden Rakete reichen. Dazwischen liegen, in Zellophan verpackt, Ein-Kilo-Tafeln des besten Haschischs der Welt, die aussehen wie handelsübliche Cadbury's Milchschokolade."

Konsum in der Region

Inzwischen aber ist die Drogenkultur aus der „Ersten" in die „Dritte Welt" zurückgeschlagen. Das hat auch Pakistan getroffen: Die Zahl der Heroinsüchtigen ist dort von 5.000 (1980) auf über eine Million (1988) und 1,5 Millionen (Innenminister Babar im Februar 1994) hochgeschnellt. Einem Bericht der US-Regierung nach werden zwei Drittel der pakistanischen Heroinjahresproduktion von 70 Tonnen im Inland verbraucht.

Die französischen Autoren Jean-François Couvrat und Nicolas Pless geben in ihrem Buch „Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft" für den gesamten Goldenen Halbmond im Jahr 1988 eine Produktion von 1.400 Tonnen Opium, aber nur von 50 Tonnen Heroin an. Noch weniger, nämlich 13,5 Tonnen, wurden in Europa und den USA konsumiert. Da 50 Tonnen Heroin das Äquivalent von 500 Tonnen Opium sind, „fehlen" rechnerisch 90 Tonnen Heroin (wenn die UNFDAC-Angabe stimmt, daß das afghanisch/pakistanische Opium fast vollständig zu Heroin verarbeitet wird) oder 900 Tonnen Opium wurden in anderer Form verbraucht. Aber selbst die Differenz aus dem Verbrauch im „Norden" und den hergestellten 50 Tonnen - also 36,5 Tonnen Heroin - müssen dann in der Region konsumiert oder irgendwo gespeichert worden sein.

Und tatsächlich: Iran verzeichnet eine halbe Million Süchtige (alle Drogen). Über den Verbrauch auf den „neuen Märkten" der GUS und in China weiß man kaum etwas. China ist allerdings ein Riesenmarkt für Opium, seitdem die „Westmächte" im vergangenen Jahrhundert während der „Opium-Kriege" diese dort zuvor unbekannte Droge aus Bengalen einführten. Rauchten nach dem ersten Opiumkrieg 1850 zwei Millionen Chinesen Opium, waren es dreißig Jahre später schon 150 Millionen. In Peking wurde 1989 nach chinesischen Angaben 25mal soviel Heroin sichergestellt wie vier Jahre zuvor. Für das erste Halbjahr 1990 meldete Hsinhua noch einmal eine Vervierfachung der Drogendelikte im Vergleich zum gesamten Vorjahr, wobei die an Pakistan grenzenden Gebiete einen besonders starken Anstieg verzeichneten.

Paschtunen-Mafia und Produzenten-Not

70 Prozent des in Europa und 20 Prozent des in den USA verkauften Heroins stammen aus dem Goldenen Halbmond. Westliche Drogenagenten in dem Gebiet schätzen, daß jährlich 32,5 Milliarden Dollar in die Kassen der Exporteure fließen. Couvrat/Pless, die zahlreiche Berichte gegeneinander hochrechneten, kamen für 1988 für den gesamten Goldenen Halbmond auf einen Exportgewinn von etwa 31 Milliarden Dollar. Das ist - ohne den Cannabis- bzw Haschischhandel - etwa ein Fünftel des von ihnen berechneten Gesamtweltmarktes für Drogen (in Exportpreisen).

Dieses Riesengeschäft erfordert eine entsprechende Organisation, und die existiert auch. In Pakistan basiert sie auf verwandtschaftlichen (hier Stammes-)Strukturen. Vier Syndikate sollen einem CIA-Bericht zufolge über die Hälfte des Opiumanbaus und -marketings in Afghanistan kontrollieren: die Netzwerke der Afridi, der Yusufzai und Khattak, der Mohmand und das von Gandaf. Ihre Vertreter sitzen in den Chefetagen von Wirtschaftsunternehmen und natürlich im Parlament.

Der größte der pakistanischen Drogenba-



Ein Großteil der pakistanischen Heroinernte werden anscheinend im Land verbraucht



Nach der Rückkehr aus den Flüchtlingslagern benötigen viele Bauern Geld, um ihre Häuser aufzubauen und die Felder zu bearbeiten

rone soll Hadji Muhammad Ayub Khan Afridi sein, Stammesführer der Afridi, einem der größten Paschtunenstämme, der am Khyber-Paß in Pakistan lebt. Über die verbündeten Schinwari soll er auch den Opiumhandel mit Nagrahar und Kunar in Afghanistan kontrollieren. In der Khyber-Agency, die zum Tribal Belt gehört, soll Hadji Muhammad allein 40 Heroinlabors besitzen. Seit 1990 war er mit persönlicher Unterstützung des damaligen Premiers und Präsidenten, Nawaz Sharif ins Parlament gewählt worden. 1993 untersagte Interimspremier Moeen Qureishi allen des Drogenhandels Verdächtigen, darunter auch Hadji Muhammad, erneut zu kandidieren. Doch seine Ankündigung, ihn an die USA auszuliefern, konnte er nicht wahrmachen; Hadji Muhammad hatte sich in die Khyber-Agency zurückgezogen und die Armee wollte keinen Krieg mit seinen 5.000 Bewaffneten riskieren. Einem Korrespondenten des „Independent", der im Vorjahr das Khyber-Gebiet besuchte, wurde dazu mitgeteilt: „Die Stämme können leicht Hilfe von den Afghanen bekommen, die ihre Partner im Drogengeschäft sind. Die haben Panzer und Stinger-Raketen. Die Afghanen kann man mieten, und die Drogenkönige haben eine Unmenge Geld."

Auch für die afghanischen Bauern, die nach 15 Jahren Krieg in ihre zerstörte Heimat zurückkehren, ist der Mohn- oder Cannabisanbau lukrativ. Selbst wenn ihre Gewinne nicht so gigantisch sind wie die der Zwischenhändler, bringt ihnen der Opiumverkauf wenigstens fünfmal mehr ein als zum Beispiel Weizen. Sie benötigen viel Geld, um ihre Häuser wieder aufzubauen, die Bewässerungssysteme instandzusetzen und die Felder fruchtbar zu machen. Auf internationale Hilfe können sie kaum rechnen, denn das Geld tröpfelt nur noch in die UNO-Kassen. Auch die von den USA finanzierte Substitution von Drogenkulturen reicht nicht aus bzw. hat nicht angeschlagen. 1993 beklagte der damalige Minister für Drogenbekämpfung Pakistans, Rana Chandar Singh: „Pakistan braucht Geld, um den armen Bauern Alternativen zum Mohnanbau bieten zu können, aber das Ausland hat auf entsprechende Aufrufe bisher ablehnend reagiert." Unter diesen Umständen wird den Bauern die Entscheidung für die Cash Crop Mohn oder Cannabis weiterhin leichtfallen.

Kriege - die Ursache des üblen Booms

Die USA, aber auch die Sowjetunion sind an dieser Entwicklung alles andere als unschuldig: Die zur Finanzierung des bewaffneten Widerstands gegen den sowjetischen Einmarsch 1979 erforderlichen Summen lösten erst den gewaltigen Opiumboom in Afghanistan aus. Dazu kamen das Verbot des Opiumanbaus nach der Revolution in Iran und durch Diktator Zia-ul-Haq in Pakistan, wodurch die afghanischen Anbaugebiete ausgedehnt wurden. Zuvor hatte Afghanistan bei der Produktion von Rohopium mit jährlich unter 200 Tonnen im Schatten seines Nachbarn Pakistan gestanden, der es auf etwa 800 Tonnen brachte.

Neben die traditionellen Nachfrager in den USA und Westeuropa war nun auch ein neuer Absatzmarkt getreten: die sowjetischen Besatzungssoldaten, von denen viele der Sucht verfielen, als sie feststellten, daß die „internationalistische Hilfe für das befreundete afghanische Volk" bei diesem alles andere als willkommen war - eine Parallele zum Vietnam-Krieg, in dem die GIs einen günstigen Absatzmarkt gleich am Goldenen Dreieck darstellten.

Im Gegenzug tolerierten die USA, wie schon früher - etwa im Fall des antikommunistischen Meo-General Vang Pao in Laos oder des ehemaligen CIA-Informanten Noriega in Panama - den Drogenhandel der Mudjahedin, solange er ihren Interessen diente. Am 20.5.1990 gab ein hoher Regierungsbeamter in der Washington Post zu, daß die US-Administration trotz vorliegender exakter Informationen seit Jahren darüber hinweggesehen habe, daß die afghanischen Mudjahedin und der pakistanische Militärgeheimdienst ISI am Drogenhandel beteiligt waren. Bereits 1980 seien praktisch alle in Pakistan stationierten professionellen DEA-Mitarbeiter durch Geheimdienstler ersetzt worden, teilte D. Hoover, DEA-Vertreter im Washingtoner Justizministerium, am 6.3.1990 der Pakistan Times mit. Für sie sei es „schrecklich frustrierend" gewesen, ihre Bemühungen um die Bekämpfung des Drogenhandels in den allgemeinen Rahmen der US-Politik in der Region „einzuordnen".

Erst nach den Genfer Afghanistan-Vereinbarungen im April 1988 und nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 versuchten die USA, ihren aus Lateinamerika bekannten „war on drugs" auch auf Afghanistan und Pakistan auszudehnen. Zu diesem Zeitpunkt war bereits abzusehen, daß sie ihr Ziel, die Sowjetunion mit dem Konzept des 'low intensity warfare' in Afghanistan „ausbluten" zu lassen, erreicht hatten.

Doch die Saat war bereits gelegt, der Drogenanbau wurde zum Selbstläufer. Charakteristisch ist, daß sowohl 1987 - nachdem sich 1986 ein militärisches Gleichgewicht zwischen den Mudjahedin und den sowjetischen Truppen eingestellt hatte - und Anfang der 90er Jahre - nach dem sowjetischen Abzug - die afghanische Opiumproduktion besonders in die Höhe schnellte: von 500 über 800 auf 2.000 Tonnen. Die Mudjahedin, seit 1979 mit etwa zwei bis drei Mrd. Dollar von ihren Förderern verwöhnt, hatten sich erfolgreich nach einer neuen Finanzquelle umgesehen.

Die Frage, ob der Drogenhandel den Krieg in Afghanistan finanziert oder ob der Bürgerkrieg inzwischen schon um die Kontrolle über Opiumplantagen und Heroinlabors ausgetragen wird, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Einiges deutet darauf hin, daß der Trend in letztere Richtung geht.

Thomas Ruttig

Türkische Tabus

Die Prozesse gegen den Belge-Verlag

Die türkischen Behörden verschärfen die Repression gegen den Belge-Verlag in Istanbul (iz3w Nr. 198, S. 53). Intellektuelle, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen geraten infolge der Eskalation des Kurdistan-Konfliktes zunehmend in die Mühlen der Staatssicherheitsjustiz und wandern für ihre Meinungsäußerungen in die Gefängnisse. Wir sprachen mit Ragip Zarakolu, Ehemann der inhaftierten Verlegerin des Belge-Verlages Aysche Zarakolu.

Aysche Zarakolu ist für ein von ihrem Verlag veröffentlichtes Buch ins Gefängnis gekommen, obwohl das diesem Urteil zugrundeliegende Antiterrorgesetz überhaupt keine Haftstrafen für Verleger vorsieht. Wie konnte es dazu kommen?

Das Staatssicherheitsgericht hat einen besonderen Kommentar verfaßt, der besagt, daß die VerlagseigentümerInnen eine Position einnähmen, welche derjenigen der verantwortlichen Leiter von Magazinen und Zeitungen entspräche. Sie würden wie verantwortliche Redakteure bei Zeitungen entscheiden, was veröffentlicht wird. Ein Buchverleger kann also nun durchaus ins Gefängnis kommen. Nach rechtlichen Gesichtspunkten ist das sehr lächerlich, doch die türkische Justiz hat ihre eigenen Spielregeln.

Sind nach diesem Präzedenzfall weitere Gefängnisstrafen gegen Verleger verhängt worden?

Ja, nun sind drei weitere Verleger ins Gefängnis gekommen. Einer ist Sirri Öztürk, Besitzer des Sorun-Verlages, wegen des Buches „Gefängnisgedichte in der Türkei 1980 - 1990". Dabei verhängte das Gericht keine Strafen gegen die Dichter oder die Redakteure. Nur der Verleger erhielt eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Verurteilungen erfolgen also selektiv. Öztürk ist ein Intellektueller, der sich in Opposition zur Regierungspolitik befindet. Deshalb haben die Behörden ihn als Verleger angeklagt. Auch Selim Okcuolu, Eigentümer des Doz - Verlages, ist zur Zeit inhaftiert. Er hat das bekannte Buch „Der Zusammenbruch des Paradigmas" des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Fikret Baskaya verlegt. Baskaya diskutiert in seiner Arbeit die offizielle Ideologie der Türkei in all ihren ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Aspekten. Unter anderem kritisiert er die Kurdistan-Politik des türkischen Staates. Das Istanbuler Staatssicherheitsgericht verurteilte den Autor zu zwei Jahren und den Verleger zu fünf Monaten Gefängnis. Selim Okcuolu arbeitet auch als Strafverteidiger bei politischen Prozessen, nun sitzt er im Gefängnis - als Verleger!

Was ist der Hintergrund dieser zunehmenden Repression gegen jede kritische Äußerung Intellektueller?

Die Repression verschärft sich auf Grund der Kriegsbedingungen. Der Staat will einen totalen Krieg um Kurdistan und versucht deshalb, Ruhe in der Gesellschaft zu schaffen, nicht nur in der Politik, sondern auch auf kulturellem Gebiet. Die Obrigkeit behauptet, sie bekämpfe den Terror. Das sieht dann so aus, daß jedes Buch, das ein offizielles Tabu bricht, sofort mit einem Verbotsprozeß belegt wird.

Gegen den Belge-Verlag läuft auch gerade ein Prozeß wegen des Buches „Armenisches Tabu"...

Angeklagt ist wieder Aysche. Autor dieses Buches ist Dr. Yves Ternon, ein belgisch-jüdischer Historiker. Er hat viele Bücher geschrieben, nicht nur über den Völkermord an den ArmenierInnen, sondern auch über die deutschen Konzentrationslager und den Genozid an den Juden während des Zweiten Weltkrieges. Sein Buch wird von der öffentlichen Meinung als sehr ausgewogen gelobt. Die Anklage lautet - wie in anderen Fällen auch - auf Separatismus. Die Staatsanwaltschaft erklärt, es gebe kein Armenien in den Grenzen der Türkei. Wer anderes vertrete, sei ein Separatist. Dabei ist Armenien auf jeder historischen Landkarte zu finden. Dem Belge-Verlag wird weiter vorgeworfen, das Buch wecke Haßgefühle zwischen den Völkern und gegen die türkische Nation. Nichts liegt uns ferner. Wir kämpfen gegen rassistische Gefühle in unserer Gesellschaft. Genau deshalb haben wir dieses Buch veröffentlicht.

Was ist der Stand des Prozesses?

Am Ende des Monats geben wir unsere Schlußerklärung in der Verhandlung ab. Aysche droht eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Weil der Autor Ausländer ist, kann ihn der Sicherheitsapparat nicht strafrechtlich belangen. Daher führen die Behörden den Prozeß gegen Aysche. Im Moment wird auch die Rolle des Übersetzers, Kadir Abdul Konuk, diskutiert. Er lebt in Deutschland. Außer diesem Prozeß sind noch weitere fünf Prozesse gegen Aysche anhängig.

Ist durch die jüngsten Änderungen im Regierungskabinett der Türkei irgendeine Änderung dieses Klimas zu erwarten?

Kaum, denn unglücklicherweise haben sie den Justizminister genau wegen einiger kritischer Bemerkungen zu diesen Prozessen entlassen. Als der Außenminister im Nationalen Sicherheitsrat sagte, diese Probleme mit den Intellektuellen stünden der Türkei vor der demokratischen Welt nicht gut zu Gesicht, wurde auch er ausgewechselt. Für die nächste Zeit, fürchte ich, können wir uns keine Hoffnungen machen.

Interview: Udo Wolter

Die Häufung von Prozessen hat den Belge-Verlag nun auch finanziell an den Rand des Ruins getrieben. Wenn der Belge-Verlag wie die Zeitung Özgür Gündem durch vielfältige Repressionsmaßnahmen zum Aufgeben gezwungen würde, so verschwände damit ein wichtiges Forum freier politisch-wissenschaftlicher und literarischer Diskussion von der Bildfläche der Öffentlichkeit in der Türkei. Neben Protesten bei der türkischen Botschaft in Bonn oder dem Innen- bzw. Justizministerium in Ankara halten wir auch eine direkte finanzielle Unterstützung des Verlages für geboten. Wir haben zu diesem Zweck ein Spendenkonto eingerichtet: **Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01; Kto. Nr. 25 120 08, Stichwort Belge-Verlag. (Wichtig für Spendenbescheingungen: Anschrift bei Überweisungen im Feld „Verwendungszweck" mit angeben!)**



Vom Ende der Entwicklungspolitik

Ein Blick auf 12 Jahre CSU-Herrschaft im BMZ

Anläßlich der Auseinandersetzung um die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen wirft der folgende Beitrag einen Blick auf zwölf Jahre einer CSU-dominierten staatlichen Entwicklungspolitik im BMZ. Stand zunächst der Antikommunismus im Zentrum der staatlichen „Entwicklungspolitik", so sind es heute vor allem wirtschaftliche Interessen („zweites Fenster") und die scheinbare Integration neuer Ansätze, die Politik und Bild des BMZ bestimmen.

Seit 1961 gibt es die deutsche Entwicklungspolitik in der institutionalisierten Form eines eigenständigen Ministeriums (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung = BMZ). In den vergangenen zwölf Jahren drückte die CSU dem BMZ ihren Stempel auf. Seit der Wende 1982 (Regierungsantritt der CDU/CSU/FDP-Regierung unter Kohl nach dem Ende der SPD/FDP-Koalition) ist das BMZ in CSU-Hand. In dieser Zeit hat es mehrfach Neubesetzungen auf der Leitungsebene gegeben. Die Ministerwechsel haben allerdings mehr die öffentliche Selbstdarstellung als die Praxis der staatlichen Entwicklungspolitik beeinflußt.

In der ersten Wahlperiode unter CSU-Führung (1982-87) setzte der fachfremde Minister Jürgen Warnke den Hauptakzent auf Förderung deutscher Exporte durch Entwicklungshilfe. Sein außenpolitisch erfahrener Nachfolger, Hans Klein (1987-89), durfte sich nur zwei Jahre dem Kampf gegen den „Weltkommunismus" widmen. Danach gab es ein unerwartetes Comeback für Warnke (89-91). Seit Anfang 1991 wird das Haus wenig spektakulär von Carl-Dieter Spranger geleitet. Als langjähriger Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium hatte er sich zuvor einen Namen mit markigen Sprüchen gegen links gemacht. Entwicklungspolitische Bezüge sind in seinem Lebenslauf vor Amtsantritt nicht zu finden. Schlüsselfigur des CSU-gelenkten BMZ in den ersten zehn Jahren war der Staatssekretär Siegfried Lengl - als früherer Geschäftsführer der parteinahen Hanns-Seidel-Stiftung ein entwicklungspolitischer Profi und besonderer Vertrauter von Franz-Josef Strauß. 1992 wurde er durch den fachlich unerfahrenen Wighard Härdtl ersetzt.

CSU-Außenpolitik im BMZ

1982 hatte der damalige CSU-Chef Strauß das Entwicklungsministerium gezielt für seine Partei beansprucht, um dem seit langem von der FDP geführten Auswärtigen Amt Konkurrenz zu machen. In Konfliktregionen wie Zentralamerika und südliches Afrika, die vom Ringen der Supermächte um Einfluß geprägt waren, wollte Strauß die deutsche Entwicklungshilfe zur offensiven Durchsetzung westlicher Interessen einsetzen - auch wenn dies ein Abweichen von erklärten außenpolitischen Positionen der Bundesregierung bedeutete. Anschaulich läßt sich dies zum Beispiel am Fall Namibia dokumentieren, wo sich das BMZ schon zu einer Zeit massiv engagierte, als das Außenministerium in Bonn noch die damit verbundene Anerkennung der von der weißen Minderheit dominierten Übergangsregierung ablehnte. Auch die besondere Schwäche der CSU für die schwarzen Reservate (zum Beispiel Bophutatswana und Zululand) im Apartheid-Staat Südafrika sowie für autoritäre afrikanische Regime (wie Togo und Kamerun) fand ihren symbolischen und materiellen Niederschlag in der BMZ-Politik. Das Selbstverständnis der BMZ-Leitung als anti-kommunistische Weltpolizei - zum Beispiel in der Weigerung, völkerrechtlich bindende Zusagen der SPD-Vorgängerregierung für das sandinistische Nicaragua und das sozialistische Mosambik umzusetzen - verband sich aufs engste mit dem innenpolitischen Kampf dieser Partei gegen die „linke Subversion".

Die Zeit der heftigen Konkurrenz mit dem Auswärtigen Amt um Einflußnahme in den weltpolitischen Brennpunkten ist nun vorüber. Nach dem Ende der bipolaren

Weltordnung mußte sich auch das BMZ notgedrungen vom ideologischen Bezugsrahmen des Kalten Krieges verabschieden. Mit den „politischen Kriterien" wurde eine neue konzeptionelle Basis für die Auflagenpolitik definiert. Seit 1991 soll sich die Entwicklungshilfe an einzelne Länder danach richten, ob dort folgende Bedingungen erfüllt sind: Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß, Rechtssicherheit, marktfreundliche Wirtschaftsordnung und Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Durch Einbeziehung der Menschenrechte hat dieser Ansatz anfänglich positive Resonanz bei nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen ausgelöst. Inzwischen ist jedoch Ernüchterung über die widersprüchliche Umsetzung zu registrieren. Es hat sich gezeigt, daß das Ministerium bei den Kriterien höchst selektiv vorgeht. Gegenüber schwachen, meist afrikanischen Ländern, die für die deutsche Wirtschaft uninteressant sind, wird die Verletzung der Menschenrechte als Grund für Mittelkürzungen angeführt. Geht es aber um attraktive Absatzmärkte (wie China und Indonesien), bleibt die Moral regelmäßig außen vor.

Das BMZ hat auf die zunehmende Kritik inzwischen reagiert und den Stellenwert der politischen Kriterien deutlich abgeschwächt. Sie sollen jetzt nicht mehr als Negativposten bei Sanktionen, sondern als Positivindikatoren für eine Verstärkung der Hilfe in geeigneten Fällen zur Geltung kommen. Die grundlegende Schwäche des Konzepts zeigt sich im übrigen daran, daß es bestenfalls nur für das finanzschwache BMZ, nicht aber für alle anderen Bereiche der deutschen Süd-Politik gilt (zum Beispiel Rüstungslieferungen und Hermes-Bürgschaften).

Exportförderung und „zweites Fenster"

Neben der offensiven Vertretung ihrer ideologischen Weltsicht hat sich die BMZ-Leitung intensiv um die Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen bemüht. In den Richtlinien für die staatliche Hilfe (Technische und Finanzielle Zusammenarbeit) und im Haushaltsgesetz wurde der Grundsatz der Beschäftigungswirksamkeit in Deutschland verbindlich verankert. Auch wenn formal behauptet wird, daß dies nur in entwicklungspolitisch geeigneten Fällen gelten soll, wurde damit das bisher gültige Prinzip des internationalen Wettbewerbs ausgehebelt und eine faktische Lieferbindung eingeführt. Die CSU konnte bei ihren Bemühungen an das schon von der SPD geschaffene Instrument der Mischfinanzierung anknüpfen, bei dem Entwicklungshilfe und Kapitalmarktmittel ausschließlich für deutsche Lieferungen verwendet werden dürfen. Allerdings hat die begrenzte Aufnahmefähigkeit vieler überschuldeter Empfängerländer eine nennenswerte Ausweitung dieser Finanzierungsform nicht zugelassen. 1983, im ersten vollen Jahr unter CSU-Regie, lagen die Regierungszusagen für Mischfinanzierung bei insgesamt 1,3 Milliarden DM. 1992 betrug dieser Posten nur eine Milliarde. Bezeichnend für das Verständnis von Entwicklungshilfe im mächtigen Haushaltsausschuß des Bundestages ist der einstimmige Beschluß Ende 1993 zur U-Bahn im chinesischen Kanton. Wenige Tage vor Abreise des Bundeskanzlers nach China wurde ein zusätzlicher Betrag von 350 Millionen DM für das BMZ bewilligt, der ausschließlich als Zinssubvention für das erfolgreiche Angebot eines deutschen Konsortiums unter Führung von Siemens gedacht ist.

Nachdem die Möglichkeit der Mischfinanzierung durch internationale Vereinbarungen vor kurzem drastisch eingeschränkt wurde, hat sich das BMZ einen neuen Rahmen für die Kombination von Kapitalmarktmitteln mit Entwicklungshilfe geschaffen („zweites Fenster"). Auch wenn hier die Lieferbindung nicht zwingend vorgesehen ist, sieht der Bundestags-Haushaltsausschuß das neue Instrument vorrangig als Unterstützung deutscher Unternehmen auf den südostasiatischen Wachstumsmärkten. Im Extremfall kann eine Mark Entwicklungshilfe mit vier Mark vom deutschen Kapitalmarkt verlängert werden. Der Zins für den Gesamtbetrag kann auf über vier Prozent steigen. Die gesamte Summe wird trotzdem als Entwicklungshilfe international anerkannt, weil das sogenannte Zuschußelement über 25 Prozent liegt.

Es ist als wesentlicher Erfolg von zwölf Jahren CSU-Herrschaft im BMZ zu werten, wenn heute die Exportinteressen der deutschen Wirtschaft in der Alltagspraxis des Ministeriums und der deutschen Durchführungsorganisationen (wie Kreditanstalt für Wiederaufbau und Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) dominieren - gegen den Willen vieler engagierter MitarbeiterInnen.

„Kampf" der Armut

Neue Akzente in der Förderpolitik hat das BMZ in letzter Zeit vor allem in der Armutsbekämpfung und im Umweltsektor gesetzt. Dabei geht es nicht nur um geschickte Öffentlichkeitsarbeit, mit der das hauptsächlich betriebene Ziel der Exportförderung kaschiert werden soll. Durchaus kann nämlich die Position des BMZ akzeptiert werden, daß Maßnahmen gegen die Armut nicht ausschließlich auf Projekte, die sich unmittelbar an marginalisierte Gruppen richten, begrenzt sein müssen. Auch Sektorprogramme (zum Beispiel im Gesundheitswesen oder in der Kleingewerbeförderung) oder strukturwirksame Vorhaben (höhere Gerechtigkeit im Steuersystem) können bei entsprechender Ausgestaltung die Lebensbedingungen der Ärmsten verbessern. Die konzeptionell durchaus interessanten Ansätze sind allerdings bisher auf Nischen begrenzt, da die strukturellen Gegebenheiten (hoher Anteil von Krediten in der Entwicklungshilfe und Lieferbindung) einer konsequenten Umwelt- und Armutsorientierung entgegenstehen.

So nimmt die Armutsbekämpfung in der Rhetorik des BMZ zwar einen zentralen Platz ein. Die Zahlen verweisen jedoch auf einen anderen Trend: Wurde noch bis vor kurzem der Anteil der selbsthilfe-orientierten Armutsbekämpfung für 1994 auf zwölf Prozent angesetzt, ist heute nur noch von acht Prozent die Rede. Selbst nach der großzügigen Berechnungsmethode des BMZ ist der Anteil der grundbedürfnisorientierten Maßnahmen 1994 auf unter 40 Prozent gefallen (nach 52 Prozent in 1993). Der für die deutsche Exportwirtschaft attraktive Bereich „Versorgung (einschließlich Energie, Wasser, Verkehr)" ist 1994 dagegen auf 35 Prozent gestiegen.

Umwelt und Militär

Im Kontext der internationalen Umwelt- und Entwicklungskonferenz UNCED 1992 hat das BMZ seine Aktivitäten im Umweltbereich erheblich ausgeweitet. Es ist zu einem wichtigen Motor für die Einrichtung und Weiterführung der globalen Umweltfazilität (GEF) geworden, die bei der Weltbank angesiedelt wurde. Auch wenn die internationale Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen im Umweltsektor stark ist, wäre es verkürzt, das deutsche Engagement vorrangig eigenen Wirtschaftsinteressen zuzuschreiben. Die BMZ-Leitung hat hier vielmehr eine zentrale Legitimationsbasis für Fortexistenz und Erweiterung ihres Mandats erkannt. Angesichts eines zunehmenden Umweltbewußtseins läßt sich die globale Öko-Krise vortrefflich zur Begründung eines steigenden Finanzbedarfs anführen. Vor dem Hintergrund drängender Wirtschaftsprobleme im eigenen Land steht dagegen solidarisches Teilen im Weltmaßstab erheblich niedriger im Kurs.

In Übereinstimmung mit der CSU-Gesamtprogrammatik hat die BMZ-Leitung die Militarisierung der humanitären Hilfe durch Auslandseinsätze der Bundeswehr aktiv befördert und gegen Kritik von außen verteidigt. Der Durchbruch gelang mit der Entsendung deutscher Soldaten nach Somalia. Die Kosten dieser Aktion werden von der Bundesregierung mit mehr als 360 Millionen DM angesetzt, die aber teilweise von der UNO erstattet werden sollen. In ihrer Argumentation vermischt die BMZ-Führung zwei Ebenen. Es mag gute Gründe geben, warum es in Extremsituationen notwendig sein kann, daß militärische Einheiten unter Führung der Vereinten Nationen die Voraus-



Minister Spranger in Indien, volksnah abgelichtet

setzungen für humanitäre Hilfsaktionen schaffen. Getrennt davon ist die Frage zu sehen, ob das Militär eine aktive Rolle bei den Hilfeleistungen wahrnehmen soll. Zusammen mit dem Verteidigungsministerium tritt das BMZ für direkte humanitäre Hilfseinsätze der Bundeswehr ein. Dies äußert sich auch darin, daß die deutschen Soldaten 1993 in Somalia 146.000 DM vom BMZ für Kleinstprojekte bekamen. 1994 sind 250 Millionen DM aus dem Etat des Verteidigungsministeriums für internationale humanitäre Einsätze der Bundeswehr vorgesehen.

Unabhängig davon, ob sich das BMZ nicht aus grundsätzlichen Wertevorstellungen für nicht-militärische Modelle der Konfliktlösung einsetzen sollte, ist vom Entwicklungsministerium zu erwarten, daß es schon aus Eigeninteresse für den ausschließlichen Einsatz ziviler Kräfte in der humanitären Hilfe eintritt. Diese verfügen über bessere Fachkenntnisse, können Nothilfeaktivitäten mit langfristig angelegten Entwicklungsprogrammen besser verzahnen und arbeiten überdies billiger als die militärische „Konkurrenz". Mit dem engagierten Einsatz für militärische Formen der humanitären Hilfe verstärkt das BMZ die Tendenz, Entwicklungspolitik als Teil der Sicherheitsstrategie für die reichen Länder zu definieren.

... und der Umbau der eigenen Gesellschaft?

Trotz eines vollmundigen Bekenntnisses zum UNCED-Nachfolgeprozeß hat die BMZ-Leitung keine ernsthaften Bemühungen unternommen, den ökologisch-solidarischen Strukturwandel der eigenen Gesellschaft zum Thema zu machen. Das überrascht nicht angesichts der übergreifenden wirtschafts- und umweltpolitischen CSU-Positionen, die auf Verteidigung des alten Wohlstandsmodells setzen. Entwicklungspolitik auf dieser Grundlage bleibt den Kategorien paternalistischer Wohltätigkeit verhaftet. Für die selbst-reflexive Infragestellung eigener Produktions- und Lebensformen im Rahmen global gültiger Modelle nachhaltiger Entwicklung bleibt dabei kein Raum.

Das gespaltene entwicklungspolitische Denken und selektive mitmenschliche Fühlen der CSU wurde besonders deutlich im kürzlichen Beitrag Sprangers zur Asyldebatte. Für die Menschen aus armen Ländern, mit denen sich der Minister gerne volksnah bei seinen Auslandsreisen ablichten läßt, gelten andere Maßstäbe, wenn sie es wagen, in unser Land zu flüchten. In dem Fall werden sie von ihm beschimpft und sollen umgehend wieder vor die Tür gesetzt werden. Ganz im Sinne der polarisierenden Wahlkampfstrategie der CSU schürt Spranger rassistische und nationalistische Aggressionen und untergräbt die gesellschaftliche Unterstützung für eine ökologisch-solidarische Süd-Politik.

0,36% sind schon zuviel: die Mittel des BMZ

Noch 1992 hat Bundeskanzler Kohl während der UNCED-Konferenz in Rio der internationalen Gemeinschaft versichert, Deutschland werde die Vorgabe der UNO, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, „so bald wie möglich" erfüllen. Statt dessen ist der deutsche Anteil 1993 nach der offiziellen Berechnungsmethode auf etwa die Hälfte des Richtwertes gesunken (0,36 Prozent). 1980 lag der Wert noch bei 0,44 Prozent. Da die BMZ-Mittel in nominalen Größen in den nächsten Jahren stagnieren sollen, wird die Quote weiterhin rückläufig sein. Der BMZ-Etat ist inzwischen auf unter zwei Prozent des gesamten Bundeshaushalts zurückgegangen.

In Wirklichkeit sehen die staatlichen Transferzahlungen noch ungünstiger aus, weil die statistischen Methoden Länder - wie Deutschland - begünstigen, die Teile der Entwicklungshilfe als Kredite vergeben. Länder wie Australien, Dänemark, Irland, Luxemburg, Neuseeland, Schweden, Schweiz und Großbritannien setzen inzwischen die gesamte Entwicklungshilfe in Form von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen ein. Ein Drittel der bilateralen BMZ-Gelder wird dagegen als Kredit vergeben. Die Tilgungen (zwei Milliarden DM) und Zinsen (eine Milliarde) für ausstehende Entwicklungshilfe-Darlehen sind inzwischen (1992) zusammen genauso groß wie die Bruttoauszahlungen für Kredite (drei Milliarden). Werden die empfangenen Zinsen, die Schuldenerleichterungen bei Handelskrediten, die keine vorrangig entwicklungspolitische Zielsetzung haben, sowie die neuen Entwicklungshilfe-Kredite berücksichtigt, sinken die deutschen Hilfeleistungen auf deutlich unter 0,3 Prozent vom Bruttosozialprodukt.

Die nominalen Haushaltsansätze des BMZ stagnieren seit einiger Zeit bei knapp über 8 Milliarden DM; drastische Einbrüche sind bisher nicht zu verzeichnen. Für die klassischen Empfängerländer im Süden bedeutet die Stagnation allerdings einen spürbaren Rückgang der Mittel, da das BMZ zunehmend in die Förderung Ost- und Mitteleuropas eingestiegen ist. Werden die steigenden Rückflüsse (Zinsen und Tilgungen) aus ausstehenden Entwicklungshilfe-Krediten sowie die deutschen Preissteigerungen einbezogen, reduzieren sich die realen Leistungen an die traditionellen „Entwicklungsländer" 1994 um fast acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf ausdrücklichen Willen der Bundesregierung und gegen den Rat des Bundesrechnungshofs ist das BMZ auch in denjenigen Ländern Mittel- und Osteuropas tätig, die nicht als „Entwicklungsländer" eingestuft werden.

Das BMZ zwischen Kabinett und Öffentlichkeit

Gegenüber anderen Ministerien ist das BMZ unter CSU-Regie einen konfliktscheuen Kurs gefahren (abgesehen von der anfänglichen Konkurrenz zum Auswärtigen Amt). An keinem Punkt hat es die mangelnde entwicklungspolitische Gesamtausrichtung (Kohärenz) der Bundespolitik zum Anlaß kritischer Interventionen genommen. In der internationalen Schuldenpolitik haben Finanz- und Wirtschaftsministerium nennenswerte deutsche Lösungsschritte verhindert. Auch in der internationalen Rohstoff- und Handelspolitik ist die Bundesregierung nicht durch Zugeständnisse an den Süden aufgefallen. Beim zentralen Instru-

ment staatlicher Außenwirtschaftspolitik, den Hermes-Bürgschaften, bringt das BMZ heute auf Arbeitsebene entwicklungspolitische Aspekte intensiver als früher zur Geltung. Im Konfliktfall beugt sich die höhere BMZ-Ebene aber ausnahmslos dem von Finanz- und Wirtschaftsministerium verfolgten Ziel der Exportförderung. Auch im Bereich der europäischen Agrarmarktpolitik, die dem Süden hohe Schäden zufügt (zum Beispiel subventionierte Rindfleischexporte nach Westafrika), beläßt es die BMZ-Leitung bei folgenlosen Appellen.

Als Belohnung für dieses enge Verständnis von Ressortzuständigkeit wird das BMZ von anderen Ministerien weitgehend in Ruhe gelassen. Der Wirtschaftsminister hält sich dezent zurück, wenn die Unternehmen eine noch größere Subventionierung ihrer Exportoffensiven aus der Entwicklungshilfe fordern. Der Finanzminister hat das BMZ bisher bei den Sparübungen relativ ungeschoren gelassen. Mit dem Umweltministerium, einem weiteren Zwerg im Bundeskabinett, liegt das BMZ allerdings wegen Kompetenzstreitigkeiten im Dauerclinch. Für das zentrale Finanzierungsinstrument der globalen Umweltpolitik, GEF, ist das BMZ wegen dessen Anbindung an die Weltbank federführend zuständig. Beim UNCED-Nachfolgeprozeß gibt es eine gemeinsame Zuständigkeit, die sich nicht gerade effizienzsteigernd auswirkt. Auf höchster Ebene darf Minister Töpfer dagegen allein auftreten und sich - wie gerade geschehen - zum Vorsitzenden der UN-Kommission für dauerhafte Entwicklung wählen lassen - eine schmerzhafte Zurücksetzung für das BMZ.

Im Verhältnis zum Bundestag traten ernsthafte Spannungen erst Ende 1993 auf, als von dieser Seite im Rahmen der allgemeinen Sparbeschlüsse weitreichende Strukturvorgaben für die deutsche Entwicklungspolitik festgeklopft wurden. Das BMZ wurde ultimativ aufgefordert, den Anteil der multilateralen (für internationale Institutionen bestimmten) Hilfe von derzeit 35 auf 30 Prozent zu reduzieren, die Anzahl der Empfängerländer zu verkleinern und eine sektorale Bündelung vorzunehmen - andernfalls drohen weitere Mittelkürzungen.

Gegenüber den entwicklungspolitisch engagierten Organisationen im eigenen Land hat sich das BMZ weitgehend zurückgehalten. Bei der Erstellung von Länderpapieren und im Bereich der Armutsbekämpfung wird lediglich der vertrauliche Erfahrungsaustausch mit den großen Hilfswerken gesucht. Gerade die kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe verfügen über beste Drähte zum BMZ. Einen öffentlichen Dialog über entwicklungspolitische Grundsatzfragen lehnt das Ministerium dagegen ab. Eine Ausnahme bildet das Umweltreferat, das in regelmäßigen Abständen zum offenen Gespräch einlädt. Auf öffentliche Kritik reagiert die Leitung allergisch. Höhepunkt der kürzlich sichtbar gewordenen Konfrontationsstrategie, die direkt auf den Minister zurückgeht, sind die offenen und versteckten Drohungen, denen terre des hommes und Deutsche Welthungerhilfe nach Vorlage eines kritischen Berichts zur deutschen Entwicklungspolitik in diesem Jahr ausgesetzt waren.

Dieser Vorgang beleuchtet symptomatisch den Umgang der CSU-Leitung mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Das BMZ legt keinen Wert auf Stärkung und profiliertes Auftreten der Entwicklungsorganisationen. Dies belegt der geringe, weiter sinkende Ansatz für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der nicht-staatlichen Organisationen, der 1994 deutlich unter vier Millionen DM liegt. Folgerichtiges Ergebnis dieser Grundeinstellung ist, daß der gesellschaftliche und politische Rückhalt des BMZ immer weiter absinkt und der Bereich der Nord-Süd-Beziehungen generell an öffentlicher Bedeutung verliert. Mit seiner überflüssigen Geheimhaltungspolitik, durch die zentrale Informationen (zum Beispiel Projektunterlagen und Abstimmungsverhalten bei der Weltbank) und grundlegende statistische Daten (etwa Auszahlungen und Rückflüsse auf Länderbasis) der Öffentlichkeit vorenthalten werden, erschwert das BMZ zusätzlich die informierte Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

Nach der Bipolarität: Umbruch der Entwicklungspolitik?

Das wohl größte Versäumnis der CSU-Leitung im BMZ ist es , daß sie den konzeptionellen Herausforderungen an die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges nicht gewachsen ist. Gab es auch vorher schon fundamentale Kritik von rechts („Entwicklungshilfe stärkt den Staat") und links („Tödliche Hilfe"), ist nach 1989 die zentrale Legitimationsbasis für den öffentlichen Ressourcentransfer weggebrochen. Mit dem Ende der Supermacht-Rivalität, die wesentlicher Impuls für die Bereitstellung von Entwicklungshilfe zur Sicherung von Einflußzonen im Süden war, sind neue Begründungen erforderlich, um das Fortbestehen der klassischen Entwicklungsfinanzierung zu rechtfertigen. Die intellektuelle Stagnation und Innovationsfeindlichkeit des BMZ erstreckt sich auch auf den instrumentellen Bereich. Bis auf kleinere Ausnahmen (Struktur- und Sektorhilfen) dominiert weiterhin das klassische Konzept von Einzelprojekten, das auf ausländischen Technologien, Fachkräften und Lieferungen aufbaut. Dabei können die Grenzen des isolierten Projektansatzes inzwischen nicht mehr ignoriert werden. Die innergesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem der Strukturwandel in den reichen Ländern, werden zunehmend als entscheidende Faktoren für den Erfolg von Reformstrategien begriffen.

Das BMZ hat bisher keine überzeugenden Antworten auf den Legitimationsverlust der traditionellen Entwicklungspolitik gefunden. Vielmehr spricht es durch die Beschwörung neuer Sicherheitsbedürfnisse (gegen Migration, Drogen, unkontrollierbare militärische Potentiale, „Bevölkerungsexplosion" und globale Öko-Katastrophen) kurzsichtige Eigeninteressen in der Bevölkerung an. Damit können vielleicht Mittel und Ressentiments für eine stark militärisch geprägte Abwehrstrategie gegen die Armen mobilisiert werden. Einer ökologisch-solidarischen Süd-Politik wird dadurch aber wohl kaum der Boden bereitet. Entwicklungspolitische Zielsetzungen sollen gerade nicht in Verbindung mit dem ökologischen und sozialen Umbau der eigenen Gesellschaft gebracht werden. Auf sich bezogen und isoliert vom gesellschaftlichen Umfeld der Umwelt- und Entwicklungsgruppen, igelt sich das BMZ in der existenzbedrohenden Umbruchphase ein und verweigert die Kooperation mit dialogbereiten gesellschaftlichen Kräften.

Für zahlreiche BeobachterInnen steht jedoch ohnehin fest: Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl im Oktober wird in der Entwicklungspolitik nichts mehr so sein wie bisher. Bei einer Bestätigung der jetzigen Regierung oder einer großen Koalition steht die Auflösung des Mini-Ministeriums im Rahmen einer allgemeinen Verwaltungsstraffung auf dem Programm. Im Fall einer rot-grünen Mehrheit dürfte das BMZ eine erhebliche Aufwertung im Hinblick auf Aufgabenausweitung und Finanzausstattung erfahren. Im Gespräch ist ein neues „Ministerium für globalen Strukturwandel", das den engen Rahmen der traditionellen Entwicklungshilfe sprengen, für alle Bereiche der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik zuständig wäre und die NGO- und Solibewegung in den Prozeß eines grundlegenden Wandels einbeziehen soll (s. dazu der folgende Beitrag).

Thomas Fues

Ein neues BMZ?

Die grüne Vision einer reformierten Nord-Süd-Politik

In der Hoffnung auf eine rot-grüne Mehrheit bei den anstehenden Bundestagswahlen entwirft der Autor des folgenden Beitrags aus grüner (weniger aus roter) Perspektive die Organisation einer neuen Nord-Süd-Politik. Ein neues BMZ soll zusammen mit entwicklungspolitisch engagierten Gruppen einen grundlegenden Wandel der kapitalistischen Konsumgesellschaft mehrheitsfähig machen.

Die reichen Gesellschaften müssen nun - nach dem Ende der Bipolarität - zwischen aggressiven Ausgrenzungsstrategien, mit denen der Reichtum von Wenigen gegen den Rest der Menschheit verteidigt werden soll, auf der einen Seite und Visionen einer ökologisch-solidarischen Weltgesellschaft, die nachhaltige Lebensmodelle für alle zum Ziel haben, auf der anderen Seite wählen.

An diesem Punkt ist nicht nur das BMZ (vorstehender Beitrag), sondern sind auch die gesellschaftlichen Kräfte, die für ökologisch-solidarische Nord-Süd-Beziehungen eintreten, auf ihre drohende Marginalisierung schlecht vorbereitet. Auch die entwicklungspolitisch engagierten Gruppen müssen sich fragen, wie sie den Umbrüchen in den Nord-Süd-Beziehungen begegnen und wie sie ihre Verantwortung für einen Kurswechsel in der staatlichen Politik wahrnehmen wollen.

Auf institutioneller Ebene gibt es bei den Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) bisher wenig tragfähige Ansatzpunkte für verbindliche Kooperation. Die Beziehungen untereinander sind stark von Abgrenzung, Konkurrenz und Mißtrauen geprägt. Die mangelhafte Einbindung in internationale Netzwerke bewirkt eine unproduktive Beschränkung des Denkens auf den nationalen Horizont. Die formale Institutionalisierung der gemeinsamen Strukturen von Entwicklungsorganisationen befindet sich weitestgehend noch im Stadium der Vorbereitung.

NGOs organisieren ...

Für 1995 wird mit der Einrichtung eines neuen Sekretariats in Bonn gerechnet. Die bisher existierenden - eher lockeren - Netzwerke wie "Eine Welt für Alle" , Bensheimer Kreis und EU-Plattform (Zusammenschluß der von der Europäischen Kommission geförderten Organisationen) sollen im neuen Dachverband ("Dach der Dächer") aufgehen. Ausgesprochen dürftig sind bisher die Kapazitäten der Hilfswerke und Solidaritätsgruppen im Bereich der innenpolitischen Einflußnahme und Lobbyarbeit. Sie haben es bisher kaum geschafft, als relevanter Faktor im politischen Prozeß ernstgenommen zu werden. Durch die Schaffung zusätzlicher Stellen und interne Reorganisation wollen verschiedene Organisationen (wie Brot für die Welt, Misereor und terre des hommes) den erkannten Mangel beheben. Noch ist hier allerdings nicht erkennbar, ob damit auch der politische Wille und die Bereitstellung finanzieller Ressourcen zur langfristig angelegten innenpolitischen Auseinandersetzung verbunden sind.

In diese Lücke sind entwicklungspolitische Lobby- und Aktionsgruppen wie Germanwatch, Südwind, Urgewald und WEED gestoßen, die sich auf die innenpolitische Debatte zu Nord-Süd-Themen beschränken. Neben einigen nachweisbaren Erfolgen in der Beeinflussung politischer Prozesse hat die Durchsetzungskraft dieser Initiativen allerdings bisher darunter gelitten, daß es sich weitgehend um isolierte Einzelaktivitäten gehandelt hat.

Der Bundesverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) droht dagegen immer mehr ins Abseits zu geraten. Bis auf die spezialisierten Kampagnen zu Rüstungsexporten, Pharma- und Agrarpolitik hat er sich aus der entwicklungspolitischen Grundsatzdebatte verabschiedet. Damit entfällt für die lokalen Gruppen ein wichtiges Bindeglied zur nationalen Ebene. Neues Gewicht haben dagegen die landesbezogenen Netzwerke, zum Beispiel in Baden-Württemberg und Niedersachsen, sowie der Zusammenschluß der kommunalen Nord-Süd-Foren gewonnen.

Es scheint unverzichtbar, daß die Entwicklungsorganisationen die Strukturen ihrer Zusammenarbeit zuerst institutionalisieren und mit erheblichen finanziellen Mitteln ausstatten müssen, bevor sie sich gegenüber Politik, Medien und Gesellschaft ausreichend Gehör verschaffen können. Der Schlüssel für die optimale Bündelung der Kräfte ist ein offenes Organisationsmodell, das die Unterschiedlichkeit der beteiligten Akteure respektiert und die gleichberechtigte Mitwirkung nicht von Größe und Finanzkraft abhängig macht. Auch die langfristig angelegte Kooperation mit anderen Sektoren, zum Beispiel den Umweltverbänden, setzt die interne Konsolidierung im Entwicklungsbereich voraus. Voraussetzung für politische Einflußnahme ist auf jeden Fall eine ausgeprägte Konfliktbereitschaft. Als AnwältInnen der Menschen im Süden werden sich die Entwicklungsorganisationen an vielen Punkten mit mächtigen Interessengruppen anlegen und die zerstörerischen Konsumgewohnheiten der großen Bevölkerungsmehrheit im eigenen Land in Frage stellen müssen. Der Wille zur Zusammenarbeit sollte deshalb nicht auf Kosten der Eindeutigkeit hinsichtlich des gewünschten ökologischen und sozialen Umbaus der eigenen Gesellschaft gehen.

Ein neues BMZ?

Für den Fall eines rot-grünen Bündnisses nach der Bundestagswahl ist seitens der Grünen ein neuer Zuschnitt der ministeriellen Zuständigkeiten im Gespräch (auf SPD-Seite geht es wohl eher um die Auflösung des BMZ). Gedacht wird von den Grünen an die Umwandlung des BMZ in ein Ministerium für globalen Strukturwandel. Neben der Entwicklungsfinanzierung würde das neue Ministerium den gesamten Bereich der internationalen Umweltpolitik übernehmen. Das

Umweltministerium könnte durch erweiterte Kompetenzen in den Bereichen Energie, Verkehr, Wissenschaft und Forschung zu einem Strukturministerium für den Umbau der eigenen Gesellschaft aufgewertet werden.

Das Ministerium für globalen Strukturwandel wäre für den gesamten Bereich der UNCED-Themen alleine federführend tätig. Es sollte aber auch die Verantwortung für andere weltpolitisch relevante Bereiche, zum Beispiel internationale Sozialcharta, Migration, Bevölkerungsentwicklung, humanitäre Hilfe, internationale Agrarpolitik, Rohstoffabkommen und Schuldenstrategie, zugeordnet bekommen. Innerhalb des Kabinetts könnte ein Koordinationsgremium für globalen Strukturwandel unter Federführung des gleichnamigen Ministeriums eingerichtet werden, in dem alle für die internationalen Beziehungen relevanten Ministerien (zum Beispiel Auswärtiges Amt, Finanzministerium, Verteidigungsministerium und Wirtschaftsministerium) auf die ökologisch-solidarische Ausrichtung ihrer Ressortpolitik verpflichtet werden.

Eine neue Entwicklungspolitik

Das neue Ministerium müßte mit einem ausdrücklichen Mandat ausgestattet werden, die globalen Auswirkungen des eigenen Lebensstils und die Notwendigkeit von Strukturveränderungen hier zum Gegenstand von Öffentlichkeitsarbeit und politischen Interventionen, auch gegen die erklärte Interessenlage anderer Ministerien, zu machen. Dabei könnte das Ministerium auf den Rückhalt der ökologisch und ethisch sensibilisierten Bevölkerungsgruppen bauen. Der gesellschaftliche Rückhalt durch Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wäre so viel breiter als bei der bisherigen Entwicklungspolitik. Aber auch die Gewerkschaften und sozialpolitischen Lobbygruppen kommen für strategische Allianzen in Frage, weil ihre Interessen durch die rasante weltwirtschaftliche Globalisierung ohne wirksame internationale Regulierung der Kapital- und Warenströme berührt sind.

Dem erweiterten Aufgabenbereich des Ministeriums für globalen Strukturwandel müßte durch eine massive Aufstockung der Mittel verglichen mit dem bisherigen BMZ-Haushalt Rechnung getragen werden. Denkbar ist eine Erhöhung der Baransätze um zwei Milliarden DM in jedem Jahr der kommenden Wahlperiode. Der Etat des Ministeriums würde sich damit im Laufe von vier Jahren von acht auf sechzehn Milliarden nominal verdoppeln. Damit wäre aber noch nicht einmal die von den Vereinten Nationen vorgegebene Zielmarke von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für den Nord-Süd-Transfer erreicht ...

Grundsätzlich sollten nicht-staatliche Träger auf deutscher und einheimischer Seite bei Gestaltung und Durchführung von entwicklungspolitischen Maßnahmen stärker zur Geltung kommen. Auch die Öffentlichkeits-, Bildungs- und Kampagnenarbeit von Nicht-Regierungsorganisationen und Aktionsgruppen in Deutschland sollte in großem Umfang gefördert werden. Über einen gesellschaftlichen Beirat im BMZ und formalisierte Dialogformen sollten nichtstaatliche Organisationen an entwicklungspolitischen Grundsatzdebatten beteiligt und darüberhinaus ein Höchstmaß an Transparenz und Rechenschaftspflicht sichergestellt werden.

Im Bereich der engeren Entwicklungspolitik stehen zahlreiche Reformschritte auf der Tagesordnung. Die Exportförderung mit Entwicklungshilfe (vgl. vorstehender Beitrag) sollte ohne Ausnahme beendet werden. Lieferbindung muß - in welcher Form auch immer - ausgeschlossen werden. Grundsätzlich sollten einheimische oder regionale Fachkräfte und Beratungsbüros in der technischen Entwicklungshilfe zum Einsatz kommen. Damit die angestrebte Ausrichtung auf Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung greifen kann, soll die bilaterale Entwicklungshilfe grundsätzlich in Form von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen vergeben werden. Dies schließt nicht aus, daß die Mittel im Empfängerland als Kredite, die an einen revolvierenden Fonds zurückzuzahlen sind, vergeben werden. Entscheidend ist, daß Zinsen und Tilgungen nur in einheimischer Währung aufgebracht werden müssen. So wird verhindert, daß Entwicklungshilfe zur Auslandsverschuldung beiträgt.

Auf .instrumenteller Ebene sollten die zentralen Bereiche der technischen und finanziellen Zusammenarbeit zusammengefaßt und ausschließlich der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) übertragen werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) sollten dagegen keine Rolle mehr in der Entwicklungshilfe spielen, da sie den Interessen der deutschen Wirtschaft zu stark verbunden sind. Die Entwicklungshilfe sollte zunehmend vom Projektansatz wegkommen und statt dessen die Sektor-, Programm- und Budgethilfe ausbauen, wenn die Empfängerregierung eine klare Reformperspektive vertritt. Dabei könnte das ex-post-Prinzip zur Geltung kommen. Das heißt, die Regierung erhält solange Geld, wie ihre Politik auf der Geberseite auf Zustimmung trifft. Die Verwendung liegt weitgehend in ihrer Entscheidung. Ist die Zustimmung nicht mehr gegeben, werden keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt.

Durch einen weitreichenden Schuldenerlaß sollen die Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklungsstrategien geschaffen werden. Davon sollen vorrangig die hochverschuldeten Länder, die sofort wirksame Entlastung brauchen, profitieren. Ein Teil der erlassenen Forderungen aus Entwicklungshilfe- und Hermes-Krediten sollte in geeigneten Fällen mit einem Abschlag in einheimischer Währung in Gegenwertfonds eingezahlt werden, aus denen entwicklungspolitisch sinnvolle Maßnahmen gefördert werden. Nicht-staatliche Organisationen und Basisbewegungen aus dem Schuldnerland sollten über die Mehrheit in den Entscheidungsgremien der Fonds verfügen. Die Schuldenstreichung soll im Einzelfall nur dann nicht vorgenommen werden, wenn im Schuldnerland systematische, gravierende Menschenrechtsverletzungen festzustellen sind. Bei der Entscheidung über die Verweigerung der Schuldenerleichterung sollen zivilgesellschaftliche Kräfte im Schuldnerland angehört werden. Zur Beratung bei der Umsetzung des Entschuldungsprogramms beruft das Ministerium einen speziellen gesellschaftlichen Beirat, dessen Sekretariat aus öffentlichen Mitteln zu bezahlen ist. Der Beirat soll die Mitwirkung deutscher und einheimischer Organisationen an den Gegenwertfonds unterstützen.

Genug der Höhenflüge. Die Hoffnungen für Veränderungen in der Entwicklungspolitik und darüberhinaus in den deutschen Gesamtbeziehungen mit der "Dritten Welt" sind vor allem an die breite Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte hier und dort und deren enge Kooperation im Bemühen um einen ökologisch-solidarischen Kurswechsel zu richten. Für die entwicklungspolitisch engagierte Öffentlichkeit und die Solidaritätsbewegung in Deutschland stellt sich an diesem Punkt die Frage: Wie können gesellschaftliche Unterstützung und politischer Druck für den ökologisch-solidarischen Kurswechsel in der Nord-Süd-Politik organisiert werden? Vor allem könnte wohl der Appell an weitgehend uneigennützige, humanistische oder religiöse Motive sowie mitmenschlich definierte Eigeninteressen ("Wie können meine Enkel überleben") gesellschaftlichen Rückhalt verschaffen.

Thomas Fues

Neue Leitbilder und kollektive Lernprozesse

Zur Debatte um die Strukturanpassung im Norden

Manfred Busch, Mitglied der Grünen-Fraktion im Landtag von NRW, setzt mit diesem Beitrag unsere Debatte zur Strukturanpassung im Norden fort. Als politikunfähig kritisiert er die fundamental kapitalismuskritischen bzw. individuell-aufklärerischen Ansätze seiner Vorredner (Norbert Trenkle und Wolfgang Sachs in 'blätter' Nr.199). Seiner Meinung nach sollten Spielräume innerhalb des kapitalistischen Systems genutzt und die Menschen für einen Kampf gegen globale Ausbeutung und Umweltzerstörung dort abgeholt werden, wo sie selbst betroffen sind.

Strukturanpassung - so lautet bekanntlich die Forderung von IWF und Weltbank gegenüber verschuldeten und exportschwachen Entwicklungsländern.

Eine technokratische Formel, die brutale und unmenschliche Konsequenzen nach sich gezogen hat. Vor diesem Hintergrund muß es erstaunen, daß inzwischen auch im Export-Wunderland Deutschland der Ruf nach „Strukturanpassung" laut wurde.

Solche „Strukturanpassungen" an die Zwänge des Weltmarktes sollen Wirtschaftswachstum bringen, speziell der Dritten Welt, aber auch ein Aufholen ihres Entwicklungsrückstandes ermöglichen. Diese herrschende Entwicklungspolitik ist schon deshalb heuchlerisch und zynisch, weil sie ein Entwicklungsziel (Standard der westlichen Industrieländer) formuliert, dessen Erreichen innerhalb kürzester Zeit zum ökologischen Kollaps führen müßte.

Aus dieser fundamentalen Kritik erwuchs die Forderung nach einer alternativen „Strukturanpassung" des Nordens[1], um Raum für eine tragfähige Entwicklung aller Länder dieser Erde zu geben. Eine Umsetzung dieser Forderung erscheint manchen allerdings als „illusionär" - weil unvereinbar mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sich gerade weltweit durchgesetzt hat (Norbert Trenkle in iz3w/199). Als unvereinbar erscheint die Forderung nach Strukturanpassung im Norden auch mit dem maßlosen Lebensstil eben der Menschen im Norden, die nun ihre „Sehnsucht nach einem richtig geführten Leben" entdecken sollen (Wolfgang Sachs, ebd.). Beide Ansätze - der theoretisch-fundamentalistische ebenso wie der individuell-aufklärerische - sind wohl kaum politikfähig; sie bergen die Gefahr, auch engagierte Menschen eher zu lähmen als zu bewegen. Chancen für radikale Veränderungen, für einen aktiven „Umbau" unserer Produktions- und Konsumstrukturen, liegen dagegen in kollektiven Lernprozessen, die an konkreten Erfahrungen von Menschen anknüpfen und Veränderungsperspektiven aufzeigen.

Suche nach einem Zukunftsmodell

Das heutige Wohlstandsmodell ist nicht einmal in der Lage, die Lebensverhältnisse innerhalb des Nordens zufriedenstellend zu gestalten, geschweige denn eine weltweite Perspektive darzustellen. Wir brauchen ein neues Wohlstandsmodell. Allein deshalb geht etwa die Debatte um den „Standort Deutschland" in die ganz falsche Richtung, suggeriert sie doch die Möglichkeit des „weiter so". Wir brauchen ein neues Wohlstandsmodell, das zumindest für alle BewohnerInnen dieser Erde realisierbar ist. Was das für den Norden bedeutet, wissen wir noch nicht in Einzelheiten, sondern nur in Umrissen. Der Norden muß seinen unmäßigen Ressourcen- und Naturverbrauch dramatisch einschränken, um dem Süden Entwicklungsspielräume zu eröffnen; und er muß seinen wirtschaftlichen Klammergriff lösen.

Dabei sind Vorschläge zur „Effizienzrevolution" (technische Verbesserungen innerhalb der heutigen Strukturen) durchaus wichtig, auch wenn (oder gerade weil) sie an immanente Grenzen stoßen: Wenn wir zeigen können, daß innerhalb von 20 Jahren 60% des Primärenergieeinsatzes vermeidbar wäre, ohne das heutige Wohlstandsniveau zu verringern, dann läßt dies Spielraum auch für weitergehende Perspektiven. Das Zwei-Liter-Auto stellt schon eine Abkehr vom Geschwindigkeitswahn dar, wenn auch nicht die Überwindung der automobilen Gesellschaft.

Auf der Ebene des Konzepts der Effizienzrevolution zeigen die ökologischen und sozialen Folgekosten, in welchem Ausmaß heute Ressourcen verschleudert werden: Für die BRD rechnet man mit ca. 20% des Sozialprodukts. Dieser Prozentsatz steigt rapide an, so daß Wachstum durch Folgekosten überkompensiert wird. Die viel zu niedrigen Transportkosten, die maßgeblich zu den heutigen extremen Verflechtungsstrukturen beigetragen haben, reflektieren nicht die gesellschaftlichen Kosten und müßten schon aus rein ökonomischen Gründen korrigiert werden. Das so hochgepriesene marktwirtschaftliche System versagt; es bedarf der gesellschaftlichen Steuerung.

Hier erwachsen dem Staat neue Aufgaben: Er muß den gesellschaftlich notwendigen Rahmen verstärken, Preise korrigieren (ökologische Steuerreform), Auflagen, Ge- und Verbote erlassen. Nicht der Produktionsprozeß selbst sollte bürokratisch geregelt werden, sondern die Kostenstrukturen (Besteuerung des Inputs) und die Verantwortung für den Output (Produzentenhaftung, Umweltstrafrecht); auf diesem Weg kann die gesamtgesellschaftliche Rationalität ein gutes Stück weit durchgesetzt werden. Der Bereich radikaler Strukturveränderungen, der mit dem Begriff der Effizienzrevolution beschrieben ist und eben auch mit einem Marktsystem vereinbar ist, erscheint mir sehr groß und bisher weitgehend ungenutzt.

Hier liegt der entscheidende Widerspruch zu Norbert Trenkle: Selbst wenn man die kapitalismuskritischen Einschätzungen in großem Umfang teilt, führt kein Weg daran vorbei, die vorhandenen Spielräume auszukämpfen und sich nicht mit Hoffnungen auf eine „armselige Überlebenswirtschaft" aufzuhalten, die nach Trenkle „eine weit größere Zukunft hat als das kollabierende Marktsystem". Im übrigen zeigt gerade sein Beispiel des landverschandelnden Einfamili-

enhauses einen aufgrund des Flächenmangels faktisch bereits stattfindenden Veränderungsprozeß auf - ein Veränderungsprozeß innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Nicht die endgültige Lösung der Systemfrage, sondern ein kollektiver Suchprozeß steht an. Dieser darf sich aber nicht auf technische Optimierungen (s.o.) beschränken. Es geht um andere, neue Leitbilder: Entschleunigung, Entflechtung, Entkommerzialisierung, Entrümpelung (W. Sachs), es geht um eine weltweite Umverteilung von Ressourcen, die über „fairen Handel" weit hinausreicht. Das ist keine abstrakt-unpolitische Diskussion, sondern eine Überlebens-Notwendigkeit, die harte Auseinandersetzungen mit den Beharrungskräften und den Mächtigen dieser Gesellschaft und ihren wirtschaftlichen Interessen herausfordert.

Die Einsicht in solche Veränderungs-Notwendigkeiten ist verbreitet bei denen, die sich über solche Fragen den Kopf zerbrechen. Neue Wohlstandsmodelle sind attraktiv für diejenigen, die sie verstanden, vielleicht sogar schon modellhaft gelebt und auch die Vorteile erfahren haben (Nullenergie-Häuser, autofreie Siedlungen etc.). Konzepte und Programme (z.B. „Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft" [2]) liegen auf dem Tisch. Aber sie sind unendlich schwer zu vermitteln, und sie stoßen auf Ablehnung bei denen, die schon heute kaum zurechtkommen, die in der Veränderung zunächst vor allem die Bedrohung sehen und für die ein Satz wie „... der wird das Vergnügen entdecken, Kaufoptionen systematisch nicht wahrzunehmen" (Wolfgang Sachs) eine persönliche Provokation darstellt.

Kollektive Lernprozesse nutzen

Für die meisten Menschen sind Motive wie "Bewahrung der Schöpfung" und „Solidarität mit den Schwachen" höchst abstrakt, Einschränkungen z.B. durch eine Erhöhung des Benzinpreises oder eine Verteuerung des Urlaubsfluges hingegen sehr konkret. Um hier politische Mehrheiten zu organisieren, bedarf es schon starker Eindrücke und Erfahrungen, auch vielfachen Erschreckens über die Verbindung zwischen unserem konkreten Tun und den konkreten Folgen. Verstärkt durch Kampagnen könnten hieraus kollektive Lernprozesse erwachsen, die den Druck für Veränderungen schaffen.

Die Ozon-Diskussion in diesem heißen Sommer kann das illustrieren: Die Menschen glauben nicht mehr, daß es sich um einige Wetterkapriolen hintereinander handeln könnte. Sie erkennen die Vorboten einer Klimakatastrophe, die eine zwangsläufige Folge von Energieverschwendung und Autowahn darstellen, und sie spüren die Folgen: Schleimhautreizungen, Kopfschmerzen etc.. Immer stärkere Verhaltenseinschränkungen werden die Folge sein: Kein Sport im Freien, Kinder dürfen tagsüber nicht mehr ins Freie, Fenster sind geschlossen zu halten etc.. Die (freiwillige) Einhaltung des Tempolimits entspricht dem allgemeinen Schuldbewußtsein. Selbst gezielte Fahrverbote erscheinen plötzlich durchsetzbar.



Die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki begründeten die emotionale Kraft der Anti-Atom-Bewegung

Im Fall der Ozonbelastung ist ein Zusammenhang konkret erfahrbar geworden, der sich bislang in meterdicken Gutachten versteckte. Hier muß die politische Arbeit anknüpfen und die Menschen aus vielen Lagern zu einer Bewegung zusammenführen: Elterninitiativen, Fahrradclubs, kritische ÄrztInnen etc. - für eine andere Verkehrspolitik.

Ein anderes Beispiel ist der Kampf gegen die Atomenergie. Die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki, wo sich die Auswirkungen atomarer Verseuchung gezeigt hatten, begründeten die emotionale Kraft der Anti-Atom-Bewegung. Die Katastrophen von Harrisbourgh und Tschernobyl bewiesen die Gefahren der „zivilen" Atomenergie. Heute sind zahlreiche Fälle von Leukämie in der Umgebung von Atomanlagen bekannt geworden, die ihre Gefährlichkeit auch im „Normalbetrieb" belegen. Der Beinahe-Supergau im AKW Biblis A 1987 hat bewiesen: Auch deutsche Spitzentechnik bekommt die Probleme der Atomwirtschaft nicht in den Griff. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen hat die flächendeckende radioaktive Belastung ganz Europas infolge des Tschernobyl-Supergaus, der „nur" 4% des radioaktiven Inventars freisetzte, einen kollektiven Lernprozeß ausgelöst: Unser Überleben ist abhängig von der ukrainischen Energiepolitik. Viele Menschen fragen sich, warum in Osteuropa mit Milliardenbeträgen Atomreaktoren „ertüchtigt" werden sollen, wenn doch eine andere Energiepolitik nicht nur sicherer, sondern auch wirtschaftlicher wäre. Seit Jahren lehnt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland die Atomenergie ab; der Neubau eines Atomkraftwerkes in der BRD wäre nicht durchsetzbar.

Die „Eine Welt"-Erfahrung

Die Beispiele Ozonbelastung und Atomenergiegefahren zeigen, daß die „eine Welt" erfahrbar geworden ist. Aufgabe der Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung ist es, deutlich zu machen, daß die verheerenden Konsequenzen von globaler Ausbeutung und Umweltzerstörung immer stärker auch diejenigen betreffen werden, die heute noch an der Sonnenseite leben. Die Vorstellung, negative Auswirkungen auf den Norden mit militärischen Mitteln zu verhindern, hat sich als illusionär erwiesen. Strafaktionen im Stile des Golfkrieges, ob nun zur Sicherung der westlichen Energieversorgung und/oder zur Erfüllung eines UNO-Auftrages, sind nicht nur menschenverachtend (500.000 Tote) und unfaßbar kostspielig (mehr als 100 Mrd. Dollar), sondern bergen auch für den Westen zunehmend unkalkulierbare Risiken: Ölpest, Scud-Raketen, internationaler Terrorismus gehören zum Arsenal der Vergeltungsmaßnahmen. Auch regionale Konflikte lassen sich immer weniger eingrenzen; der Versuch der Abschottung wird zur gefährlichen Selbsttäuschung.

Wenn also klar ist, daß es ein „weiter so" nicht geben kann, stellt sich automatisch die Frage nach den Alternativen. Und die beschränken sich keineswegs auf Verzicht, sondern zeigen eine andere Lebensweise auf, die ihre eigenen Attraktionen hat - Attraktionen, die weit über „das Vergnügen (hinausgehen), Kaufoptionen systematisch nicht wahrzunehmen".

Manfred Busch

Anmerkungen:

1) Mit „Norden" bezeichne ich die hochindustrialisierten, kapitalistischen Länder Nordamerikas, Westeuropas und Japan („Erste Welt"), mit „Süden" die Länder der Zweiten und Dritten Welt. Eine weitere Ausdifferenzierung ist für meinen Argumentationszusammenhang nicht erforderlich.

2) „Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft", Konzept für eine Grüne Außenwirtschaftspolitik, Bonn 1992



Der Jemen vor dem Neubeginn

Von der Einheit in den Bürgerkrieg

Die Vereinigung der beiden Jemen im Mai 1990 galt als ein gelungener Versuch der regionalen politischen Neuordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Große wirtschaftliche Probleme und neue politische Allianzen entzweiten im vergangenen Jahr die Parteien. Der Kampf um Macht und Einfluß wurde zunehmend verbittert und schließlich mit Waffen ausgetragen.

Die Geschichte der Republik Jemen begann vielversprechend. Am 22. Mai 1990 wurde in Aden feierlich die Vereinigung der beiden jemenitischen Staaten, der Arabischen Republik Nordjemen und der Demokratischen Volksrepublik Südjemen, zur Republik Jemen verkündet. Nach zähen Verhandlungen hatten sich der panarabisch und pragmatisch-prowestlich orientierte Norden und der sozialistische Süden auf die Bildung eines gemeinsamen neuen Staates, einer Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung, geeinigt. Mit dem Termin der Vereinigung trat eine Übereinkunft in Kraft, die eine Übergangszeit von zwei Jahren und sechs Monaten für die Bildung des vereinigten Staates vorsah. Während dieses Zeitraums setzte sich das Parlament aus den Abgeordneten der beiden ehemaligen Volksvertretungen zusammen. Die Regierung wurde von den Regierungsparteien Nord- und Südjemens, dem Allgemeinen Volkskongreß und der Sozialistischen Partei, zu gleichen Teilen gebildet. Im November 1992 schließlich, zum Ende der Übergangszeit, waren die ersten freien und gemeinsamen Wahlen vorgesehen.

In den ersten Monaten nach der Vereinigung wurden zunächst die grundlegenden Gesetze verabschiedet, um den Demokratisierungsprozeß im Lande voranzutreiben. Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurden garantiert, politische Gefangene freigelassen. Mehr als 40 Parteien bildeten sich, die das gesamte politische Spektrum abdecken, in dem auch diverse islamistische und panarabische Ansätze vertreten sind. Eine beeindruckende Entwicklung nahm auch die Presse - 1992 wurden mehr als 150 regelmäßig erscheinende Zeitungen und Zeitschriften im Jemen gezählt.

Im Mai 1991 wurde per Volksentscheid eine neue Verfassung beschlossen. Dieses moderne Grundgesetz nach westlichem Vorbild sieht eine klare Gewaltenteilung vor und garantiert die Grundrechte und auch die vollständige Gleichstellung der Geschlechter. Dem Referendum ging eine in der arabisch-islamischen Welt bisher einzigartige öffentliche Debatte voran. Insbesondere die islamistischen Parteien und Gruppierungen waren gegen die neue Verfassung. Sie forderten eine ihren Auffassungen entsprechende Verankerung der islamischen Sharia. Schließlich riefen sie zum Boykott des Referendums auf. Die WählerInnen erteilten diesen Forderungen eine Abfuhr - über 98 % votierten für die neue Verfassung, die Wahlbeteiligung lag bei 70 %.

Die umfangreiche Aufgabe der Vereinheitlichung der Gesetze lösten die jemenitischen Politiker auf zweierlei Weise. Zum einen wurden Gesetzeswerke neu zusammengestellt, wobei auch hier westliche Vorlagen als Richtlinie dienten. Presse-, Parteien- und Wahlgesetz, die diversen Handels- und Wirtschaftsgesetze entstanden auf diese Weise. Andererseits wurden Gesetzeswerke der beiden Vorgängerstaaten in mehr oder weniger überarbeiteter Form übernommen. Dabei waren die Regierenden bemüht, nord- und südjemenitische Vorlagen zu gleichen Teilen zu berücksichtigen. Sicherlich wäre eine vollständige Neufassung aller Gesetzeswerke die bessere Lösung gewesen, um den sehr verschiedenen Lebensverhältnissen und Interessen der Menschen zu entsprechen - die bäuerliche Bevölkerung des nördlichen Berglands ist sehr religiös und traditionsbewußt, die Arbeiterschaft in Aden politisch sehr aktiv und gewerkschaftlich organisiert, andere Bevölkerungsgruppen nehmen Zwischenstellungen ein.

Seit der Vereinigung wurden große Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur im Lande vorgenommen. Straßen, Schulen und Krankenhäuser wurden ausgebaut, die Universität Sanaa und der Hafen Aden vergrößert. Aden wurde zur Freihandelszone erklärt, um wieder wie in vergangenen Zeiten zu einem bedeutenden Zentrum des Handels zwischen Süd- und Ostasien, Ostafrika und Europa zu werden. Große Hoffnungen sind auch mit dem sich langsam entwickelnden Erdölsektor verbunden. Bohrkonzessionen wurden an mehr als 20 internationale Ölfirmen und -konsortien vergeben. Neue und bedeutende Öl- und Erdgasvorkommen wurden entdeckt. Die Ölproduktion lag 1991 bei etwa 200.000 Barrel am Tag, Anfang 1994 bei 320.000 Barrel.

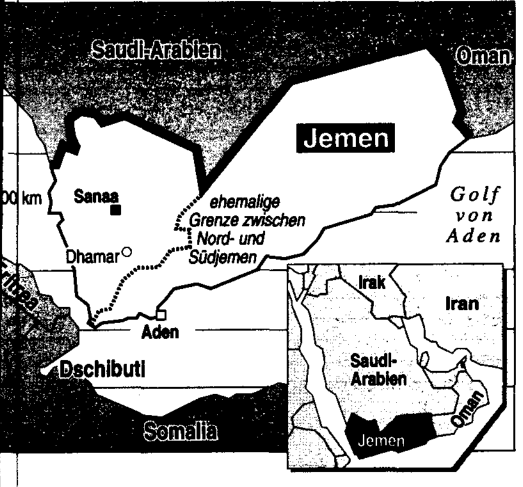
Ihren bisher letzten positiven Höhepunkt hatte die Geschichte der jungen Republik Jemen mit den Wahlen, die nach fünfmonatiger Verzögerung schließlich im April 1993 stattfanden. Sie können als erste demokratische Wahlen im arabischen Raum bezeichnet werden. Wahlberechtigt waren alle JemenitInnen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben; für einen Sitz im Parlament konnten alle BürgerInnen kandidieren, die mindestens 25 Jahre alt sind und Lesen und Schreiben können. Die Wahlen verliefen,

wie in- und ausländische Wahlbeobachter bestätigten, ohne größere Manipulationen und Zwischenfälle.

Nach wenigen Tagen wurde das Wahlergebnis bekanntgegeben: Die beiden bisherigen Regierungsparteien, der Allgemeine Volkskongreß und die Sozialistische Partei, stellen 121 bzw. 56 der insgesamt 301 Abgeordneten. Überraschend stark schnitt die tribalistisch-islamistische Islah mit 62 Sitzen ab. Die übrigen Sitze im neuen Parlament verteilten sich auf einige kleine Parteien und eine Reihe unabhängiger Abgeordneter. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,4 %.

Der Niedergang der Wirtschaft

Parallel zum politischen Vereinigungsprozeß verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation der jungen Republik Jemen zusehends. Die großen Probleme hatten schon 1990 mit der irakischen Besetzung Kuwaits begonnen. Die Politik der jemenitischen Regierung zur Kuwaitproblematik wurde international vor allem deshalb bekannt, weil Jemen zu dieser Zeit Mitglied im UN-Sicherheitsrat war. Unmittelbar nach der Besetzung Kuwaits bezog der Jemen eine eindeutige Position: Im Sicherheitsrat und bei den Treffen der Arabischen Liga votierten seine Vertreter für den sofortigen Rückzug der irakischen Truppen und die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits. Die berühmt-berüchtigte Resolution 678 aber, die den Einsatz militärischer Mittel gegen den Irak erlaubt und im November 1990 vorgelegt wurde, lehnte die jemenitische Regierung ab. Weiter vertrat sie die Überzeugung, daß der Konflikt durch friedliche Mittel beigelegt werden könne. Der Jemen, so erklärte der Vertreter des Landes im UN-Sicherheitsrat, sei entschlossen, alles zu tun, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.



Im Dezember 1990 übernahm der Jemen turnusgemäß den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat, und die jemenitische Regierung nahm dies zum Anlaß, ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts zu verstärken. Anfang Januar noch legte Vizepräsident Ali Salim al-Baid einen Friedensplan vor, der den Rückzug der irakischen und alliierten Truppen sowie anschließende Verhandlungen unter internationaler Aufsicht vorsah. Im Westen wurden die jemenitischen Bemühungen nicht unterstützt. Nachdem das Land im Sicherheitsrat die Resolution 678 abgelehnt hatte, galt es in der westlichen Welt als ein Verbündeter Saddam Husseins. Man ging dazu über, den Jemen für seine eigenständige Haltung zu bestrafen. Alle internationalen Hilfszahlungen, soweit sie unter der Kontrolle der Alliierten standen, wurden gestoppt. Für den Jemen bedeutete dies in den beiden folgenden Jahren Regierungsangaben zufolge einen Verlust von 500 Millionen US-Dollar. Die saudiarabische Regierung ging einen Schritt weiter: Etwa eine Million JemenitInnen, die teils seit Jahrzehnten in Saudiarabien gelebt und gearbeitet hatten, wurden ausgewiesen.

Für den Jemen mußte diese in ihrem Ausmaß bisher einzigartige Aktion katastrophale Auswirkungen haben. Eine Million Menschen aus Saudiarabien - dazu kamen mehrere Zehntausend Flüchtlinge aus Kuwait und Somalia - hatte für das Land mit einer Bevölkerung von etwa 12 Millionen Menschen und geringen finanziellen Möglichkeiten schreckliche soziale und wirtschaftliche Folgen. An Arbeitsplätze für die vielen Menschen war nicht zu denken, bereits ihre Unterbringung war ein unlösbares Problem. Etwa 250.000 Rückkehrer wurden zunächst in provisorische Lager gebracht. In den großen Städten kam es zu einer katastrophalen Wohnungsnot, erste Slums entstanden. Mangelernährte Menschen und Straßenkriminalität, Phänomene, die zuvor unbekannt waren, wurden zu ernsten Problemen.

Die Planungen der Übergangsregierung waren um Jahre zurückgeworfen. Die Unterstützungszahlungen aus Saudiarabien und den Golfstaaten entfielen. Andere internationale Gelder wurden gestrichen. Zudem entfielen die Überweisungen jemenitischer Arbeitnehmer in Saudiarabien, die seit den 70er Jahren eine wichtige Einkommensquelle darstellten und stets für einen annähernden Ausgleich der Außenhandelsbilanz gesorgt hatten. Hohe Kosten waren dagegen nun durch die vielen Rückkehrer entstanden.

Jemen stürzte in eine schwere Wirtschaftskrise. Die Einnahmen des Staates im Jahr 1991 lagen um 50 % niedriger als im Haushalt veranschlagt. Die Regierung reagierte mit Sparmaßnahmen. Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft wurden zurückgestellt, die Rüstungsausgaben und Subventionen der Grundnahrungsmittel eingeschränkt. Ferner wurde die im Umlauf befindliche Geldmenge stark angehoben. Die Folge waren Preissteigerungen und eine zunehmende Geldentwertung. Lebensmittel verteuerten sich in den beiden Jahren nach dem Kuwaitkrieg um bis zu 400%, und auch die Mieten in den städtischen Zentren stiegen infolge der großen Nachfrage durch die Rückkehrer um ein Vielfaches. Die Inflation lag 1992 bei 70%, im folgenden Jahr bei über 100%. Die Löhne und Gehälter dagegen gerieten, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit, unter Druck. Eine zunehmende Verarmung vor allem der städtischen Bevölkerung war die Folge.

Proteste und Widerstand

Protest und Widerstand der Menschen ließen nicht lange auf sich warten. Zuerst reagierten wie so oft in der neueren Geschichte des Jemen die straff organisierten und einflußreichen Gewerkschaften des Südens. Im März 1992 legten 100.000 Arbeiter und Angestellte das gesamte öffentliche Leben in Aden lahm. Wenig später traten die Lehrer und Ausbilder in den unbefristeten Streik. Die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in den Staatsbetrieben organisierten Warnstreiks und forderten eine Lohnerhöhung von 100 % sowie die Koppelung der Löhne und Gehälter an die Preissteigerungen. Andere Gewerkschaften folgten.

In den Städten des nördlichen Jemen kam es seit Ende 1992 wiederholt zu wütenden Protesten gegen die Preissteigerungen. Kaufhäuser und staatliche Handelseinrichtungen wurden in Brand gesetzt, bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kamen viele Menschen ums Leben. Der sozialistische Premierminister al-Attas kündigte wiederholt Maßnahmen gegen die Preissteigerungen an. Einige Grundnahrungsmittel wurden zwischenzeitlich wieder verstärkt subventioniert, für die Kleinverdiener und Arbeitslosen in den Städten aber bedeutete dies nur eine geringe Entlastung.

Die an diesem wirtschaftlichen Niedergang stark beteiligte Maßnahme Saudiarabiens, alle jemenitischen Staatsangehörigen auszuweisen, ist der bisherige Höhepunkt zahlreicher Versuche des Königreiches, die auf eine Schwächung der jemenitischen Zentralregierung und auf die Spaltung des Landes abzielen. Seit den 60er Jahren hatten die Saudis tribale Gruppen im nordjemenitischen Bergland mit Waffen und Geld versorgt, in den 80ern wurde ein ähnliches Vorgehen auch aus Südjemen gemeldet. Die Vereinigung der beiden Jemen wurde in Saudiarabien sehr ungern gesehen. In der Folgezeit wurden verschiedene politische Gruppierungen, insbesondere die tribalistisch-islamistische Islahpartei, vom Königreich finanziert. Unklar ist, ob die Saudis auch mit der Serie von Attentaten und Anschlägen seit Ende 1991 zu tun haben. Ziel der Anschläge sind Politiker und Einrichtungen von gemäßigten und linksgerichteten Parteien, hauptsächlich der an der Regierung beteiligten Sozialistischen Partei. Bis Mitte 1993 kamen etwa 150 Funktionäre und Mitarbeiter der Partei bei Attentaten ums Leben. Drahtzieher des Terrors sind



Jemenit mit Kalaschnikow

verschiedene politische Kräfte des tribalistischen und islamistischen Spektrums sowie der extremen Linken, die den Fortgang des Vereinigungsprozesses der beiden Jemen aufhalten und die Koalitionsparteien entzweien wollen. Die Anschläge hatten den gewünschten Erfolg. Das Problem der Wiederherstellung der inneren Sicherheit führte seit 1992 zu Zerwürfnissen zwischen den beiden Regierungsparteien. Die Regierung in Sanaa war wiederholt für geraume Zeit handlungsunfähig - alles wartete auf die Wahlen.

Bis zu den Wahlen führten die politischen und wirtschaftlichen Spannungen nicht zum Bruch. Auch die Wahlen selbst waren wie gesehen recht problemlos verlaufen. Jedoch fühlten sich alle drei großen Parteien im Land, der Allgemeine Volkskongreß, die Sozialistische Partei und die Islah, als die großen Wahlsieger.

Der Allgemeine Volkskongreß konnte sich mit einigem Recht als Gewinner der Wahlen fühlen. Die Partei stellt zusammen mit einigen ihr nahestehenden unabhängigen Parlamentariern etwa die Hälfte aller Abgeordneten. Der Volkskongreß versteht sich als eine Partei der Mitte. Ein Aufschwung der Wirtschaft soll, so das Parteiprogramm, durch weitgehende wirtschaftliche Freiheiten garantiert werden. Außenpolitisch sucht man eine verstärkte Annäherung an den Westen und die arabischen Ölstaaten. Der Islam ist für die Partei Glaube und Gesetz, ein Regelwerk auch für das moderne Leben.

Deutlich gestärkt gingen auch die Sozialisten aus den Wahlen hervor. Im ehemaligen Südjemen vereinten sie die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich und gewannen dort zusammen mit nahestehenden unabhängigen Kandidaten sämtliche Wahlkreise. Im Norden dagegen konnten sie kaum Fuß fassen. Der sozialistische Block stellt etwa 85 Abgeordnete im Parlament. Politisch vertritt die Partei mittlerweile sehr gemäßigte sozialdemokratische Positionen. Sie fordert eine ausgeglichene sozioökonomische Entwicklung, basierend auf einem starken privaten und öffentlichen Sektor. Weitere Forderungen der Partei sind Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Islahpartei ist ein Zweckbündnis zwischen tribalen Kräften und Teilen der schiitisch-zaiditischen Religionsführer. Sie vertritt regionale Interessen und traditionalistische Ansätze und fordert eine drastische Dezentralisierung des Herrschaftssystems sowie eine ihrer Interpretation entsprechende Umsetzung der islamischen Sharia in allen Lebensbereichen. Die Islah hat einige Hochburgen in ländlichen Regionen des nördlichen Berglands. Besonders viele Wahlkreise gewann sie jedoch in den großen Städten Nordjemens, die von der schweren wirtschaftlichen Krise besonders betroffen sind. Hier hatten viele eigentlich Erfolge der Sozialisten erwartet.

Formale Einheit der Parteien

Nach den Wahlen zeigte sich, daß die Einheitseuphorie weiterhin im Jemen bestehende soziale, ethnische und politische Spaltungen überdeckt hatte. Deutlich wurde, daß eine „Durchmischung" der vor der Vereinigung bestehenden Loyalitäten nicht stattgefunden hatte. Die von ihrer jeweiligen Klientel bestätigten großen Parteien erwiesen sich nun als herrschsüchtig und kaum kompromißbereit. Zunächst im Rahmen der Regierungsbildung begann der Kampf um Einfluß und Machtpositionen.

Hier war nur klar, daß der Volkskongreß die neue Regierung dominieren würde. Angesichts des überragenden Wahlergebnisses der Sozialisten im Süden und im Interesse einer weiteren Zusammenführung der beiden Teilstaaten erschien aber eine Fortsetzung der bisherigen Koalition als wünschenswert. So unterzeichneten bereits zwei Wochen nach der Wahl Volkskongreß und Sozialistische Partei ein Abkommen zur Bildung einer Koalitionsregierung. Mittelfristig sah das Abkommen sogar die Vereinigung der beiden Parteien vor.

Die Lage wurde problematisch, als auch die Islah die Forderung erhob, an der neuen Regierung beteiligt zu werden. Das Koalitionsangebot der Islah wurde vom Volkskongreß begrüßt, von der Sozialistischen Partei dagegen abgelehnt. Diese sah keine Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Islamisten. Bei den weiteren Verhandlungen setzte sich der Volkskongreß durch. Den Sozialisten wurden im Gegenzug einige zusätzliche Regierungsposten zugesichert, und die drei Parteien unterzeichneten ein Koalitionsabkommen. Auch dieses Abkom-

men erfolgte allerdings unter formalen Gesichtspunkten - auf politische Aussagen wurde vollständig verzichtet.

So erwies sich die neue Regierung auch von Beginn an als planlos und zerstritten. Über grundlegendste politische Positionen bestand keinerlei Einigkeit, und bereits die ordnungsgemäße Vereidigung der Kabinettsmitglieder scheiterte. Völlig unklar blieb, wie die schwere Wirtschaftskrise und das Problem der Wiederherstellung der inneren Sicherheit angegangen werden sollten. Einzig im Bereich der Außenpolitik waren die Koalitionspartner zu einer gemeinsamen Linie gekommen. Oberste Priorität sollte die Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Nachbarländern haben.

Der Süden bezieht Position

Die Sozialisten sahen sich von Volkskongreß und Islah an den Rand gedrängt und im August 1993 zog sich Sozialistenchef Ali Salim al-Baid nach Aden zurück, um damit, wie es offiziell hieß, seinem Protest gegen die planlose Politik der Regierung und die fortgesetzten Anschläge gegen Politiker und Einrichtungen seiner Partei Ausdruck zu verleihen. Die damit verbundene Drohung der Abspaltung Südjemens hatte sich bereits in den vergangenen Jahren bewährt, um Positionen der Sozialistischen Partei innerhalb der Regierung durchzusetzen. In den folgenden Wochen legte al-Baid einen Katalog von 18 Forderungen vor, deren Erfüllung er als Voraussetzung für seine weitere Mitwirkung an der Regierung bezeichnete. In diesem Papier forderte er staatliche Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und eine Umstrukturierung des Polizei- und Sicherheitsapparates. Im Gegensatz zu früheren sozialistischen Positionen strebte der Sozialistenchef nun eine starke Dezentralisierung des Regierungssystems im Lande an und wünschte ein zweites Parlament als Vertretung der Provinzen. Weitere Forderungen waren die Aufwertung des Postens des Vizepräsidenten, den al-Baid selbst innehatte, sowie die Unterstellung der beiden jemenitischen Armeen unter ein gemeinsames Kommando - seit der Vereinigung hatten nord- und südjemenitische Streitkräfte nebeneinander bestanden und waren von Sanaa und von Aden aus getrennt befehligt worden.

Präsident Ali Abdullah Salih und die Führung des Volkskongreß waren zunächst unschlüssig, wie sie auf diese Forderungen reagieren sollten. Einerseits wollte man dem Druck der Sozialisten nicht zu sehr nachgeben, andererseits aber sollte die jemenitische Einheit auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden. Schließlich entschlossen sich die Parteioberen zum Abwarten.

Gegen Ende 1993 verdichteten sich die Anzeichen, daß in Aden erste Vorbereitungen für eine Abspaltung des Südens getroffen wurden. Die südjemenitische Regierungspresse äußerte sich zunehmend positiv über die Zeit vor der Vereinigung. Immer häufiger wurde darauf hingewiesen, daß es den Menschen im ehemaligen Südjemen deutlich besser ging, daß damals Arbeitsplätze und innere Sicherheit garantiert waren, Bildungangebote, Gesundheitsversorgung und andere staatliche Dienstleistungen in wesentlich größerem Umfang zur Verfügung standen. Al-Baid erklärte Anfang 1994 wiederholt, daß die Menschen im Südjemen genug von der Gewalt und dem Elend hätten, die sie seit der Vereinigung erleiden mußten. Die Mehrheit der Südjemeniten, so der Sozialistenchef, würde es vorziehen, wieder in einem eigenen Staat Südjemen zu leben.

Inwiefern nun die Sozialisten des Südens um ihre Machtposition im künftigen Jemen pokerten oder ob sie tatsächlich die bis dahin von der großen Mehrheit der jemenitischen Bevölkerung begrüßte Einheit des Landes in Frage stellen wollten, ist bis ins letzte wohl kaum zu klären. Zweifellos hätte jedoch die Zukunft einer souveränen Republik Südjemen recht positiv aussehen können. Das dünn besiedelte Land ist von der Wirtschaftskrise weniger stark betroffen als der bevölkerungsreiche Norden. Die sich entwickelnde Freihandelszone Aden gibt Anlaß zu Hoffnungen, die Ölvorkommen des Südens erweisen sich als ertragreich, und Saudiarabien und die Golfstaaten haben sich mit großen Investitionen in der südjemenitischen Ölindustrie engagiert.

Koalitionsverhandlungen mit militärischen Mitteln

Anfang 1994 hatten sich die Fronten weiter verhärtet. Nord- und südjemenitische Streitkräfte standen sich in einigen Provinzen und entlang der ehemaligen Grenze gegenüber, gelegentlich kam es zu Schußwechseln. Anfang Mai schickte Präsident Salih sein Militär los, um den Süden zu annektieren, der Krieg begann. Saudiarabien stellte sich unverzüglich auf die Seite des abtrünnigen Südens. Al-Baid erklärte das südjemenitische Territorium für souverän und rief die „Demokratische Republik Jemen" aus. Anfang Juli schließlich hatten die nordjemenitischen Truppen den Süden erobert.

Die Entwicklungen nach den Wahlen im vergangenen Jahr sind letztlich eine Folge der verschleppten Auseinandersetzungen um den politischen Kurs des Landes und der unzureichenden Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen, die ebensowenig einen Rahmen der künftigen politischen Arbeit festlegten und sich auf die Verteilung der Posten in der neuen Regierung beschränkten. Mit seinem Rückzug nach Aden suchte Sozialistenchef al-Baid zunächst die überfällige Auseinandersetzung mit den Koalitionspartnern. Der Gedanke der Abspaltung Südjemens wurde erst einige Monate später gezielt verfolgt, nachdem die Politiker des Nordens wenig Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Forderungen al-Baids gezeigt hatten. Innerhalb der sozialistischen Parteiführung war die Drohung mit der Abspaltung stets umstritten geblieben.

Durch den zweimonatigen Krieg, der nach nordjemenitischen Angaben ca. 8.000 Tote kostete, hat sich letztlich nicht viel verändert. Wenige Tage nach Kriegsende erklärte Präsident Salih, es werde an Demokratie und Parteienpluralismus festgehalten. Jene Politiker der Sozialistischen Partei, die sich in den letzten Monaten für die Abspaltung des Südens stark gemacht haben, sind aus dem Land geflohen und werden mittelfristig keine Rolle in der jemenitischen Politik spielen können. Andere Flügel der Partei, insbesondere die Gruppe um Premierminister al-Attas und der linke Parteiflügel, sind ein bedeutender Machtfaktor geblieben und werden von Salih als Gesprächspartner akzeptiert. Ihr Einfluß in der künftigen Regierung aber wird geringer sein. Salih und sein Allgemeiner Volkskongreß gehen hingegen gestärkt aus dem Krieg hervor. Näheres werden die Verhandlungen ergeben, die demnächst beginnen sollen. Als Verhandlungsführer sind zwei Politiker im Gespräch, deren Arbeit in den vergangenen Jahren stets auf Ausgleich bedacht war: der Sozialist al-Attas und Planungsminister al-Iryani für den Volkskongreß. Ihre Aufgabe wird es sein, anderthalb Jahre nach den Wahlen eine funktionsfähige Regierungskoalition zu bilden und die großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des vereinigten Jemen anzugehen.


Markt zwischen Ruinen im Südjemen

Dieter Ferchl

„Südarabien - Jemen und Oman" lautet der Titel eines Anfang nächsten Jahres bei Beck erscheinenden Buches, in dem sich der Autor dieses Beitrages mit Vergangenheit und Gegenwart der Region zwischen den Golfen von Oman und Aden beschäftigt.

Die Hanns-Seidel-Stiftung Hand in Hand mit der Kuba- Freundschaftsgesellschaft?

In der Kubasolidarität ist einiges ins Rollen gekommen, seit der 'apertura' ergeben sich neue und zum Teil überraschende Konstellationen. Wo stehen heute, in Zeiten der Not, die wahren und wo die falschen Freunde?

Zu den echten Freunden der kubanischen Regierung, die nicht rummäkeln und ihre ganze Kraft für das kämpfende, revolutionäre Kuba aufbringen, zählt zweifellos Heinz W. Hammer. Für seine Verdienste als langjähriger Aktivist und Vorstand der Freundschaftsgesellschaft (FG) BRD-Kuba e.V. wurde ihm in Havanna ein eindrucksvoller Orden an die Brust geheftet. Hammer beweist 'standing' und zeigte erst Anfang des Jahres wieder, wie geradlinig heute noch sozialistische Demokratie umzusetzen ist: Nach einigen Rüffeln seitens hoher „kubanischer Genossen" empfahl er auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der FG, die Redakteure der FG-Zeitschrift „CUBA LIBRE" etwas mehr unter die Obhut des Vorstands zunehmen. Abgesegnet von der BDK wurde vom Bundesvorstand flugs ein Redaktionsstatut zusammengestellt, womit dieser seine Arbeit als Zensor der CUBA LIBRE noch in diesem Jahr beginnen kann. Solch plumpe Art der Einmischung lehnte die Redaktion prinzipiell ab, fühlte sich persönlich getroffen und trat fast geschlossen zurück und aus der freundschaftlichen Freundschaftsgesellschaft aus.

Von solchen wankelmütigen Freunden Kubas hebt sich Gerold Moser ab, der vielleicht der neue Prototyp des kuba-solidarischen Menschen ist. Der Kuba-Hetze konservativer und reaktionärer Medien trotzend, überreichte er unlängst der vorbildlichen Zuckerschnitterbrigade „Marcelo Salado" feierlich die Ehrenfahne dafür, daß sie in diesem Jahr mehr als eine Million Arrobas Zuckerrohr für die Revolution geschnitten habe. Gerold Moser ist Manager der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, die sich in Kuba eines guten Rufes erfreut.

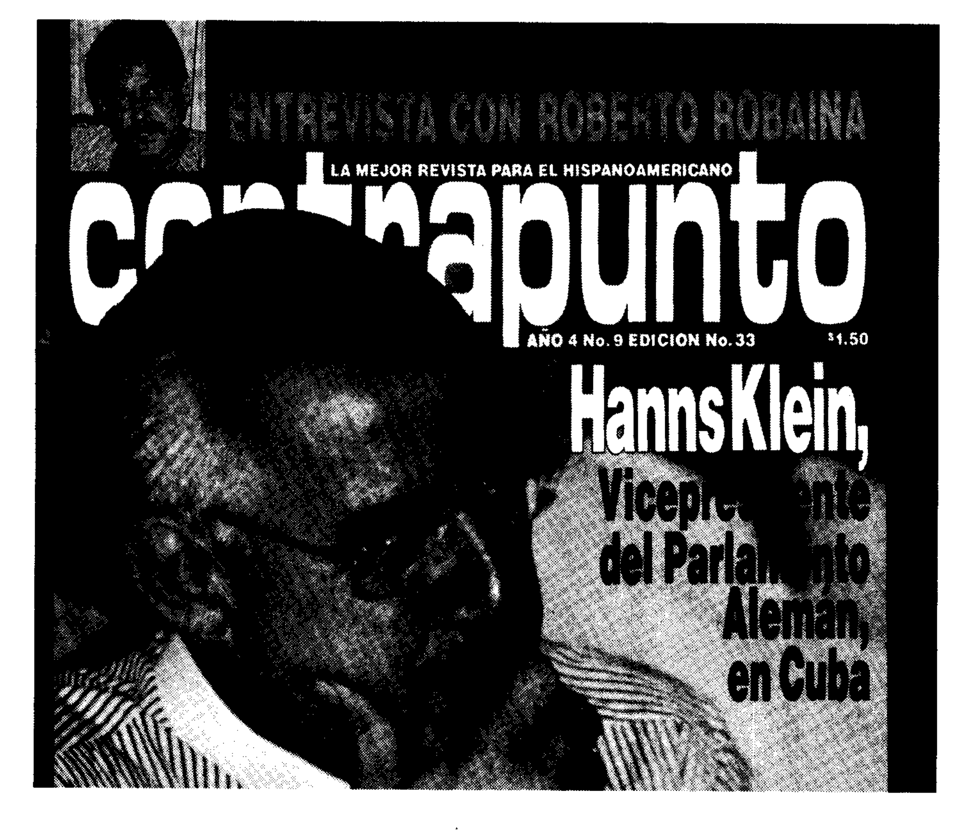
Aber es kommt noch besser. „Jonny" Hans Klein palaverte vor einem Jahr mit Fidel Castro und berichtete optimistisch im 'Münchner Merkur' über seine Erfahrungen und die Lernfähigkeit des 'maximo lider'. Die Hanns-Seidel-Stiftung hätte begonnen, Demokratieverständnis in Cuba zu wecken und Kenntnisse über demokratische Strukturen zu verbreiten. Die Einfuhr ihrer in Miami herausgegebenen und gedruckten Monatszeitschrift 'contrapunto', die seit vier Jahren, so Klein, „in der Tat Gegen-Standpunkte zur kommunistischen Lehre veröffentlicht", kann mit der Erlaubnis der kubanischen Behörden auf Kuba käuflich erworben werden. Der Vizepräsident des deutschen Bundestages unterstreicht dabei, daß sogar einzelne Beiträge von der wegen Papierknappheit unregelmäßig erscheinenden KP-Zeitung (Granma) nachgedruckt wurden. Ball Paradox? Überhaupt nicht. Seit ihrem Bestehen betreibt 'contrapunto' eine loyale Berichterstattung gegenüber der kommunistischen Partei und ihrer Führung.

Ob die neue CUBA LIBRE Seidels Kuba-Engagement diskutiert, wird sich zeigen. Jedenfalls können die neuen Vorstandsredakteure der Freundschaftsgesellschaft von 'contrapunto' noch einiges lernen. In der September-Ausgabe vom letzten Jahr wurden nicht weniger als 33 - dreiunddreißig - Fotos des kubanischen Außenministers veröffentlicht. Roberto Robaina von links, von rechts, von geradeaus. Von solchen Bildfolgen kann die CSU nach dem himmlischen Abgang von Franz Josef nur träumen.

Aber was nicht ist, kann ja wieder werden. Die Hanns-Seidel-Stiftung schmiert die Finanzierung für 'contrapunto' und bekommt prompt die realsozialistische Präsentation: Seitengroß auf dem Titelbild Hans „Jonny" Klein, Vizepräsident des deutschen Bundestages und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung. Kleins Rede wird so abgedruckt, wie sich's gehört, unkommentiert und im vollen Wortlaut, wie früher im 'Neuen Deutschland'. Und keiner der Redakteure käme auf die unopportune Idee, den ehemaligen BMZ-Boß Klein etwa darauf anzusprechen, daß das BMZ - unter Obhut seines Parteifreundes Spranger - noch immer Kuba von deutscher Entwicklungshilfe wegen Diktatur ausschließt.

Das ist Journalismus, wie wir ihn lieben. Jetzt noch eins und eins zusammengezählt, und ein 'Joint venture' ist fertig. Die Seidel Stiftung finanziert die auf Linie gebrachte Gazette der Freundschaftsgesellschaft. Kleingeister beiseite, die Einheitsfront steht, juch he! Und Schalck-Golodkowski bekommt von seiner Villa am Tegernsee aus, wo ihn alte CSU-Kader in alter Verbundenheit hinverfrachtet haben, eine feste Kolumne.

Peter Gehrke



Die **Gesellschaftsgeschichte Ägyptens im 20. Jahrhundert** ist das Thema eines Bandes, der von Alexander Schölch und Helmut Mejcher herausgegeben wurde. Vier der sieben Beiträge konzentrieren sich hauptsächlich auf die Zeit zwischen den Weltkriegen. Hier beleuchtet zunächst Raouf Abbas Hamed das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Herrschaft. Er skizziert die Entwicklung der Arbeiterbewegung. In gewohnt eigenwilliger und scharfsinniger Weise bürstet dann Reinhard Schulze die ägyptischen Bauernrevolten von 1919 gegen den Strich der Mainstream-Geschichtsschreibung. Diese bettet den ländlichen antikolonialen Widerstand in der Regel in den Kampf um nationale Unabhängigkeit ein. Tatsächlich sei letzterer aber ein Kampf der städtischen Eliten gewesen. Schulze kritisiert, daß die herkömmliche Betrachtungsweise die Begrifflichkeit der Eliten zum Maßstab mache, mit dem die Geschichte eines Landes gemessen und bewertet wird. Die bäuerlichen Aufstandsbewegungen gegen den kolonialen Raubbau zielten seiner Meinung nach darauf ab, lokale Autoritäten zu verselbständigen und hätten nur wenig mit nationaler Staatlichkeit zu tun gehabt.

Das Streben nach nationaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit seitens des Großbürgertums und die sozialen Folgen der alliierten Kriegsbewirtschaftung thematisieren Camilla Dawletschin-Linder und Helmut Mejcher: Die Politik der nationalen und kolonialen Eliten habe es nicht verhindern können (und wollen?), daß sich die Kluft zwischen den sozialen Klassen erweiterte. Die Folge sei die Revolution von 1952 gewesen.

In ihrem Beitrag über die jüdische Minderheit in der ägyptischen Wirtschaft der Zwischenkriegszeit schneidet Gudrun Krämer das Feld ethnisch-nationaler und religiöser Minderheiten an. Sie beschreibt, wie sich die soziale Schichtung oft entlang der religiös-ethnischen Zugehörigkeit herausbildete. Die Ära Nasser bleibt in Schölchs und Mejchers Sammelband leider ausgeblendet. Ebenso ist nicht einzusehen, warum sich kein Aufsatz mit den Beziehungen zwischen den Geschlechtern in der ägyptischen Gesellschaft befaßt.

Hohen Informationswert für das Ägypten der vergangenen 25 Jahre genießt der Beitrag des bekannten ägyptischen Soziologen Saad Eddin Ibrahim: Er interpretiert die neue islamistische Militanz im sozio-ökonomischen Kontext. Nach Interviews mit inhaftierten Mitgliedern militanter Gruppen über ihr Gesellschaftsbild und ihre Strategie sieht er die sozial deklassierten und frustrierten Angehörigen der unteren Mittelklassen, der technischen und akademischen Intelligenz, als Rekrutierungsfeld dieser Gruppen.

Eine andere Seite des politischen Islam in Ägypten beschreibt Gudrun Krämer in ihrem den Band abschließenden Aufsatz. In typischer politikwissenschaftlicher Manier skizziert sie das Verhältnis von Islam und Demokratie und betont die Kompromiß- und Integrationsbereitschaft des offiziellen Islam gegenüber parlamentarischen und rechtsstaatlichen Konzepten.

Leider hat sich zur Gründlichkeit der Analysen dieses Bandes wieder einmal ein übertriebener wissenschaftlicher Eifer gesellt, der meint, daß Lesen unter allen Umständen harte Arbeit zu bedeuten habe. Abgesehen davon ist es Mejcher und dem inzwischen verstorbenen Schölch gelungen, erhellende Schlaglichter auf ein knappes Jahrhundert ägyptischer Sozialgeschichte zu werfen, die dem Band durchaus den Rang eines Standardwerkes verleihen können.

js

Alexander Schölch und Helmut Mejcher (Hrsg.), Die ägyptische Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Schriften des Deutschen Orient- Instituts-Hamburg, und der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, FU Berlin, Hamburg 1992, 221 S.

Das Charisma Fidel Castros und der Mythos Che Guevaras fesselt noch immer viele, nicht nur die Revolutionäre, die auf der Suche nach dem verlorenen Paradies sind. Doch heute durchlebt Kuba eine vergleichbar schwere wirtschaftliche und politische Transformation wie durch die Revolution vor 35 Jahren. Die período especial mit großzügiger politischer und wirtschaftlicher Unterstützung der Sowjetunion ist vorbei. Jetzt müssen die politischen Eliten zeigen, wie der socialismo cubano mit der Eingliederung in den Weltmarkt zurecht kommt und ob Kuba ein Modell für den Trikont sein kann.

Ob allerdings die marktorientierten Veränderungen am Ende dieses Weges eine sozialistische Gesellschaft zulassen und ob sie selektiv sind oder halbherzig verfolgt werden, ist Thema vieler Bücher und Aufsätze. Im Juni diesen Jahres brachte der langjährige Kubabeobachter Bert Hoffmann das Buch **'Wirtschaftsreformen in Kuba'** heraus. Ihm gelang es, eine ganze Reihe von gründlichen wie interessanten Analysen zur aktuellen wirtschaftspolitischen und sozialökonomischen Entwicklung Kubas zusammenzustellen. Die Frage, die diesem Buch übergeordnet ist, könnte lauten: Wie stark wirken die eingeführten marktwirtschaftlichen Ansätze auf das aktuelle sozialpolitische und sozio-ökonomische Gewebe Kubas, und wie weit verdrängen sie die sozialistischen egalitären Prinzipien? Kubaner wie Nichtkubaner diskutieren demnach detailliert zentrale Problemfelder.

Das Buch thematisiert und reflektiert auf 220 Seiten vom Aktienbesitz bis zur Zentralbank die kubanische Entwicklung der letzten dreieinhalb Jahre. Dabei werden natürlich Mängel wie Stärken sowie Dynamiken und Motive der Akteure und Strategien ausgeleuchtet. Leider bleibt der wirtschaftspolitische Einfluß der USA unberücksichtigt. Das Buch bietet den Fachleuten, aber auch den Laien, durch die klare und sachliche Darstellung fundierte Einblicke in die kubanische Wirtschaftsreform, die vielerorts ohne Sachverstand abgehandelt wird.

Ein Bonbon zwischen den Analysen sind die sozialkritischen Gedichte, die den aktuellen sozialen Prozeß pointieren. Wer allerdings die entsprechenden Artikel über die Alltagswelten der KubanerInnen erwartet, etwa wie sie sich in der angespannten wirtschaftlichen Situation einrichten, wird enttäuscht.

G.R.

Bert Hoffmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba; Konturen einer Debatte. Band 38, Institut für Iberoamerika-Kunde. Vervuert, Frankfurt/Main 1994.

Witz komm raus ... !

Im WFD-Querbrief 1/94 kritisiert ein Beitrag von **Ute Zurmühl** Witze, die trotz ihrer kritischen Intention rassistische Klischees transportieren. Auch in den „blättern" erschien eine Karikatur, die zu dieser Kategorie zu zählen ist (siehe rechts) und auch in LeserInnenbriefen aufgegriffen wurde. Die Redaktion der „blätter" schließt sich der Kritik an. Im folgenden zitieren wir die Ausführungen von Ute Zurmühl:

„In entwicklungspolitischen Veröffentlichungen finden wir die klischeehaften Kannibalenwitze u.ä. nicht vor. Aber kritische Karikaturen werden häufig zur Illustrierung von Welthandelsstrukturen, Ernährungskrisen und Ausbeutung herangezogen oder Witz-Klischees werden in einem ironischen Kontext benutzt. Problematisch bei diesen Darstellungen scheint mir die Personalisierung der ökonomischen Abhänigkeitsstrukturen. Strukturelle Abhängigkeit wird bezogen auf die Beziehung von Menschen, und schon stellt sich das alte Kolonialbild vom dienenden halbnackten Wilden oder vom lastenschleppenden Diener und überlegenen und allmächtigen Europäer wieder her.
Durch die Vermischung der strukturellen und individuellen Ebene der Gewalt setzt sich letztendlich das Bild vom Untermenschen - jetzt bedingt durch die Unterdrückung - wieder durch. Es passiert daher leicht, daß selbst bei kritischen Ansätzen das Überlegenheitsdenken der AutorInnen sich unterschwellig fortsetzt, indem in Abbildungen weiterhin Menschen gezeigt werden, die eher dem kolonialen Abbild entsprechen. Besonders beliebt bei der Verwendung von kritischen Karikaturen in einem ironischen Kontext ist der Kannibalenwitz, der spöttisch umgedreht wird. Mit dem Bild des Kannibalen kann erhebliche Aufmerksamkeit erzielt werden. Eine ebenso vielerorts abgedruckte Karikatur zeigt einen Schwarzen, der im Kochtopf sitzt und dicke Kapitalisten, die um den Kochtopf herumtanzen. Bei dieser Art von Witzen gebe ich zu bedenken, daß trotz aller guten Absichten hier das Klischee des Kannibalen reproduziert, also als selbstverständliche Tatsache vorausgesetzt wird. Unabhängig von der beabsichtigten Kritik appelliert dieses Genre von Karikatur an dieselben Urängste und Klischees, die auch im herkömmlichen Kannibalenwitz genutzt werden.

In einer Untersuchung zur „Konstruktion von Rasse in den Medien" konstatiert Stuart Hall, daß „die Pointe auf dem Vorhandensein von Rassismus basiert. So reproduziert sie die Kategorien und Verhältnisse des Rassismus, indem sie sie durch das Lachen normalisiert. Die erklärtermaßen guten Absichten der Witzerzähler sind hier keine Lösung des Problems, denn die Witzeerzähler haben keine Kontrolle über die Umstände - Umstände eines andauernden Rassismus, in denen ihr Witz-Diskurs gelesen und gehört



wird" (Stuart Hall, Ausgewählte Schriften, Berlin/Hamburg 1989).
Durch das Umkehren von Bildern ist noch nicht das dahinterliegende Muster in Frage gestellt, es wird eher reproduziert als problematisiert. Die erneute Verwendung dieser Bilder, wenn auch im umgekehrten, kritischen Sinn, setzt den rassistischen Diskurs voraus. Das nicht grundsätzliche Infragestellen dieser Leitbilder erklärt auch, warum hinter der kritischen äußeren Form immer noch, trotz der Sensibilisierung durch die Dritte-Welt-Bewegung, bestimmte Bilder, z.B das des Menschenfressers, weiterhin virulent sind."

„Europastrategien des deutschen Kapitals"

Seit gut zehn Jahren ist das Quellenwerk „Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945" vergriffen. Die 1070 Seiten starke Edition, die der Faschismus-Forscher Reinhard Opitz 1977 herausgab, umfaßt 190 Dokumente zur Europapolitik der wirtschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands, die bei aller Unterschiedlichkeit des Herangehens das Streben nach Vorherrschaft in Europa auch mit militärischen Mitteln belegen.
Der Zeitraum reicht vom deutschen Zollverein über die Kriegszielplanung vor und während des Ersten Weltkrieges, die Weimarer Zeit, den Zweiten Weltkrieg bis zum Übergang in die Bundesrepublik. Alle Dokumente sind mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat versehen. Ein Personenregister erhöht den Gebrauchswert der Sammlung.
Für die heutige Diskussion über Kontinuität und Diskontinuität deutscher Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Anschluß der DDR finden sich hier wichtige Fakten u.a. zu den Stichworten: Deutschland als Mittelmacht mit Osteuropa als Einflußzone oder Durchsetzung deutscher Vorherrschaft über einen westeuropäischen Zusammenschluß, weltweite und / oder regionale militärische Optionen, Primat der Politik oder Verschmelzung der Macht monopolartiger Wirtschaftsinteressen mit dem Staat.
Da die Filme und Druckplatten dieses umfangreichen Quellenwerkes nicht mehr existieren, der Verlag aber eine Neuauflage in einer Hardcoverausgabe zum Preis von 68 DM herausbringen will, ist er auf eine ausreichende Zahl von Vorbestellungen angewiesen.
Interessierte können sich wenden an: Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Breite Str. 47, 5311 Bonn, Tel. 0228/632306, Fax 0228/634968

„Adelante Cuba"

Über 500 Jahre wurde Lateinamerika kolonisiert, ausgebeutet, die Bevölkerung unterdrückt und ausgerottet. Heute ist Lateinamerika Ort verarmter Massen. Cuba hat diese Tradition durchbrochen. Cuba ist trotz Krise das einzige Land des Trikonts ohne Hunger, Slums und Obdachlosigkeit, ohne Straßenkinder und unversorgte Alte, ohne Analphabetentum und Kinderarbeit.
Seit über 30 Jahren versuchen die USA durch ihre Blockadepolitik das cubanische Volk auszuhungern, um seine politische Führung zu stürzen und um zu dokumentieren, daß es eine Loslösung von den ökonomischen Interessen der Industriemetropolen nicht geben darf. EU und BRD unterstützen die USA, um Cuba, aufbauend auf alltäglicher Desinformation fast aller hiesigen Medien, in einer weltweiten Atmosphäre der Gleichgültigkeit politisch zu isolieren und so zum Abschuß freizugeben.
Muß Cuba aufgeben, so schwächt dies sicherlich alle fortschrittlichen Kräfte, Bewegungen und Gewerkschaften in Lateinamerika und wohl auch darüberhinaus. Und die Lage auf Cuba ist dramatisch. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern ist gefährdet. Es fehlt an Rohstoffen, Energie und Ersatzteilen. Dies wirkt sich auch extrem auf den Kultur- und Medienbereich aus.
Vor diesem Hintergrund beschloß die Jugend der IG Medien auf der Ersten Bundesjugendkonferez im April `92, mit der Aktion „Adelante Cuba" (Vorwärts Cuba) konkrete Projekte aus diesem Bereich der cubanischen Gesellschaft zu unterstützen. Mit Hilfe der Solidaritätswerkstatt „Taller de la Solidaridad" aus Darmstadt wurden folgende vier Projekte ausgesucht:
In der Buchbinderei „Jose Marti" in Havanna werden Schulbücher, medizinische Fachliteratur oder, wie im Moment, die Gesamtausgabe der Werke Jose Martis gebunden. Allerdings ist die Produktion auf 20-30% gesunken, da es an Strom, Papier und Ersatzteilen mangelt.
In Kooperation mit der DDR waren die Renovierungsarbeiten des im Jahre 1977 durch ein Brandunglück fast völlig zerstörten Theaters „Amaldeo Roldan" schon fast abgeschlossen. Der einseitige Abbruch der Handelsbeziehungen durch die BRD der

Rechtsnachfolgerin der ehemaligen DDR, brachten jedoch die Renovierungsarbeiten zum Stillstand. Es fehlen lediglich noch Scharniere und Panikschlösser, für die natürlich im Moment keine Devisen vorhanden sind.
Von 700 Zeitungen und Zeitschriften können nur noch 70 erscheinen. Deshalb hat die „Union de Periodistas de Cuba" um Unterstützung der täglichen Arbeit der JournalistInnen durch die Finanzierung von Batterien, Tonbandkassetten, Notizblöcken und Büromaterial gebeten. Ebenfalls Papier benötigt das fünfbändige Werk über die Geschichte Cubas, das bereits seit einiger Zeit als Manuskript fertig vorliegt.
Spendenkonto:
IG Medien Hauptvorstand
Konto. 107 200 2900
BFG Stuttgart-BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Ein weiteres Soli-Projekt planen 120 Studierende, die im August nach Cuba aufbrechen, um dort zusammen mit dem cubanischen Studierendenverband der Federacion Estudiantil Universitaria einen vierwöchigen Aufenthalt zu gestalten. Die Ziele dieser Reise sind u.a., hier eine Öffentlichkeit für Cuba zu schaffen und möglichst viele Hilfsgüter wie Fahrräder, Medikamente oder Schreibutensilien zu sammeln und nach Cuba zu bringen.
Nähere Informationen zum „Solidaritätsflugzeug für Cuba" bei:
ASTA der FH Düsseldorf, z.H. Volker Rekittke, Georg-Glock-Str. 15, 40474 Düsseldorf, Tel: 0211-451206



Betr.: GTZ-Erklärung zum GTZ-Leserbrief zur Kritik am BMZ- Bildungskonzept
blätter des iz3w, Nr.198

Auf eine Kritik an den Sektorpapieren Bildung des BMZE (iz3w, Nr.196) durch die Kommission 'Bildungsforschung mit der Dritten Welt' (BDW) reagierten in einem LeserInnenbrief einige Leute aus dem Arbeitsfeld Grundbildung der GTZ. Diese einigermaßen rüde Stellungnahme möchten sie mit der folgenden Erklärung zurechtrücken:
„Die Unterzeichner/innen des Leserbriefs vom 8.April 1994 bedauern einige Formulierungen in ihrer Stellungnahme, insbesondere den letzten Satz. Sie (soll wohl 'wir' heißen; d.Red.) haben sich mit einigen Aussagen in ihrer Betroffenheit über eine als Kritik an ihrer Arbeit empfundenen Analyse von der Ebene der Sachdiskussion wegbewegt, auf der sie eigentlich bleiben wollten.
Zur Klärung der Auseinandersetzung fand ein gemeinsames Gespräch statt, in dem die sachlichen Kontroversen diskutiert und Perspektiven einer konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit geöffnet wurden.
Damit wird an ein früheres intensiveres Zusammenwirken zwischen der BDW und der GTZ angeknüpft und dieses mit der KfW begonnen.
Ein offizielles Protokoll des Gesprächs wird in der Herbst-Nummer der 'Zeitschrift für Entwicklungspädagogik' erscheinen."
Eschborn, den 15.7.1994

Gert Flaig
Dr. Gisela Frommer
Hubert Hartmann
Waltraut Heidenreich
Leon Macioczek
MitarbeiterInnen des Arbeitsfeldes Grundbildung in der GTZ

Betr.: Artikel zu Rwanda,
blätter des iz3w, Nr. 198

Der sehr interessante und informative Artikel von Hildegard Schürings hebt sich von den üblichen sensationslüsternen Berichten über Rwanda wohltuend ab, läßt aber viele wichtige Fragen offen, die nicht nur den speziellen Fall von Rwanda betreffen.
Einerseits wäre es sehr hilfreich, etwas mehr über die programmatischen Absichten der Front Patriotique Rwandais (FPR) zu wissen. Wie stellt sie sich den Wiederaufbau des durch Mißwirtschaft und Krieg ruinierten Landes überhaupt vor? Wie sollen die Rechte der Batutsi-Minderheit, welche die FPR vorwiegend vertritt, geschützt werden, ohne die Mehrheit der Bevölkerung (wie bis Mitte 1993 in Burundi) zu unterdrücken? Welche politischen Strömungen gibt es heute innerhalb der FPR?
Andererseits wäre es sicherlich gut, über die allgemeinen Konsequenzen, die aus der rwandischen Erfahrung zu ziehen sind, intensiver nachzudenken. Zum Beispiel: Hat das agrarisch - ländliche Entwicklungsmodell, das seit Jahrzehnten durch rwandische Regierungen und ihre ausländischen Förderer (einschließlich Nicht-Regierungsorganisationen) eifrig verfolgt wird, endgültig versagt? Welchen Stellenwert hat die Bevölkerungsentwicklung in Rwanda und in anderen Ländern Afrikas? (Dieser vieldiskutierte „Hintergrund" wird von Frau Schürings völlig ausgeklammert.) Kann die Entwicklungshilfe Katastrophen, wie die in Rwanda, verhindern oder zumindest abmildern, oder ist sie systembedingt so angelegt, daß die sozialen Konflikte, die bereits existieren, durch sie nur noch verschärft und zum Ausbruch gebracht werden?
Wenn wir verhindern wollen, daß sich die rwandische Apokalypse auf ganz Afrika ausdehnt, dürfen wir es nicht versäumen, aus den bisherigen Erfahrungen die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Jim Bennett

Kongreß über Alternativen im ASEAN-Raum, Karlsruhe, 17.Sept.1994. Das asiatische Wirtschaftswunder, Rüstungsmarkt Fernost sowie Sextourismus und Menschenhandel sind die Themen der drei Foren, die während des Kongresses im DGB-Haus von 10-18 Uhr stattfinden. Informationen: Christoph Erdmenger, Erbprinzenstr. 20, D-76133 Karlsruhe, Tel.:0721-27213.

'Strukturanpassungsmaßnahmen weltweit und ihre besonderen Auswirkungen auf die Erwerbsarbeit von Frauen' lautet der Titel des Wochenendseminars der Frauen-Anstiftung, Hamburg, 17./18.Sept.1994. Ausgewertet werden unterschiedliche und ähnliche Erfahrungen von Frauen in der Dritten Welt. Informationen: Forum Ökologie & Arbeit, Petra Müller, Kastanienallee 10, D-38102 Braunschweig, Tel.:0531/77028.

'50 Jahre IWF/Weltbank sind genug', Madrid, vom 26.Sept.- 6.Okt. 1994. Keine Jubelfeier ohne uns: mit alternativen Foren, Debatten, Ausstellungen, Rockkonzerten, Demonstrationen und Aktionen. Informationen beim BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen): Nernstweg 32-34, D- 22765 Hamburg, Tel.:040-393156.

Vierte Jahreskonferenz der ANPED (Alliance of Northern People for Environment & Development), Madrid, 28.Sept.-1.Okt.1994. 'Der Einfluß der Bretton Woods Organisationen (GATT, IWF, WB) auf kulturelle und ökologische Zerstörungen' ist einer der Schwerpunkte der Jahreskonferenz, die sich auch als Bestandteil der Madrider Gegenaktivitäten versteht. Informationen: ANPED, P.O. Box 18185, NL-1001 ZB Amsterdam, Tel.:(0031)020-6392681.

DEAB-Konferenz (Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Baden-Württemberg), Wernau, am 1./2. Okt.1994: Thema der Halbjahreskoordination ist die Politik von IWF/Weltbank: „Geld regiert die Welt". Informationen: DEAB, Blumenstr. 15, D-70182 Stuttgart, Tel.:0711-243235.

Internationale Frauenkonferenz, Wien, 29./30.Okt.1994: „Machtverhältnisse zwischen Frauen, politische Solidarität und feministische Vision" zur Vorbereitung auf die Weltfrauenkonferenz in Beijing (Peking) 1996. Information: ARGE Wiener Ethnologinnen, Stumpergasse 9/24, A-1060 Wien, Tel.:(0043)0222-5964418.

Feminismus aus der Sicht der Migrantinnen lautet das Wochenendseminar einer Koreanischen Frauengruppe in Kooperation mit der Frauen-Anstiftung, in Dortmund, 7.-9.Okt.1994. Diskutiert werden Definitionen von Emanzipation unter Berücksichtigung von Sozialisation. Information: Frauen-Anstiftung, Stahlwiete 20, D-22761 Hamburg, Tel.: 040-8509005.

Wochenendtagung: Korruption - Skandal oder Normalität?, Arnoldshain, 7.-9.Okt.1994. Korruption in politischen Kontexten in Verbindung mit wirtschaftlicher Modernisierung und die Aussichten, gegen sie vorzugehen, sind die Schwerpunkte der Tagung. Informationen: Evangel. Akademie Arnoldshain, D-61389 Schmitten, Tel.:06084-944132.

Werkwoche zu Weltwirtschaftsfragen: Warum sie so arm sind?, Rheinbreitbach, 3.-7.Okt.1994. Die grundsätzlichen Verflechtungen zwischen weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Strukturen sollen vermittelt und erarbeitet werden. Informationen: Arbeitsgemeinschaft kathol. Hochschul- und Studentengemeinden (AGG), Rheinweg 34, D-53113 Bonn, Tel.:0228-234021.

Workshop 'Umwelt und Entwicklung', Bad Kreuznach, 6.-8.Okt.1994. Die Auswirkungen menschlichen Handelns auf das vernetzte System der Natur werden mit Hilfe von Computern unmittelbar simuliert und am 'runden Tisch' mit gewerkschaflichen Experten diskutiert. Information: DGB-Nord-Süd-Netz, Postfach 101026, D-40001 Düsseldorf, Tel.:0211-4301384.

„Neue Hoffnungen für Mosambik", Bielefeld, vom 7.-9.Okt.1994. Der Demokratisierungs- und Friedensprozeß sowie die gesellschaftliche Selbstorganisation und die Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen sind Thema des Wochenendseminars. Informationen: KoordinierungsKreis Mosambik, Klasingstr. 17, D- 33602 Bielefeld, Tel.:0521-124742.

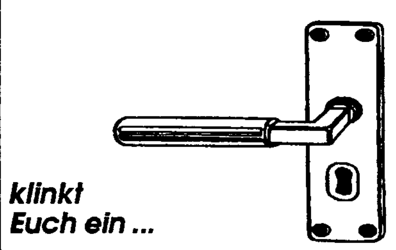
Ein Jahr nach dem Gaza-Jericho-Abkommen, Arnoldshain, 21.- 23.Okt.1994. Die Wochenendtagung konzentriert sich auf die Veränderungen in der israelischen und palästinensischen Gesellschaft und die deutschen Verwicklungen in den israelisch-palästinensischen Konflikt. Informationen: Evangel. Akademie Arnoldshain, D-61389 Schmitten, Tel.:06084-944123.

Peru: Erziehungsauftrag im Umfeld struktureller und politischer Gewalt, Migration und Bildungspolitik sowie Ausverkauf der Bildung durch Privatisierung des Erziehungssystems. Diese Themen diskutieren zwei peruanische Referentinnen auf ihrer Rundreise vom 26.Sept.-13.Okt.1994. Anmeldungen und Terminvereinbarungen: Peru-Gruppe Freiburg/Dorothea Schreck, Sautierstr. 71, D-79104 Freiburg, Tel.:0761-506393.

ila 177, Juli/August 1994
Auf 40 Seiten das Porträt einer lateinamerikanischen Metropole: Buenos Aires. In Berichten und Interviews, Anekdoten und Essays entsteht das facettenreiche Bild einer Stadt, die sich gerne mit ganz Argentinien gleichsetzt. Wie falsch, aber wie wahr es möglicherweise auch sein kann, das zeigen die Artikel über Rockladies und Stadtteilradios, über Jugendliche und deutsche Privatschulen, über Fußball und die jüdische Bevölkerung, über europäische Einwanderung und Geschichte der Arbeiterbewegung u.a.m..
Außerdem Berichte und Hintergründe zur neuen Regierung Samper Pizano in Kolumbien, die 'Demokratische Nationalversammlung' der Zapatistas in Mexiko, ein Interview mit dem Chef der brasilianischen Grünen zu Lulas Chancen bei der Präsidentenwahl und als Bonbon die Selbstdarstellung eines jungen Rap-Musikers aus dem kolumbianischen Medellín.

Lateinamerika Nachrichten 241, Juli 1994
Ecuador: Indígenas legen das Land lahm - Proteste gegen das neue Agrargesetz * Mexiko: Abseitsverdächtig - Sieben Wochen vor der Wahl kämpft die PRI um den Machterhalt / Verhandlungspoker zwischen Zapatisten und Regierung - Interview mit VertreterInnen von Kooperativen aus Chiapas * Venezuela: Notmaßnahmen und Putschgerüchte - Die strukturellen Ursachen der Wirtschaftskrise * Kolumbien: Nichts als Ärger mit den Drogen - Gerichte fordern Legalisierung der 'persönlichen Dosis' / Geld von der Drogenmafia: Bekam der neugewählte Präsident Drogengeld für den Wahlkampf? / Pablo Escobars verwaiste Kindersoldaten - Jugendliche Drogenkiller / Planungsfieber im Chocó-Regenwald - Wird das Armenhaus Kolumbiens zur globalen Genbank? * Bevölkerungspolitik: Debatten jenseits der Wirklichkeit - Die Vorbereitung zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo * Vorwärts, aber nicht vergessen: Zum 40. Jahrestag des Putsches gegen Präsident Arbenz * Religion: Die Ankunft des evangelikalen Zeitalters

Bolivia Nr. 105, April-Juni 1994
Editorial: Ist die WM schon vorbei? * Acto de Fé * Einigung zwischen der Regierung und COB nach langem Kampf * Vorschau auf den X.COB Kongreß in Tarija * MNR-UCS: Darf die Partei von Max Fernández wirklich mitregieren? * Ex- und Import Bolivien/BRD * „Narcoinforme": Bürger warten, Politiker ... am verhandeln * Boliviens Folklore zwischen musikalischer Postkarte und politischem Engagement * Auf der Suche nach Privatkapital: Die bolivianische Eisenbahn an einem Wendepunkt * Die Ethnogenese einer neuen Identität * Die späten Narben der Zwangssterilisation * Buchhinweis: Straßenkinder in Bolivien



klinkt
Euch ein ...

In Querverbindungen von Entwicklungsfragen zu Bereichen wie Ökumene und Menschenrechten, Demokratie, Ökologie, Ökonomie und Kultur, Projekten und Partnern in der Zweidrittelwelt und hier

INKOTA - BRIEF

ZUM NORD-SÜD-KONFLIKT UND ZUR KONZILIAREN BEWEGUNG

INKOTA-Brief 2/94 u.a. mit:
Schwerpunkt Bevölkerung: Ingrid Spiller: Masse oder Mensch/ EKD und »justitia et pax« zur Kairo-Konferenz / Interview mit dem Demographen Prof. Khalatbari / Khushi Kabir (Bangladesch). »Wir sind keine Versuchskaninchen« / Wahlbeob-achtungen in Südafrika, El Salvador, Kurdistan / 10. Weltladen-Rundbrief / Termine, Tips u.v.m.

zu beziehen über:
INKOTA-netzwerk e.V., Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin, Tel. 030 - 240 63 207 Fax 030 - 240 63 277 oder durch Einzahlung des Jahres-abobetrages auf das Kto. 1555000010, Bank für Kirche und Diakonie, BLZ 350 601 90, Kennwort: INKOTA-Brief

Jahresabo (4 Hefte)
17,50 DM
(Reichsbahn-) bzw.
29,99 DM
(Bundesbahngebiet)
Einzelheft 5 DM bzw.
7,50 DM.



ASA - TEXTE 4

Abendroth u.a.

"Die Koka ist unsere einzige Rettung!"

Alternativen zum Koka-Anbau.

Fallstudie aus Los Yungas / Bolivien.

Die Koka gehört zu Boliviens wichtigsten Exportprodukten. Zehn Prozent der BolivianerInnen sind an der Koka-Produktion beteiligt. Eigentlich wissen in Bolivien alle, daß es keine gangbare Alternative zur Koka gibt. Deutlich macht das auch das Scheitern von Projekten zur Substitution der Koka durch andere Produkte.

1993, 147pp, DM 12,80.

In jeder guten Buchhandlung oder direkt bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2,
10961 Berlin,
Tel. (030) 694 61 00, Fax. 692 65 90

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

Neue Soziale
FORSCHUNGSJOURNAL
Bewegungen

Themenheft
Dritte-Welt-Bewegung —
Zwischen Hoffnung
und Resignation

Jg. 7, Heft 3, 136 Seiten,
Westdeutscher Verlag
Erscheinungstermin:
September 1994

Das Themenheft **Dritte-Welt-Bewegung - Zwischen Hoffnung und Resignation** des Forschungsournals *Neue Soziale Bewegungen* bietet Beiträge von MitarbeiterInnen von NRO und AktivistInnen der Dritte-Welt-Bewegung. Die AutorInnen beleuchten problematische Thematisierungsstrategien und blinde Flecke der Dritte-Welt-Bewegung sowie Kontroversen des Bewegungsdiskurses zwischen Selbstkritik und "weiter so", verweisen auf bestehende Klüfte zwischen der entwicklungstheoretischen Diskussion und den Praxisfeldern der Bewegung und umreißen weiterführende Fragestellungen für die Bewegungsforschung.

Es schreiben einleitend **Reinhart Kößler** über den Stand der entwicklungssoziologischen Debatte, **Michael Bommes** und **Michael Heuer** über zentrale Themenfelder und die politische Arena der Dritte-Welt-Bewegung, **Malte Letz** über die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der ehemaligen DDR, **Rolf Bräuer** über die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der BRD, **Michael Windfuhr** über die Bedeutung der Menschenrechte für solidaritätsbewegtes Handeln, **Ingrid Spiller** über die feministische Kritik an bevölkerungspolitischen Maßnahmen, **Michael Bommes** und **Albert Scherr** über die Bezugnahme des Mobilisierungsdiskurses der Dritte-Welt-Bewegung auf die Migrationsproblematik.

Bezugspreise:

Jahresabonnement 1994:
DM 54,— zzgl. Versandkosten.

Einzelheft: DM 16,—

Bestellungen bitte direkt an :

Westdeutscher Verlag GmbH
Postfach 58 29
D - 65048 Wiesbaden



WESTDEUTSCHER
VERLAG
OPLADEN / WIESBADEN